596

PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO
PUBLICZNEGO
O.I.

Die Beziehungen

zwischen

Griechenland und der Türkei

von 1820–1930

von

Dr. Karl Strupp
o. Professor an der Universität Frankfurt a. M.

Breslau 1932
J. U. Kern's Verlag (Max Müller)
Inh.: Max Bernau

Die Beziehungen

zwischen

Griechenland und der Türkei

von 1820–1930

von

Dr. Karl Strupp

o. Professor an der Universität Frankfurt a. M.

Sonderdruck aus der Zeitschrift für Völkerrecht Band XVI

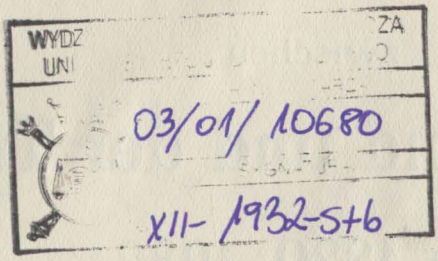
Wydz. Bibl. Prawnicza

1806140334

Breslau 1932

J. U. Kern's Verlag (Max Müller)

Inh.: Max Bernau


WYDZ
UNI
ZA
03/01/ 10680
XII- 1932-5+6

I. Kapitel.

Die Entstehung der griechischen Unabhängigkeit[1]).

I. Abschnitt.

Von der Gründung der Hetärie bis zum Londoner Vertrag (1812—1827).

Die ersten Spuren der Ereignisse, die schließlich, im Jahre 1830, zur griechischen Unabhängigkeit geführt haben, reichen bis ins Jahr 1812 zurück. Zwar war auch vorher Griechenland keineswegs völlig teilnahmslos seinem Herrn, den Türken, den „Erbfeinden", gegenübergestanden. Noch heute feiern Nationallieder den Guerillakrieg, den bis zur Erhebung Moreas die vielgepriesenen und vielgelästerten Klephten gegen die Türken geführt haben.

---

[1]) Ancel, manuel historique de la question d'Orient (1792—1926), nouv éd. 1927; Driault et L'Héritier, histoire diplomatique de la Grèce de 1821 à nos jours, I, 1925 (abgekürzt hier D. H.); Driault, La Question d'Orient depuis ses origines jusqu'à nos jours, Paris 1898; Finlay, a history of Greece from its conquest by the Romans to the present time, 1877; Phillips, the war of Greek independence 1821 to 1833, 1897; Hertzberg, Neueste Geschichte Griechenlands von der Erhebung der Neugriechen gegen die Pforte bis zum Berliner Frieden, 1879; Isambert, L'indépendance grecque et l'Europe, Paris, 1900; Jorga, histoire des Etats balcaniques jusqu' à 1924, Paris, 1925; Klüber, pragmatische Geschichte der nationalen und politischen Wiedergeburt Griechenlands bis zu dem Regierungsantritte des Königs Otto, 1835; Mendelssohn-Bartholdy, Geschichte Griechenlands von der Erorberung durch die Türkei im Jahre 1453 bis auf unsere Tage, 1870; Miller, the ottoman empire 1801—1927, Cambridge, 1927; v. Prokesch-Osten, Geschichte des Abfalls der Griechen vom türkischen Reiche im Jahre 1821 und der Gründung des hellenischen Königreiches, 1867; A. Stern, Geschichte Europas 1815—1871, 2. Auflage, Bd. II, S. 184; Zinkeisen, Geschichte der griechischen Revolution, 1840.

Μάμουκα, Τα κατὰ τὴν ἀναγέννησιν τῆς Ἑλλάδος, 1839; Παπαρρηγοπούλου, Ἱστορία τοῦ Ἑλληνικοῦ Ἔθνους 1887; Τρικούπη, Ἱστορία τῆς Ἑλληνικῆς Ἐπαναστάσεως 1860; Δραγούμη, Ἱστορικαὶ ἀναμνήσεις 1879.

Aber der Großteil der Bevölkerung mitsamt dem niederen Klerus (der höhere samt dem Hochadel befand sich in fürstlicher Stellung und Ansehen in der Hauptstadt am Bosporus) lebte in Stumpfheit und Unbildung dahin. Es war darum schon eine geistige Großtat, daß sich 1812 eine Reihe angesehener Griechen im Ausland, vornehmlich in Wien und Odessa, zwei Zentren des Auslandsgriechentums, in einer ἑταιρία („Gesellschaft der Freunde") zusammenschlossen, um bescheidene Anfänge von Bildung und Wissenschaft nach Griechenland zu tragen. Minister, Gebildete aller Herren Länder strömen zu der neuen Gesellschaft, die in Kürze — auch in Altgriechenland — zahlreiche Mitglieder (man spricht von 400000) zählt. Äußerlich unpolitisch, gelingt es ihr in unglaublich kurzer Zeit, höhere wie niedere Schulen mit dem Geist der Antike neuzubeleben und die Erinnerung an Hellas' große Heldenzeit wiederzuerwecken. Indem man Vergleiche zog zwischen damals und einer freudlosen Gegenwart, in der die Griechen als Rajas eines Fremdvolkes dahinlebten, war der geistige Boden für Abfallsideen bereitet.

Politische Schwierigkeiten des türkischen Reiches kamen hinzu. Zwar war die Pforte des Aufstandes in den Donauländern, nachdem Rußland 1812 seinen Frieden mit ihr gemacht und die Rumänen verraten hatte, ebenso Herr geworden wie der seelischen Krise. Und der unbotmäßige, selbstherrliche Satrap Ali Pascha von Janina hatte seine Selbständigkeitsgelüste mit dem Tode büßen müssen. Aber in Ägypten regte sich Mehemed Ali und die Flamme des Aufstandes auf dem Balkan schwelte weiter. Es bedurfte nur eines kleinen Funkens, um auch die Griechen aufzurütteln. Am 30. Januar 1821 starb Alexander Soutzo, der Hospodar der Walachei. Das war ein Flammenzeichen: Während ein Walache unbekannter Herkunft, Theodor Wladimiresko, mit einem Haufen von 15000 Arnauten (Soldaten albanischer Herkunft) auf Bukarest rückte, brach auch in der Moldau der Aufstand aus. Er wurde geleitet von Griechen, denen militärischer Dienst von hohem Rang im russischen Heere oder im Handel, namentlich in dem von Odessa ausgebauten Seeverkehr, erworbene Reichtümer das notwendige Relief gaben. Am 7. März 1821 zog Alexander Ypsilanti, Sproß eines in Konstantinopel lebenden griechischen Fürstengeschlechtes, selber in der Petersburger Militärakademie erzogen, in den russischen Kriegen, namentlich im Feldzug gegen Napoléon, bewährt und bis zum Generalmajor emporgestiegen, mit Arnauten und Griechen in Jassy ein. Wieder einmal bewährte sich die Richtigkeit des alten, in Vergangenheit und Gegenwart leider bewährten Satzes, daß ein guter General meist ein schlechter Politiker zu sein pflegt. Denn es war ein politischer Mißgriff, wenn Ypsilanti den Zeitpunkt für eine Proklamation gekommen hielt, in der er, die Griechen auch in Altgriechenland zum Freiheitskampfe aufmahnend,

die sichere Hilfe des russischen Zaren in Aussicht stellte. Wußte Ypsilanti so wenig von Politik oder verblendete ihn so sehr ein militärischer Erstlingserfolg, daß er glaubte, den geistigen Urheber der Heiligen Allianz und abgesagten Feind jeder freiheitlichen Völkerregung als Vorkämpfer der griechischen Abfallbewegung gewinnen zu können? Überschätzte er Capodistrias, des Günstlings des Zaren, Einfluß auf Alexander? Schätzte er die traditionelle antitürkische Politik Petersburgs, den auf die Türme der Hagia Sophia hypnotisiert gerichteten Blick jedes Nachfolgers Peters und Katharinas II. höher ein als Alexanders ureigenste Legitimitätsphantasien? Wie dem auch sei, kaum hatte dieser in psychologisch ungünstigstem Moment — er befand sich gerade auf der Laibacher Konferenz, damit befaßt, mit den Partnern am Vertrag vom 26. September 1815 die Unterdrückung der piemontesischen Unruhen zu beschließen — von Ypsilantis Zug und Proklamation erfahren, also er seine Aktion als „effet de l'exaltation qui caractérise l'époque actuelle" stigmatisierte und den russischen Generalmajor aus der Liste seines Heeres streichen ließ. Der russische Botschafter in Konstantinopel aber, Stroganoff, erhielt die Anweisung, in aller Form zu erklären, „la politique de S. M. serait de rester étrangère aux mesures qui pourraient menacer la politique de tout pays et de maintenir la stricte observation des traités en vigueur entre les deux Etats". Und gleichlautend war die Erklärung, die der andere Fahnenträger des Legitimitätsprinzips, Fürst Clemens Metternich, für Österreich in Konstantinopel abgeben ließ. In einer amtlichen Erklärung der in Laibach versammelten Souveräne wurde demgemäß erklärt: „Les Souverains, regardant comme nulle toute prétendue réforme opérée par la force ouverte, agiraient en conséquence dans les événements de Naples, du Piémont et dans ceux — là mêmes qui, dans des circonstances très différentes, mais par des combinations également criminelles, venaient de livrer la partie orientale de l'Europe à des convulsions incalculables". Kein Wunder, wenn der griechische Aufstand in den Donaufürstentümern zusammenbrach. Zwar hatte Ypsilanti auch im April in Bukarest einziehen können; zwar rief im Juli der Zar seinen Botschafter in Konstantinopel ab, weil die Hohe Pforte es geduldet hatte, daß wütende Janitscharen den griechischen Patriarchen, den man des geheimen Einverständnisses mit der griechischen Aufstandsbewegung bezichtigte, an dem Tore seines Palastes aufgehängt hatten (16. April). Aber noch ehe der Krieg mit Rußland drohte, waren schon Ypsilantis Anhänger beim Herannahen starker türkischer Heeressäulen von ihm abgefallen. Kurz nachdem er Wladimirseko wegen angeblichen Hochverrats hatte hinrichten lassen, mußte er selber, besiegt, im Juni auf österreichisches Gebiet übertreten. In Muncačs jahrelang gefangen gehalten, beschloß er 1827 sein Leben in Venedig.

Aber seine Tat war doch nicht umsonst gewesen: Sie hatte den Anstoß zu dem Aufstand gegeben, der im Peloponnes im März zum Ausbruch kam. Entfaltete dort am 25. März der Erzbischof Germanos die Freiheitsfahne, unbekümmert um den Bann, den die zu diesem Zweck eigens nach Konstantinopel einberufene Synode gegen alle Abfallenden geschleudert hatte, so wurde am 6. April ein vornehmer Grieche, Petro Mauromichalis, zum Generalissimus gewählt und eine Proklamation an die europäischen Mächte gerichtet, in der als Revolutionsziel bezeichnet wurde „de délivrer le Péloponèse de la tyrannie ottomane, de lui rendre la liberté, de combattre pour elle, pour la religion et pour cette terre illustre du génie et des vertus, à laquelle le reste de l'Europe était redevable des arts, des lumières et de tous les bienfaits de la civilisation". Mit der Anzeige war die Bitte um Waffen, Geld und Ratschläge verknüpft. Der Zeitpunkt war günstig; denn die besten Truppen des Sultans waren teils im Donaugebiet (nicht zuletzt wegen der Besorgnis russischer Intervention) und vor den Toren Janinas festgehalten. Mit Schnelligkeit griff der Aufstand um sich; bald stand neben Morea, Attika, Böotien, Phocis, Ätolien, Acarnanien in hellen Flammen. Wichtig war, daß Hilfe von den Inseln kam, deren see- und kriegserprobte Mannschaften, die bisher das Gros der türkischen Flottenbesatzungen ausgemacht, sich nicht mit Geldsendungen begnügten, sondern ihre kleinen, geraubten Schiffe in den Dienst der gemeinsamen Sache stellten, Waffen und Munition nach Altgriechenland schafften, die übrigen Inseln rebellierten, gelegentlich wohl auch die Türken durch Kreuzerfahrten bis zu den Dardanellen in Unruhe versetzten.

Wiewohl die mit äußerster Erbitterung und Grausamkeit geführten Kämpfe in Griechenland in Teilhandlungen zerfielen, vielfach auch den Charakter des Guerillakrieges annahmen, war doch Ende 1821 der gesamte Peloponnes mit den festen Plätzen Nauplia, Malvasia, Navarino und Tripolitza in den Händen der Griechen, die sich kurz vorher in Alexander Ypsilantis Bruder Demetrius den Führer erkoren hatten. Am 12. Februar 1822 glaubte man von Epidamus aus, wo sich unter Alexander Maurocordatos Leitung eine Nationalversammlung aufgetan hatte, eine provisorische Verfassung in 107 Artikeln verkünden zu dürfen, die eine Art von republikanischem Bundesstaat im Auge hatte. Die politische Lage, die durch das uralte Erbübel der Griechen, den Hader der Parteien, nicht gerade verbessert wurde, entsprach freilich nicht der auf dem Papier verwirklichten Staatsschöpfung. Zwar hatten die Griechen gerade in den Jahren 1822 und 1823 nicht unwichtige militärische Erfolge zu Wasser und zu Lande zu verzeichnen, aber der Zank der Parteien, immer von neuem entfacht, verhinderte, 1823 in offenen Bürgerkrieg ausartend, eine Auswertung der Erfolge. Und die Großmächte taten das

ihrige, um den griechischen Freiheitskampf zu sabotieren. Konnte sich der Zar, obwohl die diplomatischen Beziehungen zwischen Petersburg und Konstantinopel nicht wieder aufgenommen worden waren, nicht dazu entschließen, seine im Süden massierten Truppen in die türkischen Donauprovinzen einrücken zu lassen, so ließ Metternich keine Gelegenheit vorübergehen, die Griechen als verhaßte Revolutionäre zu brandmarken. Treulich gefolgt von Preußen, das in der damaligen Zeit keine selbständige Politik zu treiben vermochte, sondern willen- und gedankenlos im österreichischen Kielwasser plätscherte. Aber auch England vermochte sich, wenigstens solange Castlereagh das Ruder der Außenpolitik führte, zu keiner Sympathieerklärung für die um ihre Befreiung ringenden Griechen aufzuschwingen. Begreiflich genug freilich, wenn man sich daran erinnert, daß die türkische Freundschaft seit Jahrhunderten Angelpunkt der britischen Mittelmeerpolitik bildete. Allein Frankreich war es, das, obwohl seit 1818 an der Heiligen Allianz (im Gegensatz zu England) beteiligt, hellenistischen Gefühlen auch amtlichen Ausdruck verlieh. Bei dieser Auffassung der Mehrzahl der Großen war es Symptom ihrer politischen Einstellung, wenn die griechischen Abgesandten, Graf Metaxas und der französische Oberst Graf Jourdain, im Herbst 1822 keinen Paß nach Verona erhielten, wo gerade die Großmächte wieder einmal als unheilige Heilige Allianz Interventionen ausbrüteten. Es entsprach der Politik der Nesselrode und Metternich, wenn durch Zirkular vom 14. Dezember 1822 die griechische Freiheitsbewegung mit den Aufständen in Italien auf gleicher Linie behandelt wurde.

Erst Castlereaghs Selbstmord und die Übernahme des Portefeuilles durch Canning brachte eine Änderung und eine Besserung der diplomatischen Lage der Griechen. Bekämpfte er, berufen, bis 1827 die britische Außenpolitik zu fördern, die Interventionspolitik in Westeuropa, so legte er in der griechischen eine Haltung an den Tag, die schon das Ende der Heiligen Allianz ankündigte. Ohne sich freilich offen auf Seiten der Insurgenten zu stellen und immer wieder der Pforte seine Freundschaft und seine Rolle als natürlicher Beschützer gegen Rußland betonend, näherte sich Canning schon während der Tage von Verona den Griechen. Das wurde, nachdem er schon im Februar der Pforte zur Nachgiebigkeit geraten, deutlich, als er am 25. März 1823 die Rechtsmäßigkeit der von griechischen Schiffen gegen einige, von den Türken noch gehaltene feste Plätze ausgeübten Blockade anerkannte. Darin lag doch eine Anerkennung der Griechen als kriegführende Partei. Dieses Verhalten war von größter praktischer Bedeutung: Wollten sie nicht die griechische Frage in die Hände des britischen Außenministers gleiten lassen, mußten auch Wien und Petersburg ihre Haltung — wenigstens — modifizieren. Gelegentlich

der Czernowitzer Zusammenkunft (Oktober 1823) beschlossen die Monarchen Rußlands und Österreichs, die „partie révolutionnaire" von der „partie politique", d. h. die griechische Frage und die — noch immer nicht beigelegten — Differenzen Rußlands mit der Pforte zu trennen und das griechische Problem fürderhin als Angelegenheit „de souci européen" zu betrachten. Einen Monat später begannen Verhandlungen, um das Terrain für eine eventuelle Konferenz vorzubereiten. In einer note confidentielle vom 9. Januar 1824 wird die veränderte Haltung damit begründet, es sei wesentlich, „que les puissances qui sont parvenues à comprimer les révolutionnaires dans les deux péninsules, évitent de voir la cause des Grecs se renforcer par l'affluence de tous les révolutionnaires des contrées où l'ordre a été rétabli". Dann folgt ein Vorschlag — eine Neuauflage des uralten Satzes „Divide et impera" — zugunsten Rußlands. „Les pays insurgés" heißt es, „devraient être divisés en trois principautés, vasalles de la Porte. La première, composée de la Thessalie, de la Béotie et de l'Attique ou la Grèce orientale; la seconde composée de l'ancien littoral vénitien, abstraction faite de ce qui appartient à l'Antioche, de l'Epire et de l'Acarnanie ou la Grèce occidentale, la troisième, celle de la Morée, à laquelle on pourrait joindre l'ile de Candie, ou la Grèce méridionale." Empfahl sich die Vassalität aus historischen Gründen — die Note erinnerte an die Donaufürstentümer — so wies man hinsichtlich der Entwicklung Griechenlands darauf hin, daß die Schaffung der drei Fürstentümer die Stärke der griechischen Kräfte vermindern würde. Das war in Wahrheit der Grund des russischen Vorschlags, der einerseits das türkische Staatsgebiet verkleinern wollte, sich aber andererseits wohl hütete, einen freien und hinreichend starken Staat zn schaffen, der sich einer moskowitischen Vormundschaft entziehen konnte.

Durch Indiskretion bekannt geworden, veranlaßte das russische Projekt „des trois tronçons" einen scharfen Protest der Griechen — in London. Indem man unter Ablehnung einer „Hospodarisierung" Griechenlands (so Maurocordato) völlige Unabhängigkeit forderte, ließ man die Bemerkung fallen, ein freies Griechenland werde durch den Geist seiner Bevölkerung wie durch seine Lage englischen Interessen dienen. In seiner Antwort erklärte Canning, zwar sei der Zeitpunkt für eine Vermittlung noch nicht gekommen, doch werde England nie an einem Unternehmen sich beteiligen, das darauf abziele, Griechenland zu zwingen, einem Befriedungsplane zuzustimmen, der seinen Interessen widerstreite. Selbst Österreich wandte sich gegen das russische Teilungsprogramm. Zwar erklärte der Botschafter Lebzeltern in Petersburg, die Monarchie würde sich nie zu Zwangsmaßnahmen gegen die Pforte hergeben. Aber nicht ohne Bosheit fügte er hinzu, die einzig mögliche Lösung bestehe in der völligen Unabhängigkeit Griechen-

lands. Dieser Gegenvorschlag war nicht ungeschickt. Er traf ebensowohl die Pläne Alexanders wie diejenigen Cannings, dessen auf Demokratie basierender Politik Metternich eine andere entgegenzusetzen entschlossen war, die sich auf konservative griechische Politiker stützen sollte. Er konnte freilich nicht verhindern, daß sich Griechenland durchaus nach England zu orientieren begann. Es war zweifellos nicht ungeschickt, daß man — wenn auch zu dem erschreckend niedrigen Emissionskurs von 56% — sich mit Erfolg um eine Anleihe gerade auf dem englischen Markte bemühte und durch diese Verknüpfung mit der englischen Finanz auch indirekt auf das englische Kabinett zu drücken begann.

Niemals war dessen Hilfe vordringlicher geworden. Während des ganzen Jahres 1824 hatten die Griechen ihre Kräfte im wesentlichen in öden Zänkereien, die wiederholt durchaus das Gesicht eines Bürgerkrieges angenommen hatten, verzettelt. Die Türken aber, obwohl militärisch, finanziell, politisch in schweren Nöten, hatten gleichwohl ihre Hoffnung auf Wiederunterwerfung der Abtrünnigen nicht aufgegeben. Mohammed II. war sogar soweit gegangen, sich hilfesuchend an seinen verhaßten Vasallen Mehemet Ali von Ägypten zu wenden, den einzigen freilich, der, im Besitze eines europäisch ausgebildeten Heeres, in der Lage war, den Griechen mit Erfolg entgegenzutreten. Am 17. März zum türkischen Oberfeldherrn zu Wasser und zu Lande ernannt, arbeitete er alsbald einen Feldzugsplan aus, der auf die persönliche Wiedergewinnung der Seeherrschaft im Ägäischen Meere und die Wiedereroberung Moreas durch seinen Stiefsohn Ibrahim Pascha hinauslief. 1825 folgen sich die türkisch-ägyptischen Siege in nahezu ununterbrochener Kette. Am 23. Mai fiel der strategisch wichtige Platz Navarino, einen Monat später Tripolitza, Arkadiens Hauptstadt. In ihrer Not warfen sich die Griechen den Engländern in die Arme, denen sie sogar das Protektorat anboten. Zwar lehnten — mit Fug — die Engländer dieses ab, aber sie warnten doch gleichzeitig die Griechen, jenes einer anderen Macht anzubieten. Während Österreich an seiner Politik der griechischen Unabhängigkeit festhielt und eine Reise Metternichs nach Paris zu deren Annahme auch durch die Tuilerien führte, gelang es Cannings diplomatischem Geschick auch mit Rußland zur Einigung zu kommen. Als Spezialbotschafter anläßlich der Thronbesteigung Nicolaus' I. — Alexander war am 1. Dezember 1825 gestorben — im März 1826 nach Petersburg entsandt, legte der Herzog von Wellington dem Zaren eine Denkschrift vor, die Grundlinien einer russisch-britischen Verständigung über Griechenland enthielt. Sie bildeten die Basis für ein am 4. April 1826 unterzeichnetes Geheimprotokoll, in dem es heißt[1]):

[1]) State Papers 1829/30, S. 5.

— — 1. Que l'arrangement à proposer à la Porte si ce Gouvernement acceptait la médiation* offerte, aurait pour objet de placer les Grecs, à l'égard de la Porte Ottomane, dans la relatio nci-après mentionnée:

„La Grèce serait une dépendance de cet Empire, et les Grecs payeraient à la Porte un tribut annuel dont le montant serait d'un commun accord fixé d'une manière permanente. Ils seraient exclusivement gouvernés par des autorités choisies et nommées par eux-mêmes, mais dans la nomination desquelles la Porte aurait une certaine influence*.

Dans cet Etat*, les Grecs jouiraient d'une liberté publique complète de conscience et de commerce et dirigeraient exclusivement leur gouvernement intérieur.

Afin d'effectuer une séparation complète entre les individus des deux nations et de prévenir les collisions qui seraient la conséquence d'une lutte aussi longue, les Grecs achèteraient les propriétés des Turcs situées sur le continent de la Grèce ou dans les îles."

2. Dans le cas où le principe d'une médiation entre les Turcs et les Grecs aura été admis en conséquence des mesures prises dans cette vue par l'Ambassadeur de Sa Majesté Britannique à Constantinople, Sa Majesté Impériale emploierait dans tous les cas son influence pour atteindre l'objet de cette médiation. Le mode et le temps où Sa Majesté Impériale prendrait part aux négociations ultérieures avec la Porte Ottomane qui peuvent être la conséquence de cette médiation, serait ci-après déterminé du consentement commun du Gouvernement de Sa Majesté Britannique et de Sa Majesté Impériale.

3. Si la médiation* offerte par Sa Majesté Britannique n'avait pas été acceptée par la Porte*, et quelle que puisse être la nature des relations entre Sa Majesté Impériale et le Gouvernement Turc, Sa Majesté Britannique et Sa Majesté Impériale n'en considéreront pas moins les termes de l'arrangement spécifié dans le numéro 1 du présent protocole, comme la base de toute réconciliation à effectuer par leur intervention, soit de concert, soit séparément entre la Porte et les Grecs; et elles profiteront de toutes les occasions favorables pour employer leur influence auprès des deux Parties, afin d'effectuer leur réconciliation sur la base ci-dessus mentionnée.

4. Que Sa Majesté Britannique et Sa Majesté Impériale se réserveront d'adopter par la suite les mesures nécessaires pour régler les détails de l'arrangement en question ainsi que les limites du territoire et les noms des îles de l'Archipel auxquelles il sera applicable, et qu'il sera proposé à la Porte de comprendre sous la dénomination de Grèce.

5. Qu'en outre Sa Majesté Britannique et Sa Majesté Impériale ne chercheront dans cet arrangement aucun agrandissement de territoire, aucune influence exclusive ni avantages commerciaux* pour leurs sujets qui ne seraient pas également accessibles pour toutes les autres nations.

6. Que Sa Majesté Britannique et Sa Majesté Impériale désirant que leurs alliées deviennent parties aux arrangements définitifs dont le présent protocole contient l'esquisse, communiqueront confidentiellement cet instrument aux Cours de Vienne, de Paris et de Berlin et leur proposeront de garantir de concert avec l'Empereur de Russie le Traité au moyen duquel la réconciliation des Turcs et des Grecs sera effectuée, Sa Majesté Britannique ne pouvant garantir un tel Traité.

Zweifellos bedeutete das Petersburger Protokoll ein Zurückweichen Rußlands, während England in dem nun bevorstehenden diplomatischen Kampf mit der Pforte einen wichtigen Verbündeten gewonnen hatte. Juristisch sah das Protokoll ein Vasallitätsver-

* Sperrdruck mit * vom Verfasser dieses Aufsatzes.

hältnis vor, enthielt also — aber der militärisch-politischen Lage Griechenlands entsprechend — weniger als die österreichisch-französischen Projekte. Bekannter, übler Politik, die gerade bei Canning wundernimmt, entsprach die Einzel- oder Kollektivintervention in Nr. 3. Höchst wichtig und der alten anglo-russischen Rivalität conform, war der vertragliche Verzicht auf Sondereinfluß einer der Partner in Griechenland. Nun handelte es sich um die Gewinnung der anderen Mächte, vor allem aber der Pforte. Dieser war es im Hinblick auf ihre beinahe glänzende militärische Lage ganz gewiß nicht zu verdenken, wenn sie sich mit aller Kraft gegen jede Absplitterung Griechenlands sperrte.

Es war darum — Wien und Berlin waren ja nicht zu gewinnen — für die Petersburger Entente so überaus wichtig, daß es gelang, Frankreich herüberzuziehen. Karl X., in dem Philhellenismus, religiöses Gefühl und Ritterlichkeit sich mischten, trat sogar mit dem Vorschlag hervor, das Protokoll vom 4. April 1826 in einen feierlichen Vertrag umzuwandeln. Widerstand kam von Metternich. Dieser Führer des Interventionismus weigerte sich, gegenüber der Türkei Interventionspolitik mitzumachen. Und Friedrich Wilhelm III. von Preußen, obwohl glühender Philhellene, brachte den Mut zu einer selbständigen Großmachtspolitik nicht auf; Preußen blieb weiter Beiboot der österreichischen Staatsfregatte. Beide aber vermochten die Tripleentente zwischen St. James, dem Winterpalais und den Tuilerien nicht aufzuhalten: Am 6. Juli 1827 kam der grundlegende Vertrag zustande, mit dessem Abschluß schon seit Monaten zu rechnen gewesen war. Er lautet[1]:

Art. 1. Les Puissances contractantes[2] offriront à la Porte Otomane* leur médiation, dans la vue d'amener une réconciliation entre Elle et les Grecs.

Cette offre de médiation sera faite à cette puissance immédiatement après la ratification du Traité, au moyen d'une déclaration collective, signée par les Plénipotentiaires des Cours alliées à Constantinople, et il sera fait en même temps aux deux parties contendantes la demande d'un armistice immédiat entre Elles, comme condition préliminaire indispensable à l'ouverture de toute négociation.

Art. 2. L'arrangement à proposer à la Porte Ottomane* reposera sur les bases suivantes: —

Les Grecs relèveront du Sultan comme d'un Seigneur suzerain et en conséquence de cette suzeraineté, ils payeront à l'Empire Ottomane une redevance annuelle dont le montant sera fixé, une fois pour toutes, d'un commun accord. Ils seront gouvernés par des autorités qu'ils choisiront et nommeront eux-mêmes, mais à la nomination desquels la Porte aura une part déterminée.

Pour opérer une séparation entière entre les individus des deux nations et pour prévenir des collisions, suite inévitable d'une lutte aussi longue, les Grecs entreront en possession des propriétés Turques situées ou sur le continent ou dans les Iles de la Grèce, à la charge d'indemniser les anciens propriétaires, soit moyennant une somme annuelle à joindre à la redevance qu'ils payeront à la Porte, soit à l'aide de quelque autre transaction de la même nature.

---

[1]) State Papers 1829/30, S. 3.
[2]) England, Frankreich, Rußland.

Art. 3. Les détails de cet arrangement, ainsi que les limites du territoire sur le continent, et la désignation des Iles de l'Archipel auxquelles il sera applicable, seront déterminés dans une négociation à établir ultérieurement entre les Hautes Puissances et les deux Parties contendantes.

Art. 4. Les Puissances contractantes s'engagent à poursuivre l'œuvre salutaire de la pacification de la Grèce sur les bases posées dans les articles précédents, et à munir, sans le moindre délai, leurs représentants à Constantinople de toutes les instructions que réclame l'exécution du Traité qu'elles signent.

Art. 5. Les Puissances contractantes ne chercheront dans ces arrangements aucune augmentation de territoire, aucune influence exclusive, aucun avantage de commerce pour leurs sujets que ceux de toute autre nation ne puissent également obtenir.

Art. 6. Les arrangements de réconciliation et de paix qui seront definitivement convenus entre les Parties contendantes, seront garantis par celles des Puissances signataires qui jugeront utile ou possible de contracter cette obligation. L'action et les effets de cette garantie deviendront l'objet de stipulations ultérieures entre les Hautes Puissances.

Article additionnel.

Dans les cas où la Porte Ottomane n'accepterait pas, dans le terme d'un mois, la médiation qui Lui sera proposée, les Hautes Parties contractantes conviennent des mesures suivantes:

1. Il sera déclaré à la Porte par leurs Représentants à Constantinople que les inconvénients et les maux signalés dans le Traité patent comme inséparables de l'état de choses qui subsiste dans l'Orient depuis six ans, et dont la cessation, par les moyens à la disposition de la Snblime Porte Ottomane, paraît encore éloignée, imposent aux Hautes Parties contractantes la nécessité de prendre des mesures immédiates pour se rapprocher des Grecs.

Il est entendu que ce rapprochement s'opérera en établissant avec les Grecs des relations commerciales, en leur envoyant, à cet effet, et recevant d'eux, des agents consulaires en tant qu'il existera chez eux des autorités capables de maintenir de telles relations.

2. Si, dans ce même terme d'un mois la Porte n'acceptait pas l'armistice proposé dans l'article premier du traité patent ou si les Grecs se refusaient à son exécution, les Hautes Puissances contractantes déclareront à celle des deux Parties contendantes, qui voudrait continuer les hostilités, ou à toutes deux, s'il devenait nécessaire que les dites Hautes Puissances vont s'efforcer, par tous les moyens que les circonstances suggèreront à leur prudence, d'obtenir les effets immédiats de l'armistice dont Elles désirent l'exécution, en prévenant, autant qu'il sera en leur pouvoir, toute collision entre les Parties contendantes, et en effet, aussitôt après la susdite déclaration. Les Hautes Puissances emploieront conjointement tous leurs moyens pour en accomplir l'objet, sans toutefois prendre part aux hostilités entre les deux Parties contendantes.

En conséquence, les Hautes Puissances contractantes, immédiatement après la signature du présent article additionnel, transmettront des instructions éventuelles, conformes aux dispositions énoncées ci-dessus, aux Amiraux commandant leurs escadres respectives dans les mers du Levant.

3. Enfin, si, contre toute attente, ces mesures ne suffisent point encore pour faire adopter les propositions des Hautes Parties contractantes par la Porte Ottomane, ou si, de l'autre côté, les Grecs renoncent aux conditions stipulées en leur faveur dans le Traité de ce jour, les Hautes Puissances contractantes n'en continueront pas moins à poursuivre l'œuvre de la pacification sur les bases dont elles sont convenues entre Elles et en conséquence, Elles autorisent dès à présent, leurs Représentants à Londres à discuter et arrêter les moyens ultérieurs dont l'emploi pourrait devenir nécessaire.

Liest man den Text unvoreingenommen, so erkennt man in der Präambel den englischen Standpunkt in dem Hinweis auf die

Schädigung des europäischen Handels als Folge der griechischen Wirren. Im Grunde enthielt der Vertrag die personnelle Erweiterung des Petersburger Protokolls (das ja auch Vertrag war) mit einer „Vermittlung", die, bei Licht besehen, mehr Züge einer völkerrechtswidrigen diplomatischen Intervention aufwies. Denn die Verpflichtung der Parteien ging nicht nur dahin, sollte die Pforte innerhalb Monatsfrist nicht Waffenstillstand und Vermittlung annehmen, unmittelbar sich den Griechen, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiete, zu nähern, sondern man erklärte gleichzeitig — und deshalb war die „Vermittlung" vielmehr Intervention — man würde die widerstrebende Kriegspartei (eventuell beide! rebus stantibus konnte aber nur die siegreiche Pforte gemeint sein!) zwingen, die Vorschläge der Vertragsmächte anzunehmen. Das waren keine leeren Worte; schon ergingen entsprechende Anweisungen an die Admirale in den östlichen Meeren und an die diplomatischen Vertreter in London „pour discuter et arrêter les moyens ultérieurs dont l'emploi pourrait devenir nécessaire".

II. Abschnitt.

Vom Abschluß des Londoner Vertrages bis zur Anerkennung der griechischen Unabhängigkeit (6. Juli 1827 bis 3. Februar 1830).

Alsbald machte man sich ans Werk. Eine russische Flotte stieß zu der französischen und englischen, die schon im Mittelmeer weilten. Sie hatten von der Londoner Botschafterkonferenz den Auftrag erhalten, die Griechen als Freunde zu behandeln und im Falle des türkischen Widerstandes gegen den vorgeschlagenen Waffenstillstand jede Entsendung von Mannschaften, Waffen und Munition an die türkisch-ägyptische Armee zu unterbinden. Die Botschafter der Tripleentente in Konstantinopel, denen deren Flotten unterstellt wurden, erhielten die Anweisung, der Pforte den Julivertrag zu notifizieren und je nach erhaltener Antwort zur Durchführung des Waffenstillstandes oder zu Zwangsmaßnahmen gegen die Hohe Pforte zu schreiten[1]).

Die türkische Stellungnahme (eine eigentliche Antwort erfolgte überhaupt nicht, da der Reis Effendi sich weigerte, die Note entgegenzunehmen, so daß die Dragomane sie einfach auf einem Sofa liegen ließen!) mußte im Hinblik auf die militärischen Erfolge der Ägypter notwendig negativ sein[2]). Als am 31. August schließlich der Reis Effendi die politisch nicht gerade kluge Erklärung abgab[3]): „Ma réponse positive, absolue, définitive, in-

[1]) Vgl. Protokoll vom 12. Juli 27, Annexe A = Document IV bei Strupp, la situation internationale de la Grèce, 1917, S. 8 ff.

[2]) S. Protokoll vom 16. August 27 Nr. 5 mit Anlagen B, C, State Papers 1829/30 S. 224, 226, 227; DH. I 370 ff.

[3]) Prot. IV, Anlage A, a. a. O. 237.

variable, éternelle est que la Sublime Porte a'accepte aucune proposition concernant les Grecs, qu'elle persistera dans sa volonté à tout jamais et jusqu'au jour du dernier jugement", erging die Anweisung an die Admirale, jede Bewegung der ägyptisch-türkischen Flotte gegen die Küsten Griechenlands oder die Inseln zu hindern und die von den Griechen eingerichtete Blockade zu begünstigen. Wenn nun auch die Türkei sich auf Metternichs Rat, der sich damals den Griechen zu nähern begann, sich bereit erklärte, den Griechen Amnestie zu gewähren, so lehnte sie doch jegliche Autonomie strikt ab. Mit Fug konnte, rein juristisch gesprochen, der Reis Effendi am 9. September den Dragomanen erklären: „Nous avons des Traités avec la France, avec la Grande-Bretagne, avec la Russie; un seul de leurs articles donn-t-il droit aux prétentions élevées par ces Puissances? . . . D'où sont nées les propositions d'intervention? . . . La droiture et la raison la rejettent" [1]).

Nun galt es für die Mächte zu handeln. Rußland, das eben erst durch die am 11. April 1827 erfolgte Wahl des extrem russophilen Grafen Capodistrias zum Präsidenten der griechischen Exekutive einen erheblichen Erfolg davongetragen hatte und seine traditionelle turcophobe Politik wieder aufnahm, schlug in der Botschafterkonferenz vom 10. September 1827 die Blockade vornehmlich der Dardanellen vor, um der türkischen Hauptstadt die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden; Rußland selbst wollte mit eigenen Seestreitkräften den Bosporus blockieren [2]). Mit Recht wandte sich der englische Außenminister Dudley, Nachfolger des plötzlich verstorbenen Canning, in der gleichen Sitzung und erneut am 15. Oktober gegen diese Scheinfriedensblockade, die in praxi unmittelbar den Krieg heraufführen mußte.

Inzwischen verständigte man sich direkt mit Ibrahim Pascha. Am 26. September versprach dieser, ohne unmittelbare Anweisung von Konstantinopel oder Alexandrien, in den nächsten 25 Tagen nichts gegen die Griechen zu unternehmen. Als Mitte Oktober die Admirale Anzeichen dafür bekamen, daß der ägyptische Feldherr mit seiner Flotte aus der Bucht von Navarino auslaufen wollte, um die Griechen anzugreifen, beschlossen sie, von ihm die Räumung des Peloponnes und die Abfahrt seiner Flotte nach Alexandrien bzw. Konstantinopel zu fordern. Um dieser Forderung mehr Nachdruck zu verleihen, beschlossen sie weiter am 20. Oktober 1827 mit ihren Flotten — 27 Großschiffen mit 1270 Kanonen — in die Bucht von Navarino einzulaufen. Englische

[1]) State Papers a. a. O. 256. Vgl. dazu noch die englischen Parlamentsverhandlungen 1828, Hansard, parliamentary debates, new series vol. XVIII, S. 260 ff., 286.

[2]) State Papers a. a. O., Anlage zum Art. vom 10 September 27, S. 14—17. Siehe auch dort S. 19, 20, 261; siehe auch Strupp, situation S. 17—21.

Provokationen brachten den blutigen Zusammenstoß: Obgleich numerisch viel stärker — sie waren mit 82 Schiffen und über 2000 Kanonen in den Kampf eingetreten — unterlagen die Ägypter: Am Ausgang der Schlacht besaßen sie noch 29 Schiffe, 6000 Mann waren tot[1]).

Die Schlacht von Navarino löste in Griechenland, in Paris, in Petersburg hellen Jubel aus. Nicht so in Wien[2]) und in London, wo der Erstminister Lord Goderich und die Tories in tiefe Bestürzung über die einem alten Verbündeten an der Seite des russischen Gegners beigebrachte Niederlage gerieten. Freilich, die Politik blieb unverändert[3]). Auch von seiten der Türkei blieb eine kriegerische Stellungnahme aus. Man begnügte sich im Kronrat damit[4]), die diplomatischen Beziehungen mit den drei Mächten für abgebrochen zu erklären, verlangte aber in gerechter Entrüstung gleichwohl Schadensersatz und künftige Enthaltung von jeglicher Einmischung in die griechische Sache. Am 10. November lehnten die 3 Botschafter in Konstantinopel diese Forderungen ab[5]). Aber erst am 1. Dezember hörten die Verhandlungen auf, da die Pforte nach wie vor in der Hauptfrage begreiflicherweise unnachgiebig blieb[6]). Im Laufe des Dezember verließen die Vertreter der drei Mächte die türkische Hauptstadt, begaben sich aber, um nicht zu fern zu sein, nach Korfu; wie es in einer Depesche des russischen Außenministers Grafen Nesselrode an seinen Botschafter in London hieß[7]), „pour y représenter la politique toujours une de la triple alliance, pour éclairer les Grecs, éteindre leurs divisions et accélérer l'exécution du traité du 6 juillet". Die Pforte ihrerseits begann mit Verfolgungen gegen die „Franken" und rüstete zu dem vorauszusehenden Krieg mit Rußland, eventuell mit den drei Mächten. Es war darum überaus bedeutsam, daß die Londoner Botschafter am 12. Dezember eine Kundgebung ergehen ließen, in der ihr Standpunkt klar präzisiert wurde. Sie lautete[8]):

Les Plénipotentiaires des trois Cours, signataires du Traité du 6 Juillet, s'étant réunis en Conférence, lecture a été faite des Dépêches des Ambassadeurs de France et de la Grande Bretagne à Constantinople, en date du 11 Novembre.

D'après les données renfermées dans ces Documents, il paraît que le moment est arrivé, où, malgré leurs vœux et leurs efforts, les trois Puissances Alliées peuvent se voir enveloppées dans une Guerre avec la Porte Ottomane;

---

[1]) S. außer State Papers I 283, Strupp, situation S. 21, 22; Mendelssohn Bartholdy I 482 ff.

[2]) DH. I 385.

[3]) Vgl die interessanten Verhandlungen im Oberhaus, Hansard, parliamentary debates XVIII 284 ff.; ferner Gervinus VI 279 ff., 351 ff.; Mendelssohn-Bartholdy I 490 ff.

[4]) State Papers I 318; DH. I 388 ff.

[5]) eod. 321.

[6]) S. Strupp, situation 21—23.

[7]) Ebenda S. 24—34.

[8]) State Papers 1829/30, S. 22.

et, en conséquence, il a été jugé convenable, à la veille d'une crise aussi importante, de renouveler la manifestation solennelle des principes qui les ont guidés dans les Actes de Londres.

Les Plénipotentiaires déclarent donc, au nom de leurs Cours respectives, que si les mesures adoptées par le Gouvernement Turc prenaient malheureusement un caractère d'hostilité directe, le seul objet de la Guerre dans laquelle elles se trouveraient alors entrainées, serait encore celui qu'elles ont originairement essayé d'accomplir par la voie des Négociations:

Qu'en Guerre comme en Paix, leurs efforts seront dirigés vers la pacification du Levant, aux termes stipulés par le Traité de Londres.

Que la Renonciation entière de toute vue intéressée, qui formait une partie essentielle de leurs engagements primitifs, demeure en pleine force; et qu'elles prennent solennellement l'obligation, que les succès que leur supériorité semble leur promettre dans cette lutte, ne les porteront pas à rechercher aucun avantage exclusif, soit privilèges de Commerce, soit agrandissement de Territoire.

Efin, qu'en tout état de cause, elles se promettent mutuellement une active et réelle co-opération.

Ausdruck der Eifersucht der Tripleentente, entsprach diese Erklärung wenig den Wünschen Nesselrodes, wie das aus dem schon erwähnten langen Schreiben an den Botschafter Fürsten Lieven in London hervorgeht. Dort verlangt er schärfste gemeinsame Maßnahmen, insbesondere russische Besetzung der Donaufürstentümer im Namen der Entente, Krieg bis zum Nachgeben der Pforte, gemeinsame Flottenaktion vor Alexandrien und vor Konstantinopel, Subsidien an Capodistrias. Frankreich war bereit, einzuwilligen. Nicht so der neue englische Premier, der Herzog von Wellington. In einer Denkschrift vom 6. März 1828 wiederriet er den Bruch und empfahl statt dessen Durchführung des Julivertrags — zunächst durch Festsetzung der griechischen Grenzen[1]). Metternich, dessen Schaukelpolitik ihm die Sympathien aller, die Türkei inbegriffen, verscherzt hatte, schlug darauf am 15. März die griechische Unabhängigkeit vor. Zu spät. Denn bereits befanden sich die Russen im Kriege mit der Pforte auf dem Vormarsch über den Pruth. Während der Zar dem österreichischen Botschafter erklärte: „je répète que je déteste, que j'abhorre les Grecs pourqu'ils soient mes coreligionnaires . . . je les considère toujours comme des sujets en révolte contre leur Souverain légitime, je ne veux pas leur affranchissement, ils ne le méritent pas et ce serait un mauvais exemple pour tous les autres pays“ [2]), erklärte er sich entschlossen, allein oder mit England und Frankreich die Durchführung des Londoner Vertrages zu erzwingen. Im Gegensatz zu Frankreich protestierte der eiserne Herzog scharf gegen die Eventualität einseitiger Erzwingung der Stipulation, die ja nur gemeinsame Aktionen ausdrücklich vorsah[3]). Ohne Rußland an der Verwirklichung seines Programmes zu hindern, erklärte der englische Außenminister Earl Dudley den Julivertrag

[1]) S. Strupp, situation 37 ff. (auch schon 34 ff.).
[2]) Mendelssohn-Bartholdy II 513.
[3]) Vgl. Strupp, situation S. 44—50.

für erloschen. Damit war freilich Frankreich doch nicht einverstanden, das neue Verhandlungen à trois forderte. Selbst Rußland erklärte sich in einer Note vom 29. April und dem wichtigen Protokoll vom 15. Juni zur Mitarbeit und zum Verzicht auf seine Stellung als kriegführende Macht im Ägäischen Meere bereit[1]).

Noch wichtiger war der Beschluß vom 19. Juli, ein französisches Landungsheer mit Unterstützung der britischen Flotte nach Morea zu entsenden, um Ibrahim Pascha daraus zu vertreiben. England hat diese Intervention mit der sehr fadenscheinigen, juristisch unhaltbaren „Begründung" zu decken versucht, Capodistrias habe seine Intervention erbeten. Dabei war aber mindestens „übersehen", daß dieser nur Chef einer aufständischen türkischen Provinz, nicht aber eines unabhängigen Staates war, von dem allein ein solches Hilfegesuch hätte ausgehen können. Für Frankreich hat der Herzog von Broglie in einer berühmt gewordenen Rede vom 18. Mai 1833 als Gründe angegeben[2]): „Le gouvernement français ne voyait pas sans une grande inquiétude toutes les forces de la Russie se répandre dans les provinces du nord de la Turquie, il ne voyait pas non plus sans une grande inquiétude que la Porte pourrait-être livrée par une seule bataille. Il conçut la pensée de contrebalancer ce danger en faisant occuper par une armée française la Morée".

Wie dem auch sei, jedenfalls bedeutete der Beschluß vom 19. Juli 1828[3]) praktisch das Ende der Expedition Ibrahim Paschas. Mit etwas mehr Geschicklichkeit des Herzogs von Wellington oder seines neuen Außenministers, Lord Aberdeen, hätte man um die französische Aktion herumkommen können; denn die Pforte hatte nach Korfu wie nach London ihre Bereitwilligkeit zur Verständigung mitgeteilt. So aber lehnte man ab; am 7. August kam zwischen dem englischen Admiral Codrington und Mehemet Ali ein Abkommen zustande, in dem dieser sich verpflichtete, seinen Sohn mit seinem Heer abzuberufen und nur 1200 Mann zur Verteidigung der festen Plätze in Griechenland zu lassen[4]). Der französische General Maison landete überflüssigerweise trotzdem am 30. August mit 15000 Mann, nahm einen festen, türkischen Platz nach dem anderen und erklärte am 30. Oktober — seit dem 3. war kein Soldat Ibrahim Paschas mehr auf dem Boden Moreas! — das Befreiungswerk für vollendet.

Nun handelte es sich um die Schaffung des griechischen Staates, vor allem die Grenzziehung. Die Griechen verlangten die Linie Arta—Volo. Capodistrias wünschte darüber hinaus

[1]) State Papers I 77.
[2]) Strupp, situation 152.
[3]) Strupp a. a. O. 68—70.
[4]) S. den Text bei Lesur I 137.

noch Thessalien und den rein griechischen Teil von Epirus[1]). General Maison hätte den Isthmus überschritten, was Rußland, dessen militärische Lage damals nicht die beste war, contre cœur akzeptiert hätte. England aber widerstrebte[2]), ohne freilich durch Annahme des Metternichschen Unabhängigkeitsplans Rußland zu contrecarrieren. In sehr wichtigen Beschlüssen kam die Botschafterkonferenz am 16. November 1828 zu einer Ablehnung des französischen Vormarsches, zur ganz provisorischen Umreißung nicht der Grenzen Griechenlands, aber doch der Gebiete, die jedenfalls nicht mehr türkisch sein sollten und zur Wiederaufnahme direkter Verhandlungen mit Konstantinopel[3]).

Nun begann zwischen den Mächten ein widerliches Feilschen über die Grenzen Griechenlands. England vor allem, das jenes unter der Herrschaft „eines russischen Vasallen" (gemeint war Capodistrias) nicht zu groß werden lassen wollte, weigerte ihm Attika, das seit unvordenklichen Zeiten türkisch gewesen sei. Mit Recht meint Mendelssohn[4]): „Die Mächte, welche bei Navarin für die griechische Sache eingetreten waren, begnügten sich jetzt mit einem Minimum und schickten sich an, Griechenland wie eine Materie gefährlichen Giftstoffes abzusondern und einzuengen. Von drei Diplomaten, die Hunderte von Meilen entfernt, Griechenlands Geschicke abwogen und entschieden, durfte man weder Verständnis noch Interesse für die nationale Aufgabe des werdenden Staates erwarten; ohne es zu bemerken, verwechselten sie einen zum Erstickungstod aus Blutmangel bestimmten politischen Embryo mit einem lebenswichtigen Staat." Griechenland schäumte über sein zukünftiges Gebiet, das zunächst nur Morea und die Cycladen umfassen sollte, der Pforte war das begreiflicherweise noch zu viel. Am 12. Dezember einigten sich aber die in Paris residierenden Vertreter der Mächte. Unter Ablehnung von 4 verschiedenen Vorschlägen, die letztere von ihnen selbst unterbreitet[5]) und zwei griechischen, empfahlen sie die Linie Arta—Volo unter Verzicht auf Samos, aber mit dem Versprechen, den Türken die freiwillige Hinzufügung von Samos und Kreta anzuraten. Weiter schlugen sie als Staatsform die Erbmonarchie vor, die auch schon Capodistrias dem Zaren als einziges Mittel gegen Anarchie und Demokratie empfohlen hatte[6]). Die wichtige Note vom 12. Dezember selber lautet[7]):

Après de mûres délibérations sur les renseignemens fournis par le Gouvernement Grec, — après de fréquentes communications avec M. le Comte Ca-

[1]) Memorandum vom Dezember 1827 bei Lesur auf 1828 II 145 ff.
[2]) S. die interessanten Verhandlungen State Papers I 107—122.
[3]) Strupp, situation 74—80.
[4]) a. a. O. II 106.
[5]) State Papers I 411 ff., 429.
[6]) eodem 151 ff.
[7]) eodem 405.

podistrias, — les Représentans, se conformant avec soin aux Instructions dont ils sont munis en commun, s'accordent pour consigner dans ce Protocole leur opinion définitive sur les divers points du Traité de Londres, à l'égard desquels une décision est réclamée de la bienveillance des Cours.

C'est en reconnaissant, d'une part, que des détails tout-à-fait exacts de la statistique de la Grèce, où la ruine, suite de la guerre, a succédé au pouvoir arbitraire des Pachas, sont impossibles à trouver; — de l'autre que les informations recueillies malgré ces difficultés suffisent, néanmoins, pour fournir des données utiles, et des estimations approximatives; — c'est en suivant religieusement les principes et l'objet du Traité qui a voulu la pacification du Levant, par le moyen, s'il est encore possible, d'une médiation; — c'est enfin en se bornant à chercher pour la Grèce des garanties de tranquillité et des moyens faciles de défense, que les représentans ont adopté les conclusions suivantes, sur les quatre Questions spécifiées dans leurs Instructions, savoir: la Délimitation, le Tribut, l'Indemnité et le rapport de Suzeraineté à établir entre la Porte Ottomane et le Gouvernement Grec.

1. Dans la circonscription indiquée par les Instructions, les seules parties de la Grèce actuellement délivrées de la présence des Turcs, sont la Morée, les Iles, et quelques portions détachées de la Roumélie.

2. Celles des parties du Continent Grec qui ont pris la part la plus active et la plus soutenue à l'insurrection, et dans lesquelles généralement la Population Chrétienne offre, en raison de son nombre et de l'étendue relative de ses propriétés, les meilleurs titres à l'Indépendance que veut le Traité, se trouvent comprises entre l'Isthme de Corinth et les hautes Montagnes qui traversent le Continent depuis le Golfe d'Arta jusqu'à ceux de Zéitoun et de Volo.

3. Sous le point de vue de la défense maritime, et à n'envisager d'abord que la Morée, il serait d'une haute importance pour le repos et le sécurité de cette Péninsule que les Grecs fussent mis en possession de la rive septentrionale du Golfe de Corinthe, et même de celle du Golfe de Patras, quoique cette dernière soit, dans ce sens, d'une nécéssité moins grande. En examinant sous le même rapport la situation de l'Attique, de la Béotie, et de la Locride, il serait à craindre que ces Provinces ne pussent jouir d'une tranquillité durable, si l'Ile de Nègrepont devait point leur être annexée.

4. Aucune Ligne réunissant sur toute sa longueur les qualités requises, et embrassant en même temps le littoral indiqué dans le paragraphe précédent, ne se trouve parmi celles que les instructions ont spécifiées. Du côté de terre, les monts Parnès et Cithéron offriraient une Ligne facile à défendre, et sépareraient assez bien les Populations placées en deça et au délà; mais cette Ligne serait défectueuse quant au littoral, et laisserait de plus en dehors une portion très considérable de la Population insurgée. La Ligne qui, partant des Thermophyles parcourt les crêtes des Monts Oeta et Corax, et tombe enfin sur Lépante, quoiqu'elle remplisse les conditions requises dans la plus grande partie de sa longueur, ne suffirait pas toutefois à celle de la défense, à moins de constructions couteuses, et dans ce cas-là même elle resterait encore imparfaite sous d'autres rapports. La Ligne du mont Oeta, prolongée jusqu'au Golfe Ambracique, offrirait sans doute une barrière des plus fortes pour la défense et la séparation des Habitans. Elles comprendrait les Provinces qui formaient autrefois la Grèce propre ou la Hellas; — mais elle exigerait des travaux d'art plus ou moins dispendieux pour fermer le passage des Thermophyles; et elle laisserait en dehors la position du Golfe de Zéitoun, dont la possession par les Turcs menaceroit la Ligne défensive de la Grèce, et exposeroit ses communications maritimes à des gênes et des froissemens continuels.

5. Les deux Lignes de Frontière proposées par le Gouvernement Grec, outre leur défectuosité spéciale, embrasseroient la Thessalie et l'Epire, dont quelques districts seuls ont pris part à l'insurrection, et dans lesquelles plusieurs des Capitaines ont même porté les armes pour la Porte, en même temps que la généralité des Grecs y est demeurée paisible avec les Turcs établis dans ces Pro-

vinces. C'est pourquoi ces deux Lignes ne pourraient être adoptées sans contrevenir aux principes sur lesquels les Représentans sont tenus par leurs Instructions de baser leur opinion.

6. Pour compléter le système de défense, et donner à celui de la séparation les meilleures garanties, pour satisfaire aux vœux de la grande majorité des Grecs, et répondre enfin avec plus d'efficacité que ne le feroit toute autre Ligne proposée, à la totalité des conditions spécifiées dans les Instructions, la Frontière de la Grèce doit être avancée jusqu'au Golfe d'Arta, et au défilé de Macrinoros d'une part, et de l'autre, jusqu'à la chaîne du mont Othryx près de l'entrée du Golfe de Volo, à moins que des considérations d'un ordre supérieur ne viennent imposer le devoir de fixer les limites de la Grèce par d'autres règles que celles qui, d'après le texte de leurs Instructions, ont dû guider l'opinion des Représentans.

7. Pour établir cette Frontière, il faudroit faire partir les Garnisons Turques de plusieurs Forts et positions; et il faudroit même, d'après la lettre du Traité, faire sortir du Territoire les Habitans Turcs, qui, suivant les informations fournies par le Gouvernement Grec, sont au délà de 8000, domiciliés principalement dans le Nègrepont, à Zéitoun, et à Patradjick. Cette double opération, vu l'état actuel des Grecs, exigeroit l'emploi des Forces Alliées.

8. Quant aux Iles, les parallèles de latitude et de longitude spécifiés dans les Instructions, renfermeront (à l'exception de Samos) toutes celles-ci qui, en raison de leur population, de leurs propriétés, de la part qu'elles ont prise à l'insurrection, et de leur séparation entière des Turcs, réclament, aux plus incontestables titres, le droit de faire partie du nouvel Etat Grec. Mais en dehors de ces Lignes, sé trouvent les Iles de Samos et de Candie, qui bien qu'éloignées du Corps de le Grèce, y sont associées par des intérêts communs; et quoique placées entre elles dans des catégories différentes elles méritent la bienveillante attention des Cours, en raison de leurs titres à l'apqlication du Traité de Londres en leur faveur. Quant à l'île de Nègrepont, elle se lie si immédiatement aux parties adjacentes du Continent Grec, que dans l'indication de la Frontière la plus convénable pour celui-ci, elle a déjà pris la place que lui assignent la nature et les besoins de la Grèce.

9. La Part que la Porte Ottomane doit prendre à la nomination des Autorités Grecques, devant se borner à l'autorité principale, et n'ayant pas d'autre but que celui de marquer le rapport de suzeraineté entre la Porte et la Grèce, de manière toutefois à donner à la première une garantie qui soit compatible avec la paix et le bien-être du Nouvel Etat, il y a nécessité de rendre un seul Individu dépositaire de l'Autorité centrale de la Grèce, et d'en attribuer la succession aux héritiers légitimés de cet Individu . . . (omissis).

Dabei war von vornherein klar, daß als zukünftiges Staatshaupt kein Prinz aus dem Fürstenhaus einer der Ententestaaten in Frage kommen konnte. Nesselrode und sein Herrscher hofften dabei stark auf ein Fürstentum des völlig Petersburg ergebenen Capodistrias. Um sich die griechischen Sympathien zu gewinnen, bekämpfte daher der russische Außenminister im Einvernehmen mit Frankreich die britische Tendenz, Griechenland in möglichst engen Grenzen herzustellen. Als sein Londoner Botschafter am 22. März 1829 ein Memorandum auf der Basis des Protokolls von Poros vorlegte, mit der Grenzlinie Arta-Volo und der Abtretung von Kreta, fand jenes überraschenderweise Englands Zustimmung, von dessen Außenpolitik Metternich mit Recht gesagt hatte: „Das russische Kabinett wünscht die griechische Frage mit dem eigentlichen Frieden abzumachen. Das englische will vorher ab-

KATEDRA PRAWA MIĘDZYNARODOWEGO PUBLICZNEGO U. J.

machen“ [1]). Das am gleichen Tage abgeschlossene Protokoll, das dem Poros-Protokoll entsprach, aber zur Linie Arta—Volo noch Euböa und die Cycladen, nicht aber Kreta hinzufügte, lautet [2]):

Présens: — Les Plénipotentiaires de la Grande Betragne, de France, et de Russie.

Les Plénipotentiaires de l'Alliance ... ont arrêté ce qui suit:

Les Ambassadeurs de France et de la Grande Bretagne près la Porte Ottomane, ouvriront à Constantinople aussitôt qu'ils y seront arrivés une Négociation avec le Gouvernement Turc au nom des trois Cours signataires du Traité du 6 juillet 1827 sur la pacification et l'organisation future de la Grèce conformément aux bases ci-après indiquées.

Il reste bien entendu toutefois que chacune des cours Alliées se réserve le droit de peser le mérite des objections que ferait la Porte Ottomane aux propositions qui lui seront communiquées en vertu du présent Protocole et que dans le cas ou ces objections s'élèveraient, il pourrait être concerté entre les trois Puissances d'autres propositions fondées sur le désir, qui les animera toujours de terminer promptement la question dont elles s'occupent en ce moment.

DELIMITATION CONTINENTALE ET INSULAIRE.

Il sera proposé à la Porte que la Délimitation Continentale ait son point de départ près de l'entrée au Golfe de Volo, puis de là gagnant la crête de l'Othrix elle en suivra tout le cours jusqu'à la sommité située à l'est d'Agraphan qui forme son point de jonction avec la chaine du Pinde. De cette sommité elle descendra dans la Vallée de l'Aspropotamos par le sud de Leontitos qu'elle laissera à la Turquie traversant ensuite la Chainon du Macrinoros, elle englobera dans le territoire Grec le Défilé de ce nom qui vient de la Plaine d'Arta et aboutira à la Mer par le Golfe Ambracique. Toutes les provinces situées au Sud de cette Ligne seront comprises dans le nouvel Etat Grec.

Les Iles adjacentes à la Morée, l'Ile d'Eubée ou Nègrepont et les Iles communément appelées Cyclados feront partie de cet Etat

TRIBUT.

Il sera proposé à la Porte Ottomane au nom des trois Cours que les Grecs lui payent un Tribut Annuel dont le total soit de 1,500,000 piastres Turques.

Pour prévenir toute contestation, le rapport de la piastre Turque avec la piastre forte d'Espagne sera déterminé une fois pour toutes d'un commun accord.

Vu l'Etat de pénurie où la Grèce se trouve réduite, il sera convenu qu'à dater du moment ou le payement du Tribut doit commencer la Grèce payera à la Porte pour la première Année une Somme qui sera ni moins du 5me, ni plus d'un 3rs de la totalité du Tribut, que cette Somme s'augmentera d'Année en Année jusqu'à ce que dans le cours de 4 Ans, le Tribut Annuel atteigne le maximum de 1,500,000 piastres que l'Etat continuera à acquitter tous les Ans, sans autre diminution ni addition quelconque.

INDEMNITE.

Il sera proposé à la Porte Ottomane que l'Indemnité mentionnée en l'Article II du Traité du 6 Juillet 1827 soit réglée d'après le mode indiqué ci-dessous.

Seront admis à faire valoir leurs titres.

1. Les particuliers Musulmans, Propriétaires de biens fonds situés dans le Territoire qui devra former la Grèce.

2. Les Particuliers Musulmans qui, soit comme usufruitiers soit comme Administrateurs héréditaires avoient un intérêt utile dans les vacoufs-ady relevant des Mosquées situées dans ce même territoire sauf à en déduire la rétribution dont ces Vacoufs étaient grevés.

---

[1]) Mendelssohn-Bartholdy II 124; s. auch State Papers I 151 ff., 158 ff.
[2]) State Papers a. a. O. 131; dazu DH. I 433 ff.

Les particuliers Musulmans de ces deux catégories dont les titres auront été reconnus en régle seront libres de vendre eux-mêmes leurs Propriétés dans le délai d'une Année, sauf payement préalable des créances hypothéquées sur elles. Si, durant ce terme, cette vente n'avait pas été effectuée, des Commissaires évalueront les biens non vendus et une fois que le montant de la Somme qui sera due aux anciens Propriétaires leurs héritiers ou ayant cause sera fixé, le Gouvernement Grec, à mesure que les liquidations seront faites, délivrera aux créanciers reconnus des créances sur l'Etat remboursables à des époques déterminées.

La vérification des titres ainsi que l'estimation des propriétés seront confiées à une Commission Mixte composée de Commissaires Grecs et Musulmans en nombre égal des deux côtés qui sera chargé de recevoir et d'examiner dans le plus bref délai toutes les réclamations et de prononcer sur la validité des Documens qui seront produits devant elle. La Commission fixera en outre des principes généraux pour les cas ou les titres des réclamans auraient péri durant la Révolution et ces principes seront portés à la connaissance des parties intéressées.

Pour résoudre entre les Commissaires Grecs et les Commissaires Ottomans les difficultés auxquelles ces opérations pourront donner lieu et afin d'établir en même temps, un mode propre à abréger le terme de cette liquidation et à conduire dans chaque cas à une décision définitive, il sera instituée une Commission d'Appel et d'Arbitrage composée de Commissaires des trois Puissances Alliées qui prononceront en dernier ressort sur toutes les réclamations au sujet desquelles les Commissaires Grecs n'auront pu s'entendre.

SUZERAINETE.

La Grèce jouira sous la Suzeraineté de la Porte de l'Administration intérieure la plus propre à lui garantir la liberté religieuse et commerciale ainsi que la prospérité et le repos qu'il s'agit de lui assurer.

Dans ce but cette Administration se rapprochere autant que possible des formes Monarchiques et sera confiée à un Chef ou Prince Chrétien, dont l'autorité sera héréditaire par ordre de primogéniture.

En aucun cas ce Chef ne pourra être choisi parmi les Princes des Familles qui règnent dans les trois Etats signataires du Traité du 6 Juillet 1827 et le premier choix s'effectuera de concert entre les trois Cours et la Porte Ottomane.

Pour marquer les relations de vasselage de la Grèce envers l'Empire Ottoman, il sera convenu qu'outre le payement du tribut annuel tout Chef de la Grèce quand l'autorité héréditaire lui sera dévolue, recevra l'investiture de la Porte et lui payera une année de tribut supplémentaire à son avènement au pouvoir.

En cas d'extinction de la branche régnante la Porte participera au choix d'un nouveau Chef comme elle aura pris part au choix du premier.

AMNISTIE ET DROIT D'EMIGRATION.

La Porte Ottomane proclamera une Amnistie pleine et entière afin qu'aucun Grec dans l'étendue de ses Etats ne puisse par la suite être inquiété à raison de la part qu'il aura prise à l'insurrection de la Grèce.

Le Gouvernement Grec de son côté fera jouir du même genre de sécurité dans les limites de la Grèce tous les Chrétiens ou Musulmans qni auront pris un parti contraire.

La Sublime Porte accordera à ceux de ses Sujets Grecs qui désiereront quitter le territoire Turc, un délai d'un an pour vendre leurs propriétés et sortir librement du Pays. Le Gouvernement Grec laissera la même faculté à ceux des habitans de la Grèce qui préféreront rentrer sur le territoire Ottoman. Les rapports commerciaux entre les Turcs et les Grecs seront ultérieurement définis aussitôt que les points spécifiés dans le présent Protocole auront été réglés.

Les Ambassadeurs de France et de la Grande Betragne seront chargés de réclamer de la Porte Ottomane la maintien de l'Armistice que le Reis Efendi

par une lettre adressée le 10 Septembre dernier aux Représentans de l'Alliance dans l'Archipel a déclaré exister de fait de la part des Turcs envers les Grecs.

Les trois Cours réclameront également en se fondant sur l'existence de ce même Armistice sur les démarches qu'elles font pour en assurer le maintien et sur les négociations qui vont s'ouvrir à Constantinople dans le but de fixer le sort de la Grèce que le Gouvernement provisoire de la Grèce fasse rentrer dans les limites du territoire garanti par l'Alliance des Troupes Grecques qui en sont sorties sans toutefois que cette dernière démarche préjuge aucunement sur la question de la délimitation du futur Etat Grec.

Les arrangements ci-dessus indiqués une fois conclus avec la Porte seront placés conformément à l'Article VI du Traité du 6 Juillet sous la garantie de celles des Puissances signataires qui jugeront utile ou possible de contracter cette obligation dont les effets et l'action deviendront l'objet de Stipulations ultérieures entre les Hautes Puissances ainsi que le porte le dit Article du Traité du 6 Juillet. Il est néanmoins entendu dès à présent que la garantie en question assurera la Porte Ottomane contre toute entreprise ou acte hostile de la parte des Grecs et les Grecs contre toute entreprise ou acte hostile de la part de la Porte.

Les Ambassadeurs de France et de la Grande Bretagne ne pourront conclure aucun arrangement qui s'écarterait des bases ci-dessus établies.

Bien que dans cette négociation la Russie consente à n'être pas représentée par un Plénipotentiaire Russe, il est entendu que cette même négociation sera conduite par les Représentans des Cours de Londres et de Paris au nom de la Russie comme au nom de l'Angleterre et de la France, que toutes les propositions seront articulées de la part des trois Puissances Contractantes du Traité du 6 Juillet 1827 et que nulle demande tenant à exclure la Russie directement ou indirectement de la négociation dont il s'agit ou de ses résultats ne pourra jamais être admise.

Les Représentans de la France et de la Grande Bretagne s'efforceront par tous les moyens en leur pouvoir d'obtenir dans le plus bref délai possible l'adhésion de la Porte aux propositions qu'ils seront chargées de lui faire. En tout état de cause, ils réclameront du Gouvernement Ottoman des promptes réponses à ces propositions.

Les rapports officiels auxquels ces négociations donneront lieu seront rédigés en ce commun et signés par les deux Plénipotentiaires en triple expédition dont une sera adressée à chacune des Puissances Contractantes.

Le présent Protocole en ce qui concerne les bases de la négociation que les Ambassadeurs ont à ouvrir avec la Porte Ottomane et le mode qu'ils doivent suivre dans la marche de ces négociations leur tiendra lieu d'instructions.

Le Plénipotentiaire de Sa Majesté l'Empereur de Russie a formellement déclaré être autorisé par son Souverain à consentir à ce que les Ambassadeurs de France et de Grande Bretagne négocient avec le Gouvernement Ottoman au nom de Sa Majesté Impériale et à considérer dès ce moment les dits Ambassadeurs comme munis des pleins pouvoirs nécessaires pour traiter de la part de la Russie sur les bases et suivant les conditions arrêtées plus haut.

Les Plénipotentiaires de France et de la Grande Bretagne ont annoncé qu'en conséquence de cette déclaration et dans la vue d'accomplir l'objet du présent Protocole, les Représentans de leurs Cours près de la Porte Ottomane se regarderaient sans qu'il soit besoin d'autres formalités, comme dûment autorisés à traiter tant au nom de l'Empereur de Russie qu'à celui de leurs Souverains respectifs et recevraient l'ordre de se rendre sans retard à Constantinople pour y ouvrir les négociations au nom collectif des trois Cours Alliées et conformément aux bases et conditions ci-dessus fixées d'un commun accord:

ABERDEEN. LE PRINCE DE POLIGNAC. LIEVEN.

Zwar erklärte sich Griechenland mit dem Protokoll nicht einverstanden, aber man ging darüber zur Tagesordnung über. Am

15. Juli nahm dagegen die Türkei, beeindruckt durch die russischen militärischen Erfolge, an[1]). In besonders feierlicher Form in Art. 10 des Adrianopler Friedens mit Rußland vom 2./14. September 1829, in dem es heißt: „La Sublime Porte, en déclarant son entière adhésion aux stipulations du Traité conclu à Londrés le 24 juin/6 juillet 1827 entre la Russie, la Grande-Bretagne et la France, accède également à l'Acte arrêté le 10/22 mars 1829, d'un commun accord entre ces mêmes Puissances, sur la base duelit Traité et contenant les arrangements de détail relatifs à son exécution définitive. Aussitôt après l'échange des ratifications du présent Traité de paix, la Sublime Porte nommera des Plénipotentiaires, pour convenir avec ceux de la Cour Impériale de la Russie et des Cours d'Angleterre et de France de la mise à exécution desdits stipulations et arrangements."

Nicht ohne Schrecken hatte Wellington diese völlige Kapitulation der Türkei gesehen. Vor seinem Auge stieg immer deutlicher das Gespenst eines russischen Tributärstaates und des russischen Übergewichts im Orient auf. Nur völlige Unabhängigkeit konnte Griechenland vor russischer de facto-Vassalität bewahren. Freilich erst 1830 kam die neue englische Politik ans Ziel. Zwar war Rußland bereit, die Unabhängigkeit Griechenlands zu akzeptieren. Aber Wellington, der nunmehr Angst vor der Schaffung eines gegenüber der Türkei zu starken Griechenlands hatte, weigerte diesem Kreta, Samos. Mehr noch. Die Eintagspolitik des eisernen Herzogs ließ Acarnanien, Nordätolien und das Sperchiustal bei der Türkei. Man ließ Griechenland nur die Linie Mündung des Aspropotamos bis zu der des Sperchius, da England noch überdies einen zu engen Kontakt Griechenlands mit den 1815 unter sein Protektorat gekommenen ionischen Inseln fürchtete. Combothecra[2]) hat schon Recht, wenn er meint: „La Grèce est devenue souveraine à la suite d'un jeu de rivalités de toutes les puissances dont aucune n'avait désir sincère ni intérêt supérieur que soit réalisée l'indépendance entière de la Grèce; toutefois, l'effort de leurs intrigues à profité à la Grèce . . . le faux désintéressement des puissances a effectué la délivrance complète de la Grèce . . .". Niederschlag dessen das grundlegende, von Griechenland und der Pforte angenommene Protokoll vom 3. Februar 1830[3]):

Présents: les Plénipotentiaires de Russie, de France et de la Grande-Brétagne:

Les Plénipotentiaires des trois Cours s'étant réunis au Département des affaires étrangères:

A l'ouverture de la conférence, le Plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique et celui de Sa Majesté très chrétienne témoignent au Plénipotentiaire de Sa Majesté Impériale le désir de savoir sous quel point de vue il envisage

[1]) Siehe State Papers 177—182; Strupp, situation S. 87–93; DH. I 445 f.
[2]) Trois pays garantis, 1917, S. 24.
[3]) Strupp, situation 97 ff., DH. I 454 ff.

l'art. 10 du traité signé récemment à Andrinople entre la Russie et l'Empire Ottoman, article qui a rapport aux affaires de la Grèce.

Les Plénipotentiaires de Sa Majesté Impériale déclarent que l'art. 10 du traité en question n'invalide pas les droits des alliés de l'Empereur, n'entrave pas les délibérations des Ministres réunis en conférence à Londres, et ne met aucun obstacle aux arrangements que les trois Cours jugeraient d'un commun accord être les plus utiles et les mieux adaptés aux circonstances.

A la suite de cette déclaration, le Plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique fait part à la Conférence d'une dépêche collective, ci-jointe sub. Lit. A. par laquelle les Ambassadeurs de la France et de la Grande-Bretagne à Constantinople transmettent une déclaration de la Porte Ottomane, en date du 9 septembre, également ci-joint sub. Lit. B. et qui annonce que la Porte, ayant déjà adhéré au traité de Londres, promet et s'engage de plus aujourd'hui, vis-à-vis des Représentants des Puissances Signataires dudit traité, à souscrire entièrement à toutes les déterminations que prendra la Conférence de Londres relativement à son exécution.

La lecture de ce document fait unanimement reconnaître l'obligation où se trouve l'Alliance de procéder, avant tout, à l'établissement immédiat de l'armistice sur terre et sur mer entre les Turcs er les Grecs.

Il est résolu, en conséquence, que les Plénipotentiaires des trois Cours à Constantinople, leurs Résidents en Grèce et leurs Amiraux dans l'Archipel recevront sans délai l'ordre de réclamer et d'obtenir des parties contendantes une prompte et entière cessation d'hostilités.

A cet effet, des instructions ci-annexées sub. Lit. C. D. E. ont été concertées et arrêtées pour les dits Plénipotentiaires et Résidents, ainsi que pour les trois Amiraux le rétablissement de la paix entre la Russie et la Porte permettant à l'Amiral russe de reprendre part aux opérations de ses collègues d'Angleterre et de France.

Ces premières déterminations convenues, les membres de la Conférence trouvant que les déclarations Ottomanes les mettent dans le cas de concerter les mesures qui leur paraissent préférables d'adopter dans l'état actuel des choses et désirant apporter aux dispositions antérieures de l'Alliance les améliorations les plus propres à assurer de nouveaux gages de stabilité à l'œuvre de paix dont Elle s'occupe, ont, d'un commun accord, arrêté les clauses suivantes:

1. La Grèce formera un Etat indépendant*, et jouira de tous les droits politiques, administratifs, et commerciaux, attachés à une indépendance complète.

2. En considération de ces avantages accordés au nouvel état et pour déférer au désir qu'a exprimé la Porte d'obtenir la réduction des frontières fixées par le Protocole du 22 mars, la ligne de démarcation des limites de la Grèce partira de l'embouchure du fleuve de l'Aspropotamos, remontera ce fleuve jusqu'à la hauteur du lac d'Anghelocastro, et, traversant ce lac, ainsi que ceux de Vrachori et de Saurovitza, elle aboutira au mont Artotina, d'où elle suivra la crête du mont Oxas, la vallée de Calouri et la crête du mont Oeta, jusqu'au Golfe de Zeitoun, qu'elle atteindra à l'embouchure du Sperchius.

Tous les territoires et pays situés au sud de cette ligne que la Conférence a indiqués sur la carte ci-jointe, appartiendront à la Grèce, et tous les pays et territoires situés au Nord de cette même ligne continueront à faire partie de l'Empire Ottoman.

Appartiendront également à la Grèce, l'île de Négrépont tout entière avec les îles du Diable et l'île Sykro, et les îles connues anciennement sous le nom de Cyclades, y compris l'île d'Amorgo, situées entre le 38 et 39 degré de latitude Nord et le 26 de longitude Est, du méridien de Greenwich.

3. Le Gouvernement de la Grèce sera monarchique et héréditaire, par ordre de primogéniture. Il sera confié à un Prince qui ne pourra pas être choisi parmi ceux des familles régnantes dans les Etats signataires du traité de 6 juillet 1827 et portera le titre de Prince Souverain de la Grèce. Le choix de ce Prince fera l'objet de communications et de stipulations ultérieures.

4. Aussitôt que les clauses du présent protocole auront été portées à la connaissance des parties intéressées, la paix entre l'Empire Ottoman et la Grèce sera censée rétablie ipso facto, et les sujets des deux Etats seront traités réciproquement, sous le rapport des droits de commerce et de navigation comme ceux des autres états en paix avec l'Empire Ottoman et la Grèce.

5. Des actes d'amnistie pleine et entière seront immédiatement publiés par la Porte Ottomane et par le Gouvernement grec.

L'acte d'aministie de la Porte proclamera qu'aucun Grec, dans toute l'étendue de ses domaines, ne pourra être privé de ses propriétés ni inquiété aucunement, à raison de la part qu'il aura prise à l'insurrection de la Grèce. L'acte d'amnistie du gouvernement grec proclamera le même principe en faveur de tous les Musulmans ou Chrétiens qui auraient pris partie contre sa cause; et il sera de plus entendu et publié que les Musulmans qui voudraient continuer à habiter les territoires et îles assignés à la Grèce, y conserveront leurs propriétés et y jouiront invariablement avec leurs familles d'une sécurité perfaite.

6. La Porte Ottomane accordera à ceux de ses sujets Grecs qui désireraient quitter le territoire turc, un délai d'un an pour vendre leurs propriétés et sortir librement du pays.

Le gouvernement grec laissera la même faculté aux habitants de la Grèce qui voudraient se transporter sur le territoire turc.

7. Toutes les forces grecques de terre et de mer évacueront les territoires, places et îles qu'elles occupent au delà ligne assignée aux limites de la Grèce dans le § 2 et se retireront derrière cette ligne dans le plus bref délai. Toutes les forces turques de terre et de mer qui occupent des territoires, places ou îles compris dans les limites mentionnées ci-dessus, évacueront ses îles, places et territoires et retireront derrière les dites limites, et pareillement dans le plus bref délai.

8. Chacune des trois Cours conservera la faculté que lui assure l'art. 4 du traité du 6 juillet 1827, de garantir l'ensemble des arrangements et clauses qui précèdent. Les actes de garantie s'il y en a, seront dressés séparément. L'action et les effets de ces divers actes deviendront, conséquemment à l'article susdit, l'objet de stipulations ultérieures des Hautes Puissances.

Aucune troupe appartenant à l'une des trois Puissances contractantes ne pourra entrer sur le territoire du nouvel Etat grec, sans l'assentiment des deux autres Cours signataires du traité.

9. Afin d'éviter les collisions qui ne manqueraient pas de résulter, dans les circonstances actuelles, d'un contrat entre les commissaires démarcateurs Ottomans, et les commissaires démarcateurs Grecs, quand il s'agira d'arrêter sur les lieux le tracé des frontières de la Grèce, il est convenu que ce travail sera confié à des Commissaires britanniques, français et russes, et que chacune des trois Cours en nommera un. Ces Commissaires, munis d'une instruction, qui se trouve ci-joint sub. Lit. G, arrêteront le tracé des dites frontières, en suivant, avec toute l'exactitude possible la ligne indiquée dans le § 2, marqueront cette ligne par des poteaux, et en dresseront deux cartes, signées par eux, dont l'une sera remise au Gouvernement Ottoman et l'autre au Gouvernement Grec.

Ils seront tenus d'achever leurs travaux dans l'espace de six mois. En cas de différence d'opinion entre les trois commissaires, la majorité des voix décidera.

10. Les dispositions du présent protocole seront immédiatement portées à la Connaissance du Gouvernement Ottoman, par les Plénipotentiaires des trois Cours qui seront munis à cet effet d'une instruction commune ci-jointe sub. Lit. H. Les résidents des trois Cours en Grèce recevront aussi, sur le même sujet, l'instruction ci-joint sub. Lit. I.

11. Les trois Cours se réservent de faire entrer les présentes stipulations dans un traité formel, qui sera signé à Londres, considéré comme exécutif de celui du 6 juillet 1827, et communiqué aux autres Cours de l'Europe, avec invitation d'y accéder, si elles le jugent convenable.

Conclusion. Arrivés ainsi au terme d'une longue et difficile négociation, les trois Cours se félicitent sincèrement d'être parvenus à un parfait accord, au milieu des circonstances les plus graves et les plus délicates. Le maintien de leur union dans de tels moments offre le meilleur gage de sa durée, et les trois Cours se flattent que cette union, stable autant que bienfaisante, ne cessera de contribuer à l'affermissement de la paix du monde.

Die Urkunde vom 3. Februar 1830 bedeutet die erste offizielle Anerkennung der griechischen Unabhängigkeit, der Staatsform und der Gebietsgrenzen. Diese, in § 1 ausdrücklich als vollständig bezeichnete Unabhängigkeit unterscheidet sich klar z. B. von der der jonischen Inseln, über die England, vertreten durch einen Lordkommissar, ein Protektorat auszuüben berechtigt war. Dagegen enthält das Februar-Protokoll keinerlei Klauseln, aus denen sich die Absicht eines Kollektivprotektorats der drei Mächte oder die Anerkennung eines Interventionsrechtes herleiten ließe. § 8, der jedem der Signatare das Recht einräumt, diesen oder jenen Vertragsartikel zu garantieren, bedeutet nur das Recht für jeden, ein ein- oder zweiseitiges Versprechen in diesem Sinne zu geben, aber kein Einmischrecht, das zudem für Griechenland eine res inter alios acta, daher rechtlich irrelevant gewesen wäre — wenn dieser Staat, um dessen Schaffung man sich ja eben bemühte, überhaupt schon völkerrechtlich existent gewesen wäre (vgl. nur Ziff. 1: „La Grèce formera un Etat indépendant!"). Wenn Abs. 2 des gleichen, wichtigen § 8 ein Einmarschverbot für Truppen einer der drei Mächte enthielt, so war das nur von negativer Bedeutung und besagte, daß, selbst wenn, einen Garantiefall und ein Ersuchen des Garantierten vorausgesetzt (keine Garantiemaßnahme ohne Garantiebitte[1])!), einer der drei eventuellen Garanten leistungsbereit gewesen wäre, er im Verhältnis zu seinen Cosignataren (Griechenland gegenüber eventuell sogar seine Garantiepflicht verletzend!) doch nicht einschreiteberechtigt gewesen wäre: ein deutliches Zeichen der Rivalität der Vertragsmächte von London! Im Hinblick auf die Vorgänge im Verlaufe des Weltkrieges erscheint es nicht unwichtig, einige besonders prägnante amtliche Erklärungen aus der Zeit der und unmittelbar nach der Abfassung des Protokolls vom 3. Februar wiederzugeben. So heißt es in der amtlichen Mitteilung der drei Mächte an die provisorische griechische Regierung[2]) vom 8. April 1830[2]) von dem Februar-Protokoll selber: qui „consacre l'indépendance complète de la Grèce" und noch schärfer im Text selber: „en accordant à ce nouvel Etat une indépendance complète et tous les droits qui en dérivent, les Cours Alliées l'ont encore libéré de toute clause onéreuse"[3]). Noch deutlicher war die Antwort vom 30. August 1832 auf eine Dé-

[1]) Vgl. Strupp, Eléments I 296.
[2]) Strupp, situation S. 109.
[3]) a. a. O. 112.

marche der Pforte, die darauf abzielte, die griechischen Land- und Seestreitkräfte Griechenlands auf das mit seiner Sicherheit zu vereinbarende Mindestmaß herabzusetzen: „Le droit d'entretenir des forces de terre et de mer sans en limiter le nombre", heißt es dort, „est un droit inhérent à l'indépendance d'un Etat; or l'indépendance de la Grèce et tous les droits qui y sont inhérents ont été consacrés par le protocole du 3 février 1830". Und in ähnlichen Wendungen werden im gleichen Dokument andere türkische Forderungen abgelehnt[1]). Im gleichen Sinne äußerte sich Staatssekretär Peel im Unterhaus am 16. Februar 1830[2]), vor allem der französische Minister Herzog von Broglie in seiner meisterhaften Senatsrede vom 18. Mai 1833[3]) an mehreren Stellen, besonders aber da, wo er die französische Politik im griechischen Befreiungskampf und dessen Ergebnisses resumiert: „De la part de la France . . . désir sincère et éclairé . . . non seulement de délivrer la Grèce du joug ottoman, mais de faire de la Grèce un Etat véritable, un Etat indépendant de droit et de fait, un Etat qui ne soit placé officiellement sons la tutelle de personne*, un Etat qui n'ait besoin d'aucune intervention perpétuellement officieuse, un Etat libre, pour tout dire, de choisir ses amis, ses alliés, et disposé par conséquent à tourner constamemnt ses regards vers celle des puissances qui l'à rendu tel, vers la France qui peut lui permettre, an besoin, son assistance sans le menacer sans cesse de sa protection. Le resultat est obtenu. Le succès est complet. La Grèce existe, elle est indépendante. Toute l'Europe la reconnaît; elle ne relève d'aucune puissance, soit à titre de souverain, soit à titre de garant*."

II. Kapitel.

Die Versuche zur Verwirklichung der großen Idee.

III. Abschnitt.

Vom Londoner Februarprotokoll und der Thronbesteigung Ottos von Bayern bis zu den Ereignissen von 1862 und 1863.

Man hatte gleichzeitig mit der Festsetzung der Unabhängigkeit Griechenlands und seiner Erhebung zum Königreich auch den präsumtiven ersten König in der Person Leopolds von Sachsen-Coburg bezeichnet — ein geschickter Schachzug Englands, das um jeden Preis[4]) eine Thronerhebung Capodistria's, des gefürchteten Bannerträgers Rußlands, verhindern wollte. Aber Leopold zögerte.

[1]) Strupp, situation S. XXXVIII und 145 in fine, 146.
[2]) eod. XXXVIII[64] mit weiteren Belegen.
[3]) eod. 153, 154, 155, 159.
[4]) Strupp, situation 97—121.

Die engen Grenzen Griechenlands, seine prekäre finanzielle und politische Lage, die ihm von Capodistrias in düstersten Farben geschildert wurden, bestimmten ihn schließlich am 21. Mai zum endgültigen Verzicht. In Griechenland war es in der Zwischenzeit zum offenen Bürgerkrieg gekommen; am 9. Oktober 1831 fiel Capodistrias von der Hand zweier Brüder Mavromichalis. Nachdem ein Protokoll der drei Mächte vom 26. September 1831 [1]) eine bessere Grenze, nämlich die Linie Arta—Volo, festgesetzt hatte, war, sollte nicht Griechenland durch Selbstmord zu Grunde gehen, die wichtigste Aufgabe die Ersetzung der provisorischen Regierung unter August Capodistrias, dem Bruder des ermordeten Präsidenten, durch einen allgemein anerkannten Herrscher. Es war nicht zuletzt der Philhellenismus gerade Bayerns und seines Königshauses, der die Aufmerksamkeit auf den jungen bayrischen Prinzen Otto lenkte. Den Mächten war er willkommen, weil er keinem der drei regierenden Häuser angehörte, umgekehrt aber seine Minderjährigkeit doch den drei Höfen die Möglichkeit zu versteckter, aber um so qualifizierterer indirekter Beeinflussung bot. Nachdem in einer Reihe von Protokollen [2]), von denen dasjenige, vom 7. März 1832 [3]), die „Berechtigung" der Mächte feststellt, zur Wiederherstellung der Ruhe in dem von inneren Kämpfen zerwühlten Griechenland einzuschreiten, die Grundlagen für die neue Monarchie geschaffen, war man endlich im Mai so weit, dem staatsvertraglichen Ausdruck zu verleihen. Niederschlag der Vertrag vom 7. Mai 1832 zwischen Bayern und den drei Großmächten, der seine Ergänzung in einem Abkommen mit der Pforte vom 21. Juli und einigen Protokollen der Londoner Konferenz findet. Diese Staatsdokumente mögen ihrer Wichtigkeit halber nunmehr folgen:

I. Abkommen vom 7. Mai 1832 [4]).

Les Cours de France, de la Grande-Bretagne et de Russie, exerçant le pouvoir qui leur a été déféré par la nation grecque, de choisir un Souverain pour la Grèce, érigée en état indépendant, et voulant donner à ce pays une nouvelle preuve de leurs dispositions bienveillantes, par l'élection d'un prince issu d'une maison royale dont l'alliance ne peut qu'être essentiellement utile à la Grèce, et qui déjà s'est acquis des titres à son affection et à sa gratitude, ont résolu d'offrir la Couronne du nouvel état grec au Prince Frédéric Othon de Bavière, fils aîné de S. M. le Roi de Bavière.

De son côté S. M. le Roi de Bavière, agissant en qualité de tuteur dudit Prince Othon pendant sa minorité, entrant dans les vues des trois Cours et appréciant les motifs qui les ont engagées à faire tomber leur choix sur un Prince de sa Maison, s'est décidée à accepter la couronne grecque pour son fils aîné le Prince Frédéric Othon de Bavière.

En conséquence, et à l'effet de convenir des arrangements que cette acceptation rend nécessaires, LL. MM. le Roi de Français, le Roi du Royaume-Uni

[1]) Strupp, situation 116ff.
[2]) Strupp, situation 120ff.
[3]) eod. 121.
[4]) Strupp, situation 136.

de la Grande-Bretagne et d'Irlande, et l'Empereur de toutes les Russies d'une part et S. M. le Roi de Bavière de l'autre ont nommé pour leurs P. P. savoir: . . . .

Lesquels après avoir échangé leurs pleins-pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et signé les articles qui suivent:

Art. 1. Les Cours de France, de la Grande-Bretagne et de Russie, dûment autorisées à cet acte par la nation grecque, offrent la souveraineté héréditaire de la Grèce au Prince Frédéric-Othon de Bavière, fils aîné de S. M. le roi de Bavière.

Art. 2. S. M. le Roi de Bavière, agissant au nom de sont dit fils, encore mineur, accepte pour lui la souveraineté héréditaire de la Grèce, aux conditions déterminées ci-dessous.

Art. 3. Le Prince Othon de Bavière portera le titre de Roi de la Grèce.

Art. 4. La Grèce sous la souveraineté du Prince Othon de Bavière et la garantie des trois Cours formera un état monarchique indépendant ainsi que le porte le protocole signé entre lesdites Cours le 3 février 1830 et accepté tant par la Grèce que par la Porte Ottomane.

Art. 5. Les limites définitives du territoire grec seront telles qu'elles résulteront des négociations que les Cours de France, de la Grande-Bretagne et de Russie viennent d'ouvrir avec la Porte Ottomane, en exécution du protocole du 26 septembre 1831.

Art. 6. Les trois Cours s'étant réservées de convertir en Traité définitif le protocole du 3 février 1830, dès que les négociations relatives aux limites de la Grèce seront terminées et de porter ce Traité à la connaissance de tous les Etats avec lesquels elles se trouvent en relations, il est convenu qu'elles rempliront cet engagement et que S. M. le Roi de la Grèce deviendra partie contractante au Traité dont il s'agit.

Art. 7. Les trois Cours s'emploieront dès à-présent à faire reconnaître le Prince Othon de Bavière en qualité de Roi de la Grèce par tous les Souverains et Etats avec lesquels elles se trouvent en relations.

Art. 8 [1]). La Couronne et la dignité royales devant être héréditaires en Grèce, passeront aux descendants et héritiers directs du Prince Othon de Bavière par ordre de primogéniture. Si le Prince Othon de Bavière venait à décéder sans postérité directe et legitime, la couronne grecque passera à son frère aîné et à ses descendants et héritiers directs et légitimes par ordre de primogéniture. Si ce dernier venait à décéder également sans postérité directe et légitime, la couronne grecque passera au frère aîné de celui-ci et à ses descendants et héritiers directs et légitimes, par ordre de primogéniture. Dans aucun cas, la couronne grecque et celle de Bavière ne pourront se trouver réunies sur la même tête.

Art. 9. La majorité du Prince Othon de Bavière en sa qualité de Roi de la Grèce est fixée à vingt ans révolus, c'est-à-dire, au 1er juin 1835.

Art. 10. Pendant la minorité du Prince Othon de Bavière, Roi de la Grèce, ses droits de souveraineté seront exercés en Grèce, dans toute leur plénitude, par une Régence composée de trois conseillers qui lui seront adjoints par S. M. le Roi de Bavière.

Art. 11. Le Prince Othon de Bavière conservera la pleine jouissance de ses apanages en Bavière. S. M. le Roi de Bavière s'engage en outre, à faciliter, autant qu'il sera en son pouvoir, la position du Prince Othon en Grèce, jusqu'à ce que la dotation de la Couronne y soit formée.

Art. 12. En exécution des stipulations du protocole du 26 février 1830, S. M. l'Empereur de toutes les Russies s'engage à garantir et LL. MM. le Roi des Français et le Roi du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande s'engagent à recommander, l'un à son Parlement, l'autre à ses Chambres, de les mettre à même de se charger de garantir, aux conditions suivantes, un emprunt

[1]) Voir l'article explicatif et complémentaire du 30 avril 1833, de Clercq. IV. 241.

qui pourra être contracté par le Prince Othon de Bavière en sa qualité de Roi de la Grèce.

1. Le principal de l'emprunt à contracter sous la garantie des trois Cours pourra s'élever jusqu'à la concurrence de soixante millions de francs, 2. Ledit emprunt sera réalisé par séries de vingt millions chacune, 3. pour le présent, la première série sera seule réalisée et les trois Cours répondront, chacune pour un tiers, de l'acquittement des intérêts et du fonds d'amortissement annuels de ladite série, 4. La seconde et la troisième séries dudit emprunt pourront être réalisées selon les besoins de l'Etat grec à la suite d'un concert préalable entre les trois Cours et S. M. le roi de la Grèce, 5. Dans le cas où à la suite d'un tel concert la deuxième et la troisième séries de l'emprunt mentionné ci-dessus seraient réalisées, les trois Cours répondront chacune pour un tiers, de l'acquittement des intérêts et du fonds d'amortissement annuels de ces deux séries, ainsi que de la première, 6. Le souverain de la Grèce et l'Etat grec seront tenus d'affecter au payement des intérêts et du fonds d'amortissement annuels de celles des séries de l'emprunt qui auraient été réalisées sous la garantie des trois Cours, les premiers revenus de l'Etat de telle sorte que les recettes effectives du trésor grec seront consacrées, avant tout, au payement desdits intérêts et dudit fonds d'amortissement sans pouvoir être employées à aucun autre usage tant que le service des séries réalisées de l'emprunt, sous la garantie des trois Cours, n'aura pas été complètement assuré pour l'année courante. Les représentants diplomatiques des trois Cours en Grèce seront spécialement chargés de veiller à l'accomplissement de cette dernière stipulation.

Art. 13. Dans le cas où les négociations que les trois Cours ont déjà entamées à Constantinople pour le règlement définitif des limites de la Grèce, donneraient lieu à une compensation pécuniaire en faveur de la Porte Ottomane, il est entendu que le montant de cette compensation sera prélevé sur les produits de l'emprunt dont il a été question dans l'article précédent.

Art. 14. S. M. le Roi de Bavière facilitera au Prince Othon les moyens d'enrôler en Bavière pour le prendre à son service en qualité de Roi de la Grèce, un corps de troupes qui pourra se monter à trois mille cinq cents hommes, qui sera armé, soldé et équipé par l'Etat grec, et qui y sera envoyé le plus tôt possible, afin de relever les troupes de l'Alliance laissées en Grèce jusqu'à présent. Ces dernières y resteront entièrement à la disposition du gouvernement de S. M. le Roi de la Grèce jusqu'à l'arrivée du corps mentionné ci-dessus.

Art. 15. S. M. le Roi de Bavière facilitera également au Prince Othon les moyens d'obtenir l'assistance d'un certain nombre d'officiers bavarois, lesquels organiseront en Grèce une force militaire nationale.

Art. 16. Aussitôt que faire se pourra, après la signature de la présente convention, les trois conseillers qui doivent être adjoints à S. A. R. le Prince Othon par S. M. le Roi de Bavière pour composer la Régence de la Grèce, se rendront en Grèce, y entreront dans l'exercice du pouvoir de ladite Régence, y prépareront toutes les mesures dont sera accompagnée la réception du Souverain, lequel, de son côté se rendra en Grèce dans le plus bref délai possible.

Art. 17. Les trois Cours annonceront à la nation grecque par une déclaration commune le choix qu'elles ont fait de S. A. R. le Prince Othon de Bavière, pour Roi de la Grèce, et prêteront à la Régence tout l'appui qui pourra dépendre d'elles.

Art. 18. La présente convention sera ratifiée et les ratifications en seront échangées à Londres dans six semaines ou plus tôt si faire se peut.

En foi de quoi, les P. P. respectifs l'ont signée et y ont apposé le sceau de leurs armes.

Fait à Londres, le 7 mai, l'an de grâce 1832.

TALEYRAND. PALMERSTON. LIEVEN. MATUSZEWIC.

A DE CETTO, sub.

II. Abkommen mit der Pforte vom 21. Juli 1832 [1]).

Les Représentants des trois Puissances signataires du traité de Londres du 6 juillet 1827, savoir: . . .

Ayant fait connaître à la Sublime Porte Ottomane des changements qu'il était nécessaire de faire à la frontière de la Grèce, et lui ayant communiqué l'objet des instructions et des pouvoirs dont ils ont été munis pour lui proposer une délimitation définitive sous la condition de compenser par une indemnité équitable les dommages qui en résulteraient.

La Sublime Porte animé du désir de consolider les arrangements auxquels, en considération des trois Cours alliées et comptant sur leurs sentiments sincères, elle avait précédemment adhéré, a consenti à entamer une négociation à cette fin et elle en a chargé deux de ses ministres savoir:

Son Excellence Moustapha-Behdjet-Efendi, Cazi-asker de Roumélie, actuellement premier médecin de Sa Hautesse, et Son Excellence Elhadj-Mehmed-Akif-Efendi, Reis-Efendi actuel. Les susdits Plénipotentiaires, de part et d'autre, pénétrés des sentiments de leurs Gouvernements respectifs, et n'ayant d'autres vues que de terminer l'affaire grecque d'une manière durable et propre à prévenir toute discussion ultérieure sur cette question, se sont réunis plusieurs fois dans ce but salutaire et le résultat complet de leurs conférences a été consigné dans le présent document échangé entre les parties, comme l'instrument de leur transaction finale.

Il est convenu que:

1. En ce qui concerne la délimitation du côté de l'est, le point extrême de la séparation des deux Etats sera fixé à l'embouchure de la petite rivière qui coule près du village de Graditza. La frontière remontera cette rivière jusqu'à sa source, puis gagnera la chaîne du mont Othrix, en laissant à la Grèce le passage du Klomos pourvu que la crête de cette chaîne ne soit pas dépassée; de là elle suivra dans la direction de l'occident la crête de la même chaîne dans tout son cours et notamment le point de Varibobo pour atteindre la sommité qui sous la dénomination de Vélucchi forme le nœud des trois grandes chaînes de montagnes du pays. De cette sommité la ligne s'étendra en se conformant autant que possible aux traits saillants du pays à travers la vallée de l'Aspropotamos jurqu'au golfe d'Arta aboutissant à ce golfe entre Coprena et Ménide, de telle sorte en tout cas, que le pont de Tatarina, le défilé et la tour de Macrinoros soient compris dans les limites de la Grèce, et que le pont de Coracos et les salines de Coprena restent à la Porte Ottomane.

Ainsi, le littoral du golfe d'Arta au Nord et à l'Ouest du point où la frontière en touche les eaux, demeurera l'Empire Ottoman et le littoral de ce golfe au Midi et à l'Occident de la ligne est assigné à l'Etat grec, à l'exception du fort de Punta, lequel continuera d'appartenir à la Porte avec un rayon de terre qui ne sera pas de moins d'une demi-heure ni de plas d'une heure.

Toutefois, comme les Représentants pleins de déférence pour le vœu qui a été émis au nom de Sa Hautesse relativement à la partie du district de Zeitoun situé à la gauche du Sperchius, ont accédé à ce qu'il en fût référé à la conférence de Londres, sous la condition expresse qu'il ne pourrait en resulter aucun retardement pour la détermination et l'exécution des conséquences de l'arrangement, il est devenu nécessaire de prévoir le cas éventuel où cette fraction du territoire de Zeitoun resterait à l'Empire Ottoman.

La frontière du côté de l'Est partira alors de l'embouchure du fleuve Sperchius et en remontera la rive gauche jusqu'au point de contact des districts de Zeitoun et de Partadjick, puis elle gagnera le sommet de la chaine d'Othrix en suivant la limite commune de ces deux districts et la ligne la plus droite dans le cas où cette limite commune n'atteindrait pas le sommet de la chaîne de l'Othrix.

Elle continuera de la manière indiquée plus haut pour aboutir au golfe d'Arta.

---

[1]) a. a. O. 139.

2. En ce qui concerne l'indemnité:

Elle demeure fixée à la somme de quarante millions de piastres turques pour le cas où les parties du district de Zeitoun situées à gauche du fleuve Sperchius auraient été par suite de la décision de la Conférence de Londres assignées en définitive à l'Etat grec.

Pour le cas contraire où par suite de la décision de la Conférence de Londres, ces parties du district de Zeitoun devraient continuer à appartenir à l'Empire Ottoman, l'indemnité que recevra la Porte Ottomane demeure fixée à la somme de trente millions de piastres turques.

3. Les commissaires des trois Cours procéderont immédiatement à la démarcation de la frontière arrêtée aujourd'hui. Un commissaire sera nommé par la Sublime Porte pour être associé aux travaux de cette démarcation. Il est bien entendu qu'il ne saurait résulter aucun retard pour cette opération soit de l'absence d'un ou de deux commissaires, soit de toute autre cause. Un commissaire nommé par le Gouvernement grec pourra coopérer aux mêmes travaux qui devront être terminés dans l'espace de six mois à dater de ce jour. En cas de dissidence entre les commissaires les questions seront résolues équitablement à la majorité des voix.

4. L'indemnité qui est due à la Sublime Porte, en vertu du présent arrangement sera payée à l'échéance du 31 décembre de l'année courante, jour où, conformément à l'article suivant tous les territoires sans exceptions qui doivent composer la Grèce, seront évacués si non plutôt par les troupes et autorités de la Sublime Porte. Ce payement sera effectué à Constantinople le 31 décembre 1832, au cours du change du jour de la signature du présent instrument en traites sur Londres, Paris, Vienne ou Saint-Pétersbourg et la Porte sera officiellement informée à cet égard lors de l'arrivée de la confirmation formelle de cette transaction.

5. Au 31 décembre de l'année courante ou plus tôt si faire se peut, les territoires qui font l'objet du présent arrangement devront être entièrement évacués par les troupes et autorités Ottomanes. Quant aux territoires antérieurement assignés à la Grèce et qui sont encore occupés par la Sublime Porte, ils devront être également évacués dans le même délai de sorte qu'audit jour l'evacuation de tous les territoires sans exception qui doivent composer la Grèce aura été dans tous les cas complètement effectuée.

6. Le fort de Punta ainsi qu'il a été dit plus haut devant rester à la Porte pour compléter la défense de Prévésa et pour mieux garantir la sûreté de son commerce, il ne pourra s'y trouver qu'une garnison suffisante à l'occupation de ce poste, il s'entend que les autorités ottomanes n'apporteront aucun empêchement aux passages des bâtiments grecs et sauf les droits de douanes et autres qui seraient dus à la Sublime Porte dans le cas où les bâtiments relâcheraient è Punta. Prévés et autres échelles tnrques du golfe d'Arta elles ne leur demanderont rien pour le passage.

7. Un terme de dix-huit-mois à dater du jour où les travaux de la démarcation auront été achevés, est accordé aux particuliers qui voudraient quitter les territoires qui font l'objet du présent arrangement et vendre leurs propriétés. Ce terme de dix-huit mois pourra dans des cas spéciaux et pour des circonstances imprévues être prorogé de quelques mois et une commission d'arbitrage pourra juger de la validité de ces motifs d'exception et aider à ce que les ventes se fassent à un prix équitable.

Les mêmes avantages sont accordés aux habitants de l'île de l'Eubée et de l'Attique et aux propriétaires de Thèbes qui percevraient encore aujourd'hui leurs revenus légaux, si toutefois ce district se trouvait occupé par les troupes ottomanes à l'époque de l'adhésion de la Porte aux arrangements précédents du 3 février 1830. Il est entendu que ces particuliers pourront également disposer, et dans le même terme des intérêts utiles qu'ils auraient soit comme usufruitiers soit comme administrateurs héréditaires dans les vacoufs, dont la totalité passe à l'Etat grec.

8. Conformément aux stipulations antérieures, le gouvernement du nouveau roi de la Grèce pourra entrer en négociation pour régler ses rapports de commerce et de navigation avec la Sublime Porte d'une manière réciproque et des agents dûment accrédités de part et d'autre seront reçus dans les ports de la Turquie et de la Grèce, selon les formes usitées de sorte que les sujets ottomans auront le droit reconnu de trafiquer à leur gré dans l'Etat grec et que de leur côté les Hellènes cesseront de recourrir à des protections étrangères pour fréquenter les ports et échelles de l'Empire Ottoman.

Les Soussignés Plénipotentiaires des trois Cours et ceux de la Sublime Porte ayant terminé les conférences qu'ils ont tenues à l'effet d'arrêter la délimitation définitive de la Grèce comme elle est indiquée ci-dessus, reconnaissent que, vu les arrangements consignés d'un commun accord dans le présent instrument, le but du traité de Londres du 6 juillet 1827 et des protocoles qui s'y rattachent sous diverses dates se trouvent complètement atteint; que les négociations prolongées auxquelles ces stipulations ont donné lieu sont closes de manière à ne jamais se renouveler enfin que la question grecque est irrévocablement résolue.

La confirmation formelle du présent arrangement par les trois augustes Cours sera transmise à la Sublime Porte dans le terme de quatre mois à dater de ce jour et cette confirmation aura pour le présent acte toute la force d'une ratification.

Fait à Constantinople le 9 (21) Juillet 1832 (le 23 de la lune de Séfer de l'hégire 1248).

STRATFORD CANNING. A. BOUTENEFF. E. B. VARENNES.

III. Londoner Protokoll vom 30. August 1832 [1]).

Les Plénipotentiaires des trois Cours, s'étant réunis en conférence, ont examiné avec la plus mûre attention l'arrangement ci-joint, arêté le 21 juillet de la présente année, à Constantinople, entre les Représentants des trois Cours de France, de la Grande-Bretagne et de Russie, d'une part, et la Porte Ottomane de l'autre, pour la fixation définitive des limites continentales de la Grèce. A la suite de cet examen, les Plénipotentiaires des trois Cours, sans préjudice de la sanction directe que les trois Cours elles-mêmes donneraient à l'arrangement ci-dessus mentionné, ont reconnu qu'il répondait complètement aux instructions dont les Représentants de la France, de la Grande-Bretagne et de Russie vaient étés munis au mois de septembre 1831, et ont procédé à l'exercice de la afaculté laisée à la Conférence de Londres de choisir entre les deux lignes de démarcation que ledit arrangement indique.

Considérant que l'arrangement du 21 juillet de la présente année est le résultat d'une négociation dont le but essentiel était de déterminer entre l'Empire Ottoman t le nouvel état grec une frontière qui procurât à l'un et à l'autre une sécurité àece principe, que la seconde ligne de démarcation indiquée dans l'arrangement de Constantinople du 21 juillet de la présente année, loin d'offrir cette sécurité réciproque, amènerait, selon toutes les nations qui sont parvenues à la connaissance de la Conférence de Londres, un état de possession mutuel qui ne pourrait que faire naître des collisions et des troubles, enfin que d'après ces motifs, la seconde ligne dont il vient d'être parlé ne remplirait point l'objet de la négociation qui avait été ouverte avec la Porte Ottomane, et ne satisferait pas aux intérêts de la Turquie et de la Grèce que cette négociation devait réciproquement assurer.

Les Plénipotentiaires des trois Cours, usant des pouvoirs dont ils sont investis, adoptent unanimement la première ligne de démarcation indiquée dans l'arrangement de Constantinople du 21 juillet de la présente année et déclarent en conséquence comme entendu et irrévocablement arrêté que:

---

[1]) a. a. O. 144.

1. En ce qui concerne la délimitation du côté de l'est, le point extrême de la séparation des deux Etats, l'Empire Ottoman et la Grèce indépendante, sera fixé à l'embouchure de la petite rivière jusqu'à sa source, puis gagnera la chaîne du mont Othrix, en laissant à la Grèce la passage de Klomos pourvu que la crête de cette chaîne ne soit pas dépassée. De là, elle suivra dans la direction de l'Occident la crête de la même chaîne dans tout son cours, et notamment le point de Varibobo, pour atteindre la sommité qui sous la dénomination de Vélucchi forme le nœud des trois grandes chaînes de montagnes du pays. De cette sommité la ligne s'étendra, en se conformant autant que possible aux traits saillants du pays à travers la vallée de l'Aspropotamos jusqu'au Golfe d'Arta, aboutissant à ce golfe entre Coprina et Ménidi, de telle sorte, en tout cas, que le pont de Tatarina, le défilé et la tour de Macrinoros soient compris dans les limites de la Grèce et que le pont de Coracos et les salines de Coprina restent à la Porte Ottomane. Ainsi, le littoral du golfe d'Arta au Nord et à l'Ouest du pont, où la frontière en touche les eaux, demeureta à l'Empire Ottoman et le littoral de ce golfe au Midi et à l'occident de la ligne est assigné à l'Etat grec, à l'exception du fort de Punta, lequel continuera à appartenir à la Porte avec un rayon de terre qui ne sera pas moins d'une demi-heure, ni de plus d'une heure.

2. En ce qui concerne l'indemnité, elle demeure fixée à la somme de quarante millions de piastres turques.

Les Plénipotentiaires des trois Cours ont déclaré, en outre, que la Conférence de Londres approuvait et confirmait, sans restriction aucune, tous les autres points de l'arrangement de Constantinople de la présente année, que les divers points auraient à être observés et exécutés suivant la teneur de ce même arrangement et qu'à cet effet le présent protocole soit communiqué d'un côté à la Porte ottomane, par les soins des Représentants des trois Cours à Constantinople, et de l'autre à la Régence royale grecque par les soins du Plénipotentiaire de Sa Majesté le Roi de Bavière.

Passant ensuite à l'examen du protocole ci-annexé, portant aussi la date du 21 juillet de la présente année, et que les Représentants de la France, de la Grande-Bretagne et de la Russie près de la Porte Ottomane se sont simplement engagés à mettre sous les yeux de la Conférence de Londres, les Plénipotentiaires des trois Cours ont été d'avis que, malgré le vif empressement avec lequel les Cours se plaisent en général à accueillir les vœux qui leur sont exprimés au nom du Sultan, elles se trouvent dans l'impossibilité absolue de déférer aux demandes que le dit protocole énonce de la part de la Porte Ottomane.

En effet, quant à la première de ces demandes, il suffit d'observer que le droit d'entretenir des forces de terre et de mer sans en limiter le nombre est un droit inhérent à l'indépendance d'un Etat, que l'indépendance de la Grèce et tout les droit qui y sont inhérents, ont été consacrés par le protocole du 3 février 1830; que la Porte Ottomane a pleinement accédé à ce Protocole, et qu'en conséquence ni les Cours qui l'ont signé, ni la Porte Ottomane qui y a accédé ne sauraient aujourd'hui, sans violer leurs engagements, restreindre un des droits que ce même protocole accorde à la Grèce dans toute leur plénitude.

Les mêmes raisons militent contre la seconde demande du Gouvernement Ottoman. Le droit de prendre parti dans toute guerre qui éclate entre Puissances tierces est aussi un droits inhérents à l'indépendance d'un Etat à moins que cet Etat n'ait été constitué et déclaré perpétuellement neutre. Ainsi ne possédant pas le bénéfice d'une neutralité perpétuelle, elle ne saurait être légitimement tenue d'en remplir les obligations.

Pour ce qui est de la troisième demande du Gouvernement ottoman, les Plénipotentiaires des trois Cours ont pensé qu'elle n'était pas du ressort de la Conférence de Londres, la Conférence ne pouvant s'immiscer dans des questions qui se rattachent à la législation intérieure de la Grèce.

Les Plénipotentiaires des trois Cours ont finalement observé, au sujet des vœux exprimés par le Gouvernement ottoman, qu'il ne s'est jamais agi dans les

dernières négociations de Constantinople de changer les limites insulaires de la Grèce, que ces limites qui comprennent au nombre des îles grecques, les îles dites du Diable, savoir: Skiato, Scopélo et Hiliodrome ont été définitivement établies par le protocole du 3 février 1830, auquel la Porte Ottomane a accédé que la position de ces trois îles n'offre rien de menaçant aux provinces turques qui les avoisinent et que leur rétrocession ne saurait résulter d'une négociation qui ne devait modifier que les frontières continentales de la Grèce, au moyen d'une indemnité pécuniaire.

Les Plénipotentiaires des trois Cours son convenus de transmettre le présent protocole aux Représentants de la France, de la Grande-Bretagne et de la Russie à Constantinople et au Plénipotentiaire bavarois auprès de la Conférence de Londres par la dépêche et la note ci-jointe.

MAREUIL. PALMERSTON. LIEVEN. MATUSZEWIC.

Bayern hatte für Griechenland außer der — zugestandenen — Acta-Volo-Grenze auch Kreta verlangt; das hatte es nicht erreicht. Wohl aber die garantierte 60-Millionen-Anleihe, um die sich der Koburger vergeblich bemüht hatte. Aus dem Vertragsinhalt interessiert im übrigen besonders Artikel 4: Hatten der Vertrag von 1827 und das Londoner Februarprotokoll eine Garantie in Aussicht gestellt (s. oben), so wird hier dem — bereits entstandenen — Staat Griechenland eine Garantie der drei Mächte, denen es seine Existenz verdankt, vertraglich zugesichert. Was ist aber Garantieobjekt? Die Meinungen darüber sind in der älteren Literatur ziemlich auseinandergegangen. Bezeichnete Mérighnac[1]) einmal als Objekt „le gouvernement monarchique de la Grèce", gleich darauf aber[2]) „l'indépendance et l'intégrité territoriale", Geßner[3]) und Idman[4]) die „Unabhängigkeit Griechenlands", um nur ein paar Beispiele zu nennen, so kommt m. E. der Wahrheit am nächsten Pradier-Fodéré[5]), der prägnant meint: „les cours placèrent sous leur garantie le nouvel Etat." Man muß, wenn man den Text unbefangen liest und sich die Entstehungsgeschichte vergegenwärtigt, m. E. zu diesem Ergebnis kommen: „La Grèce sous la souveraineté du Prince Othon de Bavière et la garantie des trois Cours formera un état monarchique indépendant ainsi que le porte la protocole signé entre lesdites Cours le 3 février 1830 et accepté tant par la Grèce que par la Porte Ottomane." Aus der Stellung im System und der Parallelität der Worte „sous la souveraineté . . ." und (erg. „sous") „la garantie", eine Parallelität, die durch das Wörtchen „et" nur unterstrichen wird, folgt zunächst klar, daß das ottonische Königtum nicht garantiert sein sollte. Ebensowenig aber die (örtlich und zeitlich nachschleppende) Staatsform der Monarchie wie die dort genannte Unabhängigkeit. An beide war

[1]) Traité de droit international public II (1907) S. 43.
[2]) a. a. O. 45.
[3]) Holtzendorffs Handbuch des Völkerrechts III (1887) S. 92.
[4]) Le traité de garantie en droit international, 1913, S. 132.
[5]) Traité de droit international public européen et américain, II (1885) S. 613.

1827, als man das Protokoll von Petersburg in den Vertrag von London umgoß, noch nicht gedacht — man hatte alles der Zukunft vorbehalten („l'action et les effets de cette garantie deviendront l'objet de stipulations ultérieures entre les Hautes Puissances." — Art. 6 von 1827; ebenso unscharf Nr. 8 des Februarprotokolls „chacune des trois Cours conservera la faculté — de garantir l'ensemble des arrangements et clauses qui précédent"). Garantieobjekt ist aber unzweifelhaft „la Grèce", d. h., ins juristische übersetzt, das Völkerrechtssubjekt Staat Griechenland. Es ist damit — und die Entstehungsgeschichte liefert dafür den untrüglichen Beweis — garantiert gewesen einmal, daß Griechenland — was ja schwer genug erzielt worden war — einen Staat (und nicht nur eine qualifizierte Provinz) bilden sollte, darüber hinaus sein — nach so schweren Kämpfen festgesetzter — territorialer Umfang. Es scheint mir aber, daß man, darüber hinaus, auch befugt sein darf, die Unabhängigkeit Griechenlands als garantiert anzusehen. Denn wenn es heute wissenschaftlich fast unbestritten ist, daß Souveränität[1]) nicht für den Staat begriffsnotwendig ist, daß es souveräne und nicht souveräne Staaten (man denke nur an die Gliedstaaten im Bundesstaate!) gibt, so ist es doch ebenso sicher, daß man damals, als man den Vertrag von 1832 abschloß, Souveränität für ein Essentiale des Staatsbegriffes hielt. Das führt, da Souveränität, in seiner Wirkung nach außen betrachtet, nichts anderes als Unabhängigkeit ist, zu der Konsequenz, daß mit der Formel „Griechenland ist garantiert", auch seine Unablässigkeit als mitgarantiert angesehen werden **kann**, so daß zwar nicht durch die Fassung des Artikels 4, soweit er selber von Unabhängigkeit spricht, wohl aber durch die juristische Analyse des einen Wörtchens „Griechenland" die Garantieobjekte interpretationsmäßig festgestellt werden können. In negativer Richtung deckt sich diese Auslegung mit der des englischen Außenministers Lord Russell, der im Jahre 1862 erklärte: „that the IV th Article of the Treaty of London of May 1832 gave a guarantee to Greece under the sovereignty of Prince Otho of Bavaria, but no guarantee to King Otho personally." Dabei hat er freilich die hier interessierende, von dem russischen Botschafter Baron Brunnow angeschnittene Frage „of a continuance of the guarantee of Greece as an independant State" mit den ausweichenden Worten beantwortet: „Her Majesty's Government were desirous to maintain the independence of Greece but the question of a guarantee was, I thought, in present circumstances, premature" [2]).

---

[1]) der übrigens entbehrlich ist; vgl. Eléments 40, 41.

[2]) Strupp, situation 161; damals hat allerdings Lord Manner im Unterhaus vom Pariser (!) Protokoll von 1832 gesprochen, „by which the independence of Greece was guaranteed". (Hansard, parliamentary debates, vol. 168 p. 1505.)

Im Jahre 1917 habe ich die Wirkungen der — hinsichtlich des Objektes etwas enger aufgefaßten — Garantie Griechenlands dahin umschrieben [1]):

„En tant qu'il s'agit de la garantie, l'obligation assumée engageait les trois grandes Puissances alliées entre elles et vis-à-vis de la Bavière et de la Grèce*. Il est clair que l'obligation contractée par la France, la Grande-Bretagne et la Russie, existait entre elles, comme elle existait vis-à-vis de la Bavière, de sorte que le refus de l'un des trois obligés, de suivre un appel* de la Grèce, aurait été une violation du traité. Mais elle existe aussi vis-à-vis de la Grèce. S'il y a en droit international — et cela me semble sûr [2]) [3]) — des pactes en faveur d'un tiers, l'article 4 en renferme un avec toutes les conséquences juridiques qu'il doit engendrer: Car il aurait été un nonsens, si l'on avait garanti le territoire grec, sur la demande de son futur roi, avec la concéquence que la Grèce elle-même, la parti la plus intéressée, ne pût pas naturellement (et uniquement!) exiger un secours de la part des alliés, ni avoir un droit subjectif* à cette demande.

Nous avons déjà dit que, tandis qu'il y a eu, dans le traité, plusieurs ayants droit à un secours de la part des parties promettantes, il n'y a qu'un seul Etat qui puisse le demander*: c'est la Grèce. Les trois Puissances, en garantissant le territoire du nouvel Etat, avaient donné la promesse [4]) de seconder le tiers en faveur duquel on avait stipulé. Rien de plus: il n'y avait pas de droit correspondant chez les garants, le seul Etat qui aurait pu le créer institutionnellement, la Grèce, ne l'a pas fait. La Grèce est d'après la teneur même de l'article 4, un Etat indépendant de toute intervention; supposée même une invasion de territoire hellénique, tout secours spontané de la part des garants constituerait une violation du droit international. C'est pourquoi le droit et le devoir de chacun des Etats contractants à un secours en faveur de la Grèce n'était que conditionnel: Il supposait une demande de cette dernière."

---

[1]) Situation XLXIV.

[2]) Vgl. über diese Umstände und überhaupt die Geschichte von 1832—1862, bes. die Interventionen der Westmächte in den 50er Jahren: Mendelssohn-Bartholdy II 441ff.; Hertzberg IV 597ff.; Finlay 300ff.; auch Strupp, situation XLVI, ferner Jorga 283ff.; 345ff.; DH II 87—490.

[3]) Vgl. Strupp, Eléments I, 277ff.

[4]) Es ist reine Auslegungsfrage, ob der Garant ein Interventionsrecht hat. Zu vermuten ist es nicht. Denn es handelt sich um eine Einschränkung der staatlichen Unabhängigkeit. Exceptiones autem sont strictissimae interpretationis.

IV. Abschnitt.

Der Umsturz (1862). Die Verträge von 1863 und 1864 und ihr Inhalt.

Erst am 6. Februar 1833 war König Otto mit den (bayrischen) Mitgliedern des Regentschaftsrates und seiner bayrischen Leibgarde in Griechenland angekommen: Damals von dem begeisterten Jubel der gesamten Bevölkerung empfangen, ist es ihm trotz gutem Willen durch eine Verkettung der verschiedensten Umstände [2]) nicht gelungen, als König der Hellenen zu sterben: Nach rund dreißigjähriger Regierung hat er 1862 das Land wieder verlassen müssen. Alsbald begann wieder das anmutige Spiel um die Besetzung des griechischen Thrones. Konnte gegen den russischen Kandidaten, den Herzog von Leuchtenberg, seine Verwandtschaft mit dem Zaren, so gegen den englischen Prinzen Alfred dessen unmittelbare Provenienz aus dem englischen Königshause auf Grund der Verträge von 1827 ff. (bes. § 3 des Februarprotokolls) geltend gemacht werden. Nach langen Verhandlungen — „chacun avait son prince" bemerkt lakonisch Lhéritier [3]) — einigte man sich schließlich auf den minderjährigen Georg von Dänemark als zukünftigen König, dem als Morgengabe England die längst abfallreifen, vom Wiener Kongreß 1815 seinem Protektorat unterstellten und nunmehr für befriedet erklärten jonischen Inseln präsentierte. Völkerrechtlichen Niederschlag der künftigen Regelung bilden die Verträge zwischen den drei Mächten und Dänemark vom 13. Juli 1863, vom 14. November 1863 zwischen jenen, Österreich und Preußen über die Abtretung

[2]) Vgl. über diese Umstände und überhaupt die Geschichte von 1832—1862, bes. die Intervention der Westmächte in den 50er Jahren: Mendelssohn-Bartholdy II 441 ff.; Hertzberg IV 597 ff.; Finley 300 ff.; auch Strupp, situation XLVI, ferner Jorga 283 ff.; 345 ff.; DH. II 87—490.

[3]) a. a. O. II 11. S. auch Strupp, situation XLVII ff., 160—178.

der jonischen Inseln und zwischen jenen und Griechenland vom 29. März 1864. Sie folgen nachstehend:

I. Der Vertrag des Dreibunds mit Dänemark vom 13. Juli 1863[1]).

Staatsarchiv V. p. 482. No. 940.

Au nom de la très sainte et indivisible Trinité. LL. MM. L'Empereur des Français, la Reine du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et l'Empereur de toutes les Russies désirant aplanir les difficultés survenues dans le Royaume de Grèce, placé sous leur commune garantie*, ont jugé nécessaire de s'entendre sur les arrangements à prendre afin de réaliser les vœux de la nation grecque qui appellent le prince Guillaume de Danemark au trône hellénique.

De son côté S. M. le roi de Danemark se rendant à l'invitation de Leurs dites Majestés, a consenti à leur prêter son concours en vue de ce résultat conforme aux intérêts de la paix générale.

En conséquence, LL. MM. l'Empereur des Français, la Reine du Royaume-Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande et l'Empereur de toutes les Russies, d'une part et S. M. le Roi de Danemark, de l'autre, ont résolu de conclure un Traité et à cet effet, ont nommé pour leurs plénipotentiaires, savoir: .... Lesquels après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et signé les articles suivantes:

Art. 1. S. M. le Roi de Danemark, d'accord avec le prince Christian de Danemark, agissant en qualité de tuteur de son fils aîné, le prince Christian-Guillaume-Ferdinand-Adolphe-George, accepte pour ce prince encore mineur, la souveraineté héréditaire de la Grèce, qui lui est offerte par le Sénat et par l'Assemblée nationale de la Grèce, au nom de la nation hellénique.

Art. 2. Le prince Guillaume de Danemark portera le titre de George I. Roi des Grecs.

Art. 3. La Grèce sous la souveraineté du prince Guillaume de Danemark et la garantie des trois Cours forme un Etat monarchique indépendant constitutionnel*.

Art. 4. Les limites du territoire grec*, déterminées par l'arrangement conclu à Constantinople entre les trois Cours et la Porte Ottomane, le 21 juillet 1832, recevront une extension par la réunion des Iles Ioniennes au* Royaume hellénique à l'époque où cette réunion, proposée par le Gouvernement de S. M. Britannique, aura été trouvée d'accord avec les vœux du Parlament ionien et où elle aura obtenu l'assentiment des Cours de France, d'Autriche, de Prusse et de Russie.

Art. 5. Les Iles Ioniennes*, lorsque leur réunion au Royaume de Grèce aura été effectuée, seront comprises dans la garantie stipulée par l'article 3 du présent traité*.

Art. 6. Dans aucun cas, la couronne de Grèce et la couronne de Danemark, ne pourront se trouver réunies sur la même tête.

Art. 7. Conformément au principe de la constitution hellénique, reconnu par le traité signé à Londres le 20 novembre 1852 et proclamé par le décret de l'Assemblée nationale de la Grèce du 30 mars 1863, les successeurs légitimes du Roi George I. devront professer les dogmes de l'Eglise Orthodoxe d'Orient.

Art. 8. La majorité du prince Guillaume de Danemark fixée par la loi de la famille royale à dix-huit ans révolus, c'est-à-dire au 24 décembre 1863, sera considérée comme accomplie avant cette époque si un décret de l'Assemblée nationale en reconnaissait la nécessité.

Art. 9. A l'époque où la réunion des Iles Ioniennes au Royaume hellénique aura lieu, aux termes de l'article 4 du présent Traité, Sa Majesté Britannique recommandera au Gouvernement des Etats-Unis des Iles Ioniennes d'affecter

---

[1]) Strupp, situation 180.

annuellement une somme de 10,000 livres sterling à augmenter la liste civile de S. M. George I., roi des Grecs.

Art. 10. Chacune des trois Cours fera abandon, en faveur du Prince Guillaume de Danemark, de 4,000 livres sterling par an, sur les sommes que le Trésor grec s'est engagé à payer à chacune d'elles, en vertu de l'arrangement conclu à Athènes par le Gouvernement grec, avec le concurs des Chambres, au mois de juin 1860.

Il est expressément entendu que ces trois sommes, formant un total de 12,000 livres sterling annuellement, seront destinées à constituer une dotation personnelle de Sa Majesté le Roi, en sus de la liste civile fixée par la loi de l'Etat.

Art. 11. L'avènement du prince Guillaume au trône hellénique n'apportera aucun changement aux engagements financiers que la Grèce a contractés, par l'article 12 de la Convention signée à Londres le 7 mai 1832, envers les Puissances garantes de l'emprunt.

Il est entendu également que les Puissances veilleront d'un commun accord à l'exécution de l'engagement pris par le Gouvernement hellénique au mois de juin 1860, sur la représentation des trois Cours.

Art. 12. Les trois Cours s'emploieront dès à présent à faire reconnaître le prince Guillaume de Danemark en qualité de Roi des Grecs par tous les Souverains et Etats avec lesquels elles se trouvent en relations.

Art. 13. S. M. le Roi de Danemark se réserve de prendre les mesures les plus propres à faciliter l'arrivée du Roi George I. dans ses Etats, le plus tôt que faire se pourra.

Art. 14. Les trois Cours porteront le présent Traité à la connaissance du Gouvernement grec et lui prêteront tout l'appui qui pourra dépendre d'elles dans l'attente de l'arrivée prochaine de Sa Majesté le Roi. . . .

II. Vertrag der Großsignatare von 1815 über die Abtretung der jonischen Inseln an Griechenland vom 14. November 1863 [1]).

. . . Art. 1. Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande renonce, sous les conditions ci-dessous spécifiées, au Protectorat des Iles de Corfou, Cephalonie, Zante, Sainte Maure, Ithaque, Cérigo, et Paxo avec leurs Dépendances, que le Traité signé à Paris le 5 Novembre 1815, par les Plénipotentiaires de la Grande-Bretagne, d'Autriche, de Prusse, et de Russie a constitué en un seul Etat libre et indépendant, sous la dénomination d'Etats unis des Iles Ioniennes, placé sous la protection immédiate et exclusive de Sa Majesté le Roi du Royaume uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, ses héritiers et successeurs. Leurs Majestés l'Empereur d'Autriche, l'Empereur des Français, le Roi de Prusse, et l'Empereur de toutes les Russies, acceptent, sous les conditions ci-dessous spécifiées, l'abandon que Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande fait du Protectorat des Etats-Unis des Iles Ioniennes, et reconnaissent conjointement avec Sa Majesté, l'union des dits Etats au Royaume Hellénique.

Art. 2. Les Iles Ioniennes, après leur union au Royaume de Grèce, jouiront des avantages d'une neutralité perpétuelle et, en conséquence, aucune force armée, navale ou militaire, ne pourra jamais être réunie ou stationnée sur le territoire ou dans les eaux de ces Iles, au delà du nombre strictement nécessaire pour maintenir l'ordre public, et pour assurer la perception des revenus de l'Etat. Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à respecter le principe de neutralité* stipulé par le présent Article.

Art. 3. Comme conséquence nécessaire de la neutralité dont les Etats unis des Iles Ioniennes sont appelés ainsi à jouir, les fortifications construites dans l'Ile de Corfou et dans ses dépendances immédiates, étant désormais sans objet, devront être démolies*, et leur démolition s'effectuera avant la retraite

[1]) a. a. O. 184.

des troupes employées par la Grande Bretagne à occuper ces Iles en sa qualité de Puissance Protectrice. Cette démolition se fera de la manière que Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande jugera suffisante pour remplir les intentions des Hautes Parties Contractantes. . . .

Art. 6. Les Cours de France, de la Grande-Bretagne et de Russie, en leur qualité de Puissances Garantes du Royaume de Grèce*, se réservent de conclure un traité avec le Gouvernement Hellénique sur les arrangements que pourra nécessiter la réunion des Iles Ioniennes à la Grèce. Les forces militaires de Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande seront retirées du territoire des Etats Unis des Iles Ioniennes dans l'espace de trois mois, ou plus tôt si faire se peut, après la ratification du susdit Traité.

Art. 7. Les Cours de France, de la Grande-Bretagne, et de Russie s'engagent à communiquer aux Cours d'Autriche et de Prusse le traité qu'elles auront conclu avec le gouvernement Hellénique conformément à l'Article précédent.

Art. 8. Les Hautes Parties Contractantes conviennent entre elles, qu'après la mise à exécution des arrangements compris dans le présent traité, les stipulations du Traité du 5 novembre 1815 conclu entre les Cours de la Grande-Betragne, d'Autriche, de Prusse, et de Russie, relatif aux Etats-Unis des Iles Ioniennes, cesseront d'être en vigueur, à l'exception de la clause [1]) par laquelle les Cours d'Autriche, de Prusse et de Russie ont renoncé à tout droit ou prétention particulière qu'elles pourraient avoir sur toutes ou sur quelques-unes des Iles ou de leurs dépendances, reconnues par la Traité du 5 novembre 1815 comme formant un seul Etat libre et indépendant sous la dénomination des Etats Unis des Iles Ioniennes. Par le présent traité Leurs Majestés la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande, l'Empereur d'Autriche, l'Empereur des Français, le Roi de Prusse, et l'Empereur de toutes les Russies, renouvellent et confirment la dite renonciation en leur nom, pour leurs héritiers et leurs successeurs. . . .

III. Vertrag zwischen dem Dreiverband und Griechenland über die jonischen Inseln vom 29. März 1864 [2]).

Sa Majesté la reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande a fait connaître à l'Assemblée Législative des Etats-Unis des Iles Ionniennes qu'en vue de réunir éventuellement ces Iles au Royaume de Grèce, Elle était prête, si le Parlement Ionien en exprimait le vœu, à faire abandon du Protectorat de ces Iles confié à Sa Majesté par le Traité conclu à Paris le 5 novembre 1815, entre les cours de la Grande-Bretagne, d'Autriche, de Prusse et de Russie. Ce vœu ayant été manifesté par un vote de la dite Assemblée Législative, rendu à l'unanimité des voix le 7/19 Octobre, 1863, Sa Majesté Britannique a consenti par l'article 1 du Traité conclu le 14 novembre, 1863, entre Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, l'Empereur des Français, le Roi de Prusse, et l'Empereur de toutes les Russies, à renoncer au dit Protectorat, sous de certaines conditions spécifiées dans le Traité précité, et définies depuis lors par les Protocoles subséquents. De leur côté Leurs Majestés l'Empereur d'Autriche, l'Empereur des Français, le Roi de Prusse, et l'Empereur de toutes les Russies, ont consenti par le même article et sous les mêmes conditions à accepter cette renonciation et à reconnaître conjointement avec Sa Majesté Britannique, l'union de ces Iles au Royaume de Grèce. En vertu de l'article V du traité signé à Londres le

---

[1]) Traité du 5 novembre 1815 (Descamps et Renault, recueil international des traités du XIXe siècle, I, p. 522).

Art. II: Cet état sera placé sous la protection immédiate et exclusive de S. M. le Roi du Royaume-Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande et de ses héritiers et successeurs. En conséquence, les autres Puissances Contractantes renoncent à tout droit ou prétention particulière qu'elles auraient pu former à cet égard, et garantissent formellement toutes les dispositions du présent traité.

[2]) a. a. O. 190.

13 juillet, 1863, il a été convenu en outre, d'un commun accord, entre Sa Majesté Britannique et Leurs Majestés l'Empereur des Français et l'Empereur de toutes les Russies que les Iles Ioniennes, lorsque leur réunion au Royaume de Grèce aurait été effectuée comme l'article IV, du même traité l'a prévu, seraient comprises dans la garantie stipulée en faveur de la Grèce par les Cours de la Grande-Bretagne, de France et de Russie en vertu de la Convention signée à Londres le 7 mai 1832. En conséquence, d'accord avec les stipulations du Traité du 13 juillet 1863, et conformément aux termes de l'article VI du traité du 14 novembre 1863 par lequel les Cours de la Grande-Bretagne, de France et de Russie, en leur qualité de puissances garantes du Royaume de Grèce, se sont réservées de conclure un traité avec le Gouvernement Hellénique sur les arrangements que pourra nécessiter la réunion des Iles Ioniennes à la Grèce, Leurs dites Majestés ont résolu de procéder à négocier avec Sa Majesté le Roi des Hellènes un Traité à l'effet de mettre à exécution les stipulations ci-dessus mentionnées.

Sa Majesté le Roi des Hellènes ayant donné son assentiment à la conclusion de ce traité, Leurs dites Majestés ont nommé pour Leurs Plénipotentiaires, savoir: . . . lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme ont arrêté et signé les Articles suivants [1]):

Art. 1. Sa Majesté la Reine du Royaume Uni de la Grande Bretagne et d'Irlande désirant réaliser le vœu que l'Assemblée Législative des Etats-Unis des Iles Ioniennes a exprimé de voir ces îles réunies à la Grèce, a consenti, sous les conditions spécifiées ci-après, à renoncer au Protectorat des Iles de Corfou, Céphalonie, Zante, Sainte-Maure, Ithaque, Cérigo et Paxo avec leurs dépendances, lesquelles en vertu du Traité signé à Paris, le 5 nov. 1815 par les Plénipotentiaires de France, de Grande-Bretagne, d'Autriche, de Prusse et de Russie, ont été constituées en un seul Etat libre et indépendant sous la dénomination „D'Etats unis des Iles Ioniennes" placé sous la protection immédiate et exclusive de Sa Majesté le Roi du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, ses héritiers et successeurs. En conséquence, Sa Majesté Britannique, Sa Majesté l'Empereur des Français, Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies en leur qualité de signataires de la Convention du 7 mai 1832, reconnaissent cette union et déclarent que la Grèce dans les limites déterminées par l'arrangement conclu à Constantinople entre les Cours de la Grande-Bretagne, de France et de Russie, avec la Porte Ottomane le 21 juillet 1832 — y compris les Iles Ioniennes, formera un Etat Monarchique indépendant, et constitutionnel sous la Souveraineté de Sa Majesté le Roi George et sous la garantie des trois Cours.

Art. 2. Les Cours de la Grande Bretagne, de France et de Russie, en leur qualité de Puissances garantes de la Grèce, déclarent avec l'assentiment des Cours d'Autriche et de Prusse que les Iles de Corfou et de Paxo ainsi que leurs dépendances après leur réunion au royaume Hellénique jouiront des avantages d'une neutralité perpétuelle. Sa Majesté le Roi des Hellènes s'engage, de son côté, à maintenir cette neutralité [1]). . . .

Hervorzuheben ist aus dem Gesamtinhalt der Verträge auch hier der Garantieartikel, der sich durchaus mit dem des Vertrages von 1832 deckt. Dabei beweisen die auf die Garantie der jonischen Inseln bezüglichen Bestimmungen der Verträge vom 14. November 1863 und 29. März 1864, daß die Garantie vor allem auf die territoriale Integrität gemünzt war. Daß daneben auch die Unabhängigkeit Griechenlands gemeint war, ergibt sich aus dem oben S. 136ff. Gesagten und wird bekräftigt durch die Feststellung des britischen Außenministers Lord Russell in der Oberhaussitzung

[1]) Accession de la Turquie le 8 avril 1865 (Noradounghian III. 231).

vom 16. April 1863, der damals ausdrücklich betonte: „we had guaranteed the independence of Greece“ [1]).

Hatten die Forderungen der Hellenen, die auf Vereinigung der wichtigsten Inseln, namentlich Kretas, und der türkischen Gebiete im Norden zielten, schon vor dem Thronwechsel einen wichtigen Bestandteil der Gesamtpolitik des Landes gebildet — es war ebensosehr Wirkung dieses Dranges, wie des Wunsches, durch Entgegenkommen gegenüber diesem Irredentismus den neuen Herrscher als „Mehrer des Reiches“ bei seinen neuen Untertanen willkommen erscheinen zu lassen, wenn England 1863 auf die jonischen Inseln verzichtete —, so haben sie auch nach 1864 der griechischen Außenpolitik maßgebende Richtlinien gewiesen. Mehr als einmal ist in der Folgezeit dieser nationale Expansionsdrang Grund für die Verwicklungen internationaler Natur, und, nicht zuletzt, der griechischen finanziellen Schwierigkeiten gewesen, die 1893 zum Staatsbankerott, 1897 zur Einrichtung einer internationalen Kontrolle bekanntlich geführt haben [2]).

V. Abschnitt.

Von der Thronbesteigung König Georgs (1863) bis zum ersten Balkankrieg (1911).

Naturalisationsfragen waren es, die mit der „Großen Idee“, d. h. der Vereinigung aller Griechen unter griechischem Szepter (möglichst mit Konstantinopel als Hauptstadt), mit dem vorläufigen Ziel der Vereinigung Kretas mit dem Königreich, zusammentrafen und 1865 zu ernsten Differenzen zwischen der Hohen Pforte und Athen führten. Nicht geringer war die kretische Gefahr. 1866 kommt es auf der Insel zu offenem Aufruhr gegen die Türkei. Der König, der „großen Idee“ nicht unbedingt abgeneigt, aber doch als kühlerer Nordländer realpolitischer denkend als mancher in seiner Umgebung, begnügte sich zwar zunächst damit, die Pforte in vorsichtigster Form — war doch Kreta juristisch ein Teil der Türkei — auf Mißgriffe in der Behandlung der Stammesgenossen Griechenlands hinzuweisen, wandte sich aber doch auch an die Schutzmächte. Zielt das auf eine — in ihrer inhaltlichen Ausgestaltung wohl bewußt kaum angedeutete — Intervention des Dreiverbands („une existence [sc. des Crétois] plus conforme à leur histoire et aux exigences de la civilisation et de la justice“), so war es doch bald klar, daß man die Großmächte in erster Linie als spanische Wand für eigene Aktion wollte, um sich nicht dem — kriegerischen — Unwillen des Türkenreiches auszusetzen. Auch sonst blieb das amtliche Griechenland im Hintergrund. Aber wie einst die Hetärie

[1]) Hansard, parliamentary debates, vol. 170 S. 185.

[2]) Darüber Strupp, intervention en matière financière, Recueil des cours de l'Académie de droit international de la Haye VIII (1925 III) S. 1 ff.

den Samen streute für die griechische Unabhängigkeitsbewegung, so sorgte jetzt ein Komitee in Athen für die kretische Anschlußbewegung, unterstützt von Volksversammlungen und der Presse. Bewaffnete gehen nach Kreta, wo die Nationalversammlung am 2. September 1866 die Vereinigung der Insel mit Griechenland verkündet. Der König bleibt formell auf dem Boden der bestehenden Verträge, duldet aber Massendesertierungen griechischer Offiziere und Soldaten, die nach Kreta ziehen. Knapp und treffend charakterisiert Lhéritier[1]) die Lage: „En dehors du roi et du gouvernement, la Grèce entière se conjure". Die nationale Leidenschaft entzündet sich in dem Maße, wie die Lage auf der Insel für deren aufständische Bewohner sich verschlechtert. Von den Großmächten unterstützt nur Rußland die kriegerisch gewordenen Absichten Athens; freilich mit dem typisch russischen Rat: „le roi ferait bien de continuer à s'abstenir d'une intervention officielle et extensible qui découvrirait et sa personne et son gouvernement"[2]). Von Rußland eingeschüchtert, aber von England und namentlich Frankreich unterstützt, nimmt die Türkei, trotz gelegentlich schärferer Noten nach Athen, doch zunächst keine drohende Haltung gegen Griechenland ein[3]). Geschickt wirft die Pforte schließlich Ende 1866 den Mächten den Ball zu; man will keinen Bruch, verlangt aber ihr Einschreiten, um ihn zu verhüten — bliebe es aus, so würde die Türkei selbst gegen Griechenland vorgehen. Zwar warnen nun jene den neuen griechischen Außenminister Tricoupis vor jedem Konflikt mit der Türkei, da Griechenland sonst auf keine Unterstützung der Schutzmächte zählen könne, aber sie zeigen sich doch inter sese der von Rußland in die Debatte gebrachten Idee einer Autonomie Kretas durchaus geneigt. Frankreich geht noch weiter: Nicht nur die Abtretung Kretas, sondern Verwirklichung der großen Idee lagen durchaus in der Richtung der Gedankengänge des dritten Napoléon. Von keiner der Mächte akzeptiert, von Rußland trotz ihres vertraulichen Charakters der Pforte mitgeteilt, kam sie jedenfalls ernsthaft als Diskussionsgegenstand einer damals vielerörterten Orientkonferenz nicht in Betracht. Wohl aber zeigen sich, England ausgenommen, allmählich alle europäischen Großmächte der Unionsidee, d. h. Vereinigung Kretas mit dem Mutterlande, geneigter[4]). Tastversuche bei der Pforte mißlingen begreiflicherweise, zumal da England nicht mitmacht. Monarchenzusammenkünfte in Paris und Salzburg im Sommer 1867 führen die Diskussion nicht weiter. Aber auch

[1]) DH. III 185; s. auch Jorga 359ff.
[2]) eod. 191.
[3]) a. a. O. 194ff.
[4]) Im einzelnen: DH. III 207ff.; Streit, la question crétoise au point de vue du droit international, Revue générale de droit int. public 1896, 1900, 1904; Dupuis, le principe d'équilibre et le concert européen, 1909, S. 269ff.

die praktische Durchbrechung der türkischen Blockade über Kreta durch französische Kriegsschiffe (August 1867) bringt kein Nachgeben der Türkei, dessen Außenminister Fuad damals den Zaren in Livadia traf. Wiewohl Alexander II. der türkischen Anregung, engere Beziehungen zwischen Petersburg und Konstantinopel herzustellen, keineswegs ablehnend gegenübergetreten war, hatte er doch — erfolglos — die Bereinigung des Kretaproblems im Sinne einer Angliederung der Insel an Griechenland gefordert. Die türkische Festigkeit trug ihre Früchte: „L'Europe s'inclinait devant la volonté des Turcs“ [1]). Diese begnügten sich damit, den Aufständischen eine Amnestie zu gewähren und ein angekündigtes Reformprogramm zur Durchführung zu bringen. Es war nur ein Verdecken der erlittenen diplomatischen Schlappe, wenn die Großmächte außer Österreich der Pforte in einer Note vom 31. Oktober 1867 erklärten, daß sie hinfort, weil sie nicht auf die Mächte gehört habe, in ihren Wirren nicht auf Unterstützung durch jene rechnen könne (!). Wenn nun auch Konstantinopel, scheinbar die faktische Schwäche der Väter der Note nicht bemerkend, den Kretern durch Firman vom Januar 1868 weiter entgegenkam, so blieb doch die Situation gespannt, weil nunmehr Griechenland Kriegsvorbereitungen größeren Ausmaßes zu treffen begann. Von Bedeutung war es in dieser Richtung, daß Griechenland und Serbien am 14. August 1867 ein Bündnis geschlossen hatten, das jenes zur Stellung von 30 000, dieses von 60 000 Mann verpflichtete und in dem primär „l'affranchissement complet de toutes les populations chrétiennes de la Turquie d'Europe et des îles de l'Archipel“, subsidiär und bescheidener wenigstens für Griechenland Epirus und Thessalien, für Serbien Bosnien und Herzegowina als Kampfpreise bestimmt wurden. Recht modern mutet die in dem Vertrage zum Ausdruck kommende Formel: „der christliche Orient seinen Bewohnern“ und die — allerdings zunächst kriegerisch gedachte — Balkankonföderation an, in die man die übrigen Balkanstaaten hineinziehen wollte. Praktisch ist freilich der Vertrag nicht geworden. Denn die europäische Rundreise des jungen Griechenkönigs, die in der Feier seiner Hochzeit mit der Großfürstin Olga in Petersburg ausmündete, gab doch Gelegenheit zu Aussprachen, die wohl mitbestimmend für den Entschluß des Königs waren, zwar die Allianz mit Serbien zu ratifizieren, aber sich nicht zu sofortigem Losschlagen zu verpflichten. Die Uneinigkeit der Mächte — nur Rußland trat schließlich noch für Griechenland ein — brachte es endlich dahin, daß der französische Gesandte Bourée dem griechischen Geschäftsträger in Konstantinopel sagen konnte: „Personne ne s'intéresse aujourd'hui à la Crète“ [2]). Und da das letz-

[1]) Lhéritier, DH. III 217.
[2]) a. a. O. 245.

tere es noch tat, so wollten die Großmächte es zur Ordnung rufen. So schnell ging das freilich nicht. Nach mannigfachen Zügen auf dem diplomatischen Schachbrett, bei denen die Disharmonie des europäischen Konzerts das einzig Markante war, nach Hin- und Herschwanken auch des Kabinetts in Athen, kam es freilich doch noch zu einem Ereignis, das die Friedenspolitik der Großen zu vernichten schien: Indem das griechische Kabinett Bulgaris-Delyannis, um sich am Ruder zu halten, dem Drängen der Nationalisten nachgebend, ein Freiwilligenkorps nach Kreta abreisen ließ, stieß es die Pforte so fühlbar vor den Kopf, daß diese die diplomatischen Beziehungen abbrach (16. Dezember 1868). Zum Krieg kam es nicht. Die Türkei erwartete ihn zwar in Abwehrstellung, Gewehr bei Fuß. Aber Griechenland fühlte sich nicht stark genug zum Angriff. Die Mächte aber wollten kein Orientfeuer. Zudem hatte die Festigkeit der Türkei, die die Ausweisung aller Griechen angedroht hatte, bei den Kabinetten starken Eindruck gemacht. Bismarck trat mit der ihm von Gortschakoff soufflierten Idee einer europäischen Konferenz hervor. Am 9. Januar 1869 trat sie in Paris zusammen. Materiell gab die Konferenz am 25. Januar eine von Griechenland zu akzeptierende und dann angedrohte Maßnahme der Türkei, namentlich die Ausweisung der Griechen auf türkischem Gebiet, inhibierende Erklärung ab, die völkerrechtlich absolut zutreffend bestimmte[1]): „Après une étude attentive des documents échangés entre les deux gouvernements, les plénipotentiaires sont tombés d'accord pour regretter que, cédant à des entraînements sur lesquels son patriotisme à pu l'égarer, la Grèce ait donné lieu an griefs articulés per la Porte ottomane dans l'ultimatum remis le 11 décembre 1868 au ministre des affaires étrangères de S. M. le roi des Hellènes. Il est constant en effet que les principes du droit des gens obligent la Grèce, comme toutes les autres nations, à ne pas permettre que des bandes se recrutent sur son territoire, ni que des bâtiments s'arment dans ses ports pour attaquer un Etat voisin." Dementsprechend sollte Griechenland sich verpflichten, in Zukunft jene Maßnahmen nicht mehr zu dulden und seine Gerichte geschädigten türkischen Staatsangehörigen offen zu halten. Nicht ohne starke innere Schwierigkeiten trat Griechenland am 6. Februar bei. Am 22. März war die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen — gleichzeitig von beiden Seiten! — Tatsache. Beiderseits überbot man sich in Freundschaftsbeteuerungen: eine gewitterschwere, dunkle Wolke war nach 4 Jahren drohender Entladung vorübergezogen, wenngleich noch Fragen von nicht geringer Bedeutung der Regelung bedurften. Aber, da das Kretaproblem vertagt war, hatte für den Augenblick wenigstens die Pforte gesiegt.

* * *

[1]) DH. a. a. O. 295.

Die orientalischen Wirren der 70er Jahre haben zu keiner ausgesprochen aktiven Tätigkeit Griechenlands geführt. Eine Konsequenz nicht zuletzt der schlecht gewordenen Beziehungen zwischen Athen und Petersburg und der Angst des offiziellen und nicht offiziellen Griechenlands vor dem vordringenden, auch die „Große Idee" mit seinen Absichten auf Konstantinopel gefährdenden Panslavismus. Jedenfalls hat sich Griechenland, als sich 1875 die slavischen Völker im Norden des Balkans erhoben, wie auch zunächst während des russisch-türkischen Krieges völlig neutral verhalten und nicht einmal die Durchsetzung gewisser alter und neuerer, nicht im Zusammenhange mit der „Großen Idee" stehender Forderungen an die Türkei mit Nachdruck verfolgt. Erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1877 nähert sich das griechische Kabinett den Russen mit dem Angebot, die griechischen Provinzen der Türkei zu revolutionieren und einen Allianzvertrag mit Rußland abzuschließen. Griechenland mobilisiert, begnügt sich aber, da Rußlands Anfangserfolge vor Plewna zum Halt kommen, mit bewaffneter Neutralität.

Am 5. Dezember fällt Plewna nach ruhmvollstem Widerstand. Am 14. Dezember tritt Serbien von neuem in den Krieg gegen die Türkei ein. Griechenland bleibt formell neutral, obwohl kriegsentschlossen, bis auch der Schipkapaß fällt. Trotzdem am 16. Januar 1878 der Sultan Rußland um Frieden bittet und Verhandlungen sich anbahnen, proklamiert der neue griechische Premier Coumoundouros am 24. Januar als Hauptpunkt seines Programms energische Förderung der Rechte des Hellenismus und aktiven Schutz der unterjochten griechischen Bevölkerungen. Am 2. Februar wird die Grenze überschritten — freilich mit der unaufrichtigen Motivierung, es handle sich nicht um Krieg, sondern nur um Verhütung von Anarchie in den aufständischen türkischen Nachbarprovinzen im Norden des Königreiches. Der militärische Spaziergang hat Griechenland gegenüber der Türkei seit dem Befreiungskriege die ersten territorialen Vorteile gebracht. Zwei Tage vor der Überschreitung der Grenze war der Vorfriede von San Stefano (31. Januar 1878) zustandegekommen, der auch (Art. 15) die griechischen Provinzen erwähnte und ihnen Autonomie in Aussicht stellte. Aber das Eingreifen Griechenlands, im Augenblick der Grenzüberschreitung ein ungeheures Wagnis, da die türkische Armee durch den Waffenstillstand freigeworden war, ist doch von Erfolg gekrönt worden, obwohl Griechenland auf Einschreiten der Mächte (nach Lage der Dinge wohl nicht ungern unter Druck gesetzt) seine Truppen diesseits der Grenze zurückholte[1]). In bezug auf Kreta, Epirus, Thessalien sind seine Wünsche noch unerfüllt geblieben. Aber auf dem Berliner Kongreß hat man sich doch

[1]) S. zum Folgenden DH. III 454ff., IV 1ff., 152ff.

auch am 5. Juli 1878 mit der griechischen Frage beschäftigt. Darüber berichtet das XIII. Protokoll wie folgt[1]):

M. Waddington[2]), avant d'aborder l'objet qu'il a en vue, tient à donner à ses collègues ottomans l'assurance que, dans les circonstances actuelles, il se ferait un scrupule de confiance de prononcer un mot qui pût froisser leurs légitimes susceptibilités. Il évitera toute considération rétrospective sur les causes qui ont amené les maux qu'il s'agit de guérir. Son seul désir, qui est également celui de tous les plénipotentiaires, est de mettre fin à la situation troublée de l'Orient, de prévenir des difficultés ultérieures par la constitution d'un état de choses stable, et de tenir compte des divers intérêts qui coexistent dans la péninsule des Balcans.

Or, parmi ces intérêts, ceux de la race Hellénique présentent une importance majeure: M. le premier plénipotentiaire de France est persuadé que, tant que la S. Porte ne les aura pas satisfaits dans une mesure suffisante, elle restera exposée, sur sa frontière, à des agitations sans cesse renaissantes. S. E. estime que des concessions en ce sent seraient avantageuses au Gouvernement Ottoman, et il croit savoir que la Porte ne repousse pas l'idée d'entrer en négociation avec la Grèce sur la base d'une rectification de frontières.

Le règlement de ces difficultés permanentes est, en effet, pour la Turquie une condition de sécurité et de prospérité intérieure, car, aussi longtemps que dureront ces troubles, le développement de ces ressources se trouvera paralysé.

En ce qui concerne la Grèce, l'objet du Congrès n'est pas sans doute de donner satisfaction aux aspirations excessives de certains organes de l'opinion hellénique, mais M. Waddington pense qu'on ferait une œuvre équitable et politique en lui adjoignant des populations qui seraient une force pour elle et qui ne sont qu'une cause de faiblesse pour la Turquie. Dans cette ordre d'idées, S. E. rappelle l'opinion d'un Prince auquel la couronne de Grèce avait été offerte en 1830 et qui, depuis, appelé à régner sur un autre pays, s'est acquis, par sa sagesse, une grande autorité en Europe: ce Prince considérait que la Grèce ne pouvait vivre dans les conditions territoriales qui lui étaient faites, notamment sans les golfes d'Arta et de Volo avec les territoires adjacents, et l'expérience a démontré la justesse de cette appréciation. La Grèce ne saurait prospérer dans ses limites actuelles: son gouvernement ne peut empêcher les difficultés et les conflits qui se reproduisent périodiquement à sa frontière, et les conditions économiques du pays ne lui permettent pas de suffire aux charges qui incombent à tous les Etats civilisés.

Le premier plénipotentiaire de France croit donc servir également les intérêts des deux pays en proposant au Congrès d'indiquer, d'une manière générale, et sans porter atteinte à la souveraineté de la Porte, les limites qu'il voudrait voir assigner à la Grèce. L'autorité de la haute assemblée Européenne donnerait aux deux Gouvernements ottoman et grec la force morale nécessaire, au premier pour consentir à des concessions opportunes, au second, pour résister à des revendications exagérées. Mais, pour atteindre ce but, S. E. pense qu'il faut, d'une part, ne point solliciter de la Porte des sacrifices impossibiles, de l'autre, faire appel à la modération de la Grèce. Le premier plénipotentiaire de France a donc regardé comme utile de tracer comme base aux négociations, une ligne générale montrant, à la fois, à la Turquie la mesure des intentions de l'Europe et à la Grèce les limites qu'elle ne doit point dépasser. Tel est l'objet de la résolution suivante qu'il a l'honneur de soumettre, d'accord avec le premier plénipotentiaire d'Italie, aux délibérations du Congrès.

„Le Congrès invite la Sublime Porte à s'entendre avec la Grèce pour une rectification de frontières en Thessalie et en Epire, et est d'avis que cette rectification pourrait suivre la vallée du Salambrias (ancien Peneus) sur le versant de la Mer Egée, et celle du Kallamos du côté de la Mer Ionienne.

[1]) Strupp, situation 194 ff., DH. III 504 ff.
[2]) Französischer Hauptdelegierter.

Le Congrès a la confiance que les parties intéressées réussiront à se mettre d'accord. Toutefois, pour faciliter le succès des négociations, les Puissances sont prêtes à offrir leur médiation directe auprès des deux parties."

La premier plénipotentiaire d'Italie désire ajouter aux arguments si éloquemment développés par M. Waddington quelques mots pour soutenir une proposition qui intéresse au plus haut degré la cause de la paix européenne.

Pour que l'œuvre du Congrès présente des chances de durée, il faudrait faire disparaître, dans les limites du possible, les causes de futurs conflits. Il est superflu de rappeler ici les malheureuses complications qui ont eu lieu, dans ces derniers temps, entre la Turquie et la Grèce. Il faudrait aviser au moyen de prévenir de pareils dangers pour l'avenir. Ce résultat doit intéresser la Turquie encore plus que les autres Puissances.

Après les tristes événements dont la Péninsule des Balcans vient d'être le théâtre, la Turquie doit éprouver un vif désir de paix et de tranquillité. Or, il est permis de douter qu'une entente sincère puisse être rétablie entre la Turquie et la Grèce sans que quelques concessions ne soient faites aux aspirations de celle-ci. Le Gouvernement du Roi et la Nation Italienne prennent un vif intérêt à cette question, et les plénipotentiaires d'Italie se font les interprètes de ces sentiments en adressant aux plénipotentiaires de la Turquie un appel amical dans le sens de la proposition quie vient d'être soumise au Congrès.

Le Président dit que cette proposition sera examinée en même temps que l'article XV du Traité de San Stefano: S. A. S. pense qu'elle devra être soumise au vote de la haute Assemblée après le vote définitif, déjà discuté dans la 9e séance.

Le premier plénipotentiaire Ottoman, se référant au document lu dans une séance antérieure par les délégués du gouvernement Hellénique, donne lecture des considérations suivantes:

„Après avoir entendu les délégués Hellènes, cette haute Assemblée a décidé de retenir seulement la déclaration de M. Delyannis.

En se reportant, dès lors, au contenu de cette déclaration, les plénipotentiaires Ottomans constateront que la Grèce n'a élevé devant le Congrès aucune plainte contre la Turquie, et qu'elle n'a pas même cherché à donner pour base à son action auprès des Grandes Puissances, un principe quelconque du droit qui régit les rapports de deux Etats indépendants entre eux.

M. le délégué hellénique a exposé que, par suite du grand nombre de personnes originaires des provinces Ottomans limitrophes qui se trouvent établis en Grèce, les mouvements dont ces provinces Ottomanes sont parfois le théâtre, réagissent fortement sur le Royaume de Grèce, et qu'il en résulte, dans les relations des deux pays, une tension qui disparaîtrait, si l'on donnait satisfaction aux vœux qu'il a émis et qui lui paraissent conformes aux intérêts de l'Europe et de la Turquie.

Tout en partageant l'opinion de M. le délégué hellénique sur le caractère qui doit présider aux rapports des deux pays, les plénipotentiaires ottomanes pensent que le résultat désiré ne saurait être assuré, aussi longtemps qu'on n'aura renoncé aux idées qui, en apparence, ont été suggérées dans ce but.

Les mouvements auxquels on a fait allusion ont eu des causes indépendantes de l'action de la Turquie. Celui de 1854 coïncide avec la guerre de Crimée, celui qui vient de se terminer était, on le sait bien, le contrecoup des événements qui ont bouleversé la Turquie d'Europe jusqu'aux portes de Constantinople, et, quand à l'insurrection de Crète en 1866, on connaît comment elle fut apaisée, aussitôt après la rupture des relations diplomatiques et commerciales entre les deux pays.

Mais, bien que les mouvements aient eu ainsi une origine complètement indépendante de la volonté de la Turquie, celle-ci n'en a pas moins fait tout ce qui dépendait d'elle pour préserver ses relations officielles avec le royaume hellénique des conséquences qu'auraient pu amener les entraînements auxquels la Grèce n'avait pas toujours su opposer la résistance voulue. Il serait maintenant superflu d'insister davantage pour démontrer que la demande des délégués hel-

léniques ne se rattache par aucun point, ni au but que le Congrès se propose, ni à la pensée qui le guide. L'opportunité ou la convenance qu'on trouve à s'annexer des provinces d'un Etat voisin n'est pas une raison ruffisante. On ne saurait soutenir que la Grèce ne possède pas assez de territoire pour la population. La mer qui l'entoure de toutes parts lui offre des moyens de développement illimité. La Turquie, de son côté, tient à conserver ses provinces, dont les populations lui sont attachées, et que l'idée de l'annexion à la Grèce a alarmées, comme il est facile de s'en convaincre par les pétitions portées sous les Nos 15, 19 et 23 dont le Congrès a été saisi.

Au point de vue de la paix générale, S. A. S. le Président a exprimé, à l'occasion de l'audition accordée aux délégués d'un autre Etat, la portée qu'il y avait lieu d'assigner à la demande hellénique, mais, dans un ordre d'idées plus restreint; il ne faudrait peut être pas perdre de vue l'influence que le fait seul de l'audition accordée à M. le délégué hellénique peut exercer sur les esprits. Plusieurs symptômes concourent pour donner à cette idée une importance réelle.

La Grèce procède à des armements; elle contracte des emprunts; et les plénipotentiaires Ottomans ne doutent pas que les Grandes Puissances feront parvenir au Cabinet d'Athènes des conseils de nature à fortifier le Gouvernement Hellénique dans sa disposition de maintenir de bonnes relations avec l'Empire Ottoman."

Le Président procède à la lecture de l'article XV, en priant ses collègues de présenter sur chaque alinéa les observations qui pourraient s'y rattacher.

Les 1er et 2e alinéas sont approuvés sans discussion.

Sur le 3e, Lord Salisbury demande après les mots „des commissions spéciales, dans lesquelles l'élément indigène aura une large participation, seront chargées . . ." l'insertion des mots suivants: „par la Sublime Porte".

Le Congrès donne son assentiment à cette modification, et le Président fait remarquer que, dans une séance précédente, la haute Assemblée a décidé de remplacer, dans le même alinéa, les mots „le Gouvernement Impérial de Russie" par ceux-ci: „la Commission Européenne".

L'article XV., ainsi amendé, est adopté dans son ensemble.

Le Congrès passe à la proposition des Plénipotentiaires de France et d'Italie.

Le comte Andrassy déclare y donner son entier assentiment. Lord Beaconsfield désire, avant que le Congrès ne décide l'importante question qui lui est soumise, présenter quelques remarques destinées à prévenir une erreur que pourrait amener la déclaration des délégués Helléniques. S. E. constate que l'Angleterre a toujours insisté auprès de la Grèce et de la Turquie en vue du maintien d'un bon accord indispensable à ses yeux pour contrebalancer l'influence d'une troisième race, celle qui, en troublant la paix, a amené la réunion du Congrès. D'abord, ces efforts de la Grande-Bretagne ont été secondés des deux parts. Mais les deux pays se trouvaient en présence d'une grande difficulté, la frontière insuffisante et imparfaite tracée en 1831; aux yeux de tout homme d'Etat compétent, cette frontière est un péril et un désastre aussi bien pour la Turquie que pour la Grèce; sa conformation est un encouragement au brigandage, et le brigandage amène nécessairement des agitations dans les provinces limitrophes. Lorsque commença la dernière guerre et que les habitants des districts voisins de la frontière s'en émurent, l'Angleterre fit entendre à la Porte des représentations que celle-ci écouta favorablement; mais S. E. a le regret de devoir ajouter que, cette fois, il n'en fut pas de même de la Grèce; les bons avis de l'Angleterre ne purent prévaloir à Athènes contre l'opinion contraire, et de graves difficultés ont surgi. Lord Beaconsfield croit cependant de son devoir d'ajouter que l'insurrection d'Epire et de Thessalie n'a pas été fomentée par le Gouvernement Grec qui, au contraire, se conformant aux avis de la Grande-Bretagne, s'est appliqué à la réprimer; l'Angleterre fit, d'ailleurs, entendre à Athènes le conseil de ne point compter sur des agrandissements territoriaux. S. E. recherchant les motifs de cette attitude, pense qu'il faut l'attribuer à la fausse idée qu'on s'était faite, après la conclusion du traité de San Stefano, des

principes qui dirigeraient le Congrès. Une opinion erronée attribuait au Congrès l'intention de procéder au partage d'un Etat vieilli, et non pas de fortifier, comme l'a fait la haute Assemblée, un ancien Empire qu'elle considère comme essentiel au maintien de la paix. Il est vrai que, souvent, après une grande guerre, des remaniements territoriaux se produisent: la Turquie n'est pas le seul Etat qui ait éprouvé des pertes territoriales: l'Angleterre, elle aussi, a perdu des provinces auxquelles elle attachait beaucoup de prix et qu'elle regrette encore aujourd'hui; on ne saurait donner à de tels arrangements ou rétrocessions le nom de partage, et le Gouvernement Grec se trompait complètement sur les vues de l'Europe. S. E. saisit cette occasion pour repousser les insinuations d'une partie de la presse qui a qualifié de partage la décision du Congrès au sujet de la Bosnie et de l'Herzégovine. C'est, au contraire, pour prévenir un partage, que cette décision a été prise. De nombreux précédents historiques la justifient: la Bosnie abandonnée à elle-même sans élément de bon gouvernement, entourée d'Etats indépendants ou demi-indépendants, eût été, en bien peu de temps, le théâtre de luttes sanglantes. Dans cette situation, la Grande-Bretagne a fait appel à une Puissance voisine, forte et intéressée au maintien de la paix: l'Europe partageant la même pensée, a remis à l'Autriche-Hongrie, l'occupation et l'administration de la Bosnie; S. E. rappelle que, plusieurs fois, soit dans des pays voisins, soit ailleurs, la même mission a été confiée à l'Autriche; l'initiative de la Grande-Bretagne ne prouve donc pas qu'elle soit favorable à un partage.

Revenant à la Grèce, Lord Beaconsfield dit que personne ne saurait douter de l'avenir de ce pays, que les Etats, comme les Individus qui ont un avenir, sont en mesure de pouvoir attendre. Mais, en même temps, S. E. est convaicue que la Grèce et la Turquie procéderont à la rectfication de leurs frontières, qu'une cause de discordes et de troubles sera ainsi écartée, et une paix durable assurée.

Le premier plénipotentiaire de la Grande-Bretagne ajoute qu'il ne voulait point recommander, pour atteindre ce but, des mesures coercitives: à ses yeux, le Sultan, éprouvé par de si grands malheurs, mérite beaucoup de respect et de sympathie; S. E. croit cependant qu'il ne faudrait point laisser passer l'occasion d'exprimer d'une manière très ferme l'opinion qu'une rectification de frontière serait un acte de haute politique favorable à la prospérité des deux pays. Lord Beaconsfield regarde le tracé proposé par M. le premier plénipotentiaire de France comme discutable; mais l'unanimité étant avant tout désirable, S. E. retirerait toute objection en présence d'un vote unanime des autres Puissances. Le premier plénipotentiaire de la Grande-Bretagne termine en exprimant l'espoir et même la conviction qu'une solution equitable de la question des frontières sera accueillie par le Sultan.

Le Prince Gortchacow dit qu'en principe, il ne voit pas grande divergence entre la proposition française et les arguments présentés par le premier plénipotentiaire de la Grande-Bretagne. Lord Beaconsfield reconnaît, comme M. Waddington, qu'il y a intérêt urgent à s'entendre sur l'amélioration des frontières du Royaume Hellénique: avec quelques dissemblances de détail sur les attributions de territoires, l'idée mère est la même, et S. A. S. y donne son adhésion.

Le Comte Schouvalow voudrait présenter une observation sur l'éloquent discours de M. le premier plénipotentiaire de la Grande-Bretagne. Le Prince Gortchacow a constaté, dans une occasion précédente, les sympathies sincères que la Russie professe pour le Gouvernement et les populations Helléniques. La Russie désire, en même temps, les bonnes relations des deux nationalités Grecque et Ottomane. Mais, Lord Beaconsfield a déclaré que l'entente entre les Grecs et les Turcs était nécessaire pour empêcher une autre nationalité — celle qui a fait le principal objet des délibérations du Congrès, à savoir populations Slaves, — de troubler la paix européenne. Le Comte Schouvalow ne saurait partager cette opinion: il affirme que les populations Slaves ne troubleront plus la paix, aussitôt que l'Europe les aura dotées d'institutions qui garantissent leurs vies et leurs propriétés et qui assurent leur prospérité. S. E. considère que cette

nouvelle situation, et non pas une entente des Grecs et des Turcs au détriment des Slaves, sera le gage de la paix européenne.

La proposition des plénipotentiaires Français et Italiens ayant été soumise au vote de la haute Assemblée, Carathéodory Pacha déclare qu'il n'a pas connaissance de l'assentiment de son Gouvernement à des propositions de rectification qui lui auraient été faites précédemment. Il se croit, par conséquent, en devoir de réserver entièrement l'opinion de la S. Porte sur ce point.

Le Président dit que, dans la circonstance présente, les plénipotentiaires Ottomans sont fondés à s'abstenir et à attendre de nouvelles instructions. S. A. S. constate, d'ailleurs, que les Puissances, à l'exception de la Porte dont l'assentiment est réservé, sont unanimes à accepter la proposition. . . .

Die Kongreßakte selber behandelt griechische Fragen in den Artikeln 23 und 24:

„Article 23.

La Sublime Porte s'engage à appliquer scrupuleusement dans l'île de Crète le règlement organique de 1868 en y apportant les modifications qui seraient jugées équitables.

Des règlements analogues adoptés aux besoins locaux sauf en ce qui concerne les exemptions d'impôts accordées à la Crète, seront également introduits dans les autres parties de la Turquie d'Europe pour lesquelles une organisation particulière n'a pas été prévue par le présent Traité.

La Sublime Porte chargera des commissions spéciales, au sein desquelles l'élément indigène sera largement représenté, d'élaborer les détails de ses nouveaux règlements dans chaque province.

Les projets d'organisation résultant de ces travaux seront soumis à l'examen de la Sublime Porte qui, avant de promulguer les actes destinés à les mettre en vigueur, prendra l'avis de la Commission Européenne instituée pour la Roumélie Orientale.

Article 24.

Dans le cas où la Sublime Porte et la Grèce ne parviendraient pas à s'entendre sur la rectification de frontière indiquée dans le treizième protocole du Congrès de Berlin, l'Allemagne, l'Autriche-Hongrie, la France, la Grande-Bretagne, l'Italie et la Russie se réservent d'offrir leur médiation aux deux parties pour faciliter les négociations."

Die Einigung kam nach ergebnislosen direkten Verhandlungen durch Vermittlung der Großmächte zustande, deren Niederschlag der Vertrag zwischen ihnen und der Türkei vom 24. Mai 1881[1]) ist. Er lautet:

Art. 1. Les nouvelles frontières de la Turquie et de la Grèce sont fixées ainsi qu'il suit:

La nouvelle ligne frontière, commençant près du défilé de Karalik-Dervent entre l'embouchure du Salambrias et Platamona, à 4 km. environ au Sud de ce dernier point, se dirige vers l'Ouest en suivant la crête des montagnes, passe d'abord entre Krania et Avarnitza, puis entre Nezeros et Analipsis, arrive au sommet du mont Godaman, descend ensuite vers le Sud en suivant la crête de l'Olympe, gagne le sommet de Kokkinopetra et prenant la direction de l'Ouest à partir de ce point sans quitter la même crête, passe entre Ligara et Derveni-Melona, et arrive au sommet du mont Kritiri. Se dirigeant de là vers le Sud, la ligne atteint la rive droite du Xeraghis et, suivant la ligne de partage des eaux vers le Sud-Ouest, gagne le sommet des hauteurs situées au Nord du village de Zarko, tourne ensuite vers le Nord-Ouest dans la direction de Diminitza et se maintient toujours sur la ligne de partage des eaux en laissant à la Turquie

[1]) Strupp, situation 203.

le village d'Elevtherokhorion. Avant d'arriver à Diminitza, à une distance d'environ 18 km. de cette localité, la ligne frontière tourne vers l'Ouest, toujours sur la ligne de partage des eaux, et passe par les villages de Flamouristi, Gavronon et Georgitza pour gagner le sommet du mont Kratchovo. Se dirigeant ensuite vers le Sud par le crête, elles passe par les sommets des monts Zygos, Dokini et Peristeri, et atteint la rivière d'Arta, en suivant le ruisseau qui conduit par la plus courte distance les eaux pluviales du Peristeri à ce cours d'eau et en passant près des villages de Kalarhytes et de Mikalitzi. Au-délà de ces derniers points elle suit le Thalweg de la rivière d'Arta jusqu'à son embouchure.

Cette délimitation sera fixée sur les lieux par une Commission composée des Délégués de six Puissances et des deux Parties intéressées.

La Commission de délimitation sera fixée sur les lieux par une Commission composée des Délégués des six Puissances et des deux Parties intéressées.

La Commission de délimination prendra ses résolutions à la majorité des voix, chaque Puissance n'ayant qu'une voix.

Elle devra se réunir dans un délai de huit jours à partir de la ratification de la présente Convention, ou plutôt, si faire se peut, afin de commencer ses travaux.

Art. 2. Punta et son territoire, tel qu'il a été déterminé par l'article 1 de l'Acte signé à Constantinople le 21 Juillet 1832, seront cédés à la Grèce.

Toutes les fortifications qui commandent l'entrée du Golfe d'Arta, tant du côté de Prévéza que de celui de Punta, seront désarmées dans un délai de trois mois à partir de la signature de cette Convention et demeureront désarmées en temps de paix entre les deux Etats.

La navigation du golfe d'Arta sera libre.

Art. 3. La vie, les biens, l'honneur, la religion et les coutumes de ceux des habitants des localités cédées à la Grèce qui resteront sous l'administration hellénique, seront scrupuleusement respectés. Ils jouiront entièrement des mêmes droits civils et politiques que les sujets hellènes d'origine.

Art. 4. Le droit de propriété sur les fermes ainsi que sur les pâturages, prairies, pacages (kechlak), forêts et toute espèce de terrains ou autres immeubles possédés par des particuliers et des communes en vertu de Firmans, hodjets, tapous et autres titres, ou bien de par la loi ottomane, dans les localités cédées à la Grèce, sera reconnu par le Gouvernement hellénique.

Les titres de propriété des biens dits vacoufs, qui servent à l'entretien des mosquées, collèges, écoles et autres établissements de piété ou de bienfaisance seront également reconnus.

Art. 5. S. M. le Sultan pourra disposer comme par le passé des propriétés Impériales dont les revenus sont perçus pour le compte de S. M. ou de la famille Impériale.

En cas de contestation sur la nature et la destination de ces biens, la question sera soumise à l'examen de la Commission dont l'institution est prévue par l'art. 9 de la présente Convention et éventuellement aux termes du même article à la décision des Puissances Médiatrices.

Art. 6. Nul ne peut être privé de se propriété que pour cause d'utilité publique dûment constatée dans les cas et de la manière établis par la loi moyennant une juste et préalable indemnité.

Aucun propriétaire no pourra être forcé à vendre ses biens aux cultivateurs ou à des tiers, ni à leur en céder une partie de même qu'aucune modification ne sera introduite dans les rapports des propriétaires et des cultivateurs, si ce n'est pas une loi générale applicable à tout le Royaume.

Les propriétaires établis hors du Royaume et qui posséderaient des immeubles dans les territoires cédés, pourront affermer les immeubles ou les faire administrer par des tiers.

Art. 7. Les habitants des provinces voisines des territoires cédés à la Grèce, qui ont depuis longtemps la coutume d'envoyer leurs troupeaux dans les

prairies et pâturages ainsi que dans les fermes situées sur ces territoires, continueront à jouir de ces avantages comme par le passé.

Art. 8. La liberté ainsi que la pratique extérieure du culte sont assurées aux Musulmans dans les territoires cédés à la Grèce.

Aucune atteinte ne sera portée à l'autonomie et à l'organisation hiérarchique des Communautés musulmanes existantes ou qui pourraient se former, ni à l'administration des fonds et des immeubles qui leur appartiennent.

Aucune entrave ne pourra être apportée aux rapports de ces Communautés avec leurs chefs spirituels en matière de religion.

Les tribunaux du Chéri locaux continueront à exercer leur juridiction en matière purement religieuse.

Art. 9. Une Commission turco-hellénique sera chargée de régler, dans le courant de deux années, toutes les affaires concernant les propriétés de l'Etat ainsi que les questions relatives aux intérêts des particuliers qui pourraient s'y trouver engagés. Cette commission aura à statuer sur l'indemnité que la Grèce devra payer à la Turquie pour les biens-fonds qui seraient reconnus appartenir bona fide à l'Etat Ottoman, et lui donner un revenu annuel.

Les questions sur lesquelles une entente n'aura pas pu intervenir, seront soumises à la décision des Puissances Médiatrices.

Art. 10. La Grèce devra supporter une part de la dette publique ottomane proportionnelle aux revenus des territoires cédés. Cette part sera déterminée ultérieurement entre la Sublime Porte et les Représentants des Puissances Médiatrices à Constantinople.

Art. 11. Aucune mesure exclusive et exceptionnelle de désarmement ne pourra être prise à l'égard des Musulmans.

Art. 12. Le gouvernement hellénique présentera à la Chambre une loi pour le renouvellement de la Convention de 1836 (1272) relative à la poursuite du brigandage.

Art. 13. Les individus originaires des territoires cédés à la Grèce ou actuellement domiciliés dans ces provinces, qui entendront conserver la nationalité ottomane, jouiront, pendant l'espace de trois ans à partir de l'échange des ratifications et moyennant une déclaration préalable faite à l'autorité compétente, de la faculté de transporter leur domicile dans l'Empire Ottoman et de s'y fixer, auquel cas la qualité de sujet ottoman leur sera conservée.

Ceux qui émigreront dans le délai précité de trois ans continueront à jouir du bénéfice stipulé dans le troisième paragraphe de l'article 6 de la présente Convention en faveur des propriétaires établis hors du Royaume.

Pendant le même espace de trois ans, les Musulmans ne seront pas tenus au service militaire.

Art. 14. La commission créée en vertu de l'article 9 de la présente Convention est chargée de régler dans le plus bref délai possible, les questions relatives aux impôts arriérés dans les territoires cédés qui seraient dus au Gouvernement ottoman, ainsi que celles qui pourraient surgir de la perception des impôts pendant l'année courante.

Art. 15. Les détails de l'évacuation ainsi que la remise des territoires cédés sont réglés par un acte séparé, lequel est et demeure annexé à la présente Convention et aura même force et valeur que s'il en faisait partie.

Les Troupes Impériales ottomanes seront tenues d'évacuer les territoires cédés dans les détails fixés par cet acte. Le Gouvernement Impérial Ottoman s'efforcera toutefois de les abréger autant que possible.

Art. 16. Il est entendu que les Puissances Médiatrices se réservent la faculté de déléguer des Commissaires techniques pour surveiller les opérations relatives à la cession des territoires.

Art. 17. Une amnistie pleine et entière sera accordée par la Turquie et la Grèce à tous les Individus qui auraient été impliqués ou compromis dans les événements politiques antérieurs à la présente Convention et relatifs à la question qu'elle résout.

Art. 18. La Convention conclue en ce jour entre S. M. l'Empereur des Ottomans, S. M. l'Empereur d'Allemagne, Roi de Prusse, S. M. l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohême etc., Roi Apostolique de Hongrie, le Président de la République Française, S. M. la Reine du Royaume Uni de la Grande-Bretagne et d'Irlande, Impératrice des Indes, S. M. le Roi d'Italie et S. M. l'Empereur de toutes les Russies, sera immédiatement suivie de la stipulation d'une Convention entre S. M. l'Empereur des Ottomans et S. M. le Roi des Hellènes, contenant les mêmes dispositions [1]).

Gewiß hatte Griechenland mit Thessalien, Arta, Punta, Larissa und Volo [2]) nicht den territorialen Erwerb gemacht, den es sich erträumt hatte, aber es konnte zufrieden sein, daß es, im unglücklichsten Augenblick in den Krieg eingreifen wollend, nicht von den Türken angegriffen und überrannt worden war und noch wertvolles Gebiet ohne Schwertstreich erworben hatte. Viel wichtiger war es für Griechenland, daß der Berliner Kongreß einen überwältigenden Einfluß Rußlands auf dem Balkan verhindert hat, den dieses sich durch das Medium Bulgariens zu verschaffen gehofft hatte.

Eine Politik der Entspannung zwischen Griechenland und der Türkei scheint anzuheben [3]), als es Tricoupis 1882 gelingt, starke Differenzen, in deren Verlauf es sogar zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen regulären Truppen beider Staaten gekommen war, ohne Unterstützung der Großmächte zu beseitigen. Gleichzeitig aber schien sich dem Athener Kabinett die Möglichkeit zu bieten, einem in der Bildung begriffenen Balkanbund, der ja schon in dem Bündnisvertrag von 1867 angedeutet war, beizutreten. Hatte man eine offensiv-antitürkisch gedachte Koalition Nicolaus' von Montenegro der 4 Balkanstaaten a limine abgewiesen, so zeigte Tricoupis wenig Neigung zu einer engeren Verbindung, um die sich wenig später Bulgarien bemühte; doch hat der Besuch, den damals Alexander von Battenberg in Athen machte, wenigstens freundlicheren Beziehungen zwischen beiden Staaten den Weg geebnet. Im übrigen hielt Tricoupis an der politischen Neuorientierung fest, in deren Rahmen viel mehr eine Allianz mit der Türkei hineinpaßte. Dazu ist es nun freilich nicht gekommen. Es war die Pforte, die die ihr loyal hingestreckte Hand nicht ergriff. Mißverständnisse und Intriguen kamen hinzu: Die Gelegenheit ging vorüber. Die ostrumelische Frage hat 1885 erneut zur bewaffneten Spannung geführt; erst eine Seedemonstration der Großmächte und (April bis Juni 1886) Blockade der griechischen Küste hat die Abrüstung Griechenlands bewirkt. 1895 endete die Periode einer gewissen Entspannung, die Tricoupis eingeleitet und während

[1]) Vgl. dazu noch die Convention Gréco-Turque relative à la rectification des frontières Turco-Grecques du 2 Juillet 1881 (a. a. O. 206. — S. dazu DH. IV 146 ff.)

[2]) 12500 qkm mit 285000 Einwohnern.

[3]) DH. IV 1.

seiner wiederholten Ministerschaften jedesmal erneut bekräftigt hatte. Wieder war es Kreta, das die Détente zwischen Athen und Konstantinopel vernichtete. Damals brach ein neuer, schwerer Aufstand auf der Insel aus. Den Mächten war es gelungen, am 25. August ein Abkommen mit der Pforte zustandezubringen, das ein Statut für Kreta enthielt. Generalgouverneur sollte ein auf 5 Jahre vom Sultan mit Zustimmung der Mächte zu ernennender Christ sein; Gesetze sollten mit Zustimmung einer alle zwei Jahre zusammentretenden Volksrepräsentation zustandekommen; eine europäische Militärkommission sollte die Gendarmerie organisieren, eine Kommission ausländischer Juristen die Rechtsreform vorbereiten. Griechenland, das wiederum Freiwillige nach Kreta hatte ziehen lassen, mußte sich zunächst zufriedengeben. Aber die Kreter hatten nicht abgerüstet. Und die Mächte taten nicht das Erforderliche zur Beruhigung der Gemüter, namentlich zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Griechen und Mohammedanern. Wohl aber die griechische Nationalpartei das Nötige zur Verhetzung der Gemüter. Aber auch die amtliche Türkei tat nicht alles, was zur Beruhigung erforderlich gewesen wäre. Im Januar 1897 bricht der Bürgerkrieg erneut aus. Am 5. Februar wird Kanea in Brand gesteckt; das griechische Generalkonsulat erbittet in Athen, da die Mächte versagten, die Entsendung von Truppen und Schiffen. Am 6. laufen zwei Schiffe aus, angeblich, um wie die Mächte ihre, so die griechischen und christlichen Familien zu schützen. Da die Nachrichten aus Kreta nicht besser werden, läßt die griechische Regierung weitere Schiffs- und Truppentransporte folgen. Die Pforte droht am 8. in einer Note an die Mächte mit Krieg, falls Athen nicht seine Schiffe zurückrufe. Die Bremsversuche der Mächte [1]) werden überholt durch die Unabhängigkeitserklärung Kretas, Auftakt und Flammenzeichen für die Ausbrüche stärksten Nationalismus' in Griechenland, wo man die Entsendung von Torpedobooten fordert, um die nach Kreta gehenden türkischen Transporte zu versenken. König und Regierung sehen sich nach Todesdrohungen zur Entsendung von 6 Torpedobooten unter dem Prinzen Georg gezwungen. An die Mächte geht am 10. Februar eine Zirkularnote mit dem Antrag auf Zustimmung zur Angliederung Kretas, das nicht länger unter türkischer Herrschaft verbleiben dürfe, an Griechenland. Die Mächte betonen ihre Einigkeit, das europäische Konzert bleibt aber unvernommen. Am 12. erster militärischer Zwischenfall zur See. Die Vertreter der Mächte in Athen drohen vergeblich. Griechenland bleibt fest; am 13. Februar beginnt eine Teilmobilisierung und fährt ein 1400

[1]) DH. IV 370ff.; Politis, Revue générale de droit international public IV 504ff., V 116ff.; Streit, Revue générale de droit international public IV 61ff., 446ff., VII 5ff., 30ff., X 222ff., 845ff.; Cavaglieri im Jahrbuch des Völkerrechts II 339ff.

Mann umfassendes griechisches Expeditionskorps nach Kreta ab mit dem Auftrag, von der Insel im Namen des Königs Besitz zu ergreifen und die Türken zu verjagen. Völkerrechtlich aufs schärfste zu verurteilen, entsprach das Verhalten des offiziellen Griechenlands den Wünschen des gesamten Hellenismus.

Die Mächte versuchten, auf russischen Vorschlag, eine gemeinsame Beruhigung der Insel (Dépôt) durch ihre Flotten herbeizuführen. Das war mit türkischer Zustimmung rechtlich möglich. So wurden am 15. Februar je 100 französische, russische, englische, italienische und 50 österreichische Marinesoldaten ausgeschifft (Deutschland nahm nicht teil) und am nächsten Tage die Flaggen der vertretenen Staaten neben der türkischen aufgezogen. Nun handelte es sich um die Rückberufung der griechischen Expedition und Verzicht der Türken auf Truppenentsendungen. Griechenland lehnte jeden Rat der Mächte ab, ja der griechische Generalkonsul in Kanea wurde kgl. griechischer Kommissar. Die Mächte beschlossen, jedem griechischen Landungsversuch mit Waffengewalt entgegenzutreten. Doch das waren und blieben Worte. Und die Kabinette vermochten sich zu keiner Flottendemonstration aufzuschwingen. Ebensowenig wie zu klaren Projekten über die zukünftige Rechtslage Kretas. Man begnügte sich mit dem Verbot der Annexion, der Forderung der Autonomie Kretas (an die Adresse der Pforte) und der Zurückziehung der griechischen Truppen (2. März). Die Türkei nahm an. In Athen war die patriotische Begeisterung zur Siedehitze gestiegen — namentlich als bekannt wurde, daß die Kanonen der Mächte in Kreta gegen die unter der griechischen Fahne fechtenden Aufständischen gefeuert hatten. Die griechische Regierung war in ihrer Antwortnote trotzdem bereit, ihre Schiffe zurückzurufen. Aber sie verlangte die Belassung eines griechischen Expeditionskorps in Kreta mit Mandat der Mächte und ein Plebiszit der Bevölkerung über die zukünftige Zugehörigkeit der Insel.

Das europäische Konzert beriet als Antwort wieder einmal die Frage einer Blockade des Piräus und Kretas und die Entsendung von Landtruppen. Und inzwischen, während dort türkische, griechische und internationale Truppen standen, gingen auf Kreta die Kämpfe zwischen Christen und Mohammedanern weiter. Am 18. März begann die Blockade Kretas durch die Admirale der Großmächte. Gleichzeitig mit der anschließenden Verhinderung der Autonomie Kretas erfolgte (am 21.) die Aufforderung an die griechische Flotte abzufahren, wolle sie nicht zur Abfahrt gezwungen werden. 2500 Soldaten der Großmächte landeten gleichzeitig auf Kreta (— das deutsche Bataillon blieb aus); die Griechen fuhren ab unter Hinterlassung ihres kleinen Expeditionskorps im Innern des Landes! Aber die Weiterbehandlung der Frage geriet aufs neue ins Stocken — beharrten die Griechen bei der Plebiszitforderung, so die Türken bei der eines Generalgouverneurs tür-

kischer Staatsangehörigkeit —. Darüber ging die Mobilisation hüben und drüben weiter, während die Kabinette über die beabsichtigte Blockade Griechenlands nicht zur Einigung kamen. Der Überfall einer mehr als 1000 Mann starken griechischen Bande veranlaßte am folgenden Tage das türkische Kabinett zur Feststellung des von Griechenland eröffneten Krieges (10. April 1897). Doch als am folgenden Tage die Griechen zurückgingen, blieben die Türken mit Gewehr bei Fuß stehen. Aber am 18. kam es zu Zusammenstößen, am gleichen Tage brach die Türkei die diplomatischen Beziehungen ab; der Krieg war schon in vollem Gange. Er endete mit einem völligen Mißerfolg der griechischen Waffen. Einen Monat nach dem Ausbruch der Feindseligkeiten mußte Griechenland durch Vermittlung der Mächte einen Waffenstillstand bei den über Larissa—Volo vorgedrungenen Türken, die schon an Attikas Toren standen, nachsuchen, nachdem in Athen Unruhen ausgebrochen waren, die sich gegen den Kronprinzen als Oberfeldherrn und die übrigen Prinzen richteten. Nach direkter Intervention des Zaren (das Konzert der Mächte war, wie üblich, déconcertant) beim Sultan kam es am 19. und 20. zum Waffenstillstand.

Nun kam die schwierige Frage der Friedensbedingungen. Schon am 14. Mai hatte der Sultan außer 10 Millionen türkischer Pfund Kriegsentschädigung Rückübertragung Thessaliens, Erneuerung aller bestehenden Verträge und Abschluß eines Auslieferungsvertrages verlangt. Darauf in toto einzugehen, waren die Großmächte als offiziell beauftragte Vermittler Griechenlands nicht bereit. Nach sehr schwierigen Verhandlungen ist zunächst am 18. September[1]) ein Vorfriede zwischen den Mandataren Griechenlands, den Großmächten und der Pforte in der türkischen Hauptstadt zustandegekommen. Er lautet:

La Grèce ayant confié aux Grandes Puissances les soins de ses intérêts en vue du rétablissement de la paix avec la Turquie et la Sublime Porte ayant accepté leur médiation, les conditions suivantes, qui doivent servir de base principale et définitive aux relations futures des deux pays, ont été arrêtées entre Son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan, d'une part, et Leurs Excellences les Représentants de l'Allemagne, de l'Angleterre, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de l'Italie et de la Russie, de l'autre.

Art. 1. La frontière turco-hellénique sera rectifiée conformément au tracé indiqué sur la carte ci-jointe accompagnée d'une description détaillée.

Il est entendu que de légères modifications au point de vue stratégique peuvent y être introduites à l'avantage de l'Empire Ottoman par un accord entre les délégués de la Sublime Porte et des Puissances, lors de l'application du tracé sur les lieux.

Les détails de cette délimitation seront fixés sur les lieux par une Commission composée de délégués des deux Parties intéressées et de délégués militaires des Ambassades des Puissances médiatrices.

La Commission de délimitation devra se réunir dans un délai de quinze

[1]) Strupp, situation 207.

jours, ou plus tôt, si faire se peut, à partir de la date du présent acte et prendra ses résolutions à la majorité des voix des trois Parties intervenantes.

Art. 2. La Grèce paiera à la Turquie une indemnité de quatre millions de Livres Turques.

L'arrangement nécessaire pour faciliter la paiement rapide de l'indemnité sera fait avec l'assentiment des Puissances de manière à ne pas porter atteinte aux droits acquis des anciens créanciers détenteurs de titres de la dette publique de la Grèce.

A cet effet, il sera institué à Athènes une Commission internationale des Représentants des Puissances médiatrices à raison d'un membre nommé par chaque Puissance. Le Gouvernement hellénique fera adopter une loi agréée préalablement par les Puissances réglant le fonctionnement de la Commission et d'après laquelle la perception et l'emploi de revenus suffisants au service de l'emprunt pour l'indemnité du guerre et des autres dettes nationales placés sous le contrôle absolu de la dite Commission.

Art. 3. Sans toucher au principe des immunités et privilèges dont les sujets Hellènes jouissaient avant la guerre sur le même pied que les nationaux des autres Etats, des arrangements spéciaux seront conclus en vue de prévenir l'abus des immunités consulaires, d'empêcher les entraves au cours régulier de la justice, d'assurer l'exécution des sentences rendues et de sauvegarder les intérêts des sujets Ottomans et étrangers dans leurs différends avec les sujets Hellènes, y compris les cas de faillite.

Art. 4. Quinze jours après la ratification des présents préliminaires de paix, ou plus tôt, si faire se peut, des négociateurs Hellènes, munis des pouvoirs nécessaires, arriveront à Constantinople pour procéder avec les Plénipotentiaires Ottomans à l'élaboration et à signature du traité de paix définitif. Ce traité sera conclu sur la base des stipulations du présent acte et contiendra, en outre, des clauses pour l'échange des prisonniers de guerre, pour l'amnistie, pour la libre émigration des habitants des territoires rétrocédés, ainsi que pour le mode d'indemnisation des particuliers en raison des pertes causées par les forces grecques. Il stipulera aussi le rétablissement des relations postales et télégraphiques conformément aux accords généraux qui règlent la matière.

Art. 9. En cas de divergence dans le cours des négociations entre la Turquie et la Grèce, les points contestés pourront être soumis par l'une ou l'autre des Parties intéressées à l'arbitrage des Réprésentants des Grandes Puissances à Constantinople, dont les décisions seront obligatoires pour les deux Gouvernements. Cet arbitrage pourra s'exercer collectivement ou par désignation spéciale des intéressés et soit directement soit par l'entremise de délégués spéciaux.

En cas de partage égal des voix, les arbitres choisiront un surarbitre.

Art. 10. Les stipulations de la Convention conclue le 24 Mai 1881 pour la Cession de la Thessalie à la Grèce sont maintenues sauf celles qui sont modifiées par le présent acte. La Sublime Porte se réserve de saisir de ses propositions pour le règlement des questions découlant de la dite Convention les Puissances qui en sont signataires et dont les décisions doivent être acceptées par la Grèce.

Art. 11. En vue d'assurer le maintien des rapports de bon voisinage entre les deux Etats, les Gouvernements de la Turquie et de la Grèce s'engageront à ne pas tolérer sur leurs territoires des agissements de nature à troubler la sécurité et l'ordre dans l'Etat voisin.

Art. final. — Aussitôt que le présent acte aura reçu l'approbation de Sa Majesté Impériale le Sultan, laquelle sera donnée dans un délai de huit jours, les clauses qu'il contient seront portées par les Représentants des Grandes Puissances à la Connaissance du cabinet d'Athènes et deviendront exécutoires.

Fait en double à Constantinople, le dix-huit Septembre mil huit cent quatre-vingt-dix-sept.

(Signé): TEFFIK. CALICE. NELIDOW.
P. CAMBON. PHILIP CURRIE. SAURMA. PANSA.

Der Vorfriede ist dann am 4. Dezember 1897 in einen endgültigen zwischen Griechenland und der Türkei umgewandelt worden. Er lautet[1]):

S. M. le Sultan, Empereur des Ottomans et S. M. le Roi des Hellènes, s'étant mis d'accord pour compléter et convertir en traité de paix définitif les préliminaires de paix du 6/18 Septembre 1897 signés par S. Exc. le Ministre des Affaires Etrangères de S. M. le Sultan, d'une part et par LL. EE. les Représentants de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande Bretagne, de l'Italie et de la Russie, agissant au nom de la Grèce d'autre part, ont nommé à cet effet pour Leurs Plénipotentiaires, savoir:

Art. Premier: La frontière turco-hellénique est rectifiée conformément au tracé indiqué sur la carte, accompagnée d'une description détaillée annexée aux préliminaires de paix ainsi qu'il suit:

La nouvelle frontière part du golfe de Salonique à l'embouchure du fleuve Potamoul; elle suit ce fleuve jusqu'a Pappapouli, ensuite elle se dirige vers le nord-ouest sur l'ancienne frontière qu'elle rejoint au sommet de Karagatsia (côte 1063 p.) en laissant Kalyvia et Aigamotika à la Grèce. Elle se dirige ensuite vers Krania et Rapsani en laissant ces deux villages à la Grèce. Elle contourne par le Sud les sommets d'Analipsis-Rapsiniotikos (côte 3263 p.) et de Sopoto (4072); à partir du sommet de Sopoto, elle se dirige sur Nézéros, en suivant à peu près le bas des pentes à l'est du lac de Nézéros, et rejoint l'ancien tracé au couvent d'Athanasios au Nord du village de Nézéros.

Du couvent d'Athanasios, elle redescend dans la direction du Sud en suivant le bas des pentes à l'Ouest du lac de Nézéros, jusqu'à ce qu'elle rencontre le cours d'eau Kodrisiotiko; à partir de là elle se dirige sur la hauteur de Kokkinopétra au Sud-Est de Godaman. De Kokkinopétra, elle prend la direction de l'Ouest, traverse la vallée d'Argyropoli et atteint le contrefort à l'Est de Veletsiko (3671 p.), à une distance d'environ deux kilomètres de ce sommet.

De ce point, elle suit une ligne à peu près parallèle à l'ancienne frontière et distante d'environ deux kilomètres, en longeant le sommet de Menexé et le col de Melouna jusqu'au Nord du village de Ligaria.

A un kilomètre environ à l'ouest de Ligaria, elle se dirige vers le sud sur une longueur d'environ trois kilomètres, puis reprend la direction de l'Ouest et rejoint l'ancienne frontière au Nord de Kourtsiovali (côte 1900 p.). De là elle contourne le village de Kourtsiovali à l'Ouest et reprend au Sud de ce village la direction de l'Est en passant au Nord du sommet A. Georgios (2066 p.); elle contourne ensuite le massif de Losfaki en suivant le bas des pentes de ce massif à l'Est et laissant à la Grèce la route de Tirmavo à Melouna, elle rejoint l'ancienne frontière au sommet (1200 p.) à trois kilomètres environ au Nord-Ouest de Tyrnavo.

Elle se sépare de nouveau de l'ancienne frontière à Bey Déjirméni au bord de la rivière Xérias, contourne à l'Est le massif de Sidéropalouki (1694 p.) et atteint le fleuve Salamvrias, à un kilomètre à l'Ouest de Gunitza; de là elle se dirige vers le Sud et change de direction vers l'Ouest au Nord-Est de Koutzo-Khéro, en passant à un kilomètre environ au Nord de ce village. Elle traverse de nouveau le Salamvrias et suit le bas des pentes de la rive gauche du fleuve en se dirigeant vers l'Ouest jusqu'au sommet de Babou (2147 p.) qu'elle contourne par le sud; elle remonte ensuite vers le Nord en suivant la ligne des hauteurs à pic, laisse à l'Est le sommet de Babou et continue dans la direction du Nord jusqu'à un kilomètre au Sud-Ouest du sommet (1600 p.); elle prend ensuite la direction de l'Ouest en suivant une ligne distante d'environ deux kilomètres de l'ancienne frontière qu'elle rejoint à l'angle formé par celle-ci au Nord de Gritzanon.

---

[1]) Strupp, situation 209.

La nouvelle ligne coupe à l'ouest d'Elevthérokhorion l'angle dont le sommet est sur la hauteur 1742.

La frontière suit l'ancien tracé jusqu'au sommet de Gorza (3196 p.), de là elle se dirige vers le Nord sur le point trigonométrique de Barbéri où elle rejoint l'ancienne frontière. Elle la suit jusqu'à Piknada; elle se dirige ensuite sur le sommet de Mitriza (4418 p.).

De Mitriza, elle suit l'ancien tracé jusqu'au sommet de Nasadiko, situé au Nord-Ouest du village de Kérassia-Sinou; de Nasadiko, elle se dirige vers l'Ouest sur le sommet de Kutzuru (1916 p.) où elle rejoint l'ancien tracé en passant à égale distance du village de Kritzotadès et du sommet 2555 p. qu'elle laisse à la Turquie.

Du sommet de Kutzuru, elle suit l'ancien tracé jusqu'au sommet d'Agios-Elias; à partir de ce point, elle se dirige directement sur le sommet de Djuma-Psiti, en passant au Nord du village de Kérassia.

De Djuma Psiti, elle suit l'ancien tracé jusqu'au sommet de Bulgari; de là elle se dirige à peu près en ligne droite sur le sommet de Djumanalta (3091 p.) au Nord-Ouest de Nostrovo, où elle rejoint l'ancien tracé qu'elle suit jusqu'à l'angle qu'il forme à un kilomètre au Sud-Ouest du village de Saghiada.

A partir de cet angle, la nouvelle frontière se dirige vers le Sud-Ouest sur le sommet de Gribovo (4786 p.) qu'elle contourne par le Sud; elle prend ensuite la direction de l'Ouest, passe à 500 mètres au Nord du village de Généralis, à un kilomètre au Nord du sommet 4000 p., longe le plateau à l'extrémité duquel se trouve ce sommet, passe à un kilomètre au Sud du sommet (4200 p.), descend ensuite directement vers le Sud, en passant à 500 mètres à l'Ouest du village de Malakassi, traverse le Salamvrias à un kilomètre à l'Ouest du pont voisin de la côte 2180 p., passe à un kilomètre à l'est du sommet 3700 et vient rejoindre la rivière, descendant du sommet de Dokimi à l'Ouest du sommet de Kizil-Tépé. Elle suit le cours de cette rivière jusqu'au sommet de Dokimi (6244 p.) où elle rejoint l'ancien tracé et où s'arrête la rectification de la frontière.

Cette délimination sera fixée sur les lieux par une Commission composée de délégués des deux parties intéressées et de délégués militaires des Ambassades des Puissances médiatrices.

La Commission de délimitation devra se réunir, incessamment se rendre sur le terrain et commencer ses travaux sans retard. Elle prendra ses résolutions à la majorité des voix des trois Parties intervenantes.

Lors de l'application du tracé sur les lieux, de légères modifications au point de vue stratégique peuvent y être introduites à l'avantage de l'Empire Ottoman, par un accord entre les délégués de la Sublime Porte et des Puissances.

L'acte définitif de délimitation avec la carte y annexée qui seront dressés et signés par la Commission de délimitation, feront partie intégrante du présent traité.

Art. 2. La Grèce paiera à la Turquie une indemnité de guerre de quatre millions de Livres Turques, conformément aux conditions prevues à l'article 2 des préliminaires de paix.

Art. 3. L'évacuation de la Thessalie s'effectuera suivant les conditions posées dans l'article 6 des préliminaires de paix; elle aura lieu dans le délai d'un mois à partir du moment où les Puissances auront reconnu comme remplies les conditions prévues aux deux derniers alinéas de l'article 2 des Préliminaires de paix où l'époque de la publication de l'emprunt pour l'indemnité de guerre aura été établie par la Commission internationale en conformité avec les dispositions de l'arrangement financier mentionné dans cet article.

Le mode d'évacuation et de remise aux autorités helléniques des localités évacuées sera déterminé par les délégués des deux parties interessées avec le concours de délégués des Grandes Puissances.

Art. 4. Les prisonniers de guerre seront rendus de part et d'autre immédiatement après la ratification du présent traité.

Art. 5. Une amnistie pleine et entière est accordée de part et d'autre à toutes les personnes qui ont été compromises dans les événements qui ont précédé ou suivi la déclaration de guerre.

Art. 6. Les sujets de chacun des deux Etats, dont la situation est régulière devant la loi, pourront séjourner et circuler librement, comme par le passé sur le territoire de l'autre, chacune des deux Hautes Parties Contractantes se réservant la faculté de refuser l'accès de son territoire à ceux des sujets de l'autre Partie qui auraient subi des condamnations judiciaires d'ordre pénal ou qui auraient été l'objet d'un arrêté d'expulsion à raison de leurs antécédents et méfaits de droit commun.

Avis préalable en sera donné aux Légations respectives.

Art. 7. Les musulmans habitants ou originaires de Thessalie qui, en vertu de l'Article 13 de la Convention du 24 Mai 1881, avaient acquis ou non la nationalité hellénique, seront libres d'émigrer ou de fixer leur domicile en Turquie. Ceux qui ont acquis la nationalité hellénique auront en vertu d'une déclaration préalable à faire à l'autorité compétente dans un délai de trois ans à partir de l'échange des ratifications du présent acte, la faculté d'opter pour la nationalité ottomane. Tous ces émigrés continueront à jouir pleinement et sans aucune entrave conformément à la dite Convention de leurs propriétés immobilières sises en Grèce et à les administrer.

Les mêmes avantages sont accordés par réciprocité aux habitants ainsi qu'aux individus originaires des territoires rétrocédés à la Turquie par suite de la nouvelle rectification de la frontière ou bien actuellement domiciliés dans ces localités.

Ces mêmes habitants ou bien originaires des territoires rétrocédés à la Turquie, ainsi que les représentants des institutions ou communes sises dans ces localités qui auraient des propriétés immobilières en Thessalie, seront libres de passer la frontière pour les cultiver, les administrer et les affermer comme par le passé, sans qu'aucune entrave puisse leur être suscitée de ce chef.

Des avantages identiques sont accordés tant aux habitants ou originaires de Thessalie qu'aux Représentants des institutions ou communes s'y trouvant qui possèderaient des propriétés immobilières dans les territoires rétrocédés à l'Empire Ottoman.

Art. 8. En exécution de l'Art. 4 des Préliminaires de paix, la Grèce paiera à la Turquie pour l'indemnisation des particuliers en raison des pertes causées par les forces grecques, la somme de cent mille Livres Turques.

Le paiement de cette somme sera effectué en même temps que l'indemnité de guerre.

Art. 9. Sans toucher au principe des immunités et privilèges dont les Hellènes jouissaient avant la guerre sur le même pied que les nationaux des autres Etats, des arrangements spéciaux seront conclus entre la Turquie et la Grèce en vue de prévenir l'abus des immunités consulaires, d'empêcher les entraves au cours régulier de la justice d'assurer l'exécution des sentences rendues et de sauvegarder les intérêts des sujets Ottomans et étrangers dans leurs différends avec les sujets Hellènes y compris les cas de faillite.

Jusqu'à la conclusion et à la mise en vigueur de la Convention prévue par l'Article 5 b des Préliminaires de paix, les Consuls Ottomans en Grèce et les Consuls Hellènes en Turquie exerceront leurs fonctions administratives sur les mêmes bases qu'avant la guerre.

Quant aux affaires judiciaires entre sujets Ottomans et sujets Hellènes, celles qui ont été portées par devant les tribunaux à une date antérieure à la déclaration de guerre, continueront à être traitées en Turquie conformément au régime en vigueur avant la guerre; les affaires qui auront surgi postérieurement à la déclaration de guerre seront traitées conformément aux principes du droit européen sur la base de la Convention Turco-Serbe du 26 février/9 Mars 1896.

Art. 10. Les stipulations de la Convention du 24 mai 1881 pour la cessation de la Thessalie à la Grèce sont maintenues sauf celles qui sont modifiées par le présent acte.

La Sublime Porte se réserve de saisir de ses propositions pour le règlement des questions découlant de la dite Convention, les Puissances qui en sont signataires et dont les décisions doivent être acceptées par la Grèce.

Art. 11. Les deux Hautes Parties Contractantes conviennent de conclure dans un délai de trois mois à partir de la ratification du présent Traité les arrangements suivants:

a) une convention réglant les questions de nationalité contestées sur les bases du projet négocié en 1876 entre la Turquie et la Grèce,

b) une Convention consulaire dans les conditions prévues au premier paragraphe de l'article 9 (Art. 3 des Préliminaires de paix),

c) un traité d'extradition pour la remise réciproque des criminels de droit commun et

d) une convention pour la répression du brigandage sur les frontières communes.

Les deux Parties se réservent de conclure ultérieurement un Traité de commerce et de navigation.

En attendant la conclusion de ce dernier traité, la liberté de commerce et de navigation est rétablie d'une manière réciproque.

Art. 12. Les relations postales entre l'Empire Ottoman et la Grèce qui avaient été interompues depuis quelques années, seront rétablies conformément aux accords généraux qui règlent la matière, aussitôt que les Administrations postales des deux pays auront conclu une convention spéciale à ce sujet.

En attendant, les deux Administrations postales pourront échanger directement, dans les localités qu'elles désigneront comme sièges d'échange, leurs valises et colis dûment scellés et expédiés par voie de terre ou de mer à destination des deux pays ou pour le transit.

Art. 13. Les administrations des télégraphes des deux pays devront prendre les mesures nécessaires pour rétablir les communications entre leurs lignes télégraphiques de manière à imprimer un cours ininterrompu et rapide aux échanges de dépêches.

Art. 14. En vue d'assurer le maintien des rapports de bon voisinage entre les deux Etats, les Gouvernements de la Turquie et de la Grèce s'engagent à ne pas tolérer sur leur territoire des agissements de nature à troubler la sécurité et l'ordre dans l'Etat voisin.

Art. 15. En cas de divergences dans le cours des négociations entre la Turquie et la Grèce, les points contestés pourront être soumis, par l'une ou l'autre des Parties intéressées, à l'arbitrage des Représentants des Grandes Puissances à Constantinople dont les décisions seront obligatoires pour les deux Gouvernements.

Cet arbitrage pourra s'exercer collectivement ou par désignation spéciale des intéressés et soit directement soit par l'entremise de délégués spéciaux.

En cas de partage égal des voix, les arbitres choisiront un surarbitre.

Der von der Türkei erzielte Erfolg springt in die Augen. Nicht nur hatte Griechenland, das schon vor Abschluß des Waffenstillstands das kleine Expeditionskorps unter Vassos aus Kreta zurückgezogen hatte, Thessalien zurückzedieren müssen, daß es für nach Ausbruch des Krieges entstandene Prozesse sich nicht auf die Kapitulationen[1]) sollte berufen können, bedeutete eine schwere Einbuße an Prestige. Seine Finanzen endlich waren durch Kriegführung und Kriegsentschädigung so zerrüttet, daß es sich seit 1898 eine internationale Finanzkontrolle gefallen lassen mußte.

[1]) Über die Änderungen auf Grund eines Widerspruches der Mächte von 1901 siehe Politis, la convention consulaire grèco-turque et l'arbitrage, 1903.

Gestärkt an Prestige und Gebiet ist die Türkei aus dem Kriege hervorgegangen. Freilich — Kreta, das es den Mächten als Treuhändern übergeben hatte, war nicht zu halten, obwohl der auf die Unterbindung irredentistischer Bestrebungen zielende Artikel 14 Griechenland Verpflichtungen auferlegte. Es wurde 1899 zum abhängigen Staat, der von dem griechischen Prinzen Georg als Oberkommissar der mit der Verwaltung betrauten Mächte England, Frankreich, Italien, Rußland (nachdem Deutschland und Österreich-Ungarn sich vom europäischen Konzert zurückgezogen hatten) eingesetzt wurde, verwaltet werden sollte. In dem Kretastatut vom 16./29. April 1899 heißt es u. a.:

Art. 1[1]). — L'île de Crète, avec les îlots adjacents, constitue un Etat jouissant d'une autonomie complète, dans les conditions établies par les quatre grandes puissances.

Art. 2. — Le territoire crétois est inaliénable; aucune servitude ne peut être établie sur ce territoire.

Art. 3. — La défense du pays et le maintien de l'ordre intérieur sont confiés à un corps de milice et de gendarmerie indigènes. Le service dans la milice est obligatoire.

Art. — Après le départ des troupes d'occupation actuelle, des troupes étrangères ne peuvent stationner sur le territoire crétois, ni traverser ce pays, sans une loi à cet effet.

DU PRINCE.

Art. 28. — Le Prince est le chef de l'Etat. Il confectionne les lois, de concert avec la chambre des représentants, exerce le pouvoir exécutif, par l'entremise de Conseillers responsables, et rend la justice par les tribunaux.

DE LA CHAMBRE.

Art. 37. — La Chambre partage avec le Prince le pouvoir législatif. Elle se compose de membres élus par le peuple et des membres nommés par le Prince.

DES CONSEILLERS DU PRINCE.

Art. 65 — Les Conseillers du Prince sont nommés et révoqués par lui, à son gré.

Art. 113. — Le pouvoir conféré au Prince par la présente Constitution est exercé par Son Altesse Royale le Prince Georges de Grèce actuellement Haut Commissaire en Crète.

Auch die Lösung vom April 99 konnte nur eine Zwischenlösung sein. Zwar waren sowohl die griechischen wie die türkischen Truppen zurückgezogen. Aber es ist schon richtig, wenn Lhéritier meint[2]) „La Crète n'était pas encore à la Grèce. Mais maintenant la Grèce était à Candie bien plus forte que la Turquie: le sultan n'y avait qu'un drapeau, le roi des Hellènes y avait son fils". Nach Jahrzehnten ununterbrochener Wirren begann endlich eine Periode der Befriedung auf Kreta. Aber auch zwischen den beiden um Kreta rivalisierenden Mächten schienen Zeiten besseren Verständnisses gekommen zu sein. 1902/03 hatte die Türkei Anstrengungen gemacht, eine wirkliche Entente mit Griechenland herbeizuführen. Man hat in Athen nicht zugegriffen. Begreiflich

[1]) Strupp, situation 215.
[2]) a. a. O. 467.

genug im Hinblick auf die diplomatische und militärische Niederlage, die an Stelle des teilweisen Erwerbes für die Irredentisten als unverzichtbar erscheinender Gebiete noch zu Gebietsverlusten und zur — besonders schimpflich empfundenen — Désintéressement-Erklärung in bezug auf Kreta geführt hatte. Offiziell hat Griechenland die Bestimmung beachtet; von dem Prinz-Kommissar konnte das gleiche freilich nicht behauptet werden, mochte auch die Bindung des Staates Griechenland dem als Vertreter der 4 Schutzmächte in Kreta amtierenden Prinzen aus dem griechischen Herrscherhause keine eigenen Pflichten auferlegen. Die mazedonischen Unruhen (1902/03) waren es, die die griechischen Wünsche im Norden des Königreiches in Erscheinung treten ließen. Die Mächte haben damals in kurzer Zeit durch ihr — wenn auch höchst mittelmäßiges — Reformprogramm den Funken internationaler Verwicklungen auszutreten vermocht, ohne freilich zu hindern, daß, wie die anderen Balkanstaaten so auch Griechenland in Mazedonien eine überaus aktive progriechische Propaganda entfaltet. Ende 1904 muß sich die Türkei darüber beklagen, daß „la politique du gouvernement royal est non seulement incompatible avec les honnes relations qui existent entre les deux Etats, mais aussi contraire aux stipulations des préliminaires de paix signés avec les plénipotentiaires des puissances et à l'article 14 du traité de paix conclu avec la Grèce". Aber die Aktionen der griechischen Banden in Mazedonien richten sich nur mittelbar gegen die Türken; man will dort zunächst das bulgarische und rumänische Element bekämpfen und betrachtet die Angliederung eines hellenischen beziehungsweise zu hellenisierenden Mazedoniens noch als cura posterior. 1905 ist die Spannung zwischen Athen und Sofia und Athen und Bukarest stärker als zwischen Athen und Konstantinopel; nicht rechtlich, aber tatsächlich sind zwischen Griechenland und Rumänien eine Zeitlang die diplomatischen Beziehungen abgebrochen. Das war im gleichen Jahre, in dem auf Kreta Prinz Georgs als absolutistisch verschrieenes Regiment gescheitert war. Ihn hatte die Partei des um die Jahrhundertwende noch ziemlich einflußlosen liberal-nationalen Elefteros Venizelos, dessen glänzende Laufbahn damit beginnt, zu stürzen gewußt: Weder die Mächte noch Griechenland haben ihn zu halten vermocht; dieses nicht, weil die Bewegung auf Kreta viel zu tiefe Wurzeln geschlagen hatte und der König fürchten mußte, bei einem Vorgehen gegen die Insurgenten bei ihnen und im eigenen Lande Sympathien zu verlieren, zudem durch Art. 14 des Friedens von 1897 gebunden war. Aber schließlich kam aus ihrer Mitte die Anregung zu seinem Rücktritt und zu seiner Ersetzung durch den griechischen Altministerpräsidenten Zaimis (September 1906).

* * *

Die jungtürkische Revolution im Jahre 1908 mit ihrer Proklamierung der Gleichheit aller Rassen und Religionen hatte nicht nur in den ethnographisch griechischen Teilen der Türkei, sondern in Griechenland selber zu Ausbrüchen stärkster Begeisterung geführt; in Athen hatte die Bevölkerung den türkischen Gesandten im Triumphe herumgetragen. Aber zu der so oft gewünschten Entente cordiale kam es doch nicht, obwohl sie das im Interesse des Weltfriedens so wichtige Gegengewicht gegen die russische Expansionspolitik in der Richtung auf Konstantinopel hätte werden können. Aber die Türkei dachte nicht daran, aus der Gleichheit aller Staatsangehörigen weitergehende Konsequenzen zugunsten der Nationalitäten im Reiche, hier der Griechen, zu ziehen. Die „griechische Welt" vom 9. August umschrieb die Lage treffend, wenn sie ausführte[1]): „Die Jungtürken werden die konstitutionellen Freiheiten geben, aber nur in dem Maße, wie die verschiedenen Nationalitäten in dem Gesamtstaat aufgehen. Ihn wollen sie intakt, unitarisch und mächtig; sie werden einen erbitterten Feldzug gegen jeden Föderalismus führen, in dem sie die Fortsetzung der Dezentralisation und der Autonomien sehen, denen nach ihrer Auffassung die Revolution endgültig ein Ziel gesetzt hat." Bei dieser Auffassung mußte früher oder später geradezu mit einer Verschärfung der politischen Lage gerechnet werden, sobald das jungtürkische Regime seinen Verfassern genügend gefestigt erscheinen würde. Zunächst waren freilich die bulgarische, die bosnische wie die innere Krise, die in dem Restaurationsversuch Abdul Hamids in die Erscheinung trat, zu lösen. Die Schwierigkeiten der neuen Konstantinopel-Regierung war von den Kretern nicht ungenutzt vorübergelassen worden. 2 Tage, bevor Bulgarien sich für unabhängig erklärt und Österreich-Ungarn seine völkerrechtlich gleichfalls nicht zu rechtfertigende Annexion von Bosnien und der Herzegowina ausgesprochen hatte, war von den Kretern, die in den letzten Jahren Ruhe gehalten hatten, und deren Insel deshalb bereits von einem Teile der internationalen Truppenmacht geräumt worden war, die Vereinigung Kretas mit Griechenland proklamiert worden (6. Oktober 1908). Die Mächte gaben kein Zeichen des Mißfallens. Das Athener Ministerium, das nach einer Verständigung mit der Türkei strebte (nicht zuletzt aus Animosität gegen Bulgarien) verbot jede Manifestation. Die amtliche Türkei verhielt sich zunächst ruhig, aber die Straße manifestierte um so deutlicher durch Boykott gegen Frankreich, dem man Einwilligung zur Union Kreta-Griechenland nachsagte, und durch Volksversammlungen, die unter dem Zeichen „Kreta für die Türkei" standen. Sehr klar hatte die Bedeutung des Problems ein Jungtürke erkannt, der sich einem französischen hohen Beamten

[1]) DH. V 9.

gegenüber dahin ausließ[1]): „l'affaire de Grèce diffère de celles de Bosnie et de Bulgarie, où il y avait un état de choses déjà ancien; rien done n'y a été changé à l'équilibre des forces. Ici au contraire la proportion des forces militaires est détruite. La Grèce mise en possession de la Crète, de son contingent militaire qui est de premièr ordre, de la base navale de la Sude qui commande toute la mer Egée, accroîtrait considérablement sa puissance, dans des proportions inquiétantes pour la sécurité même des détroits et des rivages de l'Asie Mineure. Outre que la réunion de la Crète serait un encouragement nouveau aux plus excessives aspiration de l'hellénisme".

Während die Mächte der Türkei beruhigende Erklärungen in der Richtung abgaben, daß ohne Vertrag mit der Pforte über Kreta nicht disponiert werden würde, erklärte man in Athen, die Unabhängigkeit der Insel sei ein Faktum, der Generalkommissar der Mächte sei schon fort, blieben die Kreter ruhig, so würden im Juli (1909) auch die Reste der internationalen Truppenmacht abziehen. Wie bei Bosnien und Bulgarien, würde auch im Falle Kreta die Türkei sich mit einer Geldentschädigung abfinden lassen — eine Auffassung, die nur die oben von dem Jungtürken richtig skizzierte verschiedene Lage übersah. Blieb aber auch das amtliche Griechenland ruhig, so nicht die öffentliche Meinung, deren Vertreter mit demselben Rufe „für Kreta" auf die Straßen gingen, wie es die Bevölkerung im Türkenreiche tat. Es kam hinzu, daß die Türkei, nachdem die vier Mächte die offizielle Erklärung abgegeben hatten, am 24. Juli ihre letzten Truppen zurückziehen und nur einige Stationsschiffe zum Schutze ihrer und der türkischen Flagge dort belassen zu wollen, mit der Wiederbesetzung Kretas drohten. Gleichzeitig machten sich Truppenbewegungen bei Saloniki bemerkbar. Der Krieg schien unvermeidbar. Das friedensfreundliche griechische Ministerium Theotoki-Baltazzi wurde durch das aktionsbereite Rhallys-Zographos-Stratos gestürzt. Am 27. Juli fand die angekündigte Räumung Kretas durch die Mächte statt — alsbald tauchten die griechischen Fahnen überall, auch auf öffentlichen Gebäuden, auf. Am 18. August mußten die Mächte erneut Truppen auf Kreta landen. In Griechenland aber kam es am 28. August 1909 zur Revolution. Das Ministerium Mavromichalis mußte die Bedingungen der Militärliga annehmen; der Kronprinz und die übrigen Prinzen werden aus dem Heer entfernt. Kaum, daß der König bleiben konnte. Man rüstete und schrieb eine Nationalversammlung aus. Denn das Pronunziamento war direkt gegen die politischen Parteien gerichtet gewesen, denen man die Nichtverwirklichung der nationalen Aspirationen zum Vorwurf machte. Venizelos richtete sich in Athen ein, 46 Jahre

[1]) DH. V 23/24.

alt, seit 15 Jahren im Vordergrund aller politischen Ereignisse auf Kreta, naht nun in Griechenland, wo er seit 10 Jahren naturalisiert ist, zum ersten Male seine große Stunde. Von Anfang an in engen Beziehungen zur Militärliga, lehnte er es ab, in eine Regierung einzutreten, da seine gespannten Beziehungen zur Krone ihm ein loyales Zusammenarbeiten unmöglich mache. Gleichwohl riet er den Kretern zum Ruhigverhalten, um ein Einschreiten der Mächte zu verhüten. Und er setzte diese Politik als erwählter Präsident der neuen kretischen Kammer, als die nationalistische Mehrheit auch von den Mohammedanern den Eid auf den König — vergeblich — verlangt, fort, beinahe zur Belohnung dafür von den Mächten zum Oberkommissar erwählt. Zum ersten Mal hat der kretische Staatsmann den großen Vier und dem Balkanfrieden durch seine abwartende Besonnenheit einen großen Dienst erwiesen. Dann geht er auf Reisen nach dem Westen Europas, um der Teilnahme an den griechischen Wahlen zu entfliehen. Er wollte sich nicht vorzeitig verbrauchen lassen. — Aber er wurde gleichwohl kandidiert und gewählt. Klug, erklärte er, nicht gleichzeitig Krete und Grieche sein zu können; indem er die Wahl in Attika annahm, verzichtete er auf seine öffentlichen Funktionen in Kreta, wo ein neues, aus seinen Freunden bestehendes Comité gebildet wurde. Kaum in Athen, gab der kommende Mann eine Loyalitätserklärung für die Dynastie ab, die er, wie ihr Haupt, als für Griechenland unentbehrlich bezeichnete. Am 18. Oktober 1910 war er Premier. Und so stark war sein Einfluß in Kreta, daß es dort ruhig blieb, als in Griechenland Neuwahlen stattfanden. In Griechenland aber steigerte der neue Ministerpräsident seine Popularität, als er eine großzügige Agrarpolitik mit Zerschlagung der Latifundien zu Gunsten des bäuerlichen Kleinbesitzes ankündigte: bei den Wahlen vom 16. Dezember erhielt seine Liste 250 von 362 Sitzen! Und er verstand es, die Nationalisten in Griechenland zu zügeln, während die Kretafrage in der Türkei neue antigriechische Kundgebungen und den Boykott griechischer Waren verursachte. Da kommt, in einem Augenblicke drohender Kriegsgefahr zwischen Athen und Konstantinopel, der Tripoliskrieg. Und in seinem Gefolge eine beinahe plötzliche Entspannung, das um so mehr, als der Premier sich weigert, kretische Abgeordnete zu empfangen, ein Entgegenkommen, auf das die Türken mit Einstellung des Boykotts quittieren. Im türkischen Parlament wird ein Balkanbund mit Einschluß aller Balkanstaaten zum Schutze ihrer politischen Unabhängigkeit und der wirtschaftlichen Entwicklung der Halbinsel gefordert.

VI. Abschnitt.

Von den Bündnissen (1912) und den Balkankriegen bis zum Ende des Weltkriegs (1918).

Aber nicht mit der Türkei, sondern gegen sie gelangt man zu dem Bund, dessen Schaffung die noch vor kurzem untereinander so verfeindeten christlichen Balkanstaaten in einem Augenblick in die Wege leiten, da der türkische Kampf gegen die Großmacht Italien aussichtslos erscheint: Die Bündnisse folgen sich in kurzem Abstande: Am 29. Februar 1912 wird die bulgarisch-serbische Allianz abgeschlossen[1]), am 16./29. Mai 1912 folgt der griechisch-bulgarische Bündnisvertrag[2]). Die Ereignisse sind bekannt und hier nicht darzustellen. Nachdem am 8. Oktober 1912 Montenegro die erste Kriegserklärung in Konstantinopel hatte überreichen lassen, folgte am 17. Oktober die griechische[3]). Während die Bulgaren bis zur Tschataldschalinie vordrangen, die Serben über Üskub, wandten sich die Griechen gegen Saloniki, das am 8. November genommen wurde, während ihre Flotte in wenigen Tagen Thasos, Imbros, Chios, Samothrake, Samos besetzte und die türkische Flotte bei Kum-Kaleh abwies. Am 14. Oktober bereits waren kretische Abgeordnete in der griechischen Kammer erschienen. Die Siege der Alliierten haben zwar nicht die damals in Griechenland von Coromilas, hinter dem wohl Venizelos stand[4]), verfochtene Idee einer Verdrängung der Türken aus Europa, der Schaffung eines internationalisierten Staates Konstantinopel (mit den Meerengen) gebracht, aber doch — auch bei den Großmächten, die bei Kriegsbeginn den Verbündeten jede eventuelle Siegesbeute abgesprochen hatten — die Idee „der Balkan den Balkanvölkern“ zum ersten Male als nicht mehr Utopie, sondern durchaus realisierbares Gebilde gezeigt. Niederschlag dessen der ja nach schwerer Mühe und diplomatischen Nöten am 30. Mai 1913 abgeschlossene Londoner Friede. Er lautet[5]):

Article 1.

Il y aura, à dater de l'échange des ratifications du présent traité, paix et amitié entre S. M. l'Empereur des Ottomans d'une part, et LL. MM. les Souverains alliés d'autre part, ainsi qu'entre Leurs héritiers et successeurs, Leurs Etats et sujets respectifs, à perpétuité.

Article 2.

S. M. l'Empereur des Ottomans cède à LL. MM. les souverains alliés tous les territoires de son Empire sur le continent européen à l'ouest d'une ligne tirée d'Enos sur la mer Egée à Midia sur la mer Noire, à l'exception de l'Albanie.

---

[1]) Jahrbuch des Völkerrechts II 3 ff.
[2]) Ebenda S. 11 ff.
[3]) eod. 20.
[4]) DH. V 79.
[5]) Strupp, situation 218.

Le tracé exact de la frontière d'Enos à Midia sera déterminé par une commission internationale.

Article 3.

S. M. l'Empereur des Ottomans et LL. MM. les Souverains alliés déclarent remettre à S. M. l'Empereur d'Allemagne, à sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, à Monsieur le Président de la République Française, à Sa Majesté le Roi de Grande-Bretagne et d'Irlande et des Territoires britanniques au delà des Mers, Empereur des Indes, à Sa Majesté le Roi d'Italie, et à S. M. l'Empereur de toutes les Russies le soin de règler la délimitation des frontières de l'Albanie et toutes autres questions concernant l'Albanie.

Article 4.

S. M. l'Empereur des Ottomans déclare céder à LL. MM. les Souverains Alliés l'île de Crète et renoncer en leur faveur à tous les droits de souveraineté et autres qu'il possédait sur cette île.

Article 5.

S. M. l'Empereur des Ottomans et LL. MM. les Souverains alliés déclarent confier à S. M. l'Empereur d'Allemagne, à Sa Majesté l'Empereur d'Autriche, Roi de Bohème etc. et Roi Apostolique de Hongrie, à Monsieur le Président de la République Française, à Sa Majesté le Roi de Grande-Bretagne et d'Irlande et des Territoires Britanniques au delà des Mers, Empereur des Indes, à Sa Majesté le Roi d'Italie et à Sa Majesté l'Empereur de toutes les Russies les soins de statuer sur le sort de toutes les îles ottomanes de la mer Egée, l'île de Crète exceptée, et de la péninsule du Mont-Athos. . . .

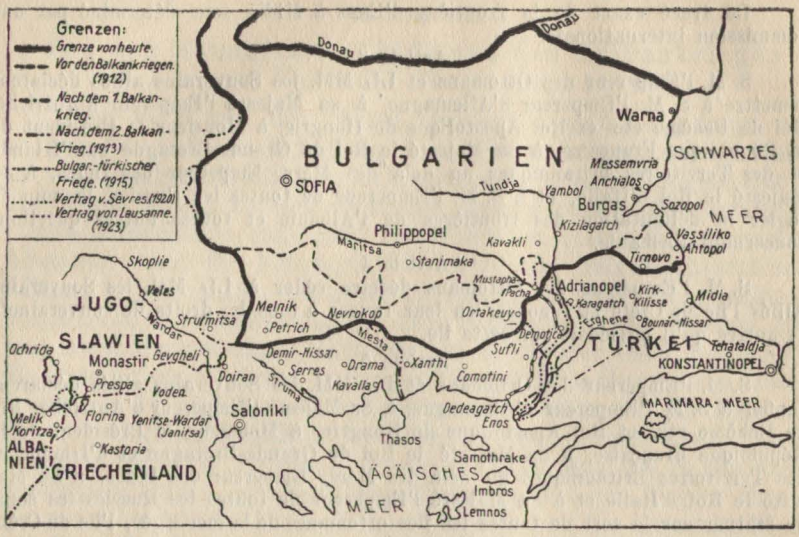
Hatte die Türkei den Balkanstaaten zu gesamter Hand die europäische Türkei westlich der Enos-Midia-Linie (vom ägäischen zum Schwarzen Meere) und endgültig Kreta abgetreten, so sollten die Großmächte über die Zukunft Albaniens und aller türkischen Inseln bestimmen. Die bedenklichen Abtretungen zur gesamten Hand, diplomatisch begreifbar[1]), unter verschiedene Subjektplurale hat zum zweiten Balkankrieg mit Veranlassung gegeben, der durch den bekannten Frieden vom 10. August 1913 sein Ende fand. Vorher aber waren noch schwere diplomatische Berge aus dem Wege zu räumen gewesen: Der unerwartete militärische Zusammenbruch der Türkei hatte für Griechenland aus der Kreta- eine Inselfrage gemacht, wobei hier als Rivale an die Stelle der Türkei für Rhodos und den Dodekanes Italien getreten war, das jene Insel im Tripoliskrieg besetzt hatte; weiter war die Frage der Grenze des begehrten Nordepirus — hier war das zu schaffende Albanien Mitbewerber — und der Grenze gegen Bulgarien in Mazedonien aufgerollt. Die letztere Grenze ist durch den zweiten Balkankrieg zu Ungunsten Bulgariens, das weder Drama noch Kawalla erhielt (s. die umseitige Karte), sondern nur Dedeagatsch und Enos als Häfen an der Ägäis, festgesetzt worden[2]).

---

[1]) DH. V 105.

[2]) Artikel 5 des Bukarester Friedens vom 10. August 1913 bestimmt:

Entre le Royaume de Grèce et le Royaume de Bulgarie, la frontière suivra, conformément au procès-verbal arrêté par les Délégués militaires respectifs et annexé au Protocole No. 9 du 25 Juillet (7 Août) 1913 de la Conférence de Bucarest, le tracé suivant:



Noch ehe die griechisch-serbische und die griechisch-albanische Grenze festgestellt und die Inselfrage gelöst worden waren (erstere direkt, letztere gemäß dem Londoner Frieden durch die Großmächte), war am 1./14. November 1913 der Friede zwischen Griechenland und der Türkei zustandegekommen[1]). Er bestimmt:

Art. 1. Dès que le présent Acte aura été signé, les relations diplomatiques entre la Turquie et la Grèce seront reprises et les Consulats respectifs pourront être rétablis et fonctionner dans les deux pays.

Le Gouvernement Impérial Ottoman pourra instituer des Consulats dans les localités des territoires cédés où le Gouvernement Royal de Grèce ne verrait pas inconvénient à les admettre.

La ligne frontière partira de la nouvelle frontière bulgaro-serbe sur la Crête de Belasica planina, pour aboutir à l'embouchure de la Mesta à la Mer Egée.

Entre ces deux points extrêmes, la ligne frontière suivra le tracé indiqué sur la carte 1/200 000 de l'état major autrichien et selon la description annexée au présent article.

Une commission mixte, composée de représentants des deux Hautes Parties contractantes en nombre égal des deux côtés, sera chargée dans les quinze jours qui suivront la signature du présent Traité, d'exécuter sur le terrain le tracé de la frontière conformément aux stipulations précédentes.

Cette commission présidera au partage des biens-fonds et capitaux qui ont pu jusqu'ici appartenir en commun à des districts, des communes ou des communautés d'habitants séparés par la nouvelle frontière. En cas de désaccord sur le tracé et les mesures d'exécution, les deux Hautes Parties contractantes s'engagent à s'adresser à un Gouvernement tiers ami pour le prier de désigner un arbitre dont le décision sur les points en litige sera considérée comme définitive.

Il est formellement entendu que la Bulgarie se désiste dès maintenant de toute prétention de l'île de Crète.

[1]) Strupp, situation 228.

Art. 2. Les Traités, Conventions et Actes conclus ou en vigueur entre les deux Pays au moment de la rupture des relations diplomatiques, seront remis intégralement en vigueur à partir de la présente Convention et les deux Gouvernements seront placés, l'un vis-à-vis de l'autre, ainsi que les sujets respectifs, dans la même situation où ils se trouvaient avant les hostilités.

Le Protocole No. 3 annexé à la présente Convention, sera applicable dans tous les territoires de la Grèce.

Art. 3. Les deux Hautes Parties Contractantes accordent pleine et entière amnistie à toutes les personnes compromises dans les événements politiques antérieurs au présent Traité.

En conséquence, aucun individu ne pourra être poursuivi, inquiété ni troublé dans sa personne ou sa propriété ou dans l'exercice de ses droits en raison d'actes ayant une relation quelconque avec la guerre, et toutes condamnations judiciaires et mesures administratives motivées par des faits de cette nature seront ipso facto annulées.

Art. 4. Les individus domiciliés dans les territoires de l'Empire Ottoman passant sous la domination de la Grèce deviendront sujets hellènes.

Ils auront le droit d'opter pour la nationalité ottomane, moyennant une déclaration à l'Autorité hellénique compétente dans l'espace de trois ans à partir de la date de ce jour, déclaration qui sera suivie d'un enregistrement aux Consulats Impériaux Ottomans. Cette déclaration sera remise à l'étranger aux Chancelleries des Consulats Helléniques et enregistrés par les Consulats Ottomans. Toutefois, l'exercice de ce droit d'option est subordonné au transfert du domicile des intéressés et à leur établissement hors de Grèce.

Les personnes qui pendant ce délai, auront émigré dans l'Empire Ottoman ou à l'étranger ou y auront fixé leur domicile, resteront Ottomanes. Elles jouiront de la franchise des droits de sortie pour leurs biens meubles.

L'option sera individuelle.

Pendant le même espace de 3 ans, les Musulmans ne seront pas astreints au service militaire, ne payeront aucune taxe militaire.

En ce qui concerne les enfants mineurs, le délai d'option commencera à courir à partir de la date où ils auront atteint l'âge de la majorité.

Art. 5. Les droits acquis jusqu'à l'occupation des territoires cédés, ainsi que les actes judiciaires et titres officiels émanant des Autorités Ottomanes compétentes, seront respectés et inviolables jusqu'à preuve légale du contraire.

Cet article ne préjuge en rien les décisions que pourrait prendre la commission Financière des Affaires Balkaniques siégant à Paris.

Art. 6. Les habitants des territoires cédés qui, se conformant aux dispositions de l'Art. 4 de la présente Convention et conservant la nationalité Ottomane, auraient émigré dans l'Empire Ottoman ou à l'étranger ou qui y auraient fixé leur domicile, continueront à conserver leurs propriétés immobilières sises dans ces territoires, à les affermer ou à les administrer par des tiers.

Les droits des propriété sur les immeubles urbains et ruraux possédés par des particuliers en vertu des titres émanant de l'Etat Ottoman, ou bien de par la loi Ottomane dans les localités cédées à la Grèce et antérieurs à l'occupation, seront reconnus par le Gouvernement Royal Hellénique.

Il en sera de même des droits de propriété sur les dits immeubles inscrits au nom de personnes morales ou possédés par elles en vertu des lois ottomanes antérieures à l'occupation précitée.

Nul ne pourra être privé de sa propriété, partiellement ou totalement, directement ou indirectement que par cause d'utilité publique dûment constatée moyennant une juste et préalable indemnité.

Art. 7. Les biens particuliers de Sa Majesté Impériale le Sultan ainsi que ceux des membres de la Dynastie Impériale seront maintenus et respectés. Sa Majesté Impériale et les Membres de la dynastie Impériale pourront les vendre ou les affermer par des fondés de pouvoirs.

Tous les différends ou litiges qui surviendraient dans l'interprétation ou l'application du présent article, seront réglés par un arbitrage à la Haye, en vertu d'un compromis à conclure.

Art. 8. Les prisonniers de guerre ainsi que toutes autres personnes arrêtées par mesure militaire ou d'ordre public seront échangés dans le délai d'un mois à partir du présent Traité ou plus tôt si faire se peut.

Cet échange aura lieu par les soins de Commissaires spéciaux nommés de part et d'autre.

Les réclamations réciproques des deux Hautes Parties Contractantes relatives aux prisonniers de guerre seront déférées à un Arbitrage à la Haye en vertu d'un compromis à conclure.

Toutefois la solde des officiers payée par le Gouvernement Royal Hellénique sera remboursée par l'Etat dont ils relèvent.

Art. 9. Immédiatement après la signature de la présente convention, le Gouvernement Impérial Ottoman relâchera tous les navires do toutes les embarcations sous pavillon hellénique qui, saisis avant la déclaration de la guerre, sont détenus par lui.

Les demandes en réparation des dommages et les pertes des intéressés du fait de l'embargo et de la saisie mis sur les navires et les cargaisons helléniques, seront soumises, conformément à un compromis qui sera arrêté d'un commun accord à un tribunal arbitral formé par quatre arbitres nommés de part et d'autre et de trois autres arbitres qui seront choisis parmi les sujets des nations maritimes par les deux parties ou en cas de désaccord par le Conseil Fédéral Suisse.

Déclaration du Délégué Ottoman.

Le soussigné, délégué ottoman, chargé de négocier et de signer la convention turco-hellénique conclue en date de ce jour, a l'honneur de déclarer qu'aucun des navires sous pavillon hellénique saisis avant la déclaration de la guerre n'a été confisqué.

Art. 10. Les deux Gouvernements s'engagent à s'adresser en vertu d'un compromis à conclure, à un Tribunal Arbitral à la Haye pour le règlement du différend surgi au sujet de l'interprétation des clauses du protocole de reddition de Salonique en date du 26 Octobre 1912 (v. s.) et du protocole annexe signé le jour suivant, relatif aux armes des soldats ottomans de la garnison de cette ville dont le Gouvernement Impérial Ottoman réclame la restitution.

Art. 11. La vie, les biens, l'honneur, la religion, les coutumes de ceux des habitants des localités cédées à la Grèce qui resteront sous l'administration hellénique, seront scrupuleusement respectés.

Ils jouiront entièrement des mêmes droits civils et politiques que les sujets hellènes d'origine. La liberté, pratique extérieure du culte seront assurées aux musulmans.

Le nom de Sa Majesté Impériale le Sultan comme Khalife continuera à être prononcé dans les prières publiques des musulmans.

Aucune atteinte ne pourra être portée à l'autonomie et à l'organisation hiérarchique des communautés musulmanes existantes ou qui pourraient se former, ni à l'administration des fonds et immeubles qui leur appartiennent.

Art. 12. Les vakoufs Idjarlé-Vahidé, Idja rétein Mouhatas qu'ils soient Mazbouta, Mulhaka, ou Mustesna, dans les territoires cédés, tels qu'ils résultaient des lois ottomanes au moment de l'occupation militaire, seront respectés.

Ils seront gérés par les Communautés musulmanes des territoires cédés qui respecteront les droits de Mutévilli et Gallédars.

Tous les immeubles Vakoufs urbains et ruraux, mazhouta ou Moulhaka, si dans les territoires cédés à la Grèce et dont les revenus appartiennent à des fondations pieuses et de bienfaisance se trouvant en Turquie, seront également

administrés, par les dites Communautés musulmanes jusqu'à ce qu'ils soient vendus par le ministère de l'Evkaf.

Il est bien entendu que les droits de Gallédars sur les Vakoufs précités seront respectés par le dit Ministère.

Le régime des Vakoufs ne pourra être modifié que par indemnisation juste et préalable.

Les dîmes vakoufs étant supprimées si à la suite de cette suppression certains Tekkés, Mosquées, Médressés, Ecoles, Hôpitaux et autres institutions religieuses de bienfaisance des territoires cédés à l'avenir des revenus suffisants pour leur entretien, le Gouvernement Royal Hellénique accordera les subventions nécessaires à cet effet.

Toutes contestations au sujet de l'interprétation ou de l'application des dispositions du présent article seront tranchées par voie d'arbitrage à la Haye.

Art. 13. Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à donner à leurs Autorités Provinciales des ordres afin de faire respecter les cimetières et particulièrement les tombeaux des soldats tombés sur le champ d'honneur.

Les autorités n'empêcheront pas les parents et amis d'enlever les ossements des victimes inhumés en terre étrangère.

Aucune entrave ne pourra être également apportée aux rapports des particuliers et des communautés musulmanes avec leurs chefs spirituels, qui dépendront du Chéikh-ul-Islamat à Constantinople, lequel donnera l'investure au Mufti en Chef.

Les Muftis, chacun de sa circonscription, seront élus par les électeurs musulmans.

Le Mufti en chef est nommé par Sa Majesté le Roi des Hellènes parmi trois candidats élus et présentés par une assemblée électorale composée de tous les muftis de Grèce.

Le Gouvernement Hellénique notifiera l'élection du mufti en chef, par l'intermédiaire de la Légation Royale de Grèce à Constantinople, au Cheikh-ul-Islamat qui lui fera parvenir un menchour et le murassalé l'autorisant à exercer ses fonctions et à accorder de son côté aux autres muftis de Grèce le droit de juridiction et celui de rendre des fetvas.

Les Muftis outre les compétences sur les affaires purement religieuses et leur surveillance sur l'administration des biens vakoufs exerceront leur juridiction entre musulmans en matière de mariage, divorce, pensions alimentaires (néfaca), tutelle, curatelle, émancipation de mineurs, testaments islamiques et succession au poste de Mutevelli (tevlief).

Les jugements-rendus par les Muftis seront mis à exécution par les autorités helléniques compétentes.

Quant aux successions, les parties musulmanes intéressées pourront, après accord préalable, avoir recours au mufti en qualité d'arbitre. Contre le jugement arbitral ainsi rendu toutes les voies de recours devant les tribunaux du Pays seront admises à moins d'une clause contraire expressément stipulée.

Art. 14. Le Gouvernement Royal de Grèce étant subrogé aux droits, charges et obligations du Gouvernement Impérial Ottoman à l'égard des Compagnies de chemins de fer Salonique-Monastir, des chemins de fer Orientaux et du chemin de fer de jonction Salonique-Dédéagatch pour les parties de ces chemins de fer dans les territoires cédés à la Grèce, toutes les questions y relatives seront déférées à la Commission Financière des Affaires Balkaniques siégeant à Paris.

Art. 15. Les deux Hautes Parties Contractantes s'engagent à maintenir en ce qui les concerne les dispositions du traité de Londres du 20 mai 1913 y compris les stipulations de l'art. 5 dudit Traité.

Art. 16. Le présent Traité entrera en vigueur immédiatement après sa signature.

Les ratifications en seront échangées dans la quinzaine à dater de ce jour.

Außer dem Hinweis in Art. 15 war im Athener Frieden nichts über die abgetretenen Gebiete ausgesagt. Bot die Festsetzung der griechisch-serbischen Grenze, wie sie im Bündnisvertrag vom 22. April/5. Mai 1913 [1]) und dann wieder im Vertrage vom 19. Mai/1. Juni 1913 vorgesehen war (Ausgang Ochridasee, durch den Prespasee, zwischen den Flüssen Tserna und Moglesica, Wardar [der 3 km südlich von Gevgheli erreicht wurde]), keinerlei Schwierigkeiten, so um so mehr die nordepirotische und die Inselfrage. Grundlegend hierfür war vor allem ein Notenwechsel der Großmächte mit der Türkei und Griechenland [2]).

Zunächst heißt es in der Note der Londoner Botschafterkonferenz vom 31. Januar/13. Februar 1914:

D'après l'article 5 du traité de Londres, en date du 17/30 Mai 1913 entre la Turquie et les Etats alliés balkaniques, ainsi qu'aux termes de l'article 15 du traité signé à Athènes entre la Grèce et la Turquie le 1er novembre 1913, le gouvernement grec s'est engagé à laisser aux six puissances le soin de décider du sort des îles de la mer d'Egée.

En conséquence les six puissances ont décidé de remettre à la Grèce toutes les îles de la mer Egée actuellement occupées par elle (s. oben S. 269), à l'exception de Tenedos, d'Imbros et de Castellorizo, qui doivent être restituées à la Turquie.

Les puissances ont décidé en outre, en ce qui concerne les îles assignées à la Grèce, que des garanties satisfaisantes devront leur être données, ainsi qu'à la Turquie, par le gouvernement grec: que ces îles ne seront ni fortifiées ni utilisées pour aucun but naval ou militaire et que des mesures effectives seront prises pour prévenir la contrebande entre les îles et le continent ottoman.

Les six puissances se sont engagées à user de leur influence sur le gouvernement grec en vue d'assurer l'exécution loyale et le maintien de ces conditions. Elles demandent en outre à la Grèce de donner des garanties satisfaisantes au sujet de la protection des minorités musulmanes dans les îles qu'elle acquiert, en vertu de la décision des six puissances mentionnées ci-dessus.

L'attribution définitive à la Grèce des îles que les six puissances décident de laisser en sa possession ne deviendra effective que lorsque les troupes grecques auront évacué les territoires assignés à l'Albanie, en vertu du protocole de Florence en date du 17 décembre 1913 ci-annexé, de même que l'île de Saseno, et lorsque le gouvernement grec se sera formellement engagé à n'opposer aucune résistance et à ne soutenir ni à encourager directement ni indirectement aucune résistance d'aucun genre à l'état des choses établi par les puissances dans l'Albanie du sud.

L'évacuation commencera le 1er mars (nouveau style), par le retrait des troupes grecques du Caza de Korytza et de l'île Saseno, et procédera successivement, jusqu'au 31 mars (nouveau style), date à laquelle elle devra prendre fin par le départ des troupes helléniques du Caza de Delvino.

Les six puissances ont confiance que les décisions ci-dessus seront loyalement respectées par le gouvernement grec.

---

[1]) S. Text im griech. Weißbuch (*ὑπουργεῖον ἐπὶ τῶν ἐξωτερικῶν; διπλωματικὰ ἔγγραφα* 1913/17, *Ἑλληνοσερβικὴ συνθήκη συμμαχίας εἰσβολὴ γερμανοβουλγαρώη εἰς Μακεδονίαν, ἐν Ἀθήναις,* 1917) S. 4—8.

[2]) Veröffentlicht: Strupp, situation 252 ff.

Die Türkei antwortete am 3./16. Februar 1914[1]):

Le grand-vizir, ministre des affaires étrangères de S. M. impériale le Sultan, déclare avoir reçu la note collective du 14 du courant, signée par les ambassadeurs d'Autriche-Hongrie, d'Italie, d'Angleterre et les chargés d'affaires de France, d'Allemagne et de Russie. Le gouvernement impérial ayant donné mandat à l'Europe de décider du sort des îles, a expliqué plusieurs fois les considérations qui exigeaient le maintien en la possession ottomane des îles avoisinant les Dardanelles et des îles qui faisaient partie de l'Asie-Mineure.

Le gouvernement impérial espérait que les grandes puissances profiteraient de ce mandat de façon à résoudre la question des îles suivant les intérêts réels des parties intéressées.

Le gouvernement impérial constate avec regret que les six grandes puissances n'ont pas pris en considération les besoins vitaux de l'empire et n'ont pas donné à cette question une solution évitant toutes sortes de graves difficultés.

Le gouvernement impérial, conscient de son devoir et appréciant à leur haute valeur les bienfaits de la paix, tout en prenant acte de la décision des puissances concernant les îles d'Imbros, de Tenedos et de Castellorizo, cherchera à assurer la réalisation juste et légitime de ses demandes.

Ausführlicher äußerte sich Griechenland am 8./21. Februar 1814[2]):

Conscient des engagements que la Grèce a assumés par les traités de Londres et Athènes, ainsi que de la connexité établie entre la question des frontières méridionales de l'Albanie et celle des îles de la mer Egée, le gouvernement de Sa Majesté hellénique apprécie à leur juste valeur les résolutions d'ordre européen, auxquelles les puissances ont abouti dans la question des îles occupées par la Grèce et dans celle de la délimitation gréco-albanaise.

Le gouvernementroyal, tout en exprimant sa reconnaissance de la solution équitable, conforme d'ailleurs aux intérêts bien-compris des deux pays que les puissances ont donnée à la question des îles qu'il occupe, prend acte de l'attribution des ces îles au royaume hellénique, à l'exception de Imbros et Ténédos ainsi que de Castellorizo, lesquelles devront être restituées à la Turquie.

Le Gouvernement royal déclare qu'il est prêt à se conformer à la décision des puissances, d'après laquelle des garanties satisfaisantes devront leur être données, ainsi qu'à la Turquie que ces îles ne seront ni fortifiées, ni utilisées pour aucun but naval ou militaire. Comme contre-partie naturelle des ces obligations qui lui sont imposées, le gouvernement royal ne doute point que les

[1]) a. a. O. 233.
[2]) a. a. O. 234.

puissances voudront décider, en réalisation du régime établi, que ces mêmes îles ne pourront jamais être l'objet d'une attaque ou d'une opération hostile quelconque, navale ou militaire, et que des mesures d'un caractère agressif ne seront pas prises le long de la côte de l'Asie Mineure faisant face à ces îles.

Le gouvernement royal est prêt à donner à la Turquie les garanties ci-dessus, formulées dans la déclaration qui lui a été faite par les puissances, aussitôt que la Turquie déclarera qu'elle se conformera aux communications des puissances.

Enfin, le gouvernement royal ne manquera pas de prendre des mesures effectives en vue de prévenir la contrebande entre les îles et le continent ottoman et donnera toutes les garanties satisfaisantes, prévues d'ailleurs déjà par la Constitution du royaume et le traité d'Athènes, pour la protection des minorités musulmanes dans les îles attribuées à la Grèce par la décision des puissances — en se faisant un devoir d'accepter sur ces points encore les décisions des puissances.

Le gouvernement royal a le droit d'espérer que, lors de la restitution à la Turquie les îles d'Imbros, de Ténédos et de Castellorizo, les puissances voudront bien demander au gouvernement impérial ottoman des garanties efficaces afin que leurs populations grecques, se trouvant dans la pénible nécessité de renoncer à leur condition actuelle, conservent les libertés ecclésiastiques, scolaires et autres, dont elles ont toujours joui. Il est nécessaire de noter que Castellorizo fait partie du Dodécanèse, et a toujours participé à un régime privilégié. En conséquence, il est en droit d'espérer qu'il bénéficiera du régime que les puissances, en temps voulu, voudront bien assurer à ces îles, lorsqu'elles décideront de leur sort.

Il va sans dire aussi que parmi les dispositions du traité d'Athènes qui, automatiquement, auront leur application sur les îles que la Grèce acquiert, l'amnistie convenue entre la Grèce et la Turquie par l'article 2 du dit traité de paix, sera également appliquée dans toute sa plénitude aux trois îles précitées, dont les habitants ou les originaires ne pourront d'aucune manière être molestés en raison d'aucun acte ayant une relation quelconque avec la guerre, ou de sentiments qu'ils auraient pu manifester en faveur de l'union au royaume hellénique.

La Grèce ne saurait dissimuler la douleur qu'elle ressent de devoir abandonner ces trois îles qui avaient les mêmes droits que les autres pour aspirer à l'union avec la mère patrie.

Le gouvernement royal a pris connaissance du protocole de Florence du 17 décembre 1913, constituant les limites méridionales de l'Etat albanais ainsi que du désir des puissances que l'île de Saséno soit incorporée à l'Albanie.

Quelle que soit la douleur qu'elle ressent de devoir se séparer de régions de culture et de conscience nationale grecques depuis des milliers d'années, et de populations grecques qui, après tant de siècles, viennent de saluer avec un sentiment de patriotisme incoercible leur rétablissement national, la Grèce, se conformant aux décisions des puissances, donnera l'ordre à ses troupes d'évacuer, dans le délai fixé, les territoires assignés à Albanie.

Le gouvernement royal prend dès à présent l'engagement formel de n'opposer aucune résistance et de ne soutenir ni encourager, directement ou indirectement, aucune résistance d'aucun genre à l'état de choses établi par les six puissances dans l'Albanie du sud.

L'île de Saséno ne pouvant être cédée, d'après la Constitution du royaume, qu'en vertu d'une loi, le gouvernement royal promet d'introduire incessamment devant la Chambre le projet de loi y relatif.

Toutefois, le gouvernement royal a l'honneur d'attirer l'attention des six grandes puissances sur l'opportunité qu'il y aurait pour des considérations ethnologiques, stratégiques et économiques, que certains villages de la vallée d'Argyrocastre, conformément à l'annexe A, fussent incorporés dans la Grèce. En échange, le gouvernement royal est disposé, d'un côté, à une rectification

des frontières, indiquée d'ailleurs par la configuration géographique, qui prolongerait la côte albanaise jusqu'au cap de Tagama, et de l'autre, à remettre à l'Albanie la somme de 2500000 francs.

En outre, le gouvernement royal se considère en droit de demander aux puissances que des garanties suffisantes et efficaces soient données aux populations grecques, revenant à l'Albanie pour leur langue, leur organsation ecclésiastique et scolaire, leur religion, leur églises et leurs écoles, ainsi que le fonctionnementdes legs et des fondations scolaires et de bienfaisance épirotes.

Spécialement en ce qui concerne la région de Chimara, elle a de tout temps joui d'une large autonomie, dont les puissances voudront certainement tenir compte au moment où elles décideront de l'organisation administrative de l'Albanie.

Cela contribuerait essentiellement à tranquilliser les populations qui dans les moments critiques qu'elles traversent, se trouvent encore, vu l'état actuel de l'Albanie, sous le coup des plus graves appréhensions, si le gouvernement royal était mis en mesure de leur donner, au nom de l'Europe, des assurances au sujet de ces droits, et si, en même temps, des mesures efficaces étaient prises pour la protection et le maintien de ses libertés, indispensables au bien-être de l'Albanie et aux bonnes relations, si hautement désirables, des deux éléments, conformément aux décisions de la conférence des ambassadeurs à Londres. Le gouvernement royal entend que le canal de Corfu sera soumis à des conditions d'une neutralité spéciale et effective.

Quant à l'évacuation des territoires occupés par les troupes helléniques, le gouvernement royal considère qu'il est dans l'intérêt général que l'ordre et la tranquillité soient assurés au moment du départ des troupes, et que des mesures soient prises pouvant rassurer les populatons des contrées qui seront évacuées, que leurs biens et leurs propriétés ne courent aucun danger. Dans cet ordre d'idées, il serait à souhaiter que l'autorité dans cette partie de l'Epire, qui formera partie intégrante de l'Albanie, fût remise à une force régulière, constituée et propre à imposer le respect et la confiance.

Le gouvernement royal, fort dans sa sincérité, croit pouvoir compter sur la coopération des puissances pour leur demander de bien, vouloir concerter avec lui toute mesure pouvant prévenir l'effusion de sang et l'accomplissement d'actes arbitraires, qui compromettraient l'œuvre de pacification que l'Europe se propose dans ces costrées et la possibilité d'une collaboration des deux éléments en présence.

Une évacuation successive et graduelle de chaque Kaza, après que la force qui y assurera l'ordre y sera établie, sous la direction des officiers hollandais, paraît un moyen efficace pour garantir la plus prompte et la plus sûre réalisation des conditions posées par les puissances; et si les puissances n'hésitaient pas, dans un sentiment de justice et d'équité, à incorporer à cette force armée des éléments locaux grecs, pris parmi ceux qui, ayant servi dans l'armée pendant l'occupation militaire hellénique, se sont habitués à l'ordre et à la discipline, ce procédé, tout en renforçant la gendarmerie albanaise d'éléments dignes de considération, aurait l'influence la plus salutaire et donnerait la confiance à ces populations, lesquelles, à juste titre, aspirent au droit de coopérer au maintien de l'ordre et à la protection de leurs foyers.

Enfin le gouvernement royal croit de son devoir de faire remarquer que les limites du Kaza de Korytza formant, sans être spécifiées, le point de départ des décisions prises par la commission internationale à Florence, il y a lieu de se demander si ces frontières administratives, qui d'ailleurs ont souvent subi des modifications, correspondent aux exigences légitimes réciproques pour constituer la frontière entre deux Etats. Le gouvernement royal prie les puissances de vouloir bien faire examiner sur place par la commission de délimination les frontières du Kaza au dit point de vue et d'y faire apporter toute modification propre à assurer de ce côté encore les bonnes relations entre les deux Etats. Jusqu'a ce que cette délimitation soit tracée, il sera indiqué que les troupes

grecques, tout en commençant selon la décision des puissances l'évacuation par le Kaza de Korytza, s'arrêtent aux frontières naturelles répondant le mieux aux limites du Kaza, d'après la ligne tracée à l'annexe B.

Le gouvernement royal prend l'engagement formel, bien entendu, de faire retirer ses troupes de tout point occupé qui ne reviendrait pas définitivement à la Grèce, à la suite de la délimitation ci-dessus proposée. Le gouvernement royal, confiant en l'esprit de justice et d'equité avec lequel les puissances voudront encore examiner les considérations qu'il a cru devoir leur présenter.

Le soussigné saisit cette occassion pour renouveler à Votre Excellence les assurances de sa haute considération.

(s.): STREIT,
Ministre des affaires étrangères du royaume de Grèce.

Erst am 11./24. April 1914 antworteten die Großmächte wie folgt:

Les puissances apprécient la valeur des assurances que le gouvernement hellénique a données par sa note en date du 8/21 février dernier, en ce qui concerne l'exécution des décisions collectives des puissances, relativement aux frontières de l'Albanie et à l'attribution des îles de la mer Egée. Elles prennent acte des engagements contractés par le gouvernement hellénique de procéder à l'évacuation des territoires cccupés par ses troupes et attribués à l'Albanie; de ne seconder ni directement ni indirectement aucune résistance à l'état de choses établis par les puissances en Albanie méridionale; de restituer à la Turquie les îles d'Imbros, Ténédos et Castellorizo; d'obtenir le vote de la loi nécessaire à la cession de l'île de Saséno; d'accorder toutes les garanties désirables aux minorités musulmanes des îles qui lui ont été attribuées.

En notifiant son acquiescement aux décisious des puissances, le gouvernement hellénique a formé un certain nombre de vœux qui ont depuis lors fait l'objet du bienveillant examen des six gouvernements. Il a été déjà décidé par la commission internationale du contrôle de l'Albanié qu'une complête égalité serait assurée aux populations dans toute l'étendue de cet Etat, en ce qui concerne les droits des différentes religions et l'usage de toutes les langues. Les puissances se déclarent prêtes à exercer toute leur influence afin que le principe posé par la commission de contrôle de l'Albanie soit mis en practique, et que des mesures effectives en assurent le bénéfice matériel et moral aux populations albanaises, notamment à celles des territoires qui doivent être évacués par les troupes grecques.

Elles sont disposées à recommander au gouvernement albanais, de concert avec ceux des autres puissances, de prendre en considération la suggestion formulée par le gouvernement grec, en ce qui concerne l'enrôlement d'éléments locaux dans la gendarmerie de l'Albanie méridionale.

Les puissances sont disposées également à exercer toute leur influence auprès du gouvernement turc, afin que les populations grecques des îles Imbros, Ténédos et Castellorizo reçoivent sous la souveraineté ottomane les garanties efficaces nécessaires à la sauvegarde de leurs intérêts religieux et scolaires. Le principe de la neutralisation du canal de Corfu ayant été posé par la réunion des ambassadeurs à Londres, les puissances sont prêtes également à participer à un accord international destiné à en fixer les conditions. Un arrangement étant intervenu entre les diverses puissances et le gouvernement hellénique sur l'éventualité d'une rectification de la frontière gréco-albanaise dans la région d'Argyrocastro, elles déclarent ne pas voir d'inconvenient à ce que ce projet de rectification reçoive effet. Par contre, les puissances dèclarent s'en tenir au tracé délimitatif qui a été adopté par les six gouvernements pour la région de Korytza, sans toutefois s'opposer à ce que, lors de l'établissement définitif de la frontière, il soit examiné ni les vouer de gouvernement hellénique peuvent, se concilier avec les directions indiquées dans ce tracé. . . .

Die Dokumente vom Frühjahr 1914 waren das Produkt schwerwiegender Verhandlungen[1]). An der Inselfrage waren die Türkei (wegen der Nähe Kleinasiens und der Gefahr der Entzündung einer griechischen Propaganda in den von Griechen bewohnten Küstenstädten), aber auch Italien, das ja einen großen Teil der nicht abgetretenen Inseln — abgetreten an Griechenland waren insbesondere Lesbos, Chios, Samos, Lemnos, Thasos — besetzt hielt, an Albanien vornehmlich wiederum Italien interessiert. Ihren Wünschen entsprach es denn auch, wenn man ein Entgegenkommen in der Inselfrage von einer Zurückschraubung griechischer Wünsche in Nordepirus abhängig machte. Dementsprechend die Zuweisung von Korytza und Argyrocastro an Albanien.

Einer Verwirklichung der vertraglichen Abmachungen, die Griechenland 55 400 qkm mit über 2 Millionen Einwohnern gebracht hatten, trat der Ausbruch des Weltkrieges hemmend in den Weg.

So überaus wichtig er für die äußere und innere Politik Griechenlands im allgemeinen werden sollte[2]), für die griechisch-türkischen Beziehungen, so wie sie in den Verträgen von 1913 und 1914 festgelegt worden waren, hat er unmittelbar, jedenfalls vor dem erzwungenen Eintritt Griechenlands in die große Auseinandersetzung, keine überragende Bedeutung erlangt.

Bekanntlich ist Griechenland, auch nachdem König Konstantin im Juni 1917 das Land hatte verlassen müssen[3]), nicht sofort auf Seiten der Entente in den Krieg eingetreten. Als Beute hatte man ihm, nachdem Rußland als Bewerber um Konstantinopel[4]) ausgefallen war, die Verwirklichung der „Großen Idee" im Falle eines Sieges der Entente als lockendes Ziel vor Augen gestellt. Erst am 22. Januar 1918 unterzeichnete der „stellvertretende König" (wie man, **da König Konstantin nie abgedankt hatte**[5]), seinen Sohn, Alexander I., nennen könnte) die allgemeine Mobilmachungsorder,

---

[1]) Siehe Leontiades, Die Neutralität Griechenlands während des Weltkrieges, in Bruns' Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, II (1930) 120ff.

[2]) Bedeuteten die Balkankriege juristisch die Neuregelung, teilweise Abschüttelung einer im Völkerrecht unbegründeten Vormundschaft der Großmächte, so die Maßnahmen Frankreichs und Englands im Weltkrieg zur Erzwingung der Preisgabe der griechischen Neutralität den Kampf eines kleinen Staates um seine völkerrechtliche Unabhängigkeit. Hier ist nicht der Ort, darauf einzugehen. Vgl. Strupp, situation LV—LXIV et ivi citatos. Aus der enormen Literatur pro et contra verdienen noch Hervorhebung: DH. V 159ff.; Platykas, la Grèce pendant la guerre de 1914—1918, 1918, 150ff.; Frangulis, la Grèce et la guerre mondiale, 1926; Leontiades a. a. O.; Jon in American Journal of International Law XII, 1918.

[3]) Über die Vorgänge siehe besonders Jorga 495ff.; Frangulis I 534ff.

[4]) das ihm in dem Vertrage der Entente vom 4 März 1815 versprochen worden war: s. DH. V 322; Jorga 502.

[5]) Falsch Jorga 519.

nachdem bereits am 30. Juni 1917 die diplomatischen Beziehungen zu den Zentralmächten abgebrochen worden waren. An den Kämpfen haben die Truppen der Monarchie im Verbande der Salonikiarmee teilgenommen, insbesondere hat eine griechische Division die Front der Zentralmächte in den Schlußkämpfen mitberannt.

Nachdem am 29. September ein Waffenstillstand mit Bulgarien, am 30. Oktober mit der Türkei abgeschlossen worden war[1]), begann das Feilschen um die Siegesbeute.

VII. Abschnitt.

Vom Abschluß des Waffenstillstands (1918) bis zum Frieden von Sèvres (1920).

1915 hatte Lloyd George Venizelos sagen lassen, er wünsche ein Großgriechenland. Daran knüpft ein Memorandum an, das der griechische Ministerpräsident, kaum in Paris angekommen, am 2. November 1918 an seinen englischen Kollegen gerichtet hat. Es lautet in Brief und Anlage[2]):

. . . Aussi nombreux que les Arméniens, ils (sc. les Grecs) ont été les victimes de persécutions et d'une extermination presque égales. En plus ils ont participé à la guerre en Macédoine par des dizaines de milliers de volontaires, partie très importante de l'armée de la Défense Nationale qu'en ma qualité de chef du Gouvernement de Salonique j'ai eu à organiser.

D'autre part, le règlement du sort de la partie hellénique de l'Asie Mineure occidentale par une annexion à la Grèce, est le seul qui permette à la Grèce de s'agrandir d'une manière appréciable, à cette heure où la Serbie et la Roumanie vont parachever leur union nationale. Si le développement de la Grèce n'était pas dirigé de ce côté-là, il devrait être poursuivi du côté de la Thrace et tendre à une extension de ses frontières jusqu'à la mer Noire; mais cette solution se heurterait à des obstacles encore plus grands que ceux que soulèverait une extension vers l'Asie Mineure occidentale.

Le principal obstacle à l'extension de la Grèce du côté de l'Asie Mineure consiste dans les objections italiennes. Par le traité de Londres du 26 avril 1915[3]), l'Italie a reçu la promesse de pouvoir s'établir sur la côte méridionale de l'Asie Mineure, dans la région d'Adalia.

---

[1]) Temperley, history of the Peace Conference of Paris, IV (1921) 1ff., 120, 511.

[2]) Frangulis II 21ff.

[3]) Giannini, documenti diplomatici per la pace orientale, 1922, S. 9ff.

Art. 8. — L'Italie recevra l'entière souveraineté sur les îles du Dodécanèse qu'elle occupe actuellement.

Art. 9. — D'une manière générale, la France, la Grande Bretagne et la Russie reconnaissent que l'Italie est intéressée au maintien de l'équilibre dans la Méditerranée et qu'elle devra, en cas de partage totale ou partiel de la Turquie d'Asie, obtenir une part équitable dans la région méditérranéenne avoisinant la province d'Adalie où l'Italie a déjà acquis des droits et des intérêts qui ont fait l'objet d'une convention italo-britannique. La zone qui sera éventuellement attribuée à l'Italie sera délimitée, le moment venu, en tenant compte des intérêts existants de la France et de la Grande Bretagne.

Les intérêts de l'Italie seront également pris en considération dans le cas

La promesse de reconnaître à l'Italie une sphere d'influence à Smyrne a été donnée deux ans plus tard à la conférence de Saint-Jean-de-Maurienne, alors qu'il s'agissait, à la suite de la lettre de l'Empereur d'Autriche au Prince Sixte de Bourbon, de discuter la possibilité d'une paix séparée avec l'Autriche qui par ses propositions de paix ne donnait pas satisfaction aux aspirations italiennes dans l'Adriatique.

Ce sont les arrangements entre l'Angleterre, la France et la Russie conclus en 1916 et relatifs à l'Asie Mineure qui ont servi de base aux prétentions italiennes sur Smyrne. Mais ces conventions, par suite de la révolution russe, sont devenues caduques. Même la convention par laquelle, avant l'entrée de l'Italie en guerre, les Puissances occidentales consentaient à la cession de Constantinople à la Russie, n'est plus en vigueur. Il est donc impossible après le changement radical survenu dans les arrangements concernant l'Asie Mineure de considérer comme valide la promesse relative à Smyrne. D'ailleurs l'établissement de l'Italie dans cette ville irait à l'encontre des principes au nom desquels les alliés conduisent la guerre. La Grèce serait mise vis-à-vis de l'Italie dans la même situation que la Serbie vis-à-vis de l'Autriche avant la guerre et son développement pacifique deviendrait par ce fait impossible.

Mais l'opposition de l'Italie à l'extension de la Grèce du côté de l'Asie Mineure occidentale, ne doit pas empêcher cette extension.

Il est dans l'intérêt européen d'un ordre plus général de consolider les petits Etats dans la mesure du possible et de les rendre de plus en plus indépendants. D'une manière plus spéciale, le renforcement de la Grèce en tant que puissance méditerranéenne vise simplement à assurer l'équilibre dans la Méditerranée et ne saurait contrarier un intérêt légitime de l'Italie.

Je comprends parfaitement que la promesse des Puissances de l'Entente concernant des concessions à la Grèce sur l'Asie Mineure, ne lie pas ces Puissances, car la promesse a été faite sous une condition que la Grèce n'a pas tenue. Mais ces Puissances savent bien que je n'ai rien négligé pour qu'en cette guerre mondiale la Grèce identifiât son sort avec le leur. Elles savent également que le peuple grec m'a fidèlement suivi. Quand, après mon premir désaccord avec l'ex-roi Constantin, en février 1915, les élections générales eurent lieu, le peuple appelé aux urnes me donna encore une forte majorité, bien que par ces élections la question lui eût été posée de choisir entre la politique de Venizelos qui voulait la guerre et la politique du Roi qui voulait la paix. Lorsque en septembre 1915 l'ex-Roi, trahissant son pays, est de nouveau entré en conflit avec moi, la Grèce n'a pas hésité à faire une révolution afin de participer par ce moyen à la guerre.

Qu'il me soit permis de dire qu'il y a peu de peuples qui, dans de pareilles circonstances auraient eu une conduite aussi méritoire.

Mais, indépendamment de la conduite du peuple grec, la cession à la Grèce de la partie occidentale de l'Asie Mineure s'impose au nom même des principes pour lesquels luttent les Alliés, ainsi qu'il a été déclaré à maintes reprises. Pourquoi dans l'application de ces principes ferait-on une exception pour la Grèce seule? . . .

Und im Memorandum selber heißt es:

Le maintien de l'Empire ottoman après que la Syrie, la Palestine et la Mésopotamie en seraient de fait détachées, contiendrait pour l'avenir des germes de nouveaux conflits.

---

où l'integrité territoriale de l'empire ottoman serait maintenue et où des modifications seraient faites aux zones d'intérêt des puissances.

Si la France, la Grande Bretagne et la Russie occupent les territoires de la Turquie d'Asie pendant la durée de la guerre, la région méditerrianéenne avoisinant la province d'Adalia dans les limites ci-dessus sera réservée à l'Italie qui aura le droit de l'occuper.

En réalité, cet Empire comprendrait encore 1.500.000 Arméniens et 2.473.000 Grecs. Tel était au moins leur nombre avant la guerre, car il est difficile de préciser jusqu'où a été l'extermination de ces populations de la part des Turcs pendant la guerre.

La mauvaise administration turque s'exerçant sur des chrétiens engendrera de continuelles frictions lesquelles auraient un contre-coup sur la paix générale. Le fait seul qu'une grande partie de ces populations chrétiennes, allant peut-être jusqu'au tiers, a été expulsée, ou a volontairement cherché refuge à l'étranger, ou a été déportée dans des provinces lointaines de l'Empire ottoman, démontre encore que la conservation de l'Empire ottoman est impossible, car elle rendrait presque insoluble la question du retour à leurs foyers de tous les déportés.

Quelle est la solution indiquée?

On peut trouver cette solution dans le cadre du 12e article du programme du Président Wilson, lequel prévoit le maintien de l'Empire ottoman, limité: „aux régions turques de l'Empire ottoman actuel ‚tandis que' aux autres nations qui sont maintenant sous la domination turque, on devra garantir une sécurité absolue d'existence et la pleine possibilité de se développer d'une façon autonome".

Pour appliquer ce principe, il faudra délimiter autant que possible les parties de l'Empire habitées par une majorité de Grecs et d'Arméniens, lesquels, après de détachement de la Syrie, de la Palestine et de la Mésopotamie, constituent les nationalités étrangères les plus importantes soumises encore au joug ottoman.

Pour ce qui est de la question arménienne, la solution en serait plus facile, si, conformément aux principes au nom desquels l'Entente et l'Amérique ont lutté, il aurait été permis aux Arméniens de l'ancien empire russe de s'unir à leurs congénères de Turquie, en vue de la constitution d'un Etat unique. Ce n'est qu'ainsi que cet état, lequel nécessairement comprendra aussi des populations kurdes mêlées aux Arméniens de Turquie, pourra s'étayer sur une majorité arménienne et devenir viable.

Quant à la question grecque, elle doit être résolue par l'annexion à la Grèce de la partie occidentale de l'Asie Mineure habitée depuis trois mille ans par des populations grecques lesquelles donnent à cette partie de l'Asie Mineure un caractère éminemment hellénique. De la ville de Makri, située au fond du golfe du même nom, en face de Rhodes, jusqu'à la péninsule d'Artakioï, dans la mer de Marmara, il y a des populations grecques denses sans discontinuité, s'élevant à 812.000 habitants, lesquels entretiennent 514 églises et 454 écoles, comptant près de 75.000 élèves.

La délimination de cette région de l'Asie Mineure, entre la ville de Makri et la péninsule d'Artakioï peut s'opérer sans la moindre difficulté, tout en tenant compte des intérêts économiques des populations intéressées.

Il est vrai qu'en dehors de cette région hellénique 80.000 Grecs resteraient encore en Asie Mineure. D'autre part la délimitation de la région en question pourrait y inclure une population ottomane sensiblement égale en nombre.

Ainsi, le futur état ottoman serait compris entre la partie de l'Asie Mineure attribuée à la Grèce, et l'Etat d'Arménie. Cet Etat ottoman comprendrait une population musulmane atteignant 6.000.000 d'habitants dont la majorité serait turque. Il comprendrait aussi 800.000 Grecs. Mais comme la parti hellénique de l'Asie Mineure comprendrait elle-même une population musulmane à peu près égale, il serait indiqué d'introduire dans le traité de paix une clause obligeant le Gouvernement grec à racheter les biens immobiliers appartenant aux musulmans qui seraient attribués à la Grèce dans le cas où ils exprimeraient le désir d'émigrer en Turquie. Le Gouvernement turc, de son côté, serait obligé dans le même cas de racheter les biens immobiliers des Grecs, demeurés dans les limites du futur Etat turc. Il est certain que, dans ce cas, on créerait un mouvement de mutuelle et volontaire émigration laquelle, en l'espace de quelques années, diminuerait d'une manière sensible le chiffre de la population turque

dans la partie attribuée à la Grèce ainsi que le chiffre de la population hellénique dans le territoire ottoman.

Cette solution n'est pas seulement conforme au programme du Président Wilson: elle s'inspire également des principes au nom desquels luttent les peuples alliés, ainsi que leurs représentants officiels l'ont déclaré à maintes reprises. C'est une solution radicale de la question d'Orient, grâce à laquelle le monde sera délivré de l'inquiétude qu'elle faisait peser sur lui.

La seule modification à apporter à la solution préconisée, serait d'organiser la partie occidentale de l'Asie Mineure en état autonome au lieu de l'annexer à la Grèce; mais il est difficile de trouver des raisons militant en faveur de cette dernière solution plutôt qu'en faveur de l'annexion de ce territoire à la Grèce. Du moment que cet Etat autonome, en raison de sa population, de la suprématie économique et civilisatrice de l'élément hellénique, en raison aussi de la prédominance de cet élément pendant une période de trois mille ans, constituerait un état essentiellement hellénique, il serait juste de l'unir politiquement au Royaume grec actuel. La séparation de ces deux Etats créerait bientôt, des deux côtés, une tendance naturelle à l'union, ce qui pourrait occasionner de nouvelles frictions internationales, alors qu'après cette guerre mondiale toutes les questions nationales devraient dans la mesure du possible, recevoir une solution, et qu'on devrait éviter de créer de nouveaux problèmes.

Reste à régler la question de Constantinople et de la Thrace si le traité de paix organise la Société des Nations, la solution indiquée serait que cette Société se chargeât du Gouvernement Constantinople avec la partie turque de la Thrace, assurant ainsi le libre passage des Détroits.

Mais si le traité de paix n'organise pas la Société des Nations, comme cette question intéresse d'une manière plus directe les Puissances méditerranéennes ainsi que celles de la mer Noire, telles que la Russie et la Roumanie, qui n'ont pas d'autres débouchés dans la Méditerranée, ces puissances soit l'Angleterre, la France, l'Italie, la Russie, la Grèce et la Roumanie pourraient nommer tous les cinq ou dix ans, un gouverneur de cet Etat.

Si la Bulgarie était écartée de la mer Egée, elle serait également à ajouter aux Puissances ci-dessus.

Ya-t-il une autre solution possible?

Bien la solution exposée plus haut soit la seule radicale, il serait possible d'en imaginer une autre, mais celle-là encore sous la condition expresse que le traité de paix organise dès à présent la Société des Nations. Dans cette éventualité ce qui reste de l'Empire ottoman pourrait continuer à former un corps politique indivisible. Le Gouvernement turc serait supprimé. La Société des Nations se chargerait de nommer tous les dix ans un gouverneur. Ce gouverneur habituerait peu à peu le pays à se gouverner lui-même. Il établirait des divisions administratives correspondant autant que possible à l'élément national prédominant dans chaque région. Pendant les premières années la force armée nécessaire au maintien de l'ordre serait fournie par la Société des Nations, jusqu'à la formation de la gendarmerie et de milices locales. Aussitôt que la Société des Nations jugerait l'Etat ainsi gouverné mûr pour recevoir un gouvernement autonome, elle convoquerait une assemblée nationale, laquelle fixerait la constitution de cet Etat. Il est probable que ce dernier affecterait la forme fédérative.

Dès lors cesserait toute immixtion dans les affaires intérieures de cet état qui recouvrerait ainsi son indépendance. Le rôle de la Société des Nations se bornerait à contrôler et assurer le libre passage des Détroits. Il est bien entendu que cette solution ne serait possible qu'en tant que le traité de la paix assurerait l'organisation de la Sociétée des Nations. Car seule cette dernière présenterait toutes les garanties de désintéressement nécessaires pour que cette tâche extrêmement difficile fut menée à bien. Si la constitution immédiate d'une Société des Nations ne pouvait se réaliser, et si l'œuvre de l'éducation de cet Etat était entreprise par un groupe de Puissances, il est absolument clair

que tout cet édifice croulerait. D'un côté les intérêts opposés de ces Puissances méneraient continuellement à des conflits qui amèneraient à la délimination de zones d'influence par chacun d'elles, et cette délimination pourrait conduire au partage ultérieur des territoires de cet Etat entre les Puissances intéressées. D'un autre côté, même à supposer que ces Puissances n'auraient pas en vue ce partage final, il serait difficile d'en écarter le soupçon dans les populations indigènes et chez les autres Etats intéressés. Une atmosphère de défiance serait ainsi créée, bien peu propice à l'accomplissement de l'œuvre, qui serait confiée à ce groupe de Puissances.

Il est difficile d'imaginer une autre solution de la question ottomane, comportant un règlement définitif. Si l'Empire ottoman continuait à subsister et à exercer son autorité sur de nombreuses populations chrétiennes, la paix du monde serait à l'avenir continuellement troublée par suite des défauts incurables de l'administration turque.

Les hommes à qui est échue la tâche pleine d'honneur, mais combien difficile, non seulement d'assurer la victoire, mais aussi d'établir l'état de choses résultant de la paix assumeraient une responsabilité très grave vis-à-vis de l'humanité, si tout en ayant le pouvoir de régler la question d'Orient, qui depuis des siècles menace la paix du monde, ils hésitaient à éteindre ce foyer de discorde après les sacrifices innombrables de cette guerre et la victoire obtenue.

Noch weitgehender waren die Forderungen, die der Premier der Friedenskonferenz gegenüber am 30. Dezember 1918 erhob. Hier verlangte er außer Nordepirus und Thracien die schon erwähnten kleinasiatischen Gebiete, ferner den Dodekanes, Cypern und Konstantinopel für Griechenland[1]). Zur Begründung führte er in einem Geheimmemorandum an Lloyd George aus[2]):

Une année entière s'est écoulée depuis la signature de l'Armistice avec la Turquie, mais le Traité de Paix avec cette puissance n'est pas encore négocié, et rien ne fait prévoir qu'il le sera bientôt. Je sais parfaitement que ce délai est dû au fait que les Etats-Unis n'ont pas encore décidé s'ils accepteraient ou non des mandats en Turquie. Il semble, malheureusement, que le moment ne soit pas encore venu de savoir ce qu'ils feront.

En se prolongeant, ce délai provoque des dangers sérieux. Derrière Moustapha Kémal, les jeunes Turcs sont non seulement les maitres de la situation en Turquie, mais encore en position de continuer inlassablement leur travail de propagande parmi les Musulmans du monde entier. Sans doute ils n'ont pas été capables, jusqu'ici, de former une armée digne de ce nom, mais il est certain que si on leur laisse encore quatre ou cinq mois ils y peuvent parvenir.

Il est fort probable que de plusieurs mois l'Amérique ne sera pas en position de savoir si oui ou non elle accepte un mandat dans le Proche Orient. Il serait donc à désirer que le sort de la Turquie fût immédiatement réglé, avec cette condition que les Etats-Unis se réservent le droit, à une date ultérieure, d'accepter ou de refuser ce mandat.

Je présume, bien entendu, que la Turquie cessera désormais d'être une puissance européenne, car s'il lui était permis de continuer à figurer parmi les Etats européens, avec Constantinople pour capitale, pas un des peuples du Proche Orient ne considérerait comme définitivement réglée la situation de cette partie du globe; en conséquence de quoi, chacun d'eux attendrait le moment où la disparition totale de la Turquie de la carte d'Europe serait un fait accompli. Il serait à craindre également que cette incertitude sur le sort de la Thrace et de Constantinople n'amène les autres peuples balkaniques à ne considérer eux aussi que comme provisoire le règlement auquel on est déjà parvenu concernant

[1]) Frangulis II 28. [2]) eod.

les autres parties de la péninsule des Balkans, et qu'ils n'en viennent à regarder la paix actuelle, dans cette péninsule, comme éphémère.

D'autre part, la domination de la Turquie sur Constantinople n'offrirait pas seulement à l'Allemagne l'occasion d'intriguer dans cette ville, mais elle rendrait aussi tout à fait possible une alliance entre la Turquie, la Bulgarie et la Hongrie sous la direction de l'Allemagne. En outre, une Russie réorganisée tournerait naturellement de nouveau ses regards vers Constantinople, et ferait de son mieux pour supplanter la Turquie dans le Bosphore. Ce ne serait pas en vain qu'elle chercherait dans ce but la coopération de l'Allemagne, afin d'arriver avec ce pays à une entente générale, en vue d'entreprises de plus grande envergure.

On a assuré que les Musulmans de l'Inde éprouveraient un profond ressentiment si l'on éloignait le Sultan de Constantinople. Si je suis bien informé, pourtant, les hommes d'Etat anglais éminents qui ont une connaissance particulière des affaires indiennes, tombent d'accord qu'il convient de retirer le Sultan de cette ville. Qu'on me permette ici de remarquer que si l'influence du Sultan est vraiment aussi considérable aux Indes qu'on l'a prétendu, il serait peut-être opportun, pour le Gouvernement britannique, de profiter de la guerre actuelle afin de se débarrasser, une fois pour toutes, d'une influence qui, si on la laisse persister, continuera fatalement à fomenter des troubles dans l'avenir. Et si je dis opportun, c'est parce que, durant la dernière guerre, la Turquie s'est alliée aux ennemis de la Grande-Bretagne. C'est même un résultat de ce fait, que la responsabilité du règlement du sort de la Turquie ne reposera pas sur la Grande-Bretagne seulement, mais sur toutes les Grandes Puissances, excepté l'Allemagne. Et il va de soi, à mon avis, que le Sultan éloigné de Constantinople et déjà dépossédé des Lieux Saints de l'Islam, perdrait son prestige sur le monde musulman et serait ramené au rang du Sultan du Maroc.

Toutefois, si en dépit de tous ces arguments, on jugeait nécessaire de ne pas éveiller les susceptibilités prétendues des Musulmans de l'Inde, il serait peut-être possible de transférer à Brousse ou à Konia le siège du Gouvernement turc, tout en permettant au Sultan de conserver à Constantinople ses palais et ses lieux de prière, de demeurer dans cette ville, à volonté, comme un chef religieux, et en le laissant jouir de tous les droits de l'extraterritorialité.

Dans le cas où une solution de ce genre serait adoptée, le Sultan tiendrait à Constantinople une position analogue à celle du Pape à Rome, et les Musulmans de l'Inde ne pourraient protester contre un tel règlement, puisqu'ils ne peuvent prétendre sérieusement que la question du mauvais Gouvernement turc les concerne en quoi que ce soit.

Si cette solution était acceptée, on demanderait à la Turquie de tranférer sa capitale en Asie Mineure, et de remettre toutes ses possessions européennes aux Alliés, qui règleraient et détermineraient leur situation politique. La Turquie s'engagerait à l'avance à se conformer pleinement à cette décision.

Le Conseil Suprême de la Conférence, ou la Société des Nations, — au cas où son administration fonctionnerait alors — nommerait à Constantinople un Haut-Commissaire Provisoire, avec mission d'administer la ville. Si l'Amérique voulait consentir dès maintenant à l'union de la Thrace avec la Grèce, la tâche de ce Commissaire Provisoire ne serait pas bien lourde, puisqu'il n'aurait d'autre responsabilité que de gouverner Constantinoople et de surveiller les Détroits.

Les Etats-Unis se réserveraient alors le droit de décider, dans les six prochains mois environ, s'ils accepteront ou non le mandat de Constantinople.

Au cas où ils prendraient ce mandat, le Haut-Commissaire Provisoire leur remettrait sa charge. Au cas contraire, la Société des Nations entreprendrait de nommer, tous les cinq ou dix ans, un Gouverneur Général, auquel elle confierait l'administration de la ville de Constantinople, qui pourrait très bien devenir, — ainsi que la presse l'a proposé et par suite de sa position centrale entre l'Orient et l'Occident — le siège de la Société. Ceci n'a d'ailleurs rien d'essentiel.

En même temps que la souveraineté turque disparaîtrait de l'Europe, les limites de l'Etat purement turc en Anatolie seraient aussi fixées, et toutes les précautions seraient prises pour la protection de la population chrétienne dans ces limites. Rien qu'en Asie Mineure, à savoir dans les vilayets d'Aïdin, Brousse, Angora, Kastamouni, Trébizonde, Sivas, Konia et Adana, ainsi que dans les sandjaks indépendants d'Ismid et des Dardanelles, il y a 1.690.000 Grecs, 400.000 Arméniens, 50.000 Juifs, et 90.000 habitants appartenant à d'autres nationalités non-turques.

Le nombre des survivants arméniens dans les vilayets arméniens (Erzeroum, Kharpout, Diarbékir, Bitlis et Van), n'est pas connu exactement, mais il est à espérer qu'il monte au moins à 1.500.000. De cette population non-turque de 3.820.000, presque 600.000, qui vivent dans la partie grecque de l'Asie Mineure Occidentale, seront définitivement libérés de tout danger de destruction dans l'avenir. Mais si les 3.200.000 qui resteront étaient abandonnés à la merci d'une administration turque que nul ne contrôlerait, ils seraient condamnés à périr sous des persécutions qui inévitablement maintiendraient l'état de trouble en Orient et y rendrait impossible toute paix permanente.

Une question se présente alors, pour la solution de ce problème. Si les sandjaks indépendants d'Ismid et de Bigha, qui sont nécessaires pour la protection des Détroits, et qui contiennent 106.000 Grecs et 51.000 Arméniens, étaient inclus dans les limites des Etats de Constantinople, et si, en outre, une des Grandes Puissances voulait entreprendre le mandat sur l'Arménie et sur la région du Pont, — provinces qui comptent environ 1.500.000 Arméniens et 500.000 Grecs, — le problème se présenterait plus simple, en vérité.

Dans ce cas, il resterait encore, dans les limites de l'Etat turc, presque 500.000 Grecs et autant d'Arméniens; et si la partie méridionale de l'Asie Mineure était placée sous le mandat de la France et de l'Italie, le problème serait plus simplifié encore, car la population gréco-arménienne demeurant dans les limites de l'Etat turc serait alors réduite à 700.000 personnes environ.

Mais quel que soit le nombre, et qu'il atteigne ou non un million, l'ultime solution peut se trouver, dans l'échange de conationaux, entre la Grèce, l'Arménie et la Turquie, échange qui pourrait avoir lieu sous la surveillance de la Société des Nations. Il va de soi que cet échange n'aurait rien d'obligatoire, car alors il serait odieux. Mais aussi longtemps que la Grèce et l'Arménie veulent bien exercer toute leur influence morale sur leurs conationaux éparpillés dans l'Etat turc, et aussi longtemps que cet échange mutuel de populations s'effectuerait sous le contrôle de la Société des Nations, il n'y a guère de doute que peu de gens se priveraient de l'occasion ainsi offerte de s'établir et de vivre désormais dans les limites de leurs propres états nationaux.

D'après ce qui précède, si l'Etat turc était composé de vilayets de Brousse et d'Angora et des plus grandes parties des vilayets de Kastamouni et de Sivas, il comporterait une population turque de 3 640.000 âmes, qui s'accroîtrait à 4.400.000 environ par le fai de la migration ci-dessus proposée.

Au cas où l'Italie ne recevrait pas le mandat sur la partie méridionale de l'Asie Mineure, les limites de l'Etat turc atteindraient alors au vilayet de Konia, à la partie méridionale du vilayet d'Aïdin et à la partie occidentale du vilayet d'Adana, et, dans cet Etat turc élargi, la population turque monterait à 5.300.000 — chiffre qui serait porté à 6.300.000 après l'échange des populations.

Grâce à cet échange de population, la section grecque de l'Asie Mineure Occidentale compterait, outre 100.000 Européens, Juifs et Arméniens, une population purement grecque de 1.000.000 d'hommes environ, qui, jointe à celle des îles avoisinantes, formerait une masse de 1.500.000 Grecs. D'autre part, l'Arménie verrait sa population — tellement diminuée durant les vingt-cinq dernières années d'extermination — redevenir compacte.

D'ailleurs, la proportion de cette population arménienne ne pourrait que croître matériellement du fait que presque un demi-million de Turcs quitteraient l'Arménie.

On me permettra ici de remarquer qu'après la réponse faite à Paris, le 26 juin 1919, par le Conseil Suprême, à la Délégation turque présidée par le Grand Vizir Ferid Pascha, il ne peut être permis à la Conférence de prendre, pour le règlement de la question turque, des mesures moins sévères. Si elle se contentait de mesures moins radicales, non seulement elle renierait ses propres principes, non seulement elle assumerait la responsabilité morale de l'extermination de millions de chrétiens en Turquie — et il n'y a aucun doute qu'une fois revenus au pouvoir et au lendemain même de la conclusion de la paix les jeunes Turcs reprendraient leur œuvre de destruction, — mais elle n'assurerait pas la paix en Orient, parce que dès que de nouvelles persécutions recommenceraient, la guerre entre la Grèce et la Turquie, pour dire le moins, s'ensuivrait inévitablement. Et il ne faut pas oublier qu'un tel état de choses constituerait un danger permanent pour les Etats arabes nouvellement libérés, comme pour la Mésopotamie et l'Asie.

En fait, il est extrêmement désolant de voir les efforts systématiques tentés, en France, par certains groupes financiers, dans le but de rejeter dans l'oubli les leçons de l'Histoire, et de laisser la Turquie, — les jeunes Turcs pour être plus précis, car grâce à leur organisation, ils constituent en Turquie le seul pouvoir réel, — reprendre librement l'œuvre d'extermination des populations chrétiennes. La présence de M. Clémenceau à la tête du Gouvernement français est un obstacle précieux à l'influence de ces groupes. Mais M. Clémenceau a déjà déclaré qu'après les élections il quitterait le pouvoir, et si sa retraite doit avoir lieu avant le règlement de la question turque, il est impossible de prévoir les difficultés qui s'éléveront à Paris, concernant le règlement judicieux de cette question.

C'est là, je pense, une raison de plus en faveur d'une prompte solution du problème, le choix étant laissé à l'Amérique de décider plus tard, par elle-même, si elle acceptera ou non un mandat pour la Turquie.

Il y a, d'ailleurs, une raison encore pour que le règlement soit hâté, à savoir l'existence d'une armée grecque, consistant en 12 divisions sur le pied de guerre (c'est-à-dire 300.000 hommes), mise à la disposition de la Conférence et prête à imposer à la Turquie la décision de la Conférence. Tandis que, si la solution de la question turque est remise, la Grèce se sentira obligée, après la signature du Traité bulgare, de démobiliser la moitié de son armée, afin d'alléger le fardeau financier qui pèse lourdement sur elle aujourd'hui, bien qu'une année entière se soit écoulée depuis la signature de l'Armistice. Ainsi, d'une part, la Conférence serait privée d'une moitié de l'armée grecque pour imposer ses décisions et, d'autre part, elle donnerait aux jeunes turcs le temps nécessaire pour compléter l'organisation de leurs forces militaires, ce qui leur permettrait, éventuellement, de résister aux décisions de la Conférence.

Par suite de la maladie du Président Wilson et de la retraite imminente de M. Clémenceau, les plus grandes responsabilités retombent sur le premier Ministre britannique, et exigent son initiative dans la solution du problème turc, laissé le dernier à résoudre, bien qu'il ne soit certainement pas le moins important ni le moins lié à la paix du monde. Le problème turc est d'ailleurs celui sur lequel l'Empire britannique a exercé, durant le siècle dernier, une influence déterminante. C'est donc pourquoi, en en appelant au premier citoyen de la Grande-Bretagne pour un règlement immédiat et définitif de cette question alors que l'avenir de mon pays et l'existence de millions de malheureux dépendent de sa solution équitable, je sais que je n'en appelle pas en vain.

Londres, le 27 octobre 1919.

Zur Begründung dieser exorbitanten Forderungen[1]), die — sieht man der Schaffung des Konstantinopler Staates ab, bei der Venizelos wohl auch nur an ein Provisorium, nach Art der Lage

[1]) S. auch DH. V 335 ff.

Kretas nach 1899, denken mochte — einer Verwirklichung der großen Idee nahekamen, konnte sich der griechische Staatsmann freilich auf die Friedensbedingungen der Alliierten vom 10. Januar 1917, ein wenig vielleicht auf Nr. 11 und 12 der sogenannten 14 Punkte vom 8. Januar 1918 berufen: War dort die Rede von „l'affranchissement des populations soumises à la sanglante tyrannie des Turcs" und dem „rejet hors d'Europe de l'Empire ottoman", so forderte Nr. 11 „freundschaftliche Feststellung der Beziehungen zwischen den Balkanstaaten gemäß dem Rate der Mächte und nach den historisch ermittelten Linien der Nationalitäten" und: — noch dunkler und unklarer! — (Nr. 12) „eine sichere Souveränität soll den türkischen Teilen des heutigen Türkenreiches bleiben, aber den anderen Nationalitäten, die gegenwärtig unter türkischer Herrschaft stehen, muß eine unzweifelhafte Sicherheit ihrer Existenz gewährleistet werden." Diese modernen und wegen ihrer Unbestimmtheit und jeglichen Mangels an Bestimmbarkeit so gut verwendbaren Grundsätze kamen dem griechischen Staatsmann recht gelegen. Die Statistik, so wichtig vom ethnographischen Standpunkt, mußte ihm das gegenüber dem Nationalitätenvorkämpfer Wilson so bedeutsame Material liefern. Wir haben gesehen, in wie meisterhafter Weise er das in bezug auf Thrazien, Kleinasien, Konstantinopel in den beiden abgedruckten Memoranden gemacht; aber auch für Nordepirus, den Dodekanes, Cypern mußte die Statistik herhalten. Sie war in dem Memorandum vom 30. Dezember 1918 behandelt worden und hatte zu der Forderung der Abtretung des größten Teiles von Albanien geführt, wobei hilfsweise noch auf die höhere Zivilisation Griechenlands hingewiesen worden war.

Es war klar, daß dieser Gebietshunger nur teilweise befriedigt werden konnte. Ein so gewiegter Staatsmann wie es Venizelos ist, wird ja wohl auch von Anfang an gar nicht an die restlose Verwirklichung seiner Ansprüche geglaubt haben. Er handelte nach dem alten Rezept, das auf Friedensverhandlungen so oft erprobt worden war, noch mehr zu fordern und mit vielem sehr zufrieden zu sein!

Lehnten England und Frankreich nicht ab, so waren die Vereinigten Staaten (außer in der thrazischen Frage), vor allem aber Italien, das die Forderungen auf Nordepirus und den Dodekanes besonders berührte, alles eher denn mit ihnen einverstanden. Was zunächst Westthrazien anlangt, so hatte die eingesetzte Kommission hier — nach ihrer Angabe[1]) — mehr Symphatien für eine Vereinigung mit Griechenland als mit Bulgarien gefunden und nur für Bulgarien einen wirtschaftlichen Ausgang über Kavalla oder Dedeagatsch gefordert, darüber hinaus Griechenland auch einen Teil Ostthraziens konzediert. Italien hatte eine Reihe von Vor-

[1]) Vgl. Rapport bei Frangulis II 35.

behalten gemacht, insbesondere darauf hingewiesen, daß, selbst nach Venizelos' Statistik, das Gebiet um Dedeagatsch überwiegend bulgarisch sei. Größere Schwierigkeiten machten die übrigen Forderungen. Zwar hatten auch hier Frankreich und England sich grundsätzlich den griechischen Aspirationen genähert. Aber Italien weigerte sich, sie auch nur zu diskutieren, da das anatolische Problem politisch, ethnisch, wirtschaftlich einheitlich geregelt werden müsse, aber auch seine älteren Vertragsrechte nicht unbeachtet beiben dürften. Die Union hat zunächst nur für den Sandjak Smyrna die griechische Mehrheit der Bevölkerung anerkannt, im übrigen aber sich deutlich gegen die Trennung der Küstengebiete von ihrem wirtschaftlichen Hinterlande, dem anatolischen Hochplateau, ausgesprochen[1]). Hinsichtlich der Inseln (außer dem Dodekanes, den allerdings Frankreich und England aus ethnischen Gründen Griechenland geben wollten) kam man grundsätzlich zur Zuweisung an Griechenland. Nur hatte England sein im Oktober 1915 für den Fall des Eintritts Griechenlands in den Kampf gegebenes Versprechen der Rückgabe Cyperns völlig vergessen. Nordepirus wollten Franzosen und Briten jenem gleichfalls konzedieren, die Union war nur zu einer Linie bereit, die Korytza Albanien ließ, Italien nur das Florenzer Protokoll von 1913 anerkennen[2]). Nach längeren Verhandlungen[3]) kam die erforderliche Einigung. Hinsichtlich der bulgarisch-griechischen Grenze in Thrazien bestimmen Art. 27 und 48 des Friedens von Neuilly (s. Karte S. 270) vom 27. November 1919 (the frontiers of Bulgaria shall be fixed as follows):

„2. With Greece:
From the point defined above eastwards to the point where it leaves the watershed between the basins of the Mesta-Karass on the south and the Maittsa (Marica) on the north near point 1587 (Dilikli),
the frontier of 1913 between Bulgaria and Greece . . ."

Art. 48 fügte hinzu:

„Bulgaria recounces in favour of the Principal Allied and Associated Powers all rights and title over the territories in Thrace which belonged to the Bulgarian Monarchy and which being situated outside the new frontiers of Bulgaria as described in Article 27 (3), Part II (Frontiers of Bulgarie), have not been at present assigned to any States.
Bulgaria undertake to accept the settlement made by the Principal Allied and Associated Povers in regard to these territories, in particular in so far as concerns the nationality of the inhabitants.
The Principal Allied and Associated Powers undertake to ensure the economic outlets of Bulgaria to Aegeas Sea.
The conditions of this guarantee will be fixed at a later date."

Damit war über Westthrazien verfügt. Nicht so schnell ging es mit Ostthrazien. Im April 1919 hatte Präsident Wilson dem Obersten Rate mitgeteilt, nach seiner Ansicht müßten Adrianopel

[1]) Frangulis II 40ff. [2]) Frangulis II 44ff. [3]) Frangulis II 50ff.

und Kirkkilisse den Bulgaren zuerkannt werden. Der Oberste Rat indessen hat die Tschadaldschalinie als Hauptlinie zwischen Griechenland und der Türkei festsetzen wollen und die Griechen im Mai ermächtigt, bis dorthin vorzurücken.

Es war um dieselbe Zeit, da die Griechen, faktisch[1]) aus der — vom Obersten Rat genährten — Befürchtung, Italien würde die Gegend um Smyrna besetzen, ihre Absicht erkennen ließen, die von ihnen begehrte Stadt selber zu okkupieren. Die Besetzung erfolgte am 14. und 15. Mai 1920, wobei es — durch Verschulden des griechischen Truppenführers — zu blutigen Zusammenstößen gekommen ist[2]). Und langsam, aber sicher zeigten sich bereits die ersten Zeichen nationaler Wiedergeburt in der Türkei, wo die Nationalarmee unter dem großen Feldherrn und Staatsmann Kemal Pascha sich zu bilden begann.

Indessen gingen die Verhandlungen zwischen den Mächten über die Friedensbedingungen an die Adresse der Türkei weiter. Hinsichtlich der Griechenland zu machenden Abtretungen (außer in der Frage Westthrazien war ja vertraglich seit den verschiedenen Waffenstillständen noch nichts geschehen und auch die Behandlung jener bedeutete nur ein Provisorium, da ja nur ein Verzicht Bulgariens an die Siegermächte, aber noch keine endgültige Zuweisung vorlag) war es vor allem die italienische Opposition, die einer Einigung im Wege stand. Gestützt auf den Londoner Pakt[3]) und den Vertrag von St.-Jean-de-Maurienne (1917) war Italien interpartiarisch durchaus berechtigt[4]) — da die clausula rebus sic stantibus völkerrechtlich unbeachtlich ist —, von seinen Vertragsgenossen, für die es so furchtbar geblutet, Durchführung ihrer übernommenen Verpflichtungen, d. h. vor allem Valona und eine noch abzugrenzende Zone in Kleinasien mit Smyrna, ferner den Dodekanes mit Rhodus, zu verlangen. Venizelos konnte sich dem und vor allem der Gefährlichkeit der politischen Situation in einem Streit mit einer Großmacht wie Italien nicht verschließen. Nach langen Verhandlungen[5]) ist am 29. Juli 1919 ein Vertrag mit Tittoni, dem neuernannten italienischen Delegierten auf der Friedenskonferenz, und warmem Freund einer Verständigung mit Griechenland, zustandegekommen, der neben der progriechischen Politik des bedeutenden Staatsmannes auch der Spannung mit Jugoslavien und der Abneigung Amerikas gegen die Geheimverträge von 1915 und 1917, nicht minder aber der Geschicklichkeit des griechischen Premiers

---

[1]) Siehe über die vorgeschobenen Motive Frangulis II 59, 60.
[2]) Frangulis II 64ff.
[3]) Oben S. 382.
[4]) Der Pakt von 1915 hatte nach Treu und Glauben volle rechtliche Bedeutung, er war nicht nur base de discussions, wie es Lloyd George und Clémenceau 1919 wollten.
[5]) Frangulis II 88ff.

seine Schaffung verdankte. Denn materiell bedeutet er ein erhebliches Zurückweichen Italiens[1] [2]). Er bestimmt:

Les Gouvernements Hellénique et Italien, respectivement représentés par les Chefs de leur Délégation à la Conférence de la Paix, savoir Son Excellence Monsieur Eleuthérios Vénizélos, President du Conseil des Ministres du Royaume de Grèce, et Son Excellence Monsieur Tommaso Tittoni, Ministre des Affaires Etrangères du Royaume d'Italie, sont tombés d'accord sur les points suivants:

Dans le but de faciliter un règlement en ce qui concerne le bassin de la Méditerranée Orientale et de la Péninsule Balcanique, les Soussignés collaboreront en commun pour soutenir devant la Conférence de la Paix les points de vue suivants:

1) L'Italie s'engage à prêter tout son appui auprès de la Conférence aux revendications présentées par la Grèce pour la Thrace Occidentale et Orientale dans le *Memorandum* de Monsieur Vénizélos du 30 décembre 1918.

2) L'Italie s'engage de même à prêter son appui auprès de la Conférence à la demande de la Grèce concernant l'annexion de l'Albanie du Sud (Epire du Nord) dans les limites marquées par une ligne qui sera approximativement la suivante: (carte italienne 1:200.000). A partir d'un point sur la côte entre le torrent Aspri Ruga et celui de Paljassa cette ligne remonte le contrefort du mont Cika pour rejoindre la côte 2025. A partir de là elle suit la crête Malji-Cika (Krava 1669, Bogunica 1350, Kalarat 1263, Bersi 1422) et rejoint celle de Papazi (1575), Skivovic (1859), d'où en passant au sud de Golemi elle atteint la Suhagora (188-1750), de là elle suit la crête du contrefort de Liuzati et va au confluent du Zrinos avec la Voyusa, continue en suivant la rive méridionale de la Voyusa remontant son cours jusqu'au delà du confluent de la Lomnica, d'où elle remonte en contrefort au Sud de ce fleuve atteignant la côte 1475 sur les Malji Kokoika. De ce point elle rejoint Cafa Skembit et la côte 1450 laissant Frasheri à l'Albanie, descend par le contrefort d'Ogoreka coupe le fleuve Osum et rejoint la côte 1400 près de Kjutesa, passant entre Kaltani et Gesareka. De ce point elle suit la crête à l'Est de Selenika Pises et par la côte 1550 (Bunar) Cafa Liusates, arrive à Malji Ukid (1800). D'ici elle continue à 14 est rejoignant Korora (1650) et plus à l'Est la côte 1650 d'où, par Pascia Tépé (1585), Peltek (1270), elle descend à la confluence du fleuve de Moscopoli avec

---

[1]) Giannini a. a. O. 27ff.

[2]) Zur Begründung hat Graf Sforza am 6. August 1920 in der Deputiertenkammer ausgeführt (Giannini a. a. O. 26):

„Data la nuova situazione che i fatti e le necessità politiche avevano creata, questo accordo, di cui a noi non restavano che gli oneri, era evidentemente divenuto caduco." Esso fu perciò denunziato il 22 luglio 1920 col seguente atto:

„Le decisoni degli Alleati circa l'Asia Minore e le affermazioni di nazionalità del popolo albanese hanno creato al Governo italiano la necessità di modificare gli scopi che si proponeva di raggiungere e di stabilire una nuova politica relativa alla salvaguardia dei suoi interessi in quelle regioni.

In tali condizioni la situazione che fu presa come base dell'intesa avvenuta il 29 luglio 1919 fra i due ministri degli affari esteri italiano ed ellenico, per determinare di comune accordo la linea di condotta da seguirsi alla Conferenza di Parigi, si trova sostanzialmente mutata.

Giusta quindi quanto è espressamente stabilito nel punto 7 dell'intesa stessa, l'Italia riprende la sua piena libertà d'azione circa tutti i punti in essa contemplati.

Il Governo italiano tuttavia rimane animato dallo stesso cordiale desiderio di intesa fra i reciproci interessi di cui non dubita che anche il Governo Ellenico sia animato, e si propone di esaminare di comune accordo la nuova situazione colla ferma intenzione di giungere a delle intese soddisfacenti e complete."

le Kilizoni. Elle suit ce fleuve jusqu'au pont de Mali et de là jusqu'au lac Malik qu'elle traverse en rejoignant la côte 837 d'où passant par la côte 1863 elle rejoint sur les Malji Sat l'ancienne frontière.

Au cas où la Grèce viendra en possession de ces territoires de l'Albanie du Sud (Epire du Nord) le Gouvernement Grec, s'engage à rembourser au Gouvernement Italien les dépenses faites par lui pour des travaux de caractère permanent (routes, ports, édifices publics, écoles, etc.) et ne se rapportant pas esclusivement aux besoins de la guerre. Une Commission où l'Italie et la Grèce seront également représentées, en établira la valeur en choissant un arbitre en cas de désaccord.

Le Gouvernement Grec s'engage à accorder à l'Italie en location pendant cinquante ans une partie du port de Santi Quaranta qui formera zone franche.

Si le Gouvernement Hellénique ne construit pas lui même des lignes de chemin de fer reliant le port de Santi Quaranta à l'intérieur, il s'engage à accorder la préférence à des Sociétés italiennes qui demanderont à les construire à conditions égales à celles de autres Puissances. Il en sera de même en ce qui concerne l'exploitation de ces lignes.

Les contrats de travaux publics en cours et ne se rapportant pas exclusivement aux besoins de la guerre; passés entre les administrations militaires ou navales italiennes et des entrepreneurs ou fournisseurs sur les territoires qui reviendront à la Grèce seront liquidés équitablement par une Commission où l'Italie et la Grèce seront également représentées, choisissant un arbitre en cas de désaccord.

3) La Grèce s'engage à soutenir devant la Conférence le mandat de l'Italie sur l'Etat Albanais.

La Grèce appuiera la reconnaissance de la Souveraineté italienne sur Valona et le Hinterland que l'Italie jugera nécessaire pour la défense de cette région.

La Grèce confirme la neutralisation du Canal de Corfou stipulée par la Conférence de Londres de 1913-14.

En plus, les deux Gouvernements sont tombés d'accord sur les clauses suivantes:

Il ne sera pas construit des digues et défenses fixes sur toute l'étendue de la mer comprise entre le cap Stylos et Aspri Ruga d'un côté et les îles opposées de l'autre qui pourraient empêcher ou réduire les passages entre ces îles et la Côte ou faciliter la constitution d'une base navale.

De même aucune œuvre de fortification ne sera construite sur la côte depuis le cap Stylos jusqu'à Aspri Ruga sur une profondeur de vingt-cinq kilomètres (jusqu'à la vallée de Zrinos et du Xeria eu sur le massif du Chamanda) ainsi que sur la partie des îles située en face de cette côte.

Il n'y aura pas d'aérodromes militaires dans la région neutralisée ni des défenses sousmarines fixes ou mobiles, et il ne sera pas permis de construire et entretenir des magasins et dépots d'approvisionnement militaires terrestres, navals et aériens de tout genre.

Des garanties spéciales pour la liberté de l'enseignement, la liberté religieuse, le droit de famille des musulmans, leur régime Erazii-Emirié, les Wakoufs, seront accordées par le Gouvernement Héllénique aux populations non grecques de l'Albanie du Sud (Epire du Nord) qui reviendront à la Grèce.

Le Gouvernement Italien donne les mêmes garanties aux Communautés grecques qui seront sous son administration dans le territoire de Valona et le reste de l'Albanie, d'entretenir librement leurs établissements scolaires, charitables ou de bienfaisance, ainsi que leurs églises et établissements religieux sous la dépendance du Patriarcat Œcuménique.

Une amnistie complete pour les crimes et délits politiques sera accordee tant de la part l'Italie que de la part de la Grèce dans les territoires sous leur administration respective en Albanie et dans l'Epire du Nord (Albanie du Sud).

4) Le Gouvernement Hellénique s'engage, pour le cas où ses revendications en Thrace et dans l'Epire du Nord (Albanie du Sud) recevraient définitivement satisfaction, à renoncer en Asie Mineure, au profit du Gouvernement Italien, à ses prétentions sur les territoires situés au sud d'une ligne qui partant de l'embouchoure de la riviére prés de la pointe Otousbir-Kaya (marquée sur la carte Anglaise 1:250.000 du War Office, année 1915) se dirige à l'Est, puis au sud passant à l'ouest de Chinare K., puis par la crête du Gumush Dagh se dirige vers la station de Balachik de la ligne de chemin de fer Aidin-Smyrne pour se confondre, à partir de cette station, avec les limites séparatives des Sandjaks de Smyrne et de Saroukhan, d'un côté, d'Aidin et de Denzli de l'autre. Le Gouvernement Grec considérarait la condition de cette renonciation comme remplie, même dans le cas où, par suite de l'opposition éventuelle des États-Unis, et malgré l'appui du Gouvernemet Italien en faveur de la Gréce, Korytsa ne serait pas englobée dans les territoires qui reviendraient à la Grece.

En dehors de cette renonciation, le Gouvernement Hellénique maintient les revendications formulées dans le *Memorandum* adressé par Monsieur Vénisélos le 30 décembre 1918 à la Conférence de la Paix au sujet de l'Asie Mineure, et le Gouvernement Italien s'engage à lui prêter tout son appui. De son côté la Grèce s'engage à prêter tous son appui aux revendications du Gouvernement Italien en Asie Mineure.

L'Italie n'ayant pas l'intention de faire concurrence au port de Smyrne par celui de Scala-Nova, lorsque un raccord aura été établi entre cette localité et la ligne de chemin de fer Smyrne-Aidin, mais désirant au contraire laisser à Smyrne son importance de port principal desservant le Vilayet d'Aidin, la Grèce s'engage à accorder en location à l'Italie pendant cinquante ans, une étendue dans le port de Smyrne formant zone franche et à stipuler une convention pour le commerce en transit entre ce port et le territoire accordé à l'Italie, et un accord relatif au régime des chemins de fer.

5) L'Italie cède à la Grèce la Souveraineté des îles qu'elle occupe dans la mer Egée.

L'île de Rhôdes demeurera sous la Souveraineté de l'Italie qui accordera dans les deux mois qui suivront la décision de la conférence relativement aux îles de l'Egée occupées par l'Italie, une large autonomie locale. Les Communautés grecques de l'île jouiront de toute façon de la faculté d'entretenir librement leurs établissements scolaires, charitables ou de bienfaisance, ainsi que leurs établissements religieux sous la dépendance du Patriarcat Œcuménique.

La Grèce s'engage à rembourser à l'Italie tous le frais pour les œuvres de caractère permanent ne servant pas exclusivement à des besoins militaires, qu'elle a exécutées dans les îles cédées à la Grèce (routes, édifices publics, travaux pour les ports, écoles).

Le Gouvernement Grec s'engage à prêter ses bons offices auprès du Patriarcat Œcuménique pour que, en cas de vacance du trône Métropolitain de Rhôdes, son choix se porte sur un prélat qui soit *persona grata* auprès du Gouvernement Italien.

6) L'Italie s'engage à respecter les libertés religieuses des Grecs qui seront placés sous son administration en Asie Mineure, et leur dépendance du Patriarcat Œcuménique et à garantir le libre fonctionnement des écoles grecques soit privés soit à la dépendance des Communautés orthodoxes.

La Grèce s'engage à accorder exactement les mêmes garanties aux Italiens qui seront placés sous son administration en Asie Mineure.

7) Dans le cas où l'Italie n'obtiendrait pas satisfaction en ce qui concerne ses aspirations en Asie Mineure, elle reprend pleine liberté d'action par rapport à tous les points du présent accord.

Dan le cas où la Grèce n'obtiendrait pas satisfaction en ce qui concerne ses revendications formulées dans l'article 4, elle reprend pleine liberté d'action par rapport à tous les points du présent accord.

8) La réalisation de cet accord ne dépendant pas des Hautes Parties Contractantes et cet accord n'étant que la détermination d'une ligne de conduite commune à suivre vis-à-vis de la Conférence, il devra toujours demeurer secret puisqu'il n'est pas un vrai traité qui d'après les principes adoptés devrait être pubblic.

La seule déclaration que les deux Ministres peuvent faires est celle qu'ils ont résolu de traiter avec un esprit de conciliation les différentes questions qui intéressent les deux pays devant la Conférence.

Les clauses du présent accord qui ne seront pas comprises dans le traités de paix formeront l'objet d'une Convention spéciale.

Fait en double, Paris, le 29 Juillet 1919.

Signé: E. VÉNISÉLOS — TOM. TITTONI.

In der Besprechung dieses Vertrages meint Frangulis[1]): „Cet accord présentait des inconvénients: 1° Le fait d'être secret lui enlevait une partie de son efficacité, 2° les stipulations touchant l'Albanie n'étaient pas conformes, dans leur ensemble, à l'esprit des accords intervenus au moment de la conclusion des accords gréco-serbes . . . 3° la Grèce renonçait à un ensemble de revendications précieuses pour un gain aléatoire." Wobei besonders der überaus wichtige Art. 7 gar nicht nachdrücklich genug unterstrichen werden kann. Ein geheimer Zusatzvertrag vom gleichen Tage enthielt die Zusicherung Italiens, in Rhodus eine Volksabstimmung unter der doppelten (!) Bedingung zu veranstalten, daß die Ansprüche beider Kontrahenten erfüllt wären und England Cypern an Griechenland geben würde[2]). Im übrigen bedeutet der Vertrag, wenn auch, wegen Art. 7, keine Gefährdung der italienischen Ansprüche, ein recht realpolitisches Zurückweichen Venizelos' vor den eigentlich verbrieften italienischen Forderungen auf wichtige Teile Kleinasiens. Praktisch blieb der Vertrag Episode. Gegenüber Unruhen in Albanien mußte die italienische Regierung auf ein Mandat verzichten; die Italiener räumten das Land und begnügten sich mit der Besetzung der Insel Sasano. Der Vertrag von 1919 ist genau ein Jahr nach seinem Abschluß durch eine Note des neuen italienischen Außenministers Grafen Sforza unter Berufung auf Ziff. 7 für aufgehoben erklärt worden — wobei „la décision des Alliés au sujet de l'Asie Mineure et les affirmations de nationalité du peuple albanais" als ausschlaggebend bezeichnet worden sind. Damit war erneut alles in der Schwebe; das um so mehr, als Griechenland und mit ihm England auch gewisse Bestimmungen des Sèvres-Vertrages nunmehr als in der Luft hängend bezeichneten, da sie den Tittoni-Venizelos-Vertrag voraussetzten.

Am 10. August 1920 ist in Sèvres der Friede zwischen dem britischen Empire, Frankreich, Italien, Japan, Armenien, Belgien,

---

[1]) a. a. O. 98.

[2]) Eine staatsvertragliche Repetition! Vgl. den türkisch-englischen Bündnisvertrag vom 4. Juni 1878 bei Strupp, Ausgewählte diplomatische Aktenstücke zur orientalischen Frage, 1916, S. 162.

Griechenland, Hedschas, Polen, Portugal, Rumänien und der Tschechoslowakei einerseits und der Türkei andererseits abgeschlossen worden. Er beließ Konstantinopel und einen schmalen



Landstreifen in Thrazien, entsprechend etwa der Tschataldscha-Linie, der Türkei (Art. 27, 36), wies Italien in Kleinasien kleine Gebiete zu und bestimmte im übrigen, soweit er hier interessiert[1]):

Section IV.

Smyrne[2]).

Article 65.

La ville de Smyrne et le territoire adjacent décrit à l'article 66 seront, jusqu'à l'établissement de leur statut définitif conformément à l'article 83, soumis aux dispositions de la présente Section.

Article 66 (enthält Grenzen).

---

[1]) Siehe die obige Karte.

[2]) Jahrbuch des Völkerrechts VIII 601.

Article 68.

Sous réserve des dispositions de la présente Section, la ville de Smyrne et le territoire décrit à l'article 66, seront, pour l'application du présent Traité, assimilés aux territoires détachés de la Turquie.

Article 69.

La ville de Smyrne et les territoires décrits à article 66 restent sous la souveraineté ottomane. Toutefois, la Turquie transfère au Gouvernement hellénique l'exercice de ses droits de souveraineté sur la ville de Smyrne et lesdits territoires. En témoignage de cette souveraineté, le pavillon ottoman sera hissé d'une manière permanente sur un fort extérieur de la ville. Ce fort sera désigné par les Principales Puissances alliées.

Article 70.

Le Gouvernement hellénique sera responsable de l'administration de la ville de Smyrne et du territoire décrit à l'article 66 et exercera cette administration au moyen d'un corps de fonctionnaires qu'il nommera spécialement à cet effet.

Article 71.

Le Gouvernement hellénique aura le droit de conserver dans la ville de Smyrne et le territoire décrit à l'article 66 les forces militaires nécessaires au maintien de l'ordre et de la sécurité publique.

Article 72.

Il sera institué un Parlement local avec un système électoral propre à assurer la représentation proportionnelle de toutes les fractions de la population, y compris les minorités ethniques, de langue ou de religion. Dans un délai de six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité, le Gouvernement hellénique devra soumettre au Conseil de la Société des Nations un projet de système électoral satisfaisant aux conditions prévues ci-dessus; ce système ne pourra entrer en vigueur qu'après avoir été approuvé par ledit Conseil statuant à la majorité des voix.

Le Gouvernement hellénique pourra retarder les élections pendant la période nécessaire au retour des habitants qui auraient été expulsés ou déportés du fait des autorités ottomanes, sans toutefois que ce délai puisse excéder un an à dater de la mise en vigueur du présent Traité.

Article 76.

Le Gouvernement hellénique pourra installer une ligne de douane sur la frontière décrite à l'article 66 et incorporer la ville de Smyrne et le territoire décrit audit article dans le système douanier hellénique.

Article 77.

Le Gouvernement hellénique s'engage à ne prendre aucune mesure, dont l'effet serait de déprécier la valeur de la monnaie turque existante. Cette monnaie conservera son caractère de monnaie légale jusqu'à l'établissement du Statut définitif prévu à l'article 83.

Article 79.

Au point de vue de la nationalité, les habitants de la ville de Smyrne et du territoire décrit à l'article 66, qui sont de nationalité ottomane et qui ne peuvent, en vertu des dispositions du présent Traité, se prévaloir d'aucune autre nationalité, seront assimilés à tous égards aux ressortissants helléniques. Leur protection diplomatique et consulaire à l'étranger sera assurée par la Grèce.

Article 83.

Lorsqu'une période de cinq années se sera écoulée depuis la mise en vigueur du présent Traité, le Parlement local prévu à l'article 72 pourra, par un vote émis à la majorité des voix, demander au Conseil de la Société des Nations, l'incorporation définitive dans le Royaume de Grèce de la ville de Smyrne et du territoire décrit à l'article 66. Le Conseil pourra requérir un plébiscite préalable dans les conditions qu'il indiquera.

Au cas où ladite incorporation résulterait de l'application de l'alinéa précédent, le droit de souveraineté de la Turquie, visé à l'article 69, prendrait fin. La Turquie déclare dès à présent renoncer, en ce cas, en faveur de la Grèce, à tous ses droits et titres sur la ville de Smyrne et sur le territoire décrit à l'article 66.

Section V.

Grèce.

Article 84.

Sous réserves des frontières attribuées à la Bulgarie par le Traité de paix signé à Neuilly-sur-Seine le 27 novembre 1919, la Turquie renonce en faveur de la Grèce à tous droits et titres sur les territoires de l'ancien Empire ottoman situés en Europe au delà des frontières de la Turquie fixées par le présent Traité.

Les îles de la mer de Marmara ne sont pas comprises dans le transfert de souveraineté stipulé à l'alinéa qui précède.

La Turquie renonce, en outre, en faveur de la Grèce à tous ses droits et titres sur les îles de Imbros et Tenedos. La décision prise par la Conférence des Ambassadeurs à Londres, en exécution des articles 5 du Traité de Londres du 17/30 mai 1913 et 15 du Traité d'Athènes du 1/14 novembre 1913, et notifiée au Gouvernement hellénique le 13 février 1914, concernant la souveraineté de la Grèce sur les autres îles de la Méditerranée orientale, notamment Lemnos, Samothrace, Mitylène, Chios, Samos et Nikaria, est confirmée sans préjudice des stipulations du présent Traité, concernant les îles placées sons la souveraineté de l'Italie et visées à l'article 122, ainsi que les îles situées à moins de trois milles de la côte asiatique.

Toutefois, dans la partie de la zone des Détroits et des Iles, prévues à l'article 178, placées en vertu du présent Traité sous la souveraineté hellénique, la Grèce accepte et s'engage à observer, à moins de stipulations contraires du présent Traité, toutes les obligations qu'en vue d'assurer la liberté des Détroits le présent Traité impose à la Turquie dans la partie de ladite zone, y compris les îles de la Mer de Marmara, restant sous la souveraineté ottomane.

Article 85.

Une Commission sera constituée dans les quinze jours qui suivront la mise en vigueur du présent Traité, pour fixer sur place la ligne frontière décrite à l'article 27, I, 2°. Cette Commission sera composée de quatre membres nommés par les Principales Puissances alliées, d'un membre nommé par la Grèce et d'un membre nommé par la Turquie.

Article 86.

La Grèce accepte, en en agréant l'insertion dans un Traité particulier, les dispositions qui seront jugées nécessaires, notamment en ce qui concerne Andrinople, pour protéger en Grèce, les intérêts des habitants qui diffèrent de la majorité de la population par la race, la langue ou la religion.

La Grèce agrée également l'insertion dans un Traité particulier des dispositions qui seront jugées nécessaires pour protéger la liberté du transit et un régime équitable pour le commerce des autres nations.

Article 87.

La proportion et la nature des charges financières de la Turquie que l'État grec aura à supporter en raison des territoires placés sous sa souveraineté, seront fixées conformément aux articles 241 à 244, Partie VIII (Clauses financières) du présent Traité.

Des conventions ultérieures régleront toutes questions qui ne seraient pas réglées par le présent Traité et que pourrait faire naître le transfert desdits territoires.

Artikel 122 enthielt den Verzicht der Türkei auf den Dodekanes, auf Rhodos und Castellorizzo zugunsten Italiens. Aber am

gleichen Tag wurde ein Vertrag zwischen Italien und Griechenland abgeschlossen, in dem es heißt[1]):

SA MAJESTÉ LE ROI DES HELLÈNES ET SA MAJESTÉ LE ROI D'ITALIE,

Désireux de régler le sort des îles ci-dessous désignées,

Ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires:

SA MAJESTÉ LE ROI DES HELLÈNES:

M. Eleftherios K. Venisélos, Président du Conseil de Ministres de Grèce; M. Athos Romanos, Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire de S. M. le Roi des Hellènes à Paris;

SA MAJESTÉ LE ROI D'ITALIE:

Comte Lelio Bonin Longare, Sénateur du Royaume, Ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de S. M. le Roi d'Italie à Paris; M. Carlo Galli, Consul de S. M. le Roi d'Italie.

LESQUELS, munis de leurs pleins pouvoirs, ONT CONVENU DES DISPOSITIONS SUIVANTES:

Art. 1er. — L'Italie renonce en faveur de la Grèce à tous ses droits et titres sur les îles de la Mer Égée occupées par elle, savoir Stampalia, Chalki avec Alimnia, Scarpanto, Cassos, Episcopi, Nisyros, Calymnos, Léros, Patmos, Lipsos, Symi et Cos ainsi que sur les îlots qui en dépendent.

Art. 2. — L'île de Rhodes et les îlots qui en dépendent resteront sous la souveraineté de l'Italie qui leur accordera dans les deux mois à partir de la signature du présent Traité une large autonomie locale. Les communautés grecques de l'île jouiront de toute façon de la faculté de conserver et d'ouvrir des établissements scolaires, charitables et de bienfaisance ainsi que des églises et établissements religieux, sous la dépendance du Patriarcat Œcuménique. L'Italie s'engage à garantir le libre fonctionnement de tous ces établissements.

L'Italie s'engage à laisser la population de Rhodes se prononcer librement sur le sort de l'île de Rhodes le jour où l'Angleterre prendrait la décision de donner l'île de Chypre à la Grèce.

Dans tous les cas, la consultation de la population de Rhodes n'aura pas lieu avant un délai de 15 ans à partir de la signature du présent Traité.

A cette date, la Société des Nations établira les conditions de participation au plébiscite.

Art. 3. — La Grèce s'engage à rembourser à l'Italie tous les frais pour les œuvres de caractère permanent et d'intérêt public, ne servant pas exclusivement à des besoins militaires et qu'elle a exécutées dans les îles cédées à la Grèce (routes, ports, édifices publics, écoles, etc.).

Une Commission où la Grèce et l'Italie seront également représentées en établira la valeur en choisissant un arbitre en cas de désaccord.

Art. 4. — Les ressortissants ottomans habitant les îles dont la souveraineté passera à la Grèce deviedront de plein droit ressortissants hellènes à partir du moment de la mise en vigueur du Traité de Paix avec la Turquie.

Toutefois les personnes âgées de plus de 18 ans auront la faculté, pendant une période d'un an à partir de la mise en vigueur du Traité de Paix avec la Turquie, d'opter, conformément aux dispositions de la section XII de la Partie III dudit Traité, soit pour la nationalité ottomane, soit pour la nationalité italienne. Les habitants des îles, qui auraient déjà obtenu légalement la nationalité italienne, seront exempts de ladite déclaration.

Art. 5. — Le Gouvernement Hellénique accordera à tous les habitants des îles qui lui sont cédées par l'Italie les droits prévus par le Traité de protection des minorités signé par la Grèce.

---

[1]) Giannini a. a. O. 195 ff.

Art. 6. — Les Traités et Conventions de toute nature en vigueur entre l'Italie et la Grèce seront de plein droit étendus aux îles cédées par l'Italie à la Grèce par la présente Convention.

Art. 7. — La Grèce accorde à l'École Archéologique italienne d'Athènes le droit d'entreprendre pendant quinze ans des fouilles dans le sanctuaire d'Esculape de l'île de Cos en se conformant aux dispositions de la loi grecque.

La Grèce s'engage à donner à l'Italie, pour une période de 15 ans, la préférence sur toutes les autres nations étrangères en ce qui concerne les recherches et fouilles d'ordre archéologique sur les territoires des îles cédées. Ces fouilles seront entreprises et effectuées conformément aux dispositions de la même loi.

Les délais courent à partir de la signature du présent Traité.

Art. 8. — En relation avec les dispositions des Articles 65 à 83 du Traité de Paix avec la Turquie, il est convenu que tous les Traités, accords et conventions en vigueur entre l'Italie et la Grèce seront étendus au territoire de Smyrne ainsi qu'il est délimité par les articles précités dudit Traité.

La Grèce s'engage à respecter les libertés religieuses des Italiens placés sous son administration en Asie Mineure. Les ressortissants italiens auront la faculté de conserver et d'ouvrir sur ledit territoire des établissements scolaires, charitables ou de bienfaisance ainsi que des églises et établissements religieux. La Grèce s'engage à garantir le libre fonctionnement de tous ces établissements.

Les ressortissants italiens qui au moment de la signature du présent Traité exerceront des professions libérales sur le territoire de Smyrne, conformément aux lois en vigueur, seront autorisés à continuer comme par le passé le libre exercice de leus profession.

Art. 9. — Tout ce qui concerne le raccordement de chemin de fer entre les lignes construites ou bien administrées par l'Italie en Asie Mineure et celles déjà existantes, ou qui seront construites, dans le territoire de Smyrne, fera l'objet d'une convention particulière entre la Grèce et l'Italie. Tout droit déjà acquis sera respecté.

Art. 10. — Le présent Traité sera ratifié. Le dépôt des ratifications sera effectué à Paris, en même temps que le dépôt des ratifications du Traité de Paix avec la Turquie. Il entrera en vigueur en même temps que ledit Traité de Paix.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires susnommés ont signé le présent Traité.

FAIT à Paris, le dix août mil neuf cent vingt, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement de la République française et dont les expéditions authentiques seront remises à chacune des Puissances signataires.

(L. S.) E. K. VENISÉLOS.
(L. S.) A. ROMANOS.
(L. S.) BONIN.
(L. S.) CARLO GALLI.

Frangulis[1]) wirft die im Hinblick auf eine schon am 31. Juli abgegebene englische Erklärung, es sei wenig wahrscheinlich (!), daß England Cypern abtreten werde, die Frage auf, ob die Erhebung dieser Abtretung zur Bedingung für eine — erst nach 15 Jahren vorgesehene — Plebiszitveranstaltung auf Rhodos nicht eine verhüllte Zustimmung zur endgültigen Abtretung dieser Insel an Italien zum Gegenstand habe. Man wird mit dem griechischen Staatsmann und Schriftsteller, zumal in Gedenken an das ver-

[1]) a. a. O. II 112.

tragliche Vorbild von 1878 und die Form, in der im Osten Abtretungen kaschiert zu werden pflegen (man denke an den Frieden von Ouchy (1912), den Londoner Frieden von 1913 u. a.), zum mindesten berechtigt sein, Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Plebiszits auch auf griechischer Seite anzunehmen. Wie dem auch sei, jedenfalls bedeutete der Verzicht Italiens auf Dodekanes und auf die Verwirklichung seiner kleinasiatischen Aspirationen scheinbar ein bedeutendes Nachgeben Roms. Daran änderte es äußerlich zunächst nichts, daß noch am gleichen Tage (mit der Proklamation der grundsätzlichen Gleichstellung Frankreichs, Englands, Italiens in der Türkei) besondere Interessensphären anerkannt worden sind, bei denen allerdings — die Geschichte lehrt es — hinter der offenkundigen wirtschaftlichen Durchdringung doch auch eine mehr oder weniger schnell wachsende pénétration politique zu stehen pflegt. In dieser Hinsicht läßt sich auch mancherlei aus den Zeilen des Dreiparteienvertrages vom 10. August 1920 herauslesen[1]).

I GOVERNI BRITANNICO, FRANCESE E ITALIANO, rappresentati rispettivamente dai sottoscritti Plenipotenziari,

Solleciti di aiutare la Turchia, di promuovere l'incremento delle sue ricchezze e di eliminare le rivalità internazionali che furono in passato di ostacolo a questi fini;

Desiderando soddisfare la richiesta del Governo ottomano di ricevere il concorso necessario al riordinamento dell'amministrazione giudiziaria, delle finanze, della gendarmeria e della polizia, alla protezione delle minoranze etniche di religione e di lingua, e al progresso economico del paese;

Considerando il riconoscimento dell'autonomia ed eventualmente della indipendenza del Curdistan e ritenuto che per favorire il progresso economico di questo paese e prestargli l'assistenza necessaria al suo buon governo giova evitare le rivalità internazionali a questo riguardo;

Riconoscendo, rispettivamente gli interessi speciali dell'Italia nell'Anatolia meridionale, della Francia in Cilicia e nella parte occidentale del Curdistan limitrofa alla Siria fino a Gezireh-ibn-Omar cosi come queste regioni sono descritte nel presente accordo;

Sono convenuti delle disposizioni seguenti:

Art. 1. — Vi sarà in Turchia perfetta eguaglianza fra le Potenze contraenti per quanto concerne la composizione di ogni Commissione internazionale, già istituita o da istituire, ed i vari servizi che ne dipendono, cui spetti il compito di riordinare e sorvegliare, nei modi compatibili con l'indipendenza del paese, i vari servizi pubblici (amministrazione giudiziaria e finanziaria, gendarmeria e polizia) e di garentire la protezione delle minoranze etniche di religione o di lingua.

Tuttavia, se il Governo ottomano o il Governo del Curdistan esprimessero il desiderio di ricevere una assistenza esterna per l'amministrazione o la polizia locale delle zone nelle quali sono rispettivamente rinconosciuti interessi particolari dell'Italia e della Francia, le Potenze contraenti si impegnano a non contestare la prerogativa della Potenza i cui particolari interessi sono riconosciuti nella zona, a prestare l'assistenza predetta. Essa dovrà intendere, in specie, a meglio garentire la protezione concessa, in quella zona, alle minoranze etniche, di religione o di lingua.

Art. 2. — In conformità delle disposizioni del trattato di pace con la Turchia, i sudditi delle Potenze contraenti, le loro navi e aeronavi, i prodotti

[1]) Giannini a. a. O. 187 ff.

ivi manufatti provenienti dai territori domini, colonie e protettorati delle dette Potenze o destinati ai medesimi, godranno di un'assoluta eguaglianza di trattamento nelle zone in cui sono riconosciuti gli interessi particolari di una delle dette Potenze, per quanto concerne il commercio, la navigazione, o in specie quanto al transito, alle dogane e simili.

Le Potenze contraenti si impegnano tuttavia a non dirigere alcuna domanda, nè a formularne o appoggiarne alcuna in nome dei propri sudditi, per ottener concessioni commerciali o industriali in una zona nella quale sono riconosciuti gli interessi particolari di una delle Potenze predette, a meno che questa si rifiutasse o fosse nella impossibilità di profittare della sua condizione speciale.

Art. 3. — Le Potenze contraenti si presteranno reciprocamente appoggio diplomatico per mantenere la loro situazione rispettiva nelle zone nelle quali sono riconosciuti loro interessi particolari.

Art. 4. — La ferrovia di Anatolia, quella di Mersina-Taurus-Adana, la parte della ferrovia di Bagdad situata in territorio ottomano, come è definito nel trattato di pace con la Turchia, saranno esercitate da una società di cui il capitale sarà sottoscritto da gruppi finanziari britannici, francesi e italiani. Saranno attribuite quote di capitale ai gruppi britannici, francesi e italiani, in rappresentanza degli interessi che questi gruppi possedevano, rispettivamente, al 1° agosto 1914, sull'intera linea di Bagdad; l'eccedenza del capitale sarà divisa in parti eguali fra i detti gruppi.

Tuttavia, in cambio totale e parziale degli interessi che cittadini francesi possedevano, il 1° agosto 1914, nella ferrovia di Bagdad, il Governo francese si riserva il diritto di farsi attribuire e di esercitare in tutto o in parte le ferrovie della zona in cui gli sono riconosciuti interessi speciali, compresa la linea Mersina-Taururs-Adana. In tal caso la partecipazione dei cittadini francesi nella società contemplata al comma precedente sarà ridotta della quota parte corrispondente al valore delle linee che saranno attribuite in queste condizioni al Governo francese. Esso dovrà esercitare questo diritto entro dodici mesi dall'entrata in vigore del trattato di pace con la Turchia.

Nell'esercizio della società costituita a norma del primo comma di questo articolo sarà tenuto conto dei diritti e interessi particolari riconosciuti ai rispettivi governi nelle zone definite col presente accordo, senza nuocere alla buona gestione delle ferrovie.

Le Potenze contraenti sono d'accordo per favorire in un avvenire prossimo l'unificazione di tutte le reti ferroviarie situate sul territorio che resta ottomano, mercè la costituzione di una società generale per l'esercizio di queste reti. La ripartizione del capitale di questa nuova società sarà stabilita per accordo fra i gruppi interessati.

La società costituita come è previsto nel primo alinea di questo articolo, e così pure tutte le società che possano essere costituite ai fini indicati nel quarto alinea, saranno tenute ad osservare le disposizioni della Parte XI del trattato di pace con la Turchia, e in specie a garantire l'assoluta eguaglianza di trattamento per quanto concerne le tariffe ferroviarie e le agevolezze per i viaggiatori e per le merci, di qualunque nazionalità, destinazione, origine.

Il Governo francese s'impegna, qualora esercitasse il diritto di cui al comma 2° di questo articolo, ad osservare le stesse disposizioni quanto al tratto di ferrovia che gli fosse attribuita.

Art. 5. — Per tutto ciò che è oggetto del presente accordo (*vedere la* carta):

1° La zona nella quale sono riconosciuti gli interessi particolari della Francia è così delimitata:

Al Sud.

dallo sbocco del fiume Lama Su nel golfo di Alessandretta sino al punto in cui la frontiera nord della Siria, quale è descritta nel trattato di pace con la Turchia, incontra il mare:

il Mare Mediterraneo;

da questo punto, verso est, sino all'estremità sud-ovest del gomito del Tigri, circa 6 chilometri a nord di Azekh (27 chilometri a ovest di Gezireh-Ibn-Omar):

la frontiera nord della Siria, quale è descritta nel trattato di pace con la Turchia;

All'Est.

da questo punto verso nord, sino alla confluenza dell'Haso Su col Tigri:

il corso del Tigri a monte;

quindi verso nord, sino ad un punto situato sull'Haso Su, direttamente a sud del Meleto Dagh:

il corso dell'Haso Su a monte;

da questo punto, direttamente a nord sino al Meleto Dagh:

una linea retta;

Al Nord.

da qui verso nord-ovest, sino al punto in cui il limite fra i vilayets di Diarbekir e di Bitlis incontra il corso del Murad Su:

una linea corrispondente a quella delle alture Meleto Dagh, Antogh Dagh, Sir-i-Sire Dagh, Chevtela Dagh;

da questo punto, verso ovest, sino alla confluenza del Murad Su col Kara Su (Euphrate):

il corso del Murad Su a valle;

da questo punto, verso nord, sino a Pingen sul Kara Su (Eufrate):

il corso del Kara Su (Eufrate) a monte;

quindi, verso nord-ovest, sino a Habash Dagh:

una linea retta;

da qui, verso ovest, sino a Batmantash:

una linea corrispondente a quella delle alture Habash Dagh, Terfellu Dagh, Domanli Dagh;

Ad Ovest.

da questo punto, verso sud, sino a Yenikhan:

una linea retta;

da qui, verso sud-ovest, sino all'Ak Dagh, sul limite fra i vilayets di Sivas e di Angora:

una linea che raggiunge e poscia segue la linea di cresta dell'Ak Dagh;

da questo punto, verso sud, sino a un punto esattamente ad ovest di Seresek;

il limite fra i vilayets di Sivas e di Angora;

da questo punto, verso ovest-sud-ovest, sino all'Erdjias Dagh (punto in cui il limite della zona d'interessi italiani fissata qui di seguito raggiunge il limite ovest della zona francese:

una linea retta;

da questo punto, verso sud-ovest, sino a Omarli:

una linea corrispondente a quella delle alture Erdjias Dagh, Develi Dagh e Ala Dagh;

da qui, verso sud e sino alla confluenza del Tarbaz Chai col fiume che discende dal Kara Geul:

una linea retta;

da questo punto verso sud-ovest, e sino al gomito situato 5 chilometri a sud-ovest della sua force:

il corso a monte del fiume che discende dal Kara Geul;

da qui, verso sud-ovest, sino al Perchin Bel:

una linea seguente la cresta del Bulgar Dagh;

da questo punto, verso sud-est, sino alla sorgente del Lama Su:

una linea retta;

quindi, sino alla sua foce nel golfo di Alessandretta;

il corso del Lama Su a valle;

2° La zona nella quale sono riconosciuti gli interessi particolari dell'Italia è compresa nei limiti sottoindicati:

Ad Est:

a partire dallo sbocco del fiume Lama Su nel golfo di Alessandretta e sino all'Erdjias Dagh:

il limite ovest della zona di interessi particolari francesi sopradescritta;

A Nord:

quindi verso ovest e sino alla stazione ferroviaria di Akshahr:

una linea retta modificata in modo da comprendere nella zona la ferrovia da Akshahr a Konia;

poscia verso nord-ovest sino a Kutaya:

una linea che segua la linea ferroviaria da Akshahr a Kutaya, lasciando la ferrovia all'infouri della zona;

da questo punto verso nord-ovest sino al Keshish Dagh:

una linea retta;

da qui verso ovest sino al punto più orientale in cui il limite sud della zona degli stretti incontra l'Abullionte Geul:

una linea retta;

Ad Ovest:

da questo punto, in direzione generale sud sino allo sbocco del fiume che si getta nel Mar Egeo circa 5 chilometri a nord di Scalanova:

il limite sud della zona degli stretti, i limiti nord, est e sud del territorio di Smirne quali sono descritti nel trattato di pace colla Turchia;

A Sud:

da qui e sino allo sbocco del fiume Lama Su nel golfo di Alessandretta:

il Mar Egeo ed il Mar Mediterraneo.

Art. 6. — Quanto ai territori separati dall'antico Impero ottomano, che sono oggetto di mandato, in forza del trattato di pace con la Turchia, la Potenza mandataria godrà, di fronte alle altre Potenze contraenti degli stessi diritti e privilegi di cui godono quanto alle zone descritte all'articolo 5, le Potenze alle quali sono riconosciuti particolari interessi nelle medesime.

Art. 7. — Tutte le concessioni di esercizio del bacino carbonifero di Eraclea, e i mezzi di trasporto e d'imbarco relativi a queste concessioni sono riservati al Governo italiano, senza che possano essere pregiudicati i diritti quesiti della stessa specie (concessioni accordate o chieste) da sudditi alleati o neutrali il 30 ottobre 1918. Quanto ai diritti di esercizio che appartengono a sudditi ottomani, il loro riscatto avverrà d'accordo col Governo ottomano, ma a carico del Governo italiano.

Tuttavia, quando il Governo italiano o le società italiane avranno portato il prodotto annuo delle loro estrazioni di carbone al livello del prodotto che estrarranno, al 1° gennaio 1930, le imprese che il 30 ottobre 1918 appartenevano a sudditi alleati o neutrali, il detto Governo inspirandosi a un principio di equità, si impegna a riservare alla società ottomana di Eraclea costituita con capitali francesi (sempre che questa non abbia espresso prima il desiderio di essere riscattata o di rinunciare al rinnovamento della sua concessione) la quarta parte degli interessi che si costituiranno, raggiunta che sia dal Governo o dalle società italiane un prodotto d'estrazione pari a quello dei sudditi alleati o neutrali predetti al 1° gennaio 1930.

I due Governi si presteranno reciprocamente appoggio diplomatico per ottenere dal Governo ottomano la promulgazione di nuove norme che rispondano alle esigenze di un esercizio moderno e intese a garentire l'esercizio dei diritti minerari concessi, l'impianto di mezzi di traspotro, come ferrovie di miniere e facilitazioni d'imbarco d'ogni specie, e l'impiego eventuale di mano d'opera diversa della mano d'opera ottomana. Resta inteso fin d'ora che tutte le concessioni, siano esse accordate prima o dopo la promulgazione di queste norme, profitteranno di ogni beneficio e vantaggio risultante dalle medesime.

Art. 8. — I Governi francese e italiano ritireranno le proprie truppe dalla zona nella quale i loro particolari interessi sono riconosciuti, rispettivamente quando le Potenze contraenti stimeranno, di comune accordo, che il trattato

predetto è eseguito e che i provvedimenti accettati dalla Turchia, per la protezione delle minoranze cristiane sono entrati in vigore e che la loro attuazione è garentita in modo efficace.

Art. 9. — Ciascuna delle Potenze contraenti a cui sono riconosciuti speciali interessi in una zona del territorio ottomano accetterà con ciò stesso la responsabilità di vegliare alla esecuzione del trattato di pace con la Turchia, per quanto concerne le disposizioni intese a proteggere le minoranze in quella zona.

Art. 10. — Nessuna disposizione di questo accordo sarà di ostacolo al diritto di libero accesso, per fini commerciali ed economici, in qualunque delle zone di cui all'articolo 5 da parte dei sudditi di Stati diversi, salvo le limitazioni contenute nel Trattato di Pace con la Turchia e quelle che le Potenze contrattanti si sono volontariamente imposte col presente accordo.

Art. 11. — Il presente accordo sarà ratificato, sarà communicato al Governo ottomano e pubblicato. Esso entrerà in vigore fra le tre Potenze contraenti contemporaneamente al Trattato di Pace con la Turchia.

Im Zusammenhang mit den übrigen Sèvres-Verträgen ist am 10. August 1920 endlich noch ein Vertrag zustandegekommen, der über Ostthrazien entschied, dessen Schicksal, abgesehen von der Desinteressementerklärung Bulgariens, ja noch unentschieden war. Nun bestimmt ein Vertrag zwischen den Hauptmächten und Griechenland [1]).

L'IMPERO BRITANNICO, LA FRANCIA, L'ITALIA E IL GIAPPONE, principali Potenze alleate e associate,

da una parte;

E LA GRECIA,

dall'altra;

Avendo convenuto di riconoscere la sovranità della Grecia sui territori della Tracia rispetto ai quali la Bulgaria, a termini dell'articolo 48 del trattato di pace firmato a Neuilly-sur-Seine il 27 novembre 1919, ha rinunciato a ogni diritto e titolo, in favore delle principali Potenze alleate e associate;

E desiderando che sia garentito il libero accesso economico della Bulgaria al mare Egeo;

A questo effetto le Alte Parti contraenti hanno nominato come Loro plenipotenziari: . . .

Art. 1. — Le principali Potenze alleate e associate dichiarano di trasferire alla Grecia, che accetta questo trasferimento, ogni diritto e titolo a loro spettante, in forza dell'articolo 48 sul trattato di pace con la Bulgaria, firmato a Neuilly-sur-Seine il 27 novembre 1919, sui territori della Tracia che già appartenevano alla Monarchia bulgara, contemplati nel detto articolo.

Art. 2. — Tutte le frontiere descritte all'articolo 27, n. 3, del trattato di pace con la Bulgaria saranno tracciate sul terreno dalla Commissione di cui all'articolo 43 del trattato predetto.

Art. 3. — Le disposizioni degli articoli 44 e 45 del trattato di pace con la Bulgaria relative alla cittadinanza degli abitanti si applicheranno rispetto ai territori di cui all'articolo 1° di questo trattato.

Si applicheranno del pari le disposizioni dell'articolo 46, circa la protezione delle minoranze, la libertà del transito e l'equo regime del commercio, che sono oggetto di un trattato contemporaneo al trattato presente, e quelle dell'articolo 47, relative in specie alla proporzione e alla natura degli oneri finanziari della Bulgaria che la Grecia dovrà assumere, in ordine al territorio posto sotto la sua sovranità.

---

[1]) Giannini a. a. O. 162ff.

Art. 4. — Le disposizioni della convenzione conchiusa il 27 novembre 1919 fra la Grecia e la Bulgaria circa l'emigrazione reciproca si applicheranno senz'altro rispetto ai territori di cui all'articolo 1° di questo trattato.

Per assicurare alla Bulgaria libero accesso al mare Egeo, le è riconosciuta libertà di transito sui territori e nei porti attribuiti alla Grecia in forza del presente trattato.

Per libertà di transito s'intende quella definita all'articolo 212 del trattato di pace con la Bulgaria, finchè una convenzione generale non sarà conchiusa al riguardo, dopo di che le disposizioni della nuova convenzione saranno sostituite a quelle del predetto articolo.

Convenzioni particolari tra la Grecia e la Bulgaria o le amministrazioni interessate stabiliranno le condizioni di esercizio della facoltà come sopra concessa, e regoleranno in specie l'uso dei porti che vi si trovano, con riserva dell'articolo 5, l'istituzione di servizi e tariffe internazionali (comuni) che ammettono biglietti e lettere di vettura dirette, e l'applicazione della convenzione di Berna del 14 ottobre 1890, e delle disposizioni complementari, finche non sia sostituita da una nuova convenzione.

La libertà di transito si applicherà anche ai servizi postali, telegrafici e telefonici.

Art. 5. — Nel porto di Dedeagatc sarà dato in locazione perpetua alla Bulgaria, se la Società delle Nazioni non le stabilirà un termine, uno spazio che sarà posto sotto il regime di cui agli articoli 11 a 14 e destinato al transito diretto delle merci provenienti dal detto Stato o avviate verso di esso.

La delimitazione del detto spazio, il suo collegamento con le strade ferrate esistenti, la sua manutenzione, il modo di esercizio, e in generale tutte le condizioni del suo uso, compreso il prezzo di locazione, saranno stabilite da una Commissione composta di un delegato della Bulgaria, di un delegato della Grecia, e di un membro designato dalla Società delle Nazioni. Queste condizioni potranno essere rivedute ogni dieci anni con le stesse norme.

Art. 6. — Dedeagatc è dichiarato porto di interesse internazionale. I sudditi, i beni e le bandiere di tutti gli Stati che fanno parte della Società delle Nazioni vi godranno piena libertà di uso del porto, Saranno, a questo riguardo e ad ogni effetto, trattati in condizioni di perfetta eguaglianza, specialmente per quanto concerne le facilitazioni e i diritti di porto e di banchina, comprese le facilitazioni di aucoraggio, di carico e scarico, le tasse e i diritti di stazza, di banchina, di pilotaggio, di faro, di quarantena, e tutte le tasse e i diritti analoghi di qualunque specie, imposti in nome e per conto del Governo, di pubblici funzionari, di privati concessionari, di corporazioni o istituzioni di ogni genere. In specie, nessuna distinzione sarà fatta tra i sudditi, i beni o le bandiere dei diversi Stati, e quelli della Grecia.

Non saranno posti altri impedimenti alla circolazione delle persone e delle navi, oltre quelli che risultano dalle disposizioni relative alle dogane, alla polizia, alle prescrizioni sanitarie, all'emigrazione o all'immigrazione, all'importazione o all'esportazione delle merci proibite. Queste disposizioni dovranno essere ragionevoli ed uniformi, e non ostacolare inutilmente il traffico.

Art. 7. — Qualsiasi competenza o tassa, per l'uso del porto di Dedeagatc e dei suoi accessi o delle comodità accordate, sarà imposta nelle stesse condizioni di eguaglianza stabilite all'articolo 6, e dovrà essere equa, per la misura come per il modo di percezione, tenuto conto delle spese fatte per l'amministrazione, la manutenzione e il miglioramento del porto e dei suoi accessi o nell'interesse della navigazione.

E vietata qualunque competenza o tassa diversa da quelle contemplate nel presente articolo e negli articolo 8, 12 e 13.

Art. 8. — Tutti i diritti e i dazi di consumo percepiti sulle merci importate o esportate per mezzo del porto di Dedeagatc, dovranno essere identici, tanto se la bandiera della nave che ha eseguito o deve eseguire il trasporto fosse la bandiera ellenica, quanto se fosse una bandiera diversa. Salvo circostanze speciali

che giustifichino una eccezione per necessità economiche, tali diritti o dazi dovranno essere stabiliti sulle stesse basi e nella stessa misura dei diritti analoghi percepiti alle frontiere doganali della Grecia. Tutte le agevolezze che fossero accordate da questa su altre vie d'acqua o di terra, o in altri porti, per l'importazione o l'esportazione delle merci, saranno del pari concesse alle importazioni o esportazioni che abbiano luogo per mezzo del porto di Dedeagatc.

Art. 9. — In mancanza di speciali organi per l'esecuzione dei lavori di manutenzione o di miglioramento del porto di Dedeagatc, la Grecia dovrà prendere le disposizioni idonee ad eliminare ogni ostacolo o pericolo per la navigazione, e a rendere facili i movimenti delle navi nel porto.

Art. 10. — La Grecia non dovrà mai intraprendere alcun lavoro di tal natura da menomare la facilità di uso del porto di Dedeagatc o dei suoi accessi.

Art. 11. — Le agevolezze accordate nella zona di cui all'articolo 5 per la costruzione o l'uso di magazzini, la formazione o l'apertura degli imballaggi, saranno stabilite in conformità delle condizioni commerciali del momento. Ogni prodotto di cui sia stato autorizzato il consumo nella detta zona sarà esente da tasse doganali, dazi e altri diritti di qualsiasi specie, salvo il diritto di statistica di cui all'articolo 12. In mancanza di disposizioni contrarie di questo trattato, la Grecia avrà facoltà di autorizzare o interdire le manifatture nella zona stessa. Nessuna distinzione sarà fatta, in quanto concerne qualsiasi disposizione del presente articolo, tra persone di cittadinanza diversa, nè fra prodotti di diversa origine o destinazione.

Art. 12. — Non saranno imposti diritti o tasse diversi da quelli previsti all'articolo 6, all'ingresso dei prodotti nella zona di cui all'articolo 5 o alla loro uscita da essa, qualunque sia il paese estero dal quale provengono o verso del quale sono diretti, salvo un diritto di statistica, che non potrà eccedere l'uno per mille *ad valorem*. Il provento di questo diritto di statistica sarà destinato esclusivamente a mantenere l'ufficio a cui spetterà di compilare il prospetto dei movimenti del commercio e della navigazione nella zona.

Art. 13. — Con riserva delle disposizioni dell'articolo 14 i diritti di cui all'articolo 8 potranno essere percepiti, nelle condizioni stabilite dal medesimo articolo, sulle merci in provenienza o a destinazione della zona di cui all'articolo 5, al loro ingresso nel territorio ellenico e alla loro uscita dal detto territorio rispettivamente.

Art. 14. — Le persone, le merci, i servizi postali, le navi, i galleggianti, le vetture, i vagoni e gli altri veicoli che, provenienti dalla zona di cui all'articolo 5 o ad essa diretti, attraversano il territorio ellenico, saranno reputati in transito attraverso la Grecia, se sono diretti a un altro Stato qualunque, o ne provengono.

Art. 15. — Salvo le disposizioni di cui all'articolo 16, qualunque controversia che sorgesse circa l'interpretazione e l'applicazione degli articoli 4 a 14 di questo trattato sarà definita nel modo stabilito dalla Società delle Nazioni.

Le controversie relative all'esecuzione dei lavori che menomassero le facilità di uso del porto di Dedeagatc e dei suoi accessi saranno istruite d'urgenza, e potranno, senza pregiudizio del parere o della decisione definita sul merito, essere oggetto di parere e di una decisione incidentale per la sospensione o la soppressione immediata dei detti lavori.

Art. 16. — Su richiesta diretta dalla Bulgaria al Consiglio della Società delle Nazioni, sarà nominata una Commissione internazionale, composta di cinque membri, nominati, rispettivamente, dalla Francia, dalla Gran Bretagna, dall'Italia, dalla Grecia e dalla Bulgaria. La Commissione avrà il compito di assicurare l'attuazione del regime di cui agli articoli 4 a 14, per quanto concerne Dedeagatc e l'accesso al porto. Qualsiasi controversia relativa al detto regime sarà definita in primo grado dalla Commissione predetta, che deciderà a maggioranza. Se uno degli Stati interessati intendesse appellarsi dalle sue decisioni, l'appello sarà deferito all'autorità competente della Società delle Nazioni. In attesa delle decisioni di quest'autorità, quelle della Commissione internazionale saranno esecutive.

Nun schien nur noch die albanische Frage offen geblieben zu sein. Sie ist erst 1921 zur Regelung gekommen, wobei gleich hervorgehoben werden mag, daß allein diese Regelung wirklich Gültigkeit erlangt hat. Am 9. November 1921 sind in Verfolg eines Völkerbundsbeschlusses [1]) von England, Frankreich, Italien und Japan zwei décisions folgenden Wortlauts ergangen [2]):

I. L'EMPIRE BRITANNIQUE, LA FRANCE, L'ITALIE ET LE JAPON

Considérant qu'il y a lieu de confirmer le tracé des frontières de l'Albanie, tel qu'il a été établi en 1913 par la Conférence des Ambassadeurs de Londres;

Considérant, d'autre part, que les frontières méridionales de l'Albanie ont été fixées sur le terrain par la Commission de délimitation qui a rédigé la Protocole final de ses travaux à Florence, le 17 décembre 1913, et que la Commission de délimitation des frontières Nord et Est a dû interrompre ses travaux en 1914 à cause des hostilités,

Décident:

I. — Les Gouvernements signataires de la présente Décision reconnaissent le Gouvernement de l'Albanie, constituée en Etat souverain et indépendant.

II. — Une Commission composée de quatre Membres, nommés par les Gouvernements signataires de la présente Décision, sera chargée, dans le plus bref délai, de tracer sur le terrain la lignefrontière Nord et Nord-Est de l'Albanie, dans les conditions indiquées ci-après.

III. — A l'effet d'assurer les relations de bon voisinage entre les Etats situés de part et d'autre de la ligne-frontière à tracer, ladite Commission devra tenir compte, autant que possible, des limites administratives et des intérets économiques locaux. Elle devra, notamment, rectifier le tracé arrêté en 1913 par la Conférence des Ambassadeurs de Londres:

a) Dans la région au Nord-Est de Scutari, de manière, tout en assurant la protection de cette ville, à assurer les débouchés et la protection de Podgoritza et à faire garantir aux populations albanaises voisines le libre passage à travers cette région avec leur bétail, leurs meubles et leurs effets;

b) Dans la région à l'Ouest et au Sud de Prizren, de manière à laisser au territoire de Prizren ses approches naturelles: la nouvelle frontière qui sera fixée sur le terrain partira de la cote 729 au Sud de Godeni et à l'Est de Ciafa Prusit, dans la direction Nord-Sud et rejoindra la frontière de 1913, au Sud de Vad, en passant par les cotes 1996 (Baistriku), 2381 (Koritnik) et 2512 (Nord-Est de Vad), et en laissant à l'Est la limite du territoire occupé par le clan des Gora (d'aprés la carte au 1/200,000 de l'Etat-Major autrichien du 23 janvier 1911, reproduite pour l'Institut géographique de l'armée italienne):

c) Dans la région à l'Ouest et au Sud-Est de Dibra, de manière è laisser entiérement en dehors du territoire albanais la route de Dibra à Struga et à assurer ainsi la liberté des communications économiques de Dibra;

d) Dans la région de Lim, de manière à attribuer à l'Albanie la ville de Lim, et à assurer ainsi, en bordure du lac d'Ohrida, les communications économiques entre Elbasan et Koritza.

IV. — La Commission aura la faculté de s'adjoindre, à titre consultatif, des membres nommes respectivement par les Etats situés de part et d'autre de la ligne-frontière a tracer. Elle pourra prendre en considération les demandes formulées au nom des Gouvernements de ces États, en s'attachant à ce que les rectifications éventuelles ne comportent le transfert que d'un mininum de population.

---

[1]) S. Giannini, trattati e accordi per l'Oriente Mediterraneo, S. 9ff.

[2]) Frangulis II 229ff (eingehend).

V. — A la fin de ses travaux, la Commission rédigera un Protocole qui sera soumis à l'approbation des Gouvernements signataires de la présente Décision.

FAIT à Paris, le neuf novembre mil neuf cent vingt et un.

HARDINGE OF PENSHURST.
JULES CAMBON.
BONIN.
K. ISHII.

II. L'EMPIRE BRITANNIQUE, LA FRANCE, L'ITALIE ET LE JAPON

Reconnaissant que l'indépendance de l'Albanie ainsi que l'intégrité et l'inaliénabilité des ses frontières, telles qu'elles ont été fixées par leur Décision en date du 9 novembre 1921, est une question d'importance internationale;

Reconnaissant que la violation des dites frontières, ou de l'indépendance de l'Albanie, pourrait constituer une menace pour la securité stratégique de l'Italie,

Sont convenus de ce qui suit:

I. — Au cas où l'Albanie se trouverait dans l'impossibilité de maintenir son intégrité territoriale, elle aura la liberté d'adresser au Conseil de la Société des Nations une demande d'assistance étrangère.

II. — Les Gouvernements de l'Empire britannique, de la France de l'Italie et du Japon décident, dans le cas susdit, de donner pour instructions à leurs Représentants dans le Conseil de la Société des Nations, de reccomander que la restauration des frontières territoriales de l'Albanie soit confiée à l'Italie.

III. — En cas de menace contre l'intégrité ou l'indépendance, aussi bien territoriale qu'économique, de l'Albanie du fait d'une agression étrangére ou de tout autre événement, et au cas où l'Albanie n'aurait pas recours dans un délai raisonnable à la faculte prévue à l'article I, les Gouvernements susdits feront connaître la situation qui en résultera au Conseil de la Société des Nations.

Au cas où une intervention serait jugée nécessaire par le Conseil, les Gouvernements susdits donneront à leurs Représentants les instructions prévues à l'article II.

IV. — Au cas où le Conseil de la Société des Nations déciderait, à la majorité, qu'une intervention de sa part n'est pas utile, les Gouvernements susdits examineront la question à nouveau, s'inspirant du principe contenu dans le préambule de cette Déclaration, à savoir que toutes modifications des frontiéres de l'Albanie constituent un danger pour la sécurité stratégique de l'Italie.

FAIT à Paris, le neuf novembre mil neuf cent vingt et un.

HARDINGE OF PENSHURST.
JULES CAMBON.
BONIN.
K. ISHII.

VIII. Abschnitt.

Vom Frieden von Sèvres bis zum Abschluß des Friedens von Lausanne (1920—1923).

Man kann die aus den hier wiedergegebenen diplomatischen Urkunden sich ergebende Verzichtspolitik Italiens hinsichtlich der ihm versprochenen kleinasiatischen Gebiete und vor allem des Dodekanes nur verstehen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß beim Abschluß des Sèvres-Friedens, mit dem (das kann nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden) alle von Italien abgeschlossenen Verträge vom gleichen Tage in Synallagma standen[1]),

[1]) Siehe die Ratifikationsklauseln!

so daß sie nur mit ihm oder überhaupt nicht Gültigkeit erlangen konnten, für Italien bereits feststand, daß die Türken den Vertrag nicht ratifizieren würden. Denn seit dem Frühjahr 1919, da die Griechen in Smyrna gelandet waren, hatte sich manches geändert. Der türkische Nationalpakt vom 26. Januar 1920[1]) hatte bereits klar erkennen lassen, daß die Türkei nicht gewillt sein würde, sich nur als Objekt der Alliierten behandeln zu lassen. Außer Lloyd George und Venizelos hat wohl keiner der Staatsmänner, die den Sèvresfrieden unterzeichnet haben, die ehrliche Überzeugung von der Realisierbarkeit des furchtbaren, weltfremden Vertragsinhaltes gehabt. Vor allem aber: die Überzeugung davon, daß ohne einen neuen Krieg mit der Türkei die Ratifikation des Friedens durch sie nicht zu erlangen sein würde. Zu einem neuen Krieg aber waren Englands Nebenländer nicht zu gewinnen; so mußte Griechenland, dessen Erstminister nur zu bereit erschien[2]), in die Bresche springen. Frangulis[3]) bemerkt dazu: „M. Lloyd George cherchait un auxiliaire qui se chargeât de faire les affaires britanniques tout en croyant défendre ses propres intérêts.

La Grande-Bretagne savait les ambitions de la Grèce et le soldat grec avait souvent fait preuve de qualités militaires sérieuses. Le peuple hellène lui apparaissait comme le peuple désigné pour réaliser sa politique en Orient. Enfin, M. Venizelos qui gouvernait la Grèce à ce moment était par excellence l'homme de l'Angleterre. Néanmoins, l'Angleterre voulait que cette mission fût accomplie sans risque pour elle; elle avertit M. Venizelos qu'il ne pouvait compter sus aucun appui effectif de se part et ella observa la même attitude à l'égard de M. Gounaris."

Venizelos aber merkte wohl, daß Ostthrazien und das Smyrna-Gebiet gegenüber der immer mehr zunehmenden Nationalarmee Kemal Paschas[4]) nicht zu erlangen waren, hinter der schon seit dem berühmten Kongreß von Erzerum und seiner — ein Jahr vor dem Abschluß des Sèvres-Vertrages mit dem inzwischen völlig machtlos gewordenen Sultan, der faktisch in Konstantinopel englischer Gefangener war, zustandegekommenen — Proklamation[5]) nahezu das gesamte türkische Volk stand.

Am 25. Oktober 1920 starb der griechische Stellvertreter-König Alexander auf tragische Weise. Ein Plebiszit im Dezember, das den Gegnern Venizelos' eine überwältigende Mehrheit gab, sprach sich für die Rückberufung König Konstantins aus. Es wäre das Richtige gewesen, nunmehr sofort das kleinasiatische Abenteuer zu liquidieren. Dort, in und um Smyrna, standen 120 000 Griechen. Ihnen gegenüber die ständig wachsende türkische Armee,

[1]) Giannini, documenti S. 31.
[2]) Siehe die aufschlußreichen Urkunden bei Frangulis II 119 ff.
[3]) a. a. O. 119.
[4]) Darüber Frangulis II 146 ff. [5]) Ebenda.

die selbst den Franzosen in Cilicien erheblich zu schaffen machte. Es war ein Symptom, daß die Großmächte Ende Februar 1921 die Vertreter der Angora-Regierung anhörten, die Abänderungen des Sèvres-Friedens im Sinne der Wiederherstellung der Grenzen von 1913 in Thrazien und der uneingeschränkten Rückgabe Smyrnas forderten. Griechenland lehnte das, ja selbst die Entsendung einer interalliierten Kommission[1]) zur Nachprüfung von den Türken gemachter statistischer Angaben ab. Realpolitischer ging Frankreich vor. Am 9. März schloß der französische Ministerpräsident Briand zu London einen Vertrag mit Bekir Bey als Vertreter der großen Nationalversammlung von Angora, der durch Räumung Ciliciens seitens der Franzosen und andere Bestimmungen der neuen Lage Rechnung trug[2]). Und wenn auch Italien zu keinem ratifizierten Abkommen mit der Türkei gelangte, weil die große Nationalversammlung den ihr vorgelegten Text nicht akzeptierte, so war doch 3 Tage nach dem Briand-Bekir-Vertrag ein solcher von dem türkischen Diplomaten und dem Grafen Sforza unterzeichnet worden, der die Zurückberufung der italienischen Truppen, wirtschaftliche Fragen, vor allem aber, soweit er hier interessiert, die für die Griechen recht bedenkliche Bestimmung (Nr. 4) enthielt: „Le Gouvernement Royal d'Italie s'engage à appuyer efficacement auprès de ses alliés toutes les demandes de la Délégation turque relatives an traité de paix, spécialement la restitution à la Turquie de la Thrace et de Smyrne." Es war reichlich gewissenlos, wenn am gleichen 9. März, an dem der Briand-Bekir-Vertrag abgeschlossen wurde, Lloyd George dem griechischen Delegierten Calogeropoulos mitteilte, „que celui-ci n'avait aucune objection à ce que nous entreprenions les opérations contre Mustapha Kemal au cas où nos conseilleirs techniques seraient d'avis que cela est exigé par la sécurité de nos armées"[3]). Mit Recht unterstreicht Frangulis[4]) die aus dieser Erklärung sich ergebenden mildernden Umstände für die griechische Regierung Gunaris, die zudem Venizelos' Erbe angetreten hatte, das sich ohne Gefährdung von Leben und Gut der kleinasiatischen Griechen nicht ohne weiteres liquidieren ließ. Freilich ging auch der griechische Premier von der verblendeten Auffassung aus (mit ihm „le peuple grec, sans aucune différence d'opinions"), daß „certainement une opération militaire amènerait en peu de temps la dissolution des forces kémalistes, et il estime qu'il n'y faudrait pas plus de trois mois"[5]). Am gleichen 10. März, an dem Lloyd George

[1]) a. a. O. 198 ff.
[2]) Giannini, documenti 209 ff.; siehe auch den Angoravertrag (Frank Bouillon) vom 20. X. 21 (eod. 219 ff.).
[3]) Frangulis II 207.
[4]) a. a. O. 209.
[5]) Unterredung Gunaris-Lloyd George 10. III. 21; a. a. O. 210.

den Griechen plein pouvoir gegeben, erteilte der griechische Ministerpräsident Vormarschbefehl an die Truppen in Kleinasien, die in und um Smyrna standen. Gleichzeitig wurden drei Reserveklassen unter die Fahnen gerufen. Der Krieg mit den Kemalisten war in ein aktives Stadium getreten. 2 Tage später wurde von der Londoner Konferenz den Türken ein Angebot gemacht, das bereits wesentliche Modifikationen des Sèvres-Vertrages enthielt und auch das Vilayet Smyrna bei der Türkei beließ. — Nachdem am 19. Juni König Konstantin und Ministerpräsident Gunaris sich nach Smyrna begeben, stießen am 2. Juli die griechischen Truppen aus dem Raume um Smyrna gegen die Nationalarmee auf einer Front von 40 km vor, nachdem ein erster Angriff im März, mit ungeeigneten Kräften unternommen, gescheitert war[1]). Der Vorstoß gelang und führte die Griechen tief in das anatolische Gebiet. Dann, während die Fronten erstarrten und ein beinahe einjähriger Schützengrabenkrieg begann, während dessen sich die Türken mit italienischen und französischen Waffen und Zubehör verproviantierten, versuchten die griechischen Minister Gunaris und Baltazzi auf einer Rundreise in Europa diplomatisch voranzukommen. Dabei stützte sich Griechenland ebensosehr auf die Besetzung des größten Teiles des kleinasiatischen Eisenbahnnetzes wie auf die noch währende Besetzung Konstantinopels und der Meerengen durch die Verbündeten. Die griechische Stellungnahme erhellt aus einem Memorandum an die britische Regierung aus den letzten Tagen des Oktobers 1921. Es lautet[2]):

Le 2 de ce mois, le Gouvernement grec a formellement exprimé son adhésion aux suggestions mises en avant, au nom du Gouvernement britannique, par le Marquis Curzon de Kedleston, en vue de la restauration de la paix dans le Proche-Orient. En conséquence, les points suivants ont été soumis à la considération du Gouvernement de Sa Majesté britannique.

I. — Au cours d'une conversation avec M. Gounaris et M. Baltazzi, le 27 du mois dernier, le Marquis Curzon exprima l'opinion que la paix, dans le Proche-Orient, ne pourrait être obtenue, à moins que certaines modifications ne soient acceptées dans le régime prévu pour le territoire de Smyrne par le traité de Sèvres. Le Gouvernement grec a confiance dans le Gouvernement britannique pour reconnaître que ces modifications ne doivent pas être de nature à compromettre le principe qui fait la base sur laquelle ce régime est fondé, c'est-à-dire la nécessité d'assurer les éléments non-turcs de la population contre les dangers qui découlent de la domination turque. Ce que sont ces dangers, on peut le voir, pour n'en pas donner des exemples choisis dans l'interminable liste des outrages turcs sur ces éléments, par les précédents d'Ismid, où, lors de l'évacuation de la péninsule par l'armée grecque, il n'y eut pas moins de 30.000 habitants qui abandonnèrent leurs demeures pour vivre sur la ration des réfugiés en Grèce, plutôt que de se retrouver sous le régime turc. La majorité de ces réfugiés étaient des Grecs, et il s'y trouvait quelques Arméniens, mais aussi plusieurs milliers de Circassiens musulmans. Personne ne peut raisonnablement douter qu'à moins que des garanties effectives ne soient prises, les horreurs d'Ismid seront répétées dans toute l'Asie Mineure de l'Ouest, et que le retrait des troupes

[1]) a. a. O. 278 ff.
[2]) Frangulis II 315 ff.

grecques serait accompagné d'un exode général de tous ces éléments, Grec, Arménien, Circassien, qui sont convaincus, non sans de bonnes raisons, que le retour du Turc signifierait leur propre extermination.

On se rappellera qu'une conséquence des persécutions qui commencèrent immédiatement après les guerres balkaniques, fut que 300.000 réfugiés arrivèrent en Grèce, de Thrace et d'Asie-Mineure. Grâce à l'occupation grecque, la grande majorité de ceux-ci a pu retourner chez elle. C'est ainsi que dans la zone de Smyrne seulement, 126.000 de ces réfugiés ont été rapatriés. Le retour de ces populations, sous les auspices de l'administration grecque, a eu des résultats qui justifient la prédiction faite par une Commission inter-alliée que „cette administration se prouverait de beaucoup le plus sûr moyen de rétablir la prospérité dans le pays". On trouvera à cet effet des preuves détaillées dans l'annexe A de ce Memorandum. Il dépend aussi clairement de l'exécution d'une garantie sérieuse à leur fournir contre la persécution que ces populations continuent à enrichir la contrée par leur travail ou qu'elles deviennent une fois de plus des exilées.

Le Gouvernement grec a toute confiance que le Gouvernement britannique travaillera donc avec l'idée qu'il est désirable d'étendre cette garantie à une proportion aussi considérable que possible d'éléments non-turcs dans l'Asie Mineure de l'Ouest. Le Gouvernement grec aime à croire qu'en déterminant les limites de la zone dans laquelle le régime en perspective sera établi, ce fait ne sera pas ignoré qu'au travers d'une étendue considérable de territoire au nord et au nord-est de la zone délimitée par le Traité de Sèvres les éléments non-turcs sont prépondérants, et que le sort de ces éléments ne sera pas décidé sans que leurs désirs soient pris en considération. Si ces populations devaient être exclues de la zone prévue, elles abandonneraient indubitablement leurs maisons et se réfugieraient en territoire grec. La Grèce serait ainsi envahie de masses de réfugiés, ce qui comporterait de lourdes charges pour les finances grecques, alors que dans le même temps de fertiles régions de l'Asie Mineure souffriraient du manque de bras.

II. — Un autre point à considérer est qu'il faut trouver un moyen de sauvegarder effectivement le régime que l'on établirait dans la région de Smyrne contre toute attaque exterieure. Les clauses de désarmement du Traité de Sèvres, — et il ne peut y avoir aucun doute que ces clauses doivent être maintenues, — se sont prouvées inadéquates pour ce but. *L'armée kémaliste a sans doute obtenu la plus grande partie de son armement en prenant possession par la force des magasins dans lesquels le matériel de guerre turc, rendu à l'Armistice, avait été concentré par les Alliés.* On ne peut, toutefois, mettre en doute que les Kémalistes aient réussi à importer de l'étranger des quantités considérables d'armes et de munitions. Si une telle importation a été possible, en dépit des difficultés inhérentes à ce fait que l'état de guerre n'a pas encore pris fin en Turquie, il est évident qu'elle sera bien plus facile dans les conditions normales de paix. Même si à l'avenir on pouvait compter que le Gouvernement turc respecterait ses promesses, il est peu probable qu'il souhaite jamais sincèrement ou efficacement d'être capable de dissoudre des organisations semblables à celles de Moustapha Kémal, dirigées contre le statu quo à Smyrne. Le danger, pour cette ville, est ainsi une réalité. Une nouvelle affirmation du principe que tout territoire une fois détaché de la domination ottomane ne peut plus y retourner, aurait un effet moral, calculé pour diminuer ce danger. Malheureusement, certaines atteintes ont été portées à ce principe, dans un passé encore très récent, et elles ont éveillé chez les Turcs l'espoir que ce principe avait perdu de sa force.

Le Marquis Curzon, au cours de sa conversation avec MM. Gounaris et Baltazzi, le 27 du mois dernier, a déclaré qu'il considérait que le refus des Turcs de „faire la paix sur toute base qui laisserait les Grecs à Smyrne" était déraisonnable. Le point de vue grec est que la présence de l'armée hellénique sur le territoire de Smyrne devrait être régularisée sur la base de la reconnaissance de ce fait qu'elle constitue la seule garantie adéquate que le régime à y

établir serait respecté par les Turcs. La Grèce a consenti de lourds sacrifices pour la libération des Grecs d'Asie Mineure. La force des circonstances n'a pas permis la libération intégrale des populations chrétiennes de Turquie, proclamée comme but de guerre par les Alliés, mais qui n'a pu être pleinement réalisée. En conséquence de quoi une opération rendue inévitable par les forces historiques est encore incomplète, et il reste à l'avenir de l'amener à sa fin. Le Gouvernement grec, interprétant le sentiment de la Nation grecque, directement affectée par ce fait, est sous l'obligation impérieuse de déclarer qu'il est essentiel que la position de la Grèce à Smyrne soit régularisée de telle sorte qu'elle puisse efficacement maintenir, par l'armée grecque, la protection du nouveau *statu quo* contre toute attaque.

Des raisons ont déjà été avancées, concernant la nècessité de sauvegarder une aussi grande proportion que possible des éléments non-turcs, raisons toutes en faveur d'une extension vers le nord de la zone de Smyrne. On peut ici ajouter qu'une telle extension, aussi loin que le littoral de Marmara, aiderait matériellement à maintenir le *statu quo* de Smyrne, en facilitant les communications entre la Grèce européenne et l'Asie Mineure et en rendant par conséquent possible le transfert rapide des troupes qui, de plus, seraient par là disponibles pour s'opposer à toute action hostile contre la liberté des Détroits.

III. — Un troisième point, que le Gouvernement grec ne peut ignorer, est que si grande que soit l'extension projetée pour la zone ci-dessus mentionnée, il sera de toutes façons impossible d'y incorporer tous les territoires qui contiennent des masses compactes de populations non-turques. Le Gouvernement grec considère comme un devoir d'attirer l'attention du Gouvernement britannique sur la nécessité de prendre des mesures pour sauvegarder les droits élémentaires de ces populations. Le peu de foi qu'il faut prêter aux promesses turques de respecter les droits des populations sujettes est devenu une vérité historique. Le développement des événements dans un passé récent a rendu la situation encore plus aiguë. D'abord, la Turquie kémaliste est animée d'un esprit nationaliste agressif et intransigeant, que les Kémalistes ont emprunté aux Jeunes Turcs en l'intensifiant. Puis, l'attitude des populations sujettes, qui en temps de guerre, alors que comptant sur la parole des Alliés, elles attendaient une victoire alliée pour assurer leur libération, a agrandi encore le gouffre entre ces populations et leurs voisins turcs. En vérité, des hommes de ces races sujettes se sont battus pendant la guerre dans les rangs des Alliés contre la Turquie, et des dizaines de milliers de Grecs d'Asie, d'Arméniens, de Circassiens, ont lutté avec l'armée grecque contre les Kémalistes. Dans chaque district compris dans la zone occupée par les Grecs des soldats servent actuellement sous le drapeau hellénique, et des volontaires sont venus d'au-delà les lignes grecques. Finalement, le Gouvernement turc, qui n'a jamais été capable de protéger les éléments non-turcs contre l'outrage, en sera moins que jamais capable pour l'avenir. Au moment présent, le Gouvernement *de facto* de Moustapha Kémal a usurpé dans toute l'Anatolie l'autorité qui légalement appartient à Constantinople. Il va de soi qu'à un moment ou à un autre les territoires ottomans seront de nouveau unis sous un seul gouvernement, mais un résultat de l'existence, pour plus de deux ans, du Gouvernement *de facto* à Angora, a été de créer parmi les Turcs dans toute l'Anatolie, un sentiment d'indifférence et de mépris pour Constantinople, et ceci les rendra, à l'avenir, moins obéissants que jamais au contrôle de Constantinople, surtout selon toutes probabilités, ils considéreront que le *pronunciamento* d'Anatolie aura sauvé l'empire ottoman.

C'était afin de sauvegarder l'avenir de ces populations sujettes que le Gouvernement grec avait entrepris la guerre en Asie Mineure. En ceci le peuple grec sé joignit de tout cœur avec son Gouvernement et promptement il consentit aux sacrifices que cette campagne entraînait. Maintenant que la Grèce, dans l'intérêt de la paix, a adhéré aux suggestions du Gouvernement britannique et confie le règlement du problème à la diplomatie alliée, elle considère comme un devoir d'attirer l'attention du Gouvernement britannique, et par conséquent des

Gouvernements alliés en général, sur la position des populations non-turques qui demeureront en dehors du territoire jouissant de la garantie de la région de Smyrne. Le Gouvernement grec considère comme un devoir moral impérieux que des mesures spéciales pour la protection de ces minorités soient envisagées et imposées à la Turquie. La Grèce est prête à prendre sur elle-même les fardeaux militaires et autres, nécessaires pour rendre ces mesures effectives, parce qu'elle ne peut assumer, aux yeux du monde civilisé, la responsabilité de la suite de misères et de l'extermination, conséquences d'un retour de ces populations sous le joug ottoman.

IV. — Il est à espérer que le Gouvernement britannique reconnaîtra que le Gouvernement grec est sincèrement pousse par un esprit de modération. Le Gouvernement grec peut exprimer sans exagération que cet esprit n'a cessé d'animer sa politique. Le 27 du mois dernier, le Marquis Curzon a exprimé cette opinion que la Grèce avait commis une erreur en rejetant les propositions de la Conférence tenue à Londres en mars. Le Marquis Curzon voit aussi une faute de la part de la Grèce dans l'offensive qui commença alors en Asie Mineure, et dans le refus qui suivit de l'offre de la médiation des Alliés en juillet. Sous ce rapport, il est permis de dire que *le Gouvernement grec n'a nullement refusé de discuter les propositions de mars.* Au contraire, il communiqua confidentiellement au Gouvernement britannique qu'il était tout prêt à accepter ces propositions, avec certaines modifications, cela comme une preuve de son esprit de conciliation. Une copie de cette déclaration confidentielle, alors adressée par MM. N. Calogéropoulos et Gounaris, sera trouvée aux Annexes. De plus, *l'offensive de mars fut uniquement inspirée par d'urgentes considérations de nécessité militaire, qui sont établies dans l'Annexe C du présent Memorandum.* Ce sont encore des considérations militaires, établies dans l'Annexe D qui *rendirent impossible la remise de l'offensive de juillet.* Sous ce rapport, on voudra bien se rappeler que dans sa répouse à le Note Collective que lui adressèrent les Alliés à cette occasion, *la Grèce déclarait formellement sa bonné volonté de considérer toutes propositions de paix concrètes qui pourraient être formelles par les puissances.*

Praktische Erfolge hat das Memorandum nicht gezeitigt; England hat nach wie vor Griechenland nicht militärisch unterstützt, ihm aber geraten, nicht aus Kleinasien herauszugehen, um in nicht ungünstigerer Position an den Verhandlungstisch zu kommen, wo es die diplomatische Unterstützung Englands finden würde[1]). Die letztere hat ihm Lloyd George auch schon auf der Konferenz von Cannes im Januar 1922 zuteil werden lassen wollen, ohne freilich infolge der damals erfolgten Demission Briands die von Frangulis[2]) als wahrscheinlich (?) bezeichnete Front gegen die Angoratürken herzustellen. Jedenfalls bedeutete Poincarés Übernahme der Ministerpräsidentschaft bei seiner Einstellung zumindest gegen König Konstantin einen Schlag für die griechischen Hoffnungen.

Am 22. März 1922 waren die drei Außenminister — Frankreichs, Englands und Italiens — in Paris zusammengetreten, um die Orientfrage zur endgültigen Lösung zu bringen. Ergebnis dieser Verhandlungen waren Friedensvorschläge, die beiden Kriegführenden am 26. März 1922 zugeschickt wurden, und die folgenden Wortlaut hatten[3]):

[1]) a. a. O. 319, 320. [2]) a. a. O. 825.
[3]) Frangulis II 360 ff.

EXPOSE.

Les Ministres des Affaires Etrangères des Puissances Alliées, la France, la Grande-Bretagne et l'Italie, après avoir eu l'occasion de s'entretenir préalablement avec les représentants de la Turquie et de la Grèce ont, pendant cinq jours consécutifs, examiné, sous tous ses aspects, la situation dans le Proche Orient et consulté, à chaque étape de leurs délibérations, les experts militaires et financiers convoques à cet effet. Ils sont tous trois tombés d'accord sur les propositions suivantes qu'ils offrent comme la solution la plus équitable qu'il soit en leur pouvir de trouver du problème du Proche Orient.

Les principes qu'ils ont constamment à l'esprit et sur lesquels se fondent leurs propositions, sont les suivants:

Ils désirent rétablir la paix entre les armées adverses de Turquie et de Grèce, en agissant toutefois avec équité envers les deux parties et en n'imposant à aucune d'elles des conditions qui suivraient un échec ou une défaite.

Ils désirent rétablir la nation et la puissance turques dans les territoires qui peuvent être considérés comme leur appartenant, avec Constantinople, leur historique et illustre capitale, pour centre et aussi avec les pouvoirs qui permettent à la Turquie de reprendre une existence nationale vigoureuse et indépendante.

Ils désirent assurer aux Musulmans le régime le plus équitable et mainfenir l'autorité séculière et religieuse du Sultan de Turquie.

Ils désirent donner à la nation grecque une compensation pour les grands sacrifices qu'elle a acceptés pendant la guerre pour la cause des Alliés et lui laisser libre action pour son progrès national et économique. Ils désirent mettre les deux peuples dans les régions où ils sont en contact comme dans celles où leurs populations sont mélangées en mesure de vivre à l'avenir dans des conditions de confiance réciproque et de dignité.

Ils désirent prendre des dispositions pour la protection et la sécruité des différentes minorités, tant musulmanes que chrétiennes ou de toute autre race et de toute autre confession qui, soit en Europe soit en Asie, se trouvent placées au milieu de groupements politiques ou ethniques plus considérables.

Ils désirent prévenir le retour d'un conflit armé entre la nation turque et les puissances européennes avec lesquelles elle a été récemment en guerre.

Ils désirent, par dessus tout, en proposant une solution, n'être suspectés de partialité en faveur d'aucune des deux parties, mais tenir d'une main ferme la balance égale entre elles deux.

A cet effet, les Ministres alliés ont eu pour premier objectif d'amener une suspension des hostilités entre les armées adverses en Asie Mineure, de manière à favoriser le succès des conseils de paix et la réalisation d'un règlement amiable.

Ils ont donc proposé aux Gouvernements de Turquie et de Grèce la conclusion d'un armistice subordonné à des conditions qui sont scrupuleusement équitables pour les deux parties et qui ont été fixées par les autorités militaires sous la présidence du maréchal Foch. Le Gouvernement hellénique a déjà fait connaître qu'il acceptait cette proposition. La décision de la Turquie est attendue. La proposition d'armistice a été faite avec l'intention déclarée d'assurer l'evacuation pacifique de l'Asie Mineure par les forces grecques et la restauration de la souveraineté turque sur l'ensemble de cette région. Les dispositions à prendre pour cette évacuation, première étape du règlement général qui est maintenant proposé, ont été, en même temps que la proposition était faite, élaborées par les autorités militaires sous la présidence du maréchal Foch et peuvent être mises à exécution sans délai. On calcule que le temps nécessaire pour un retrait complet et pacifique des forces grecques dépassera légèrement quatre mois, et, il y a lieu d'observer qu'en cas d'acceptation de ces propositions, par les deux parties, les Turcs recouvreront l'Anatolie, ce qui apparemment est la principale de leurs aspirations nationales, sans nouveaux sacrifices de vies ou d'argent. En même temps, le retrait des troupes grecques s'effectuera avec honneur. Si cette opération réussit, la souveraineté turque en Asie sera pleinement assurée de la Méditerranée à la Mer Noire et aux Détroits, et des frontières de la

Transcaucasie, de la Perse et de la Mésopotamie jusqu'aux rives de la mer Egée. Reconnaissant l'impérieuse nécessité qui découle à la fois des causes stratégiques et géographiques d'assurer la protection des minorités de race ou de religion, quelquefois très nombreuses aussi bien dans les vilayets de Turquie qu'en Europe dans les possessions de la Grèce, les Ministres proposent une série de mesures pour garantir dans les deux régions la sécurité complète des minorités sans distinction de race ou de religion.

Ces mesures reposent à la fois sur les stipulations contenues dans les traités en vigeur ou dans les projets de traité qui ont été préparés et sur les lois civiles ou religieuses des pays intéressés. En outre les Ministres ont décidé d'inviter la Société des Nations à collaborer à ce programme par la nomination de commissaires spécialement chargés dans les deux régions de surveiller l'exécution de ces mesures et leur application aux communautés principalement intéressées. La situation des Arméniens a dû être prise en considération spéciale, tant à cause des engagements contractés par les Puissances alliées au cours de la guerre que des cruelles souffrances endurées par ce peuple. En conséquence, l'aide de la Société des Nations est recherchée, en plus de la protection accordée aux minorités par les dispositions dont il vient d'être parlé, en vue de satisfaire les aspirations traditionnelles des Arméniens à la constitution d'un foyer national.

Les intérêts de la paix et la sécurité de l'avenir exigent que l'Europe ne soit jamais plus exposée aux périls et aux sacrifices qui lui ont été imposés en 1914 et dans les années suivantes par la fermeture des Dardanelles. Les innombrables vies humaines qui ont été sacrifiées en cet endroit et les efforts énormes qui ont été déployés ne doivent pas avoir été dépensés en vain. Les Turcs seront admis à nouveau sur la rive asiatique des Dardanelles dans des conditions qui, grâce à l'établissemest d'une large zone démilitarisée, rendront impossible, dans cette région, tout projet militaire hostile, mais une force alliée d'occupation doi être placée et doit demeurer dans la Péninsule de Gallipoli en vue d'assurer la libre entrée des Détroits. Cette péninsule constituera également une zone démilitarisée. La garnison alliée consistera en une force suffisante pour garantir l'entrée des Dardanelles. La navigation dans les Détroits sera, comme il a été déjà proposé, placée sous la surveillance d'une commission internationale sous un président turc, commission dans laquelle on espère que seront représentés tous les principaux Etats intéressés au commerce et à la navigation dans les Détroits. La zone démilitarisée sur la côte asiatique des Détroits se confondra avec le sandjak actuel de Tchanak. A l'exception de la presqu'île d'Artakoï, il ne sera pas démilitarisé d'autres territoires. Sur les côtes sud de la Mer de Marmara. Sur la rive asiatique du Bosphore, la zone démilitarisée sera limitée à la zone neutre actuelle. Les Iles d'Imbros, de Tenedos, de Lemnos, de Samothrace et de Mitylène, en dehors des Dardanelles, et toutes les îles de la Mer de Marmara seront également démilitarisées. En ce qui concerne la rive européenne des Dardanelles et de la mer de Marmara, les trois ministres des dites Puissances ont eu à faire face au difficile et grave problème du sort de la Thrace Orientale. D'une part, pour les raisons déjà exposées ils n'ont pu accepter une solution qui replacerait la presqu'île de Galipoli au pouvoir de la Turquie. D'autre part, ils ont eu à tenir compte de l'objection que certaines des lignes frontières qui ont été jusqu'a présent proposées entre les possessions européennes de la Turquie, au nord et à l'ouest de Constantinople, et les territoires de la Thrace Orientale occupés par les Grecs assurait une protection insuffisante de la capitale de la Turquie qui pourrait se trouver exposée à l'avenir, soit à la menace d'une invasion militaire, soit au voisinage inquiétant d'une Puissance avec laquelle elle a été récemment en guerre. Ces dangers seraient évidemment écartés de la façon la plus efficace: 1° par l'éloignement de la frontière projetée à une distance suffisante de Constantinople; 2° par une neutralisation effective des territoires situés en dehors de cette frontière. En outre les Ministres avaient à faire face aux incontestables réalités de la situation présente. Que l'attribution de la Thrace Orientale aux Grecs par le traité non ratifié de Sèvres soit

considérée ou non comme un titre valable, les forces grecques occupent en fait cette région et le Gouvernement hellénique exerce l'administration de ces territoires qui en outre renferment et ont longtemps renfermé une population grecque considérable et pour certains points prépondérante. Dans ces conditions, les trois ministres ne pouvaient assumer la responsabilité de demander à la Grèce, non seulement la complète évacuation de l'Anatolie que la Grèce, on doit le rappeler, a été invitée par les Puissances à occuper en 1919, mais en outre la complète évacuation de la Thrace Orientale. En conséquence et en raison de l'importance des considérations stratégiques exposées ci-dessus et qui peuvent se résumer dans le désir raisonnable d'assurer la sécurité de la capitale et de l'Etat Turc en Europe, les Ministres des Affaires Etrangères des Trois Puissances ont invité les autorités militaires à les aider de leurs avis techniques. Ces autorités ont recommandé le tracé d'une ligne qui s'étendra du voisinage de Ganos sur la Mer de Marmara, dans une direction nord et nord-est vers la frontière de la Bulgarie, qu'elle atteindra dans le massif occidental du mont Strandja. Cette frontière laissera Rodosto, ville grecque, à la Turquie. Elle placera Baba-Eski et Kir-Kilissé du côté grec de la frontière turco-grecque. La configuration topographique du pays garantit la sûreté de la frontière, qui se trouvera en outre renforcée par la démilitarisation de tout le territoire de la Thrace Orientale à la fois du côté grec et du côté turc de la frontière. Ainsi, les Grecs ne seront pas en mesure de menacer Constantinople et les Turcs ne seront pas à même d'attaquer les Grecs. L'inspection périodique de cette zone et des autres zones démilitarisée sera faite par les officiers alliés attachés au contingent allié à la presqu'île de Gallipoli dont l'occupation s'étendra, a l'est, jusqu'à Rodosto.

Il a été examiné si des dispositions spéciales devaient être prises pour la ville d'Andrinople qu'il a été reconnu impossible de séparer des territoires environnants de la Thrace Orientale. Smyrne qui reviendra à la Turquie et Andrinople qui sera conservée par les Grecs, se trouvent dans une situation assez analogue. Les trois Ministres sont tout disposés à entrer en communication amicale avec les Gouvernements turc et grec en vue de la conclusion d'un accord amical qui garantirait aux éléments non turcs et non grecs des populations des deux villes une équitable participation à leur administration et qui, en outre, sauvegarderait les institutions et les édifices religieux d'Andrinople. Les trois Ministres n'ont pas la prétention de penser que cette solution du problème de la Thrace sera accueillie chaleureusement par aucune des parties. Ce problème ne peut être aussi aisément résolu. Ils peuvent seulement recommander cette proposition à l'opinion publique, du monde comme celle qui leur paraît la plus conforme à la justice et aux données du problème. En ce qui concerne Constantinople, les trois Gouvernements désirent confirmer leurs intentions, déjà exprimées, de renoncer à la menace contenue dans le projet de traité de Sèvres de revenir plus tard sur la rétrocession aux Turcs de leur capitale. Ils confirment la restitution de cette ville à la pleine autorité du Gouvernement du Sultan et ils sont en outre disposés à s'engager à retirer complètement, après la ratification du traité de paix, les troupes alliées qui l'occupent actuellement. Le Gouvernement turc sera invité à placer une garnison dans la ville, garnison qui constituera une force plus importante que celle qui était envisagée dans le traité de Sèvres.

Restent les questions suivantes: Force armée qu'aura la Turquie dans l'avenir; indépendance financière dont elle jouira, modification ou abrogation des droits capitulaires dont bénéficient les étrangers. Quant aux forces armées de la Turquie, les Puissances alliées ne peuvent abandonner le principe qu'il a été reconnu nécessaire d'appliquer dans les traités conclus avec les autres Etats belligérants. Elles ne peuvent donc admettre de laisser continuer le système de la conscription. Les trois Ministres seront prêts toutefois à examiner avec le Gouvernement turc dans un esprit amical la fixation d'une période à l'expiration de laquelle le système de recrutement par engagements volontaires devra être établi dans ce pays. En ce qui concerne la force numérique de l'armée turque,

les Ministres proposent d'accorder une augmentation assez appréciable des chiffres qui étaient contenus dans le traité de Sèvres ou ont été plus tard suggérés à Londres, en 1921. Les chiffres des forces qui sont aujourd'hui finalement proposés sont: gendarmerie 45,000 hommes, armée régulière 40.000 hommes, soit un total de 85.000 hommes, total qui dépasse très sensiblement le chiffre de 50.000 indiqué par le projet de traité de Sèvres.

Si le Gouvernement turc désirait l'assistance d'officiers étrangers pour l'organisation de la gendarmerie mentionnée ci-dessus, ce qui aurait sans doute pour effet d'en augmenter beaucoup l'efficacité, les Ministres seront prêts à les mettre à la disposition du Gouvernement turc. Les clauses financières du traité de Sèvres seront modifiées, de manière à abandonner l'institution d'une commission financière, tout en conciliant le principe de la souveraineté turque avec la protection des intérêts économiques alliés et avec les mesures de contrôle nécessaires pour assurer le paiement aux Alliés des dettes turques d'avant-guerre ainsi que d'une indemnité fixée à une somme que les Turcs pourront être raisonnablement supposés en état de payer. La commission de la Dette d'avant-guerre sera maintenue et une commission spéciale alliée de liquidation sera organisée pour remplir la mission ci-dessus définie. Quant au régime des capitulations actuellement existantes, les ministres des Puissances ont le désir d'assurer à la Turquie dans la plus large mesure l'indépendance économique compatible avec la protection légitime des intérêts de leur nationaux. A cet effet ils sont prêts, à instituer à Constantinople, dans un délai de trois mois, à dater de la mise en vigueur des traités de paix, une commission composée des représentants de la Grande Bretagne, de la France, de l'Italie et du Japon, ainsi que de la Turquie qui sera chargée de préparer, avec l'aide d'experts techniques représentant les autres Puissances, jouissant des Capitulations des propositions en vue de réviser le régime capitulaire.

En matière fiscale, ces propositions assureront l'égalité fiscale entre les ressortissants étrangers et les Turcs tout en protégeant les premiers contre les taxations excessives et les abus dans la perception des impôts. Elles auront aussi pour objet de provoquer, avec le consentement des Puissances intéressées, toutes les modifications dans les taxes douanières qui seront reconnues nécessaires. En ce qui concerne les capitulations en matière judiciaire, les Ministres des Puissances alliées renouvellent leur offre précédente d'instituer, dans la même période, une commission analogue pour préparer un plan de réformes judiciaires destinées à remplacer le régime des capitulations, qui continuera provisoirement à subsister. En attendant la mise en vigueur du plan proposé, cette commission dans laquelle la Turquie sera représentée sera libre de recommander un système judiciaire mixte ou unifié.

Tels sont dans leurs grandes lignes les traits principaux du règlement que les Ministres des trois grandes Puissances agissant au nom de leurs gouvernements, ont, d'un commun accord, décidé de recommander. Ces propositions sont maintenant soumises, en premier lieu, au jugement des deux parties directement impliquées et en second lieu, mais non à un moindre degré, au jugement du monde civilisé. Il n'est pas besoin d'ajouter que le peuple ou le gouvernement qui les rejetteraient de parti-pris, si un pareil malheur devait arriver, assumerait devant l'opinion publique de l'humanité une très grave responsabilité, celle de reprendre une lutte qui a déjà si pronfondément bouleversé deux continents et dont le renouvellement provoquerait de nouvelles ruines et de nouvelles dévastations et conduirait à un antagonisme permanent entre les races et les religions du Proche-Orient.

Griechenland hat in einem langen Exposé, das der Feder Frangulis' entstammte und juristisch dem noch nicht ratifizierten Sèvres-Vertrag eine Bedeutung zusprach, die ihm rechtlich nicht zukam, zwar die inhaltlichen Ausführungen des Memorandums bekämpft, sich aber doch zum sofortigen Abschluß eines

Waffenstillstands bereit erklärt[1]), die Türkei einen solchen von der vorherigen Räumung Kleinasiens abhängig gemacht. Und zwar sollte die — den Stand der beiderseitigen Truppen bezeichnende — allgemeine Linie Eski-Schehir—Kutahia—Karahissar sofort, das eigentliche besetzte Gebiet mit Smyrna innerhalb von 4 Monaten geräumt werden. Im übrigen machte die Angoraregierung Ausführungen sachlicher Art, auf die hier ebensowenig eingegangen werden kann wie auf den nunmehr einsetzenden, ergebnislos gebliebenen Krieg der diplomatischen Noten[2]). Im Juli beschloß Griechenland von Thrazien aus eine Offensive gegen Konstantinopel zu unternehmen[3]), das von den alliierten Truppen noch besetzt und für befriedet erklärt worden war[4]). Es war im Hinblick auf die moralische Schwächung, die Griechenland durch das vorausgehende Gebot der Mächte, in Kleinasien zurückzugehen, erlitten hatte, ein neuer Schlag, daß der griechischen Regierung am 31. Juli eine Verbalnote der Besatzungsmächte zugestellt wurde, wonach „l'ordre a été donné an Commandement militaire interallié de repousser par la force tout mouvement militaire dirigé contre la zone occupée par leur troupes". Damit war die Idee einer griechischen Besetzung Konstantinopels praktisch erledigt: Am 18. August mußten die königlichen Truppen hinter die Linie Rodosto—Midia zurückgehen.

Am 26. August begann Kemal Paschas glänzend organisiertes und ausgerüstetes Heer seine Offensive gegen die Griechen. Der Durchbruch der Front gelang, der Rückzug der Griechen kam bis zur Küste nicht zum Stehen[5]); am 6. September stand die türkische Kavallerie vor Smyrna, das am 9. besetzt wurde. Am 13. ging die Stadt, wie bekannt, in Flammen auf; ein furchtbares Blutbad — von wem verursacht, wird sich nie einwandfrei feststellen lassen —, bei dem an 100 000 Menschen umkamen, folgte.

Die griechische Armee oder das, was von ihr übriggeblieben, war am 8. und 9. September in Smyrna und Moudania eingeschifft worden. Ein kleiner Teil bezog Stellungen gegenüber Erythrea.

In Mytilene kam es zwei Tage später zu einer Revolte von Heer und Flotte, von denen Abdankung des Königs zugunsten des

[1]) a. a. O. 367 ff.
[2]) a. a. O. 375 ff., 379 ff.
[3]) Über die Gründe a. a. O. 390, 391.
[4]) Eine eigenartige Rechtslage! Einerseits bedeutete der Entwurf von Sèvres (mehr war er vor der Ratifikation noch nicht) noch keine Beendigung des Krieges, anderseits sprachen die Alliierten von Neutralität. Man kann das m. E. nur so auffassen, daß solche Neutralitätserklärungen als schlüssige, den Krieg als durch Einstellung der Feindseligkeiten für beendet erklärende Willenserklärungen mit deklaratorischer Wirkung aufzufassen waren, soweit sie mit entsprechendem Willen der Türkei zusammentrafen.
[5]) Genauer Frangulis II 430 ff.; dort (431) auch über Gründe des Zusammenbruchs.

Kronprinzen, Auflösung der Nationalversammlung und Bildung eines Geschäftsministeriums zur Durchführung von Neuwahlen gefordert wurden. Nachdem revolutionäre Kriegsschiffe und Truppen im Piräus angekommen waren, griff die Revolution auf Griechenland über; am 27. September dankte König Konstantin ab; der Kronprinz bestieg als Georg II. den Thron Griechenlands.

Indessen traf England alle Vorbereitungen zur Verhinderung des Vordringens der Kemalisten in die neutralen Zonen diesseits und jenseits der Meerengen; zu gleicher Zeit aber zogen Franzosen wie Italiener ihre Truppen zurück. Nicht ohne Schwierigkeit kam es am 23. September zur Redaktion einer Note der drei Mächte an die Angora-Regierung, in der es heißt[1]):

Les trois Gouvernements alliés prient le Gouvernement de la Grande Assemblée nationale de vouloir bien leur faire savoir s'il serait disposé à envoyer sans retard un représentant muni de pleins pouvoirs à une réunion, qui se tiendrait à Venise ou ailleurs, et à laquelle seraient également invités, avec les représentants de la Turquie, les plénipotentiaires de la Grande-Bretagne, de la France, de l'Italie, du Japon, de la Roumanie, de l'Etat yougoslave et de la Grèce. Cette réunion aurait lieu des que les dispositions nécessaires auraient été prises par les Gouvernements intéressés. Elle aurait pour objet de négocier et de conclure le traité de paix définitif entre la Turquie, la Grèce et les Puissances alliées.

Les trois Gouvernements alliés saisissent cette occasion pour déclarer qu'ils considèrent avec faveur le désir qu'a la Turquie de récupérer la Thrace jusqu'à la Maritza et Andrinople. A la condition que le Gouvernement d'Angora n'envoie pas son armée, pendant les pourparlers de paix, dans les zones dont les Gouvernements alliés ont proclamé la neutralité provisoire, les trois Gouvernements soutiendront volontiers à la conférence l'attribution de ces frontières à la Turquie, étant entendu d'ailleurs que des mesures seraient prises d'un commun accord, dans le traité, pour sauvegarder les intérêts de la Turquie et de ses voisins, pour démilitariser, en vue du maintien de la paix certaines zones à déterminer, pour obtenir le rétablissement paisible et régulier de l'autorité turque, et enfin pour assurer efficacement, sous les auspices de la Société des Nations, la liberté des Dardanelles, de la mer de Marmara et du Bosphore, ainsi que la protection des minorités de race et de religion. Les trois Gouvernements appuieront, du reste, volontiers, l'admission de la Turquie à la Société des Nations.

Ils sont d'accord pour renouveler l'assurance déjà donnée au mois de mars dernier que les troupes alliées seront retirées de Constantinople aussitôt que le traité entrera en vigueur.

Les trois Gouvernements alliés useront de leur influence pour provoquer, avant, l'ouverture de la conférence, le retrait des forces grecques sur une ligne qui sera fixée par les généraux alliés, d'accord avec les autorités militaires turques et grecques. En retour de cette intervention, le Gouvernement d'Angora s'engagera à n'envoyer, ni avant, ni pendant la conférence, de troupes dans les zones qui ont été provisoirement déclarées neutres et à ne pas franchir les Détroits ni la mer de Marmara. Pour déterminer la ligne dont il est question plus haut, une réunion pourrait immédiatement avoir lieu entre Mustapha Kemal et les généraux alliés, à Moudania ou à Ismidt.

Les Gouvernements alliés ont la conviction que leur appel sera entendu, et qu'ils pourront collaborer avec la Turquie comme avec leurs alliés, au rétablissement d'une paix à laquelle aspire toute l'humanité civilisée.

Paris, le 23 septembre 1922. POINCARÉ, CURZON, SFORZA.

[1]) Frangulis II 445ff.

Die Note kennzeichnete das Gedränge, in das die Mächte geraten waren. Denn sie bedeutet, in Thrazien wenigstens, die prinzipielle Wiederherstellung des status quo ante bellum (magnum). Obwohl die Türken am 24. September in Teile der neutralen Zone einrückten, kam es zu keinem bewaffneten Zusammenstoß ernster Art[1]). Am 3. Oktober trat in Moudania eine Waffenstillstandskonferenz zusammen, an der die Vertreter Frankreichs, Englands, Italiens und der Türkei teilnahmen. Am 11. Oktober kam der Vertrag zustande, dem Griechenland einen Tag später mit gewissen Vorbehalten beitrat. Die Konvention selbst bestimmt[2]):

Les Gouvernements alliés ayant décidé de remettre au Gouvernement de la grande assemblée nationale de Turquie la Thrace orientale, y compris Andrinople, le but de la conférence était:

1° De préciser la ligne derrière laquelle les forces grecques seront invitées à se retirer de la Thrace orientale;

2° D'établir les modalités de l'évacuation des troupes et de l'administration hellénique et l'installation des fonctionnaires et de la gendarmerie du gouvernement de la grande Assemblée dans ce territoire;

3° D'assurer le contrôle de cette région pendant la période transitoire en vue de maintenir l'ordre et la sécurité publiques.

Les délégués se sont mis d'accord sur les points suivants:

I. Les hostilités cesseront entre les forces turques et helléniques à la date de l'entrée en vigueur de la présente convention.

II. La ligne derrière laquelle les troupes helléniques de la Thrace seront invitées à se retirer, dés la mise en vigueur de la présente convention, est constituée par la rive gauche de la Maritza, depuis son embouchure dans la mer Egée, jusqu'au point où elle traverse la frontière de la Thrace avec la Bulgarie.

III. Afin d'éviter toutes les complications possibles jusqu'à la conclusion de la paix, la rive droite de la Maritza (Karagatch inclus) sera occupée par des contingents alliés installés en des points à déterminer par les alliés.

IV. La portion de la voie ferrée longeant la Maritza, de Killengrad (Yesr Moustapha Pacha) à Kuleli-Bourgas, sero l'objet d'une surveillance (à régler par convention spéciale) par une commission mixte comprenant un délégue des trois puissances alliées, de la grande Assemblée et de la Grèce, en vue de maintenir intégralement libre le parcours de cette section de voie qui permet l'accès de la région d'Andrinople.

V. L'évacuation de la Thrace orientale par les troupes grecques commencera aussitôt que possible; elle comprendra les troupes elles-mêmes, les services et les diverses formations militaires et leurs moyens de transport divers, ainsi que les approvisionnements, stocks en matériel de guerre, munitions, dépôts de voitures. Cette évacuation sera effectuée dans le délai d'environ quinze jours.

VI. Les autorités civiles helléniques, y compris la gendarmerie, seront retirées aussitôt que possible. Au fur et à mesure que les autorités helléniques se retireront de chaque région administrative, les pouvoirs civils seront remis aux autorités alliées qui les transmettront, autant que possible, le jour même, aux autorités turques. Pour l'ensemble de la région de Thrace, cette remise devra être terminée dans le délai maximum de trente jours après la fin de l'évacuation par les troupes grecques.

VII. Les fonctionnaires du gouvernement de la grande Assemblée seront accompagnés de forces de gendarmerie nationaliste, d'effectif de la gendarmerie est fixé à 8,000 hommes officiers compris.

---

[1]) Frangulis II 446 ff.

[2]) Giannini, documenti 251 ff.

VIII. Les opérations de retrait des troupes grecques et de transmission de l'administration civile s'effectueront sous la direction de missions interalliées qui seront installées dans les principaux centres. Le rôle de ces missions est de s'entremettre pour faciliter les opérations ci-dessus de retrait et de transmission. Elles s'efforceront d'empêcher les excès de toute nature.

IX. Outre ces missions, des contingents alliés occuperont la Thrace orientale, ces contingents, composés d'environ 7 bataillons, assureront le maintien de l'ordre et serviront de soutien aux missions interalliées ci-dessus.

X. Le retrait des missions et des contingents alliés aura lieu trente jours après que l'évacuation des troupes grecques sera terminée; ce retrait pourra avoir lieu à une date plus rapprochée, pourvu que les gouvernements alliés soient d'accord pour considérer que des mesures suffisantes ont été prises pour le maintien de l'ordre et pour la protection des populations non-turques. C'est ainsi que, dès que d'administration et la gendarmerie du gouvernement de la grande Assemblée fonctionneront régulièrement dans une division administrative, les missions et les contingents alliés pourront être retirés de cette division, avant l'expiration des trente jours prévus.

XI. En Asie, les troupes du gouvernement de la grande Assemblée s'arrêteront sur les lignes suivantes, qui ne devront pas être dépassées jusqu'à l'ouverture et pendant la conférence de la paix:

Région de Tchanak. — Une ligne à une distance d'environ 15 kilomètres de la côte asiatique des Dardanelles, ayant pour origines Koum-Bournou au sud et rejoignant Boz-Bournou (au nord de Lampsaki) au nord.

Péninsule d'Ismidt. — Une ligne allant de Daridjé, sur le golfe d'Ismidt, à Chilé, sur la mer Noire, en passant par Guebzzé ces localités [devant être remises] au gouvernement de la grande Assemblée. La route allant de Daridjé à Chilé pourra être utilisée en commun par les troupes alliées et par celles du gouvernement de la grande Assemblée.

Les lignes ci-dessus seront délimitées par des commissions mixtes composées d'un officier de chacune des armées alliées et d'un officier du gouvernement de la grande Assemblée.

Les gouvernements alliés et le gouvernement de la grande Assemblée, tout en prenant les précautions nécessaires pour prévenir les incidents, s'engagent à ne pas augmenter les effectifs de leurs troupes et à ne pas entreprendre de fortifications ou de travaux militaires dans les régions ci-dessous.

Péninsule d'Ismidt. — A partir du Bosphore, jusqu'à une distance de 15 kilomètres à l'est de la ligne Boz-Bournou à Koum-Bournou.

Péninsule d'Ismidt. — A partir du Bosphore, jusqu'à une distance de 40 kilomètres à l'est de la ligne Daridjé-Chilé.

Le gouvernement de la grande Assemblée s'engage à ne pas placer d'artillerie à moins de 15 kilomètres de la côte, entre Boz-Bournou et Kara-Bournou (au nord de Karabigha) inclusivement.

XII. La présence de troupes alliées sera maintenue sur les territoires où elles sont stationnées actuellement, territoires que le gouvernement de la grande Assemblée s'engage à respecter jusqu'à la décision de la conférence de la paix, savoir:

Dans la péninsule de Constantinople, la zone d'occupation alliée est toute la partie de la péninsule située à l'est de la ligne marquée par un point de la côte de la mer Noire, à 7 kilomètres nord-ouest de Podima, par Istrandja, Murkekli, Kitchaghi, Sinekli, Karasina-Tchiflik, Kadi-Keui, Yenidjé, Fladima-Tchiflik, Kalikratia, tous ces poins inclusivement.

Dans la péninsule de Gallipoli, la zone d'occupation alliée est toute la partie de la péninsule au sud de la ligne Bekian-Bournou (cap Xéros), Boulaïr, embouchure du Soghluch, tous ces points inclusivement.

Jusqu'au retrait des troupes alliées et jusqu'à la cessation de l'occupation de chacune de ces zones, le gouvernement de la grande Assemblée s'engage à respecter les dites zones.

XIII. Le gouvernement de la grande Assemblée s'engage à ne pas transporter de troupes et à ne lever ni entretenir une armée en Thrace orientale jusqu'à la ratification du traité de paix.

XIV. La présente convention entrera en vigueur trois jours après sa signature, c'est-à-dire le 15 octobre 1922, à 0 heure.

Am 21. November 1922 trat in Lausanne unter dem Vorsitz des Engländers Lord Curzon die Friedenskonferenz zusammen. Es waren vertreten: die Vereinigten Staaten, das britische Weltreich, Frankreich, Griechenland, Italien, Japan, Rumänien, Jugoslawien und die Türkei. Soweit die territorialen Fragen in Betracht kamen, hatte Griechenland schon vor Beginn der Konferenz auf Thrazien und Smyrna verzichtet. Schwierigkeiten bot vor allem das Minderheitenproblem[1]) und im Zusammenhang mit ihm die Frage des Bevölkerungsaustausches. Während von den Frieden, die nach dem Weltkrieg abgeschlossen sind, z. B. der von Neuilly den fakultativen Bevölkerungsaustausch kennt[2]), derart, daß hier Minderheiten freiwillig überwandern können, wird hier eine zwangsweise Umsiedlung, **eine staatsvertraglich stipulierte Völkerwanderung,** angeordnet. Für sie hatte sich nicht nur die Türkei, die wegen der auf ihrem Gebiete befindlichen Minderheiten im Laufe des XIX. Jahrhunderts oft Interventionen der Großmächte (man erinnere sich an Art. 61 des Berliner Vertrages!) sich hatte gefallen lassen müssen, anscheinend einer Anregung Nansens folgend, eingesetzt. Auch Venizelos, der griechische Hauptdelegierte, hat sich mit dem von den meisten Autoren bekämpften Prinzip einverstanden erklärt, das, mag es auch wegen der gewaltsamen Entwurzelung von nahezu 2 Millionen Menschen aus Gebieten, in denen ihre Vorfahren Jahrhunderte, ja (die kleinasiatischen Griechen) noch länger gesessen, prima faire grausam erscheinen mag, doch auch wiederum seine Vorzüge hat. Denn es unterbindet Friktionsstoffe zwischen zwei Staaten, Spannungen schaffende oder erhöhende Interventionsmöglichkeiten und — hier zeigt sich das eigene Interesse der unmittelbar Betroffenen selber! — die Gefahr, daß Beamte eines der beteiligten Staaten, wie das gerade die Geschichte des Balkans mit erschreckender Deutlichkeit auf vielen Blättern zeigt, als negotiorum gestores, ja vielleicht sogar autorisiert, Minderheiten gegenüber eine Assimilierungspolitik mit abgestuften Mitteln betreiben[3]). Es war darum nicht nur ein Markstein in der Geschichte der völkerrechtlichen Maßnahmen hinsichtlich der Bevölkerung abgetretener Gebiete, sondern auch vom rein menschlichen Standpunkt aus durchaus nicht so zu mißbilligen, wie das

[1]) Dazu Streit, Der Lausanner Vertrag und der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch, 1929. Répertoire du droit international VII 494.

[2]) Vgl. Streit a. a. O. S. 24ff. und Fußnote 31 mit den dortigen Zitaten.

[3]) Vgl. z. B. Strupp, la situation juridique des Macédoniens en Yougoslavie, 1929.

häufig geschieht, wenn schon am 30. Januar 1923 ein (später zum Bestandteil des Lausanner Friedens erklärter) Vertrag zwischen Griechenland und der Türkei abgeschlossen worden ist, der bestimmt [1] [2]:

Le Gouvernement de la Grande Assemblée Nationale de la Turquie et le Gouvernement hellénique son convenus des dispositions suivantes:

Article 1.

Il sera procédé dès le 1er mai 1923 à l'échange obligatoire des ressortissants turcs de religion grecque-orthodoxe établis sur les territoires turcs et des ressortissants grecs de religion musulmane établis sur les territoires grecs.

Ces personnes ne pourront venir se rétablir en Turquie ou, respectivement en Grèce, sans l'autorisation du Gouvernement turc ou respectivement du Gouvernement hellénique.

Article 2.

Ne seront pas compris dans l'échange prévu à l'Article 1er:

(*a*) les habitants grecs de Constantinople;

(*b*) les habitants musulmans de la Thrace occidentale.

Seront considérés comme habitants grecs de Constantinople tous les Grecs déjà établis avant le 30 octobre 1918 dans les circonscriptions de la Préfecture de la Ville de Constantinople, telles qu'elles sont délimitées par la loi de 1912.

Seront considérés comme habitants musulmans de la Thrace occidentale tous les musulmans établis dans la région à l'Est de la ligne-frontière établie en 1913 par le Traité de Bucarest.

Article 3.

Les Grecs et les musulmans ayant déjà quitté depuis le 18 octobre 1912 les territoires dont les habitants grecs et turcs doivent être respectivement échangés, seront considérés comme compris dans l'échange prévu dans l'Article 1er.

L'expression „émigrant" dans la présente Convention comprend toutes les personnes physiques et morales devant émigrer ou ayant émigré depuis 18 octobre 1912.

Article 4.

Tous les hommes valides appartenant à la population grecque dont les familles ont déjà quitté le territoire turc et qui sont actuellement retenus en Turquie, constitueront le premir contingent de Grecs envoyés en Grèce conformément à la présente Convention.

Article 5.

Sous réserve des stipulations des Articles 9 et 10 de la présente Convention, aucune atteinte ne sera portée aux droits de propriété et créances des Grecs de la Turquie, ou des musulmans de la Grèce par suite de l'échange à effectuer en vertu de la présente Convention.

Article 6.

Il ne pourra être apporté aucun obstacle, pour quelque cause que ce soit, au départ d'une personne appartenant aux populations à échanger. En cas de condamnation définitive à une peine afflictive et en cas de condamnation non encore définitive ou de poursuite pénale contre un émigrant, ce dernier sera livré, par les autorités du pays poursuivant, aux autorités du pays où il se rend, afin qu'il purge sa peine ou qu'il soit jugé.

Article 7.

Les émigrants perdront la nationalité du pays qu'ils abandonnent, et ils acquerront celle du pays de destination dès leur arrivée sur le territoire de ce pays.

---

[1] Treaty Series No. 16 (1923) Cdm 1929 S. 174 ff.

[2] Am gleichen Tage wurde auch ein Abkommen über die Rückgabe von Geiseln und Kriegsgefangenen abgeschlossen (a. a. O. 180 ff.).

Les émigrés qui auraient déjà quitté l'un ou l'autre des deux pays et qui n'auraient pas encore acquis leur nouvelle nationalité, acquerront cette nationalité à la date de la signature de la présente Convention.

Article 8.

Les émigrants seront libres d'emporter avec eux ou de faire transporter leurs biens meubles de toute nature sans qu'il leur soit imposé de ce chef aucun droit, soit de sortie, soit d'entrée, ni aucune autre taxe.

De même, les membres de toute communauté (y compris le personnel des mosquées, tekkes, meddresses, églises, couvents, écoles, hôpitaux, sociétés, associations et personnes morales, ou autres fondations de quelque nature que ce soit), qui doit quitter le territoire d'un des États contractants en vertu de la présente Convention, auront le droit d'emporter librement ou de faire transporter les biens meubles appartenant à leurs communautés.

Les plus grandes facilités de transport seront fournies par les autorités des deux pays, sur la recommandation de la Commission mixte prévue dans l'Article 11.

Les émigrants qui ne pourraient pas emporter tout une partie de leurs biens meubles pourront les laisser sur place. Dans ce cas, les autorités locales seront tenues d'établir contradictoirement avec l'émigrant l'inventaire et la valeur des biens meubles laissés par lui. Les procès-verbaux contenant l'inventaire et la valeur des biens meubles laissés par l'émigrant seront dressés en quatre exemplaires, dont l'un sera conservé par les autorités locales, le second sera remis à la Commissiom mixte prévue à l'Article 11 pour servir de base à la liquidation prévue à l'Article 9, le troisième exemplaire sera remis au Gouvernement du pays d'immigration et le quatrième à l'émigrant.

Article 9.

Les biens immobiliers, ruraux ou urbains, appartenant aux émigrants, aux communautés visées à l'Article 8, ainsi que les biens meubles laissés par ces émigrants ou communautés, seront liquidés, conformément aux dispositions ci-après, par la Commission mixte prévue à l'Article 11.

Les biens situés dans les régions soumises à l'échange obligatoire et appartenant aux institutions religieuses ou de bienfaisance des communautés établies dans une région non soumise à l'échange, devront également être liquidés dans les mêmes conditions.

Article 10.

La liquidation des biens mobiliers et immobiliers appartenant aux personnes ayant déjà quitté les territoires des Hautes Parties Contractantes et considérées en vertu de l'Article 3 de la présente Convention comme rentrant dans l'échange des populations, sera effectuée conformément à l'Article 9 et indépendamment de toutes les mesures de quelque caractère que ce soit qui, conformément aux lois établies et aux règlements de toute nature édictés depuis 18 octobre 1912 en Grèce et en Turquie ou de toute autre manière, ont eu pour résultat une restriction quelconque du droit de propriété sur ces biens, telles que confiscation, vente forcée et autres. Dans le cas où des biens visés au présent Article ainsi qu'à l'Article 9 auraient été frappés d'une mesure de cette nature, leur valeur sera fixée par la Commission prévue à l'Article 11, comme si les mesures en question n'avaient pas été appliquées.

En ce qui concerne les biens expropriés, la Commission Mixte procédera à une nouvelle évaluation de ces biens expropriés depuis le 18 octobre 1912, qui appartenaient aux personnes soumises à l'échange dans les deux pays et qui sont situés dans les territoires soumis à l'échange. La Commission fixera en faveur des propriétaires une compensation qui réparera le préjudice qu'elle constatera. Le montant de cette compensation sera porté au crédit de ces propriétaires et au débit du Gouvernement sur le territoire duquel se trouvent les immeubles expropriés.

Au cas où les personnes visées aux Articles 8 et 9 n'auraient pas touché le revenu des biens de la jouissance desquels elles auraient été privées d'une

manière ou d'une autre, la restitution de la valeur de ces revenus leur sera assurée sur la base du rendement moyen d'avant-guerre, suivant les modalités à fixer par la Commission Mixte.

En procédant à la liquidation des biens Wakoufs en Grèce et des droits et intérêts en découlant, ainsi que des fondations analogues appartenant aux Grecs en Turquie, la Commission Mixte prévue à l'Article 11 s'inspirera des principes consacrés dans les Traités antérieurs, dans le but de faire valoir pleinement les droits et intérêts de ces fondations et des particuliers qui y sont intéressés.

La Commission Mixte prévue à l'Article 11 sera chargée d'appliquer ces stipulations.

Article 11.

Dans un délai d'un mois à partir de l'entrée en vigueur de la présente Convention, il sera créé une Commission Mixte résidant en Turquie ou en Grèce et composée de quatre membres pour chacune des Hautes Parties Contractantes et de trois membres choisis par le Conseil de la Société des Nations parmi les ressortissants des Puissances n'ayant pas participé à la guerre de 1914—1918. La présidence de la Commission sera assumée à tour de rôle par chacun de ces trois membres neutres.

La Commission Mixte aura le droit de constituer, dans les localités où il lui paraîtra nécessaire, des Sous-Commissions travaillant sous ses ordres, et composée chacune d'un membre turc, d'un membre grec, et d'un Président neutre qui sera désigné par la Commission Mixte. La Commission Mixte déterminera les pouvoirs à déléguer aux Sous-Commissions.

Article 12.

La Commission Mixte aura pour attributions de surveiller et faciliter l'émigration prévue par la présente Convention et de procéder à la liquidation des biens mobiliers et immobiliers et prévue aux Articles 9 et 10.

Elle fixera les modalités de l'émigration et celles de la liquidation ci-dessus visée.

D'une façon générale, la Commission Mixte aura tous pouvoirs de prendre les mesures que nécessitera l'exécution de la présente Convention et de décider toutes les questions auxquelles cette Convention pourrait donner lieu.

Les décisions de la Commission Mixte seront prises à la majorité des voix.

Toutes les contestations relatives aux biens, droits et intérêts à liquider seront réglées définitivement par elle.

Article 13.

La Commission Mixte aura tout pouvoir pour faire procéder à l'estimation des biens mobiliers et immobiliers qui doivent être lipuidés en vertu de la présente Convention, les intéressés étant entendus ou ayant été dûment convoqués pour être entendus.

La base de l'estimation des biens qui doivent être liquidés sera la valeur de ces biens monnaie d'or.

Article 14.

La Commission remettra au propriétaire intéressé une déclaration constatant la somme qui lui est due du chef des biens dont il a été dépossédé, biens qui resteront à la disposition du Gouvernement sur le territoire duquel ils sont situés.

Les montants dus sur la base de ces déclarations constitueront une dette du Gouvernement du pays où la liquidation aura eu lieu envers le Gouvernement dont relève l'émigrant. Celui-ci devra en principe recevoir, dans le pays où il émigre, en représentation des sommes qui lui sont dues, des biens d'égale valeur et de même nature que ceux qu'il aura abandonnés.

Tous les six mois, on établira un compte des sommes dues par les Gouvernements respectifs sur la base des déclarations émises comme ci-dessus.

A la liquidation finale, s'il y a équivalence entre les montants respectivement dus, les comptes y relatifs seront compensés. Si l'un des Gouvernements

reste débiteur envers l'autre après compensation, le solde débiteur sera payé au comptant. Si le Gouvernement débiteur demande des délais pour ce paiement, la Commission pourra les lui accorder, pourvu que la somme due soit payée au maximum dans trois annuités. La Commission fixera les intérêts à payer pendant ces délais.

Si la somme à payer est assez importante et nécessite des délais plus longs, le Gouvernement débiteur payera au comptant une somme à déterminer par la Commission Mixte jusqu'à concurrence de 20 % du montant dû et émettra pour le solde des titres d'emprunt portant un intérêt à fixer par la Commission Mixte, amortissable dans un délai maximum de 20 ans. Le Gouvernement débiteur affectera au service de cet emprunt des gages agréés par la Commission, gages qui seront gérés et dont les revenus seront encaissés par la Commission Internationale en Grèce et par le Conseil de la Dette Publique à Constantinople. A défaut d'accord sur ces gages, il appartiendra au Conseil de la Société des Nations de fixer ceux-ci

Article 15.

En vue de faciliter l'émigration, des fonds seront avancés à la Commission Mixte par les États intéressés, dans les conditions fixées par ladite Commission.

Article 16.

Les Gouvernements de la Turquie et de la Grèce se mettront d'accord avec la Commission Mixte prévue à l'Article 11 sur toutes les questions relatives aux notifications à faire aux personnes devant quitter leurs territoires en vertu de la présente Convention et aux ports sur lesquels ces personnes doivent se diriger pour être transportées à leurs pays de destination.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent mutuellement à ce qu'aucune pression directe ou indirecte ne soit exercée sur les populations qui doivent être échangées pour leur faire quitter leurs foyers ou se dessaisir de leurs biens avant la date fixée pour leur départ. Elles s'engagent également à ne soumettre les émigrants, ayant quitté ou qui doivent quitter le pays, à aucun impôt ou taxe extraordinaire. Aucune entrave ne sera apportée au libre exercice par les habitants des régions exceptées de l'échange en vertu de l'Article 2, de leur droit d'y rester ou d'y rentrer et de jouir librement de leurs libertés et de leurs droits de propriété en Turquie et en Grèce. Cette disposition ne sera pas invoquée comme motif pour empêcher la libre aliénation des biens appartenant aux habitants desdites régions exceptées de l'échange et le départ volontaire de ceux de ces habitants qui désirent quitter la Turquie ou la Grèce.

Article 17.

Les frais d'entretien et de fonctionnement de la Commission Mixte et de ses organes seront supportés par les Gouvernements intéressés dans des proportions à déterminer par la Commission.

Article 18.

Les Hautes Parties Contractantes s'engagent à apporter à leur législation respective les modifications qui seraient nécessaires pour assurer l'exécution de la présente Convention.

Article 19.

La présente Convention aura même force et valeur, au regard de Hautes Parties ici contractantes, que si elle figurait dans le Traité de Paix qui sera conclu avec la Turquie. Elle entrera en vigueur immédiatement après la ratification dudit Traité par les deux Hautes Parties Contractantes.

En foi de quoi les Plénipotentiaires soussignés, dont les pleins pouvoirs ont été respectivement reconnus en bonne et due forme, ont signé la présente Convention.

Fait à Lausanne, le trente janvier mil neuf cent vingt-trois, en triple exemplaire, dont un sera remis au Gouvernement hellénique et un au Gouvernement de la Grande Assemblée Nationale de Turquie et dont le troisième sera

déposé aux archives du Gouvernement de la République française, qui en délivrera des copies authentiques aux autres Puissances signataires du Traité de Paix avec la Turquie

(L. S.) E. K. Veniselos.
(L. S.) D. Caclamanos.
(L. S.) Ismet.
(L. S.) Dr. Riza Nour.
(L. S.) Hassan.

Der Hauptvertrag kam erst am 24. Juli zustande, nachdem vorübergehend — vom 4. Februar bis 23. April 1923 — eine Spannung zwischen England und der Türkei zu einer Einstellung der Verhandlungen geführt hatte. Nach ihrer Wiederaufnahme verzichtete der hervorragende türkische Delegationsführer Ismet Pascha auf die ursprünglich von Griechenland verlangte Kriegsentschädigung, erhielt aber auch die Abtretung von Karagatsch, der Vorstadt von Adrianopel. Der Friede von Lausanne vom 24. Juli 1923 [1]) soweit er hier interessiert, bestimmt:

I. Traité de Paix.

L'Empire Britannique, la France, l'Italie, le Japon, la Grèce, la Roumanie, l'État Serbe-Croate-Slovene, d'une part,

et la Turquie, d'autre part,

Animés du même désir de mettre fin définitivement à l'état de guerre qui, depuis 1914, a troublé l'Orient,

Soucieux de rétablir entre eux les relations d'amitié et de commerce nécessaires au bien-être commun de leurs nations respectives.

Et considérant que ces relations doivent âtre basées sur le respect de l'indépendance et de la souveraineté des États,

Ont décidé de conclure un Traité à cet effet et ont désigné pour leurs Plénipotentiaires, savoir: . . .

Lesquels, après avoir exhibé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, ont convenu des dispositions suivantes:

PARTIE I.

CLAUSES POLITIQUES.

Article 1.

A dater de la mise en vigueur du présent Traité, l'état de paix sera définitivement rétabli entre l'Empire britannique, la France, l'Italie, le Japon, la Grèce, la Roumanie, l'État Serbe-Croate-Slovène, d'une part, et la Turquie, d'autre part, ainsi qu'entre leurs ressortissants respectifs

De part et d'autre il y aura relations officielles et, sur les territoires respectifs, les agents diplomatiques et consulaires recevront, sans préjudice d'accords particuliers à intervenir, le traitement consacré par les principes généraux du droit des gens.

SECTION I.

1. Clauses Territoriales.

Article 2.

De la Mer Noire à la Mer Égée, la frontière de la Turquie est fixée comme il suit.

1° Avec la Bulgarie:

De l'embouchure de la Rezvaya jusqu'à ia Maritza, point de jonction des trois frontières de la Turquie, de la Bulgarie et de la Grèce:

la frontière Sud de la Bulgarie, telle qu'elle est actuellement délimitée;

[1]) a. a. O. 10.

2° Avec la Grèce:

De là jusqu'au confluent de l'Arda et de la Maritza:

le cours de la Maritza;

De là vers l'amont de l'Arda, jusqu'à un point sur cette rivière à fixer sur le terrain dans le voisinage immédiat du village de Tchörek-Keuy:

le cours de l'Arda;

De là dans la direction du Sud-Est jusqu'à un point situé sur la Maritza, à 1 kilomètre en aval de Bosna-Keuy:

une ligne sensiblement droite laissant en Turquie le village de Bosna-Keuy. Le village de Tchörek-Keuy sera attribué à la Grèce ou à la Turquie, selon que la majorité de la population y sera reconnue par la Commission prévue à l'Article 5 comme étant grecque ou turque, la population immigrée dans ce village postérieurement au 11 octobre 1922 n'entrant pas en ligne de compte;

De là jusqu'à la Mer Égée:

le cours de la Maritza.

Article 12.

La décision prise le 13 février 1914 par la Conférence de Londres, en exécution des Articles 5 du Traité de Londres du 17/30 mai 1913 et 15 du Traité d'Athènes du 1/14 novembre 1913, ladite décision notifiée au Gouvernement hellénique le 13 février 1914, concernant la souveraineté de la Grèce sur les îles de la Méditerranée orientale, autres que les îles de Imbros, Tenedos et les îles aux Lapins, notamment les îles de Lemnos, Samothrace, Mitylène, Chio, Samos et Nikaria, est confirmée, sous réserve des stipulations du présent Traité relatives aux îles placées sous la souveraineté de l'Italie et visées à l'Article 15. Sauf stipulation contraire du présent Traité, les îles situées à moins de trois milles de la côte asiatique restent placées sous la souveraineté turque.

Article 13.

En vue d'assurer le maintien de la paix, le Gouvernement hellénique s'engage à observer les mesures suivantes dans les îles de Mitylène, Chio, Samos et Nikaria:

1° Aucune base navale ni aucune fortification ne seront établies dans lesdites îles.

2° Il sera interdit à l'aviation militaire grecque de survoler le territoire de la côte d'Anatolie.

Réciproquement, le Gouvernement turc interdira à son aviation militaire de survoler lesdites îles.

3° Les forces militaires helléniques dans lesdites îles seront limitées au contingent normal, applé pour le service militaire, qui pourra être instruit sur place, ainsi qu'à un effectif de gendarmerie et de police proportionné à l'effectif de la gendarmerie et de la police existant sur l'ensemble du territoire hellénique.

Article 14.

Les îles de Imbros et Tenedos, demeurant sous la souveraineté turque, jouiront d'une organisation administrative spéciale composée d'éléments locaux et donnant toute garantie à la population indigène non musulmane, en ce qui concerne l'administration locale ainsi que la protection des personnes et des biens. Le maintien de l'ordre y sera assuré par une police qui sera recrutée parmi la population indigène par les soins et placée sous les ordres de l'administration locale ci-dessus prévue.

Les stipulations conclues ou à conclure entre la Grèce et la Turquie concernant l'échange des populations grecques et turques ne seront pas applicables aux habitants des îles de Imbros et Tenedos.

Article 15.

La Turquie renonce en faveur de l'Italie à tous ses droits et titres sur les îles ci-après énumérées, savoir: Stampalia (Astropalia), Rhodes (Rhodos), Calki (Kharki), Scarpanto, Casos (Casso), Piscopis (Tilos), Misiros (Nisyros), Calimnos (Kalymnos), Leros, Patmos, Lipsos (Lipso), Simi (Symi), et Cos (Kos),

actuellement occupées par l'Italie et les îlots qui en dépendent, ainsi que sur l'île de Castellorizo.

Article 16.

La Turquie déclare renoncer à tous droits et titres, de quelque nature que ce soit, sur ou concernant les territoires situés au dela des frontières prévues par le présent Traité et sur les îles autres que celles sur lesquelles la souveraineté lui est reconnue par ledit Traité, le sort de ces territoires et îles étant réglé ou à régler par les intéressés.

Les dispositions du présent Article ne portent pas atteinte aux stipulations particulières intervenues ou à intervenir entre la Turquie et les pays limitrophes en raison de leur voisinage.

Article 20.

La Turquie déclare reconnaître l'annexion de Chypre proclamée par le Gouvernement britannique le 5 novembre 1914.

Article 21.

Les ressortissants turcs, établis dans l'île de Chypre à la date du 5 novembre 1914, aquerront, dans les conditions de la loi locale, la nationalité britannique, et perdront de ce chef la nationalité turque. Toutefois, ils auront la faculté, pendant une période de deux ans à dater de la mise en vigueur du présent Traité, d'opter pour la nationalité turque; dans ce cas, ils devront quiter l'île de Chypre dans les douze mois qui suivront l'exercice du droit d'option.

Les ressortissants turcs, établis dans l'île de Chypre à la date de la mise en vigueur du présent Traité, et qui, à cette date, auront acquis ou seront en voie d'acquérir la nationalité britannique sur demande faite dans les conditions de la loi locale, perdront également de ce chef la nationalité turque.

Il demeure entendu que le Gouvernement de Chypre aura la faculté de refuser la nationalité britannique aux personnes qui avaient acquis, sans le consentement du Gouvernement turc, une nationalité autre que la nationalité turque.

II. — Dispositions Spéciales.

Article 23.

Les Hautes Parties contractantes sont d'accord pour reconnaître et déclarer le principe de la liberté de passage et de navigation, par mer et dans les airs, en temps de paix comme en temps de guerre, dans le détroit des Dardanelles, la Mer de Marmara et le Bosphore, ainsi qu'il est prévu dans la Convention spéciale conclue à la date de ce jour, relativement au régime des Détroits. Cette Convention aura même force et valeur au regard det Hautes Parties ici contractantes que si elle figurait dans le présent Traité.

Article 24.

La convention spéciale, conclu à la date de ce jour, relativement au régime de la frontière décrite dans l'Article 2 du présent Traité, aura même force et valeur au regard des Hautes Parties ici contractantes que si elle figurait dans le présent Traité.

SECTION II.

Nationalité.

Article 30.

Les ressortissants turcs établis sur les territoires qui, en vertu des dispositions du présent Traité, sont détachés de la Turquie, deviendront, de plein droit et dans les conditions de la législation locale, ressortissants de l'État auquel le territoire est transféré.

Article 31.

Les personnes âgées de plus de 18 ans, perdant leur nationalité turque et acquérant de plein droit une nouvelle nationalité en vertu de l'Article 30, auront la faculté, pendant une période de deux ans à dater de la mise en vigueur du présent Traité, d'opter pour la nationalité turque.

Article 32.

Les personnes, âgées de plus de 18 ans, qui sont établies sur un territoire détaché de la Turquie en conformité du présent Traité, et qui y diffèrent, par la race, de la majorité de la population dudit territoire, pourront, dans le délai de deux ans à dater de la mise en vigueur du présent Traité, opter pour la nationalité d'un des États où la majorité de la population est de la même race que la personne exerçant le droit d'option, et sous réserve du consentement de cet État.

Article 33.

Les personnes ayant exercé le droit d'option, conformément aux dispositions des Articles 31 et 32, devront, dans les douze mois qui suivront, transporter leur domicile dans l'État en faveur duquel elles auront opté.

Elles seront libres de conserver les biens immobiliers qu'elles possèdent sur le territoire de l'autre État où elles auraient eu leur domicile antérieurement à leur option.

Elles pourront emporter leurs biens meubles de toute nature. Il ne leur sera imposé, de ce fait, aucun droit ou taxe, soit de sortie, soit d'entrée.

Article 34.

Sous réserve des accords qui pourraient être nécessaires entre les Gouvernements axerçant l'autorité dans les pays détachés de la Turquie et les Gouvernements des pays où ils sont établis, les ressortissants turcs, âgés de plus de 18 ans, originaires d'un territoire détaché de la Turquie en vertu du présent Traité, et qui au moment de la mise en vigueur de celui-ci, sont établis à l'étranger, pourront opter sour la nationalité en vigueur dans le territoire dont ils sont originaires, s'ils se rattachent par leur cace à la majorité de la population de ce territoire, et si le Gouvernement y exerçant l'autorité y consent. Ce droit d'option devra être exercé dans le délai de deux ans à dater de la mise en vigueur du présent Traité.

Article 36.

Les femmes mariées suivront la condition de leurs maris et les enfants âgés de moins de 18 ans suivront la condition de leurs parents pour tout ce qui concerne l'application des dispositions de la présente Section.

SECTION III.

Protection des Minorités.

Article 37.

La Turquie s'engage à ce que les stipulations contenues dans les Articles 38 à 44 soient reconnues comme lois fondamentales, à ce qu'aucune loi, aucun règlement, ni aucune action officielle ne soient en contradiction ou en opposition avec ces stipulations et à ce qu'aucune loi, aucun règlement ni aucune action officielle ne prévalent contre elles.

Article 38.

Le Gouvernement turc s'engage à accorder à tous les habitants de la Turquie pleine et entière protection de leur vie et de leur liberté, sans distinction de naissance, de nationalité, de langue, de race ou de religion.

Tous les habitants de la Turquie auront droit au libre exercice, tant public que privé, de toute foi, religion ou croyance dont la pratique ne sera pas incompatible avec l'ordre public et les bonnes mœurs.

Les minorités non-musulmanes jouiront pleinement de la liberté de circulation et d'émigration sous réserve des mesures s'appliquant, sur la totalité ou sur une partie du territoire, à tous les ressortissants turcs et qui seraient prises par le Gouvernement turc pour la défense nationale ou pour le maintien de l'ordre public.

Article 39.

Les ressortissants turcs appartenant aux minorités non-musulmanes jouiront des mêmes droits civils et politiques que les musulmanes.

Tous les habitants de la Turquie, sans distinction de religion, seront égaux devant la loi.

La différence de religion, de croyance ou de confession ne devra nuire à aucun ressortissant turc en ce qui concerne la jouissance des droits civils et politiques, notamment pour l'admission aux emplois publics, fonctions et honneurs ou l'exercice des différentes professions et industries.

Il ne sera édicté aucune restriction contre le libre usage par tout ressortissant turc d'une langue quelconque, soit dans les relations privées ou de commerce, soit en matière de religion, de presse ou de publications de toute nature, soit dans les réunions publiques.

Nonobstant l'existence de la langue officielle, des facilités appropriées seront données aux ressortissants turcs de langue autre que le turc, pour l'usage oral de leur langue devant les tribunaux.

Article 40.

Les ressortissants turcs appartenant à des minorités non-musulmanes jouiront du même traitement et des mêmes garanties en droit et en fait que les autres ressortissants turcs. Ils auront notamment un droit égal à créer, diriger et contrôler à leurs frais toutes institutions charitables, religieuses ou sociales, toutes écoles et autres établissements d'enseignement et d'éducation, avec le droit d'y faire librement usage de leur propre langue et d'y exercer librement leur religion.

Article 41.

En matière d'enseignement public, le Gouvernement turc accordera dans les villes et districts où réside une proportion considérable des ressortissants non-musulmans, des facilités appropriées pour asurer que dans les écoles primaires l'instruction soit donnée dans leur propre langue aux enfants de ces ressortissants turcs. Cette stipulation n'empêchera pas le Gouvernement turc de rendre obligatoire l'enseignement de la langue turque dans lesdites écoles.

Dans les villes ou districts où existe une proportion considérable des ressortissants turcs appartenant à des minorités non-musulmanes, ces minorités se verront assurer une part équitable dans le bénéfice et l'affectation des sommes qui pourraient être attribuées sur les fonds publics par le budget de l'État, les budgets municipaux ou autres, dans un but d'éducation, de religion ou de bienfaisance.

Les fonds en question seront versés aux représentants qualifiés des établissements et institutions intéressés.

Article 42.

Le Gouvernement turc agrée de prendre à l'égard des minorités non-musulmanes, en ce qui concerne leur statut familial ou personnel, toutes dispositions permettant de régler ces questions selon les usages de ces minorités.

Ces dispositions seront élaborées par des commissions spéciales composées en nombre égal de représentants du Gouvernement turc et de représentants de chacune des minorités intéressées. En cas de divergence, le Gouvernement turc et le Conseil de la Société des Nations nommeront d'un commun accord un surarbitre choisi parmi les jurisconsultes européens.

Le Gouvernement turc s'engage à accorder toute protection aux églises, synagogues, cimetières et autres établissement religieux des minorités précitées. Toutes facilités et autorisations seront données aux fondations pieuses et aux établissements religieux et charitables des mêmes minorités actuellement existants en Turquie, et le Gouvernement turc ne refusera pas, pour la création de nouveaux établissements religieux et charitables, aucune des facilités nécessaires qui sont garanties aux autres établissements privés de cette nature.

Article 43.

Les ressortissants turcs, appartenant aux minorités non-musulmanes, ne seront pas astreints à accomplir un acte quelconque constituant une violation de leur foi ou de leurs pratiques religieuses, ni frappés d'aucune incapacité s'ils refusent de comparaître devant les tribunaux ou d'accomplir quelque acte légal le jour de leur repos hebdomadaire.

Toutefois, cette disposition ne dispensera pas ces ressortissants turcs des obligations imposées à tous autres ressortissants turcs en vue du maintien de l'ordre public.

Article 44.

La Turquie convient que, dans la mesure où les articles précédents de la présente Section affectent les ressortissants non-musulmans de la Turquie, ces stipulations constituent des obligations d'intérêt international et soient placées sous la garantie de la Société des Nations. Elles ne pourront être modifiées sans l'assentiment de la majorité du Conseil de la Société des Nations. L'Empire britannique, la France, l'Italie et le Japon s'engagent, par les présentes, à ne pas refuser leur assentiment à toute modification desdits articles qui serait consentie en due forme par la majorité du Conseil de la Société des Nations.

La Turquie agrée que tout membre du Conseil de la Société des Nations aura le droit de signaler à l'attention du Conseil toute infraction ou danger d'infraction à l'une quelconque de ces obligations, et que le Conseil pourra procéder de telle façon et donner telles instructions qui paraîtront appropriées et efficaces dans la circonstance.

La Turquie agrée, en outre, qu'en cas de divergence d'opinion sur des questions de droit ou de fait concernant ces articles, entre le Gouvernement turc et l'une quelconque des autres Puissances signataires ou toute autre Puissance, membre du Conseil de la Société des Nations, cette divergence sera considérée comme un différend ayant un caractère international selon les termes de l'Article 14 du Pacte de la Société des Nations. Le Gouvernement turc agrée que tout différend de ce genre sera, si l'autre partie le demande, déféré à la Cour permanente de Justice Internationale. La décision de la Cour permanente sera sans appel et aura la même force et valeur qu'une décision rendue en vertu de l'Article 13 du Pacte.

Article 45.

Les droits reconnus par les stipulations de la présente Section aux minorités non musulmanes de la Turquie, sont également reconnus par la Grèce à la minorité musulmane se trouvant sur son territoire.

PARTIE II.
CLAUSES FINANCIÈRES.

SECTION I.
Dette Publique Ottomane.

Article 46.

La Dette Publique Ottomane, telle qu'elle est définie dans le Tableau annexé à la présente Section, sera répartie dans les conditions stipulées dans la présente Section entre la Turquie, les Etats en faveur desquels des territoires ont été détachés de l'Empire Ottoman à la suite des guerres balkaniques de 1912—1913, les États auxquels les îles visées par les Articles 12 et 15 du présent Traité et le territoire visé par le dernier alinéa du présent Article ont été attribuées; et enfin les Etats nouvellement créés sur les territoires asiatiques détachés de l'Empire Ottoman en vertu du présent Traité. Tous les États indiqués ci-dessus devront, en outre, participer dans les conditions indiquées dans la présente Section aux charges annuelles afférentes au service de la Dette Publique Ottomane à partir des dates prévues par l'Article 53.

A compter des dates fixées par l'Article 53, la Turquie ne pourra en aucune façon être rendue responsable des parts contributives mises à la charge des autres États.

Le territoire de Thrace qui, au 1er août 1914, était sous la souveraineté ottomane et qui se trouve en dehors des limites de la Turquie fixées par l'Article 2 du présent Traité sera, en ce qui concerne la répartition de la Dette Publique Ottomane, considéré comme détaché de l'Empire Ottoman en vertu dudit Traité.

SECTION II.
Clauses Diverses.

Article 58.

La Turquie, d'une part, et les autres Puissances contractantes (à l'exception de la Grèce), d'autre part, renoncent réciproquement à toute réclamation pécuniaire pour les pertes et dommages subis par la Turquie et lesdites Puissances ainsi que par leurs ressortissants (y compris les personnes morales), pendant la période comprise entre le 1er août 1914 et la mise en vigueur du présent Traité, et résultant soit de faits de guerre, soit de mesures de réquisition, séquestre, disposition ou confiscation.

Toutefois, la disposition qui précède ne portera pas atteinte aux stipulations de la Partie III (Clauses économiques) du présent Traité.

La Turquie renonce en faveur des autres Parties contractantes (à l'exception de la Grèce) à tout droit sur les sommes en or transférées par l'Allemagne et l'Autriche en vertu de l'Article 259—1° du Traité de Paix du 28 juin 1919 avec l'Allemagne et de lArticle 210—1° du Traité de Paix du 10 septembre 1919 avec l'Autriche.

Article 59.

La Grèce reconnaît son obligation de réparer les dommages causés en Anatolie par des actes de l'armée ou de l'administration helléniques contraires aux lois de la guerre.

D'autre part, la Turquie, prenant en considération la situation financière de la Grèce telle qu'elle résulte de la prolongation de la guerre et de ses conséquences, renonce définitivement à toute réclamation contre le Gouvernement hellénique pour des réparations.

Article 60.

Les États en faveur desquels un territoire a été ou est détaché de l'Empire ottoman, soit à la suite des guerres balkaniques, soit par le présent Traité, acquerront gratuitement tous biens et propriétés de l'Empire ottoman situés dans ce territoire.

Il est entendu que les biens et propriétés dont les Iradés du 26 août 1324 (8 septembre 1908), du 20 avril 1325 (2 mai 1909) ont ordonné le transfert de la Liste Civile à l'État ainsi que ceux qui, au 30 octobre 1918, étaient administrés par la Liste Civile au profit d'un service public, sont compris parmi les biens et propriétés visés à l'alinéa précédent, lesdits États étant subrogés à l'Empire ottoman en ce qui concerne ces biens et propiétés, les vakoufs constitués sur ces biens devant être respectés.

Le litige surgi entre le Gouvernement hellénique et le Gouvernement turc relativement aux biens et propriétés passés de la Liste Civile à l'État et situés sur les territoires de l'ancien Empire ottoman transférés à la Grèce, soit à la suite des guerres balkaniques, soit postérieurement, sera soumis, selon un compromis à conclure, à un tribunal arbitral à La Haye, conformément au Protocole spécial n° 2 attaché au Traité d'Athènes du 1/14 novembre 1913.

Les dispositions du présent Article ne modifieront pas la nature juridique des biens et propriétés inscrits au nom de la Liste Civile ou administrés par elle et non visés aux alinéas 2 et 3 du présent Article.

SECTION I.
Biens, Droits et Intérêts.

Article 65.

Les biens, droits et intérêts, qui existent encore et pourront être identifiés sur les territoires restés turcs à la date de la mise en vigueur du présent Traité, et qui appartiennent à des personnes étant, au 29 octobre 1914, ressortissants alliés, seront immédiatement restitués aux ayants droit, dans l'état où ils se trouvent.

Réciproquement, les biens, droits et intérêts, qui existent encore et pourront être identifiés sur les territoires placés sous la souveraineté ou le protec-

torat des Puissances alliées au 29 octobre 1914, ou sur des territoires détachés de l'Empire ottoman à la suite des guerres balkaniques et placés aujourd'hui sous la souveraineté desdites Puissances, et qui appartiennent à des ressortissants turcs, seront immédiatement restitués aux ayants droit, dans l'état où ils se trouvent. Il en sera de même des biens, droits et intérêts qui appartiennent à des ressortissants turcs sur les territoires détachés de l'Empire ottoman en vertu du présent Traité et qui auraient été l'objet de liquidations ou autres mesures exceptionnelles quelconques de la part des autorités des Puissances alliées.

Tous biens, droits et intérêts, qui sont situés sur un territoire détaché de l'Empire ottoman en vertu du présent Traité et qui, après avoir été l'objet d'une mesure exceptionnelle de guerre par le Gouvernement ottoman, sont actuellement entre les mains de la Puissance contractante exerçant l'autorité sur ledit territoire, et qui peuvent être identifiés, seront restitués à leur légitime propriétaire, dans l'état où ils se trouvent. Il en sera de même des biens immobiliers qui auraient été liquidés par la Puissance contractante exerçant l'autorité sur ledit territoire. Toutes autres revendications entre particuliers seront soumises à la juridiction compétente locale.

Tous litiges relatifs à l'identité ou à la restitution des biens réclamés seront soumis au Tribunal Arbitral Mixte prévu dans la Section V de la présente Partie.

Article 67.

La Grèce, la Roumanie, l'État Serbe-Croate-Slovène d'une part et la Turquie d'autre part, s'engagent à faciliter réciproquement, tant par des mesures administratives appropriées que par la livraison de tous documents y afférents, la recherche sur leur territoire et la restitution des objets mobiliers de toutes sortes enlevés, saisis ou séquestrés par leurs armées et leurs administrations sur le territoire de la Turquie ou respectivement sur le territoire de la Grèce, de la Roumanie et de l'État Serbe-Croate-Slovène et qui se trouvent actuellement sur ce territoire.

La recherche et la restitution s'effectueront aussi pour les objets susvisés saisis ou séquestrés par les armées et administrations allemandes, austro-hongroises ou bulgares, sur le territoire de la Grèce, de la Roumanie ou de l'État Serbe-Croate-Slovène, et qui auraient été attribués à la Turquie ou à ses ressortissants, ainsi que pour les objets saisis ou séquestrés par les armés grecques, roumaines ou serbes sur le territoire de la Turquie et qui auraient été attribués à la Grèce, à la Roumanie ou à l'État Serbe-Croate-Slovène ou à leurs ressortissants.

Les requêtes afférentes à ces recherches et restitutions seront présentées dans un délai de six mois à dater de la mise en vigueur du présent Traité.

Article 68.

Les dettes résultant des contrats passés, dans les régions occupées en Turquie par l'armée grecque, entre les autorités et administrations helléniques, d'une part, et des ressortissants turcs, de l'autre, seront payées par le Gouvernement hellénique dans les conditions prévues par lesdits contrats.

Article 107.

Les voyageurs et les marchandises en provenance ou à destination de la Turquie ou de la Grèce, utilisant en transit les trois tronçons des Chemins de fer orientaux compris entre la frontière gréco-bulgare et la frontière gréco-turque près de Kouleli-Burgas, ne seront du fait de ce transit assujettis à aucun droit ou taxe, ni à aucune formalité de vérification de passeports ou de douane.

L'exécution des dispositions du présent Article sera assurée par un Commissaire qui sera choisi par le Conseil de la Société des Nations.

Les Gouvernements grec et turc auront le droit de nommer chacun auprès de ce Commissaire un représentant, qui aura pour fonctions de signaler à l'attention du Commissaire toute question relative à l'exécution des susdites dispositions, et qui jouira de toutes les facilités nécessaires pour l'accomplissement de sa tâche. Ces représentants se mettront d'accord avec le Commissaire sur le nombre et le caractère du personnel subalterne dont ils auront besoin.

Il appartiendra audit Commissaire de soumettre à la décision du Conseil de la Société des Nations toute question relative à l'exécution desdites dispositions et qu'il n'aura pas réussi à résoudre. Les Gouvernements grec et turc s'engagent à observer toute décision rendue par ledit Conseil, votant à la majorité.

Le traitement ainsi que les frais relatifs au fonctionnement du service dudit Commissaire seront supportés par parts égales par les Gouvernements grec et turc.

Dans le cas où la Turquie contruirait ultérieurement une ligne de chemin de fer reliant Andrinople à la ligne entre Kouleli-Burgas et Constantinople, les dispositions du présent Article deviendraient caduques en ce qui concerne le transit entre les points de la frontière gréco-turque sis près de Kouleli-Burgas et Bosna-Keuy respectivement.

Chacune des deux Puissances intéressées aura le droit, après un déla de cinq ans à partir de la mise en vigueur du présent Traité, de s'adresser au Conseil de la Société des Nations en vue de faire décider s'il y a lieu de maintenir le contrôle visé aux alinéas 2 à 5 du présent Article. Toutefois, il demeure entendu que les dispositions du premier alinéa resteront en vigueur pour le transit sur les deux tronçons des chemins de fer orientaux entre la frontière gréco-bulgare et Bosna-Keuy.

II. Convention concernant la Frontière de Thrace.

L'Empire britannique, la France, l'Italie, le Japon, la Bulgarie, la Grèce, la Roumanie, l'État serbe-croate-slovène et la Turquie, soucieux d'assurer le maintien de la paix sur les frontières de Thrace,

Et estimant nécessaire à cette fin que certaines dispositions spéciales réciproques soient prises de part et d'autre de ces frontières, ainsi qu'il est prévu par l'Article 24 du Traité de Paix signé en date de ce jour,

Ont décidé de conclure une Convention à cet effet et ont désigné pour leurs Plénipotentiaires, savoir: . . . .

Article 1.

Depuis la Mer Égée jusqu'à la Mer Noire, les territoires s'étendant de part et d'autre des frontières séparant la Turquie de la Bulgarie et de la Grèce seront démilitarisés sur une largeur d'environ trente kilomètres, comprise dans les limites ci-après:

1° *En territoire turc*, de la Mer Égée à la Mer Noire:

une ligne sensiblement parallèle à la frontière de la Turquie avec la Grèce et avec la Bulgarie, définie à l'Article 2, paragraphes 1° et 2°, du Traité de Paix signé en date de ce jour. Cette ligne sera tracée à une distance minimum de trente kilomètres de cette frontière, sauf dans la région de Kirk-Kilissa où elle devra laisser en dehors de la zone démilitarisée la ville elle-même et un périmètre de cinq kilomètres au minimum, compté à partir du centre de cette ville. Elle partira du Cap Ibrije-Burnu, sur la Mer Égée, pour aboutir, sur la Mer Noire, au Cap Serbes-Burnu;

2° *En territoire grec*, de la Mer Égée à la frontière gréco-bulgare:

une ligne partant de la pointe du Cap Makri (le village de Makri exclu), suivant vers le Nord un tracé sensiblement parallèle au cours de la Maritza jusqu'à hauteur de Tahtali, puis gagnant par l'Est de Meherkoz un point à déterminer sur la frontière gréco-bulgare, à quinze kilomètres environ à l'Quest de Kutchuk Derbend;

3° *En territoire bulgare*, de la frontière gréco-bulgare à la Mer Noire;

une ligne partant du point ci-dessus défini, coupant la route d'Adrinople à Kossukavak, à cinq kilomètres à l'Ouest de Papas-Keui, puis tracée à trente kilomètres au minimum de la frontière gréco-bulgare et de la frontière turco-bulgare, sauf dans la région d'Harmanli où elle devra laisser en dehors de la zone démilitarisée la ville elle-même et un périmètre de cinq kilomètres au minimum, compté à partir du centre de cette ville, pour aboutir sur la Mer Noire au fond de la baie située au Nord-Ouest d'Anberler.

Article 2.

Une Commission de délimitation, qui sera constituée dans les quinze jours qui suivront la mise en vigueur de la présente Convention, sera chargée de déterminer et de tracer sur le terrain les limites définies à l'Article 1. Cette Commission sera composée de représentants désignés par la France, la Grande-Bretagne, l'Italie, la Bulgarie, la Grèce et la Turquie, à raison d'un représentant par Puissance. Les représentants bulgare, grec et turc ne prendront part qu'aux opérations concernant respectivement le territoire de la Bulgarie, de la Grèce et de la Turquie; toutefois, le travail d'ensemble résultant de ces opérations sera arrêté et enregistré en commission plénière.

Article 3.

La démilitarisation des zones définies à l'Article 1 sera effectuée et maintenue conformément aux dispositons ci-après:

1° Tous les ouvrages de fortification permanente ou de campagne actuellement existants devront être désarmés et démantelés par les soins de la Puissance sur le territoire de laquelle ils se trouvent. Il ne sera construit aucun nouvel ouvrage de ce genre, ni organisé aucun dépôt d'armes ou de matériel de guerre non plus qu'aucune autre installation offensive ou défensive d'ordre militaire, naval ou aéronautique.

2° Il ne devra stationner ou se mouvoir aucune force armée en dehors des éléments spéciaux, tels que gendarmerie, forces de police, douaniers, gardes-frontières, nécessaires pour assurer l'ordre intérieur et la surveillance des frontières.

L'effectif de ces éléments spéciaux, qui ne devront comprendre aucune aviation, ne dépassera pas, savoir:

a) dans la zone démilitarisée du territoire turc, 5,000 hommes au total;

b) dans la zone démilitarisée du territoire grec, 2,500 hommes au total;

c) dans la zone démilitarisée du territoire bulgare, 2,500 hommes au total.

Leur armement ne comportera que le revolver, le sabre, le fusil et 4 fusils mitrailleurs par 100 hommes, à l'exclusion de toute artillerie.

Ces dispositions ne porteront pas atteinte aux obligations incombant à la Bulgarie en vertu du Traité de Neuilly du 27 novembre 1919.

3° Le survol de la zone démilitarisée par les avions militaires ou navals, de quelque pavillon que ce soit, est interdit. . .

III. Protocole relatif au Territoire de Karagatch, ainsi qu'aux Iles de Imbros et Ténédos, signé par l'Empire britannique, la France, l'Italie, le Japon, la Grèce et la Turquie (Auszug).

Les Soussignés, dûment autorités, conviennent des dispositions suivantes:

III. Les habitants grecs de Karagatch seront soumis à l'échange de populations prévu par la Convention signée le 30 janvier 1923 entre la Grèce et la Turquie; ils bénéficieront des dispositions de ladite Convention, mais ils ne pourront être obligés d'émigrer que six mois après le retablissement de l'état de paix entre la Grèce et la Turquie.

IV. Le retrait des troupes et autorités helléniques des îles de Imbros et Ténédos sera effectué dès que le Traité de Paix en date de ce jour aura été ratifié par les Gouvernements hellénique et turc. Dès ce retrait, les dispositions de l'Article 14 dudit Traité seront appliquées par le Gouvernement turc.

V. Aucun des habitants du territoire mentionné dans le paragraphe I du présent Protocole, non plus qu'aucun des habitants des îles dont traite le paragraphe IV, ne devra être inquiété ou molesté en Turquie sous aucun prétexte en raison de sa conduite militaire ou politique, ou en raison d'une assistance quelconque, qu'il aurait donnée à une Puissance étrangère, signataire du Traité de Paix en date de ce jour, ou à ses ressortissants.

Amnistie pleine et entière est accordée à tous les habitants du territoire et des îles mentionnés à l'alinéa précédent pour tous crimes et délits politiques ou de droit commun commis jusqu'à ce jour.

IV. Protocole relatif au Traité conclu à Sèvres entre les Principales Puissances alliées et la Grèce le 10 août 1920 concernant la Protection des Minorités en Grèce, et au Traité conclu à la même date entre les mêmes Puissances relativement à la Thrace.

Les Gouvernements de l'Empire britannique, de la France, de l'Italie, du Japon et de la Grèce estimant que la mise en vigueur du Traité de Paix et autres Actes conclus au cours de la présente Conférence rend nécessaire la mise en vigueur du Traité conclu à Sèvres le 10 août 1920 entre les Principales Puissances alliées et la Grèce concernant la protection des minorités en Grèce, ainsi que le Traité relatif à la Thrace, conclu également le 10 août 1920 à Sèvres entre les mêmes Puissances,

Les soussignés, dûment autorisés, conviennent au nom de leurs Gouvernements respectifs des dispositions ci-après:

1. Les ratifications relatives aux deux Traités conclus à Sèvres et ci-dessus visés, devront, si le dépôt n'en a pas encore été effectué, être déposées en même temps que les ratifications relatives aux Traité de Paix et Actes signés à Lausanne en date de ce jour.
2. Les stipulations insérées dans l'Article 7, alinéa 2, et dans l'Article 15 du Traité de Sèvres ci-dessus visé concernant la protection des minorités, sont et demeurent supprimées.
3. L'application de la stipulation insérée dans l'Article 1 du Traité de Sèvres ci-dessus visé relatif à la Thrace, sera limitée dans les termes de l'Article 2—2° du Traité de Paix signé en date de ce jour.

Fait à Lausanne, le 24 juillet 1923.

Horace Rumbold.
Pellé.
Garroni.
G. C. Montagna.
K. Otchiai.
E. K. Venisélos.
D. Caclamanos.

Der Schutzvertrag für die Minderheiten in Griechenland bestimmte [1]):

L'Impero Britannico, la Francia, l'Italia e il Giappone, principali Potenze alleate e associate, da una parte;

E la Grecia, dall'altra;

Considerando che dopo il 1° gennaio 1913 notevoli acquisti di territorio sono stati fatti dal Regno di Grecia;

Considerando che il Regno di Grecia, che ha concesso alle popolazioni del proprio territorio l'eguaglianza dei diritti, senza distinzione di origine, di religione o di lingua, desidera confermare queste concessioni ed estenderle alle popolazioni dei territori che fossero riuniti al Regno, per dar loro piena garanzia che saranno governate secondo i principî di libertà e di giustizia;

Considerando che giova affrancare la Grecia da alcuni obblighi da essa contratti di fronte ad alcune Potenze, e sostituirli con altri, di fronte alla Società delle Nazioni;

Considerando finalmente che giova altresí affrancare la Grecia da altri obblighi da essa contratti di fronte a talune Potenze, che costituiscono una limitazione della sua piena sovranità interna;

La Francia e la Gran Bretagna rinunciano, per quanto le concerne, **ai diritti speciali di sorveglianza e di sindacato** attribuiti loro, rispetto alla Grecia, dai trattati di Londra del 7 maggio 1832, del 14 novembre 1863, e per quanto concerne le isole Ionie, del 29 marzo 1864 [2]).

---

[1]) Giannini, documenti 169ff.

[2]) Damit ist nicht die Garantiepflicht der Mächte beseitigt (was ohne Zustimmung Rußlands und Bayerns bzw. Dänemarks gar nicht möglich war),

La Francia e la Gran Bretagna, riconoscendo che mercè il presente trattato la Grecia assume, per il mantenimento delle libertà religiose, obblighi posti sotto la garenzia della Società delle Nazioni, rinunciano, per quanto le concerne, al diritto di garentire la tutela delle predette libertà, attribuito loro dal protocollo numero 3 della Conferenza di Londra del 3 febbraio 1830.

CAPITOLO I.

Art. 1. — La Grecia si impegna a ciò, che le stipulazioni contenute negli articoli 2 a 8 di questo capitolo siano riconosciute come leggi fondamentali, e che nessuna legge, regolamento o atto ufficiale siano in contradizione o in opposizione con esse, nè contro di esse prevalgano.

Art. 2. — La Grecia si impegna a garentire piena e intera protezione della vita e della libertà a tutti i suoi abitanti, senza distinzione di nascita, di nazionalità, di lingua, di religione o di razza.

Tutti gli abitanti della Grecia avranno diritto al libero essercizio, pubblico e privato, di qualsiasi fede, religione o confessione, le cui pratiche non sieno incompatibili con l'ordine pubblico e col buon costume.

Art. 3. — La Grecia riconosce come propri cittadini, di pieno diritto e senza bisogno di alcuna formalità, i sudditi bulgari, ottomani o albanesi che al momento dell'entrata in vigore del presente trattato avevano il proprio domicilio nel territorio trasferito alla Grecia in virtù di trattati conchiusi dopo il 1° gennaio 1913.

Le dette persone, maggiori di 18 anni, avranno tuttavia facoltà di optare, nelle condizioni stabilite da quei trattati, per qualunque altra cittadinanza che fosse loro accessibile. L'opzione del marito implicherà quella della moglie, e l'opzione dei genitori quella dei figli minori di 18 anni.

Le persone che eserciteranno il diritto di opzione dovranno, nei dodici mesi seguenti, salvo disposizione contraria dei trattati predetti, trasportare il proprio domicilio nello Stato in favore del quale avranno optato: potranno conservare i beni immobili che posseggono nel territorio ellenico e portar con sè i propri beni mobili, senza che sia loro imposto perciò alcun diritto di uscita.

Art. 4. — La Grecia riconosce come propri cittadini, di pieno diritto e senza bisogno di alcuna formalità, i sudditi bulgari e ottomani, nati nei detti territori da genitori ivi domiciliati, quando anche al momento dell'entrata in vigore del presente trattato le dette persone non avessero il proprio domicilio nei territori di cui si trattata.

Tuttavia, nei due anni che seguiranno l'entrata in vigore del presente trattato, le dette persone potranno dichiarare alle autorità elleniche del paese di loro residenza che rinunciano alla cittadinanza ellenica; nel qual caso cesseranno di essere considerate cittadini ellenici. La dichiarazione del marito varrà anche per la moglie e quella dei genitori per i figli minori di 18 anni.

Art. 5. — La Grecia s'impegna a non porre alcun impedimento all'esercizio del diritto di opzione stabilito dai trattati di cui all'articolo 3, affine di permettere a chi vi ha interesse di acquistare o no la cittadinanza ellenica.

Art. 6. — La cittadinanza ellenica sarà acquisita di pieno diritto, per il solo fatto della nascita in territorio ellenico, da chiunque non possegga per nascita una cittadinanza diversa.

Art. 7. — Tutti i sudditi ellenici saranno eguali davanti alla legge e godranno di eguali diritti civili e politici, senza distinzione di razza, di religione o di lingua.

La Grecia si impegna, particolarmente, a mettere in vigore, entro tre anni dalla entrata in vigore del presente trattato, un sistema elettoral che tenga conto dei diritti delle minoranze etniche. Questa disposizione si applica soltanto ai nuovi territori acquistati dalla Grecia dopo il 1° agosto 1914.

---

sondern beseitigt sind nur die — nicht bestehenden! — im Weltkriege angemaßten „Spezialrechte“ Frankreichs und Englands.

La differenza di religione, fede o confessione non dovrà nuocere ad alcun cittadino ellenico nel godimento dei diritti civili e politici, in specie per quanto concerne l'ammissione ai pubblici impieghi, funzioni ed onori, o l'esercizio delle varie professioni ed industrie.

Nessuna restrizione sarà imposta al libero uso di qualsiasi lingua, da parte di ogni cittadino ellenico, nelle relazioni private, nel commercio, nella religione, nella stampa e in pubblicazioni d'ogni genere, o nelle pubbliche adunanze.

Nonostante il riconoscimento, da parte del Governo ellenico, di una lingua ufficiale, saranno accordate eque facilitazioni ai cittadini ellenici di lingua diversa, per l'uso della propria lingua, oralmente e in scritto, davanti ai tribunali.

Art. 8. — I cittadini ellenici appartenenti a minoranze etniche, di religione o di lingua, godranno dello stesso trattamento e delle stesse garanzie, in diritto e in fatto, accordate agli altri cittadini ellenici. Avranno, in specie, eguale diritto di fondare, dirigere e amministrare a proprie spese opere di beneficenza, di culto e di carattere sociale, scuole e altri istituti d'educazione, col diritto di usarvi la propria lingua e di esercitarvi liberamente il proprio culto.

Art. 9. — Per quanto concerne il pubblico insegnamento, il Governo ellenico provvederà perchè nelle città e distretti, nei quali risiede una notevole proporzione di cittadini ellenici di lingua diversa dalla lingua greca, siano concesse facilitazioni adeguate per assicurare che ai figli di questi cittadini ellenici sia impartita l'istruzione elementare nella loro lingua. Questa stipulazione non impedirà al Governo ellenico di rendere obbligatorio l'insegnamento della lingua greca nelle scuole elementari.

Nelle città e nei distretti dove esiste una considerevole proporzione di cittadini ellenici appartenenti a minoranze etniche, di religione o di lingua, sarà assicurata a queste minoranze una equa partecipazione nel godimento e nell'uso delle somme che fossero assegnate su fondi pubblici, dai bilanci dello Stato, dei municipi o di altre amministrazioni, a scopo educativo, religioso o di beneficenza.

Le disposizioni di questo articolo si applicheranno soltanto nei territori trasferiti alla Grecia dopo il 1° gennaio 1913.

Art. 10. — Nelle città e distretti nei quali risiede una proporzione notevole di cittadini ellenici di religione ebraica, il Governo ellenico si impegna a provvedere perchè gli Israeliti non siano costretti a compiere alcun atto che costituisca violazione del Sabato e non incorrano in alcuna diminuzione di diritti se si rifiuteranno in quel giorno di comparire davanti i tribunali o di compiere qualsiasi atto legale. Questa disposizione non esimerà tuttavia i detti Israeliti dagli obblighi imposti a tutti i cittadini ellenici per le necessità del servizio militare, della difesa nazionale o del mantenimento dell'ordine pubblico.

Art. 11. — La Grecia s'impegna, durante sei mesi dall'entrata in vigore del presente trattato, a non adottare alcuna nuova disposizione che abbia per fine di modificare il regime fondiario dei territorio acquistati dalla Grecia in conformità dei trattati che hanno posto fine alla guerra del 1914—1919.

Art. 12. — La Grecia consente a concedere autonomia locale, sotto la vigilanza dello Stato ellenico, alle comunità dei Valacchi del Pindo, in materia di culto, di beneficenza, e di insegnamento.

Art. 13. — La Grecia si impegna a riconoscere e mantenere i diritti e la libertà tradizionali di cui godono le comunità monastiche non elleniche del Monte Athos a norma dell'articolo 62 del trattato di Berlino del 13 luglio 1878.

Art. 14. — La Grecia consente a adottare riguardo ai Mussulmani le disposizioni necessarie per regolare secondo le loro consuetudini il loro stato personale e di famiglia.

La Grecia si impegna a proteggere le moschee, i cimiteri e gli altri stabilimenti religiosi mussulmani. Ogni riconoscimento e agevolezza saranno garantite alle fondazioni pie (*vacuf*) e agli istituti mussulmani di culto e di beneficenza che attualmente esistono, e la Grecia non ricuserà alcuna delle agevolezze garentite agli altri istituti privati dello stesso genere, per la fondazione di nuovi istituti di beneficenza e di culto.

Art. 15. — La Grecia si impegna a sottoporre all'approvazione del Consiglio della Società delle Nazioni, entro un anno dalla entrata in vigore del presente trattato, un progetto di statuto per la città di Adrianopoli. Questo progetto importerà un Consiglio comunale in cui saranno rappresentati i vari elementi etnici che abitualmente risiedono nella detta città. I Mussulmani avranno diritto di partecipare alle funzioni esecutive.

La Grecia consente che gli edifizi destinati all'esercizio del culto mussulmano nella città di Adrianopoli siano dichiarati perpetuamente inalienabili e che non possano essere invocati neppure motivi di pubblica utilità per derogare a questo principio.

Art. 16. — La Grecia consente che, in quanto le disposizioni degli articoli precedenti riguardano persone appartenenti a minoranze etniche, di religione o di lingua, esse costituiscano obbligazioni d'interesse internazionale, e debbano essere poste sotto la salvaguardia della Società delle Nazioni. Esse non potranno essere modificate senza il consenso della maggioranza del Consiglio della Società. Gli Stati Uniti d'America. l'Impero britannico, la Francia, l'Italia e il Giappone s'impegnano a non rifiutare il proprio assenso a qualsiasi modificazione dei detti articoli, debitamente approvata dalla maggioranza del Consiglio della Società.

La Grecia consente che qualsiasi membro del Consiglio della Società delle Nazioni abbia il diritto di segnalare all'attenzione del Consiglio ogni infrazione o pericolo d'infrazione a una qualunque delle obbligazioni suddette e che il Consiglio possa prendere quei provvedimenti e dare quelle direttive che stimerà più opportune ed efficaci secondo le circostanze.

La Grecia consente inoltre che in caso di divergenza d'opinioni, su questioni di diritto o di fatto concernenti questi articoli, fra la Grecia e una delle principali Potenze alleate o associate, o qualsiasi altra Potenza che faccia parte del Consiglio della Società delle Nazioni, questa divergenza sia considerata come una controversia di carattere internazionale a termini dell'articolo 14 del patto della Società. Il Governo ellenico consente che ogni controversia di tal genere sia deferita, se l'altra parte lo chiede, alla Corte permanente di giustizia internazionale. La decisione della Corte sarà inappellabile e avrà la stessa efficacia e lo stesso valore di una decisione pronunziata in virtù dell'articolo 13 del patto.

CAPITOLO II.

Art. 17. — La Grecia s'impegna a non concludere alcun trattato, convenzione od accordo, e a non prendere alcun provvedimento che possa impedirle di partecipare a qualsiasi convenzione generale che fosse conclusa sotto gli auspici della Società delle Nazioni, per l'equo trattamento del commercio degli altri paesi, entro cinque anni dall'entrata in vigore del presente trattato.

La Grecia s'impegna del pari ad estendere a tutte le Potenze alleate e associate qualsiasi favore o privilegio che, nel detto periodo di cinque anni, accordasse, in materia doganale, a uno qualunque degli Stati con cui le Potenze alleate e associate sono state in guerra dal mese di agosto 1914, o a qualsiasi altro Stato che in virtù dell'articolo 222 del trattato di pace con l'Austria avesse accordi doganali speciali con gli Stati predetti.

Art. 18. — Finchè non sia conclusa la convenzione generale di cui all'articolo precedente, la Grecia s'impegna ad accordare il trattamento delle navi nazionali, o quello della nazione più favorita, alle navi delle Potenze alleate e associate che accordano un trattamento analogo alle navi elleniche.

Per eccezione a questa norma, è espressamente riconosciuto alla Grecia e a qualsiasi altro Stato alleato o associato il diritto di riservare il traffico di cabotaggio alle navi nazionali.

Le Potenze alleate e associate consentono inoltre a non reclamare, in base a questo articolo, il beneficio di accordi che fossero conclusi dagli Stati a cui è attribuito un territorio già appartenente alla Monarchia Austro-Ungarica, circa il traffico di cabotaggio fra i porti del mare Adriatico.

Art. 19. — In attesa che, sotto gli auspici della Società delle Nazioni, ia conclusa una convenzione generale destinata ad assicurare e mantenere la

libertà delle comunicazioni e del transito, la Grecia s'impegna ad accordare sul proprio territorio, comprese le acque territoriali, la libertà di transito alle persone, merci, navi, vetture, vagoni e corrieri postali, provenienti da una delle Potenze alleate o associate, o ad esse diretti, e a conceder loro, per quanto concerne agevolezze, restrizioni, oneri od altro, un trattamento non meno favorevole di quello concesso alle pereone, merci, navi, vetture, vagoni e corrieri postali ellenici o di qualsiasi altra nazionalità, origine, importazione e proprietà, che godesse di un regime più favorevole.

Gli oneri imposti in Grecia al commercio in transito dovranno essere equi, tenuto conto delle condizioni del commercio stesso. Le merci in transito saranno esenti da ogni diritto doganale o d'altro genere.

Saranno stabilite tariffe comuni per il commercio in transito attraverso la Grecia e per il commercio in transito fra la Grecia e una qualsiasi delle Potenze alleate e associate, con biglietti o lettere di vettura dirette, se la Potenza di cui si tratta ne fa richiesta.

La libertà di transito si estenderà ai servizi postali, telegrafici e telefonici.

Resta inteso che nessuna Potenza alleata o associata avrà diritto di reclamare il benefizio di queste disposizioni per una parte qualsiasi del proprio territorio in cui non sia cnocessa la reciprocità, quanto al medesimo oggetto.

Se, entro cinque anni dall'entrata in vigore del presente trattato, la convenzione generale predetta non sarà stata conchiusa sotto gli auspici della Società delle Nazioni, la Grecia potrà in qualunque tempo metter fine alle disposizioni del presente articolo, salvo preavviso di dodici mesi al segretario generale della Società.

Art. 20. — Tutti i diritti e privilegi concessi con gli articoli precedenti alle Potenze alleate e associate saranno acquisiti del pari a tutti gli Stati membri della Società delle Nazioni.

Il presente Trattato, redatto in francese, in inglese e in italiano, e di cui il testo francese prevarrà in caso di divergenza, sarà ratificato, e entrerà in vigore contemporaneamente al trattato che regolerà definitivamente le sorti della Tracia, come è stabilito all'articolo 48 del trattato di pace con la Bulgaria.

Ils deposito delle ratifiche sarà fatto a Parigi.

Le Potenze il cui Governo risiede fuori d'Europa potranno limitarsi a far sapere al Governo della Repubblica francese, per mezzo del loro rappresentante diplomatico a Parigi, che la loro ratifica è avvenuta, e in tal caso dovranno inviarne lo strumento il più presto possibile.

Sarà fatto un processo verbale di deposito delle ratifiche.

Il Governo francese rimetterà a ciascuna Potenza firmataria una copia certificata conforme del processo verbale di deposito.

IX. Abschnitt.

Vom Lausanner Frieden bis zur Gegenwart (1923—Ende 1930).

Sind freiwilliger Bevölkerungsaustausch, d. h. wechselseitige Ein- und Auswanderung, gerade im Verhältnis von Balkanstaaten nichts Seltenes gewesen[1]), so ist, wie wir gesehen, im Lausanner Vertrag vom 30. Januar 1923 der Austausch obligatorisch angeordnet. Praktisch bedeutete das für eine Million kleinasiatischer Griechen, die mit dem zurückflutenden Heer nach Griechenland gelangt waren, das definitive Verbot der Rückkehr in ihre bisherige Heimat, für eine weitere halbe Million und etwa

[1]) Vgl. die vorzügliche Schrift Streits und die tiefschürfenden Ausführungen Seferiades' Recueil des cours de l'Académie de droit international de la Haye, XXIV (1929) 311—437.

für 350000 Türken das Auswanderungsgebot aus ihren bisherigen Wohnstätten. Daß diese Völkerwanderung im wesentlichen glatt durchgeführt worden ist, bleibt ewig eine Großtat der damit betrauten internationalen Organe, mag auch im einzelnen (zwar die Umgruppierung, aber) die Einwurzelung noch nicht restlos durchgeführt sein. Freilich ist es gerade die Durchführung des Austauschvertrages gewesen, der den durch den unglückseligen Krieg von 1920—1922 besonders heftig gewordenen Haß zwischen den Griechen und den Türken erneut angefacht hat. Nicht so sehr, wie man glauben könnte, wegen des letzten Endes doch praktisch in ihm irgendwo enthaltenen Verzichts Griechenlands auf die große Idee. Wohl aber aus juristischen. So entstand 1924 ein Streit zwischen den Vertragspartnern über die Zahl der nichtaustauschfähigen Griechen Konstantinopels, die ja, soweit sie am (Waffenstillstandtag) 30. Oktober 1918 in Konstantinopel ihre Niederlassung hatten, nicht zur Auswanderung verpflichtet waren. Als im Oktober 1924 die Türken an eine Reihe solcher (ethnisch betrachtet) Griechen Ausweisbefehle ergehen ließen, wandte sich die Athener Regierung an den Völkerbund, der sich ein Gutachten des Weltgerichtshofes erteilen ließ, in dem es heißt[1]):

1) „Que le mot, établis' dans l'article 2 de la Convention de Lausanne du 30 janvier 1923, relative à l'échange des populations grecques et turques, a pour but d'indiquer les conditions de temps et de lieu dont dépend l'échangibilité des Grecs et des Musulmans qui habitent respectivement Constantinople ou la Thrace occidentale; que ce mot vise une situation de fait constituée pour les habitants par une résidence, ayant un caractère durable;

2) Que, pour que les personnes désignées par l'article 2 de la Convention de Lausanne sous le nom d' „habitants grecs de Constantinople" puissent être considérées comme „établies" aux termes de la Convention et exemptées de l'échange obligatoire, elles doivent habiter dans les limites de la préfecture de la ville de Constantinople telles qu'elles sont fixées dans la loi de 1912; y être arrivées, de quelque lieu que ce soit, à une date antérieure au 30 octobre 1918; et avoir eu, dès avant cette dernière date, l'intention d'y résider d'une manière durable."

Dieser Streit war im Haag noch nicht beigelegt, als am 30. Januar 1925 der Patriarch der griechischen orthodoxen Kirche als ein dem Abkommen unterfallender, weil nach dem Stichtag in Konstantinopel angekommener „Grieche" von der Türkei ausgewiesen wurde. Griechenland wandte sich wiederum an den Völkerbund, doch kam ein Kompromiß zustande[2]).

[1]) Publications de la Cour Permanente de Justice Internationale du 21 février 1925 Série B Nr. 10 S. 25/26.

[2]) Vgl. Strupp in Revue de droit international et des sciences diplomatiques, 1925, S. 1 ff. (Gutachten).

War in den vorerwähnten Fällen die griechische Regierung als Klägerin aufgetreten, so beschwerte sich 1925 die Türkei, weil die Athener Regierung Grundstücke dem Austausch nicht unterworfener thrazischer Moslims zum Zwecke der Zuweisung an griechische Flüchtlinge eingezogen hatte. Dieser Streit ist durch den Völkerbund zur Erledigung den neutralen Mitgliedern der gemischten Flüchtlingskommission zugewiesen worden.

Am 21. Juni 1925 bzw. am 1. Dezember 1926 waren zwischen den beiden Regierungen zwei Abkommen zustandegekommen[1]). Das erstere erlaubte „niedergelassenen" Griechen, die während der Unruhen aus Konstantinopel geflohen waren, dorthin zurückzukehren, verpflichtete anderseits aber Griechenland, die Expropriationen in Westthrazien, von denen eben gesprochen wurde, durch Kauf zu ersetzen. Das zweite Abkommen ging weiter. Es ordnete die Rückgängigmachung jener Enteignungen an und verpflichtete Griechenland, zur Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen auf Grund von Grundstücksaustausch, ½ Million £ aus den griechischen, von der internationalen Finanzkommission kontrollierten Einkünften bereitzustellen. Beide Abkommen sind nicht zur Durchführung gekommen. 1928 mußte sich der Weltgerichtshof in diesem Zusammenhang erneut mit griechisch-türkischen Problemen beschäftigen[2]), nachdem 1926 der Völkerbundsrat mit der Tätigkeit der Grenzabmarkungskommission von Griechenland befaßt worden war[3]): Lauter Zeichen bestehender Spannungen zwischen Athen und Konstantinopel. Da trat 1928 Mussolini auf den Plan. Noch vor kurzem Gegner beider Staaten — man denke an den Korfukonflikt 1923, an die 1926 diskutierte Absicht Italiens, türkische Gebiete zu besetzen — veranstaltet er in Mailand eine Zusammenkunft mit dem türkischen und mit dem griechischen, von Genf zurückkommenden Außenminister, auf der die Idee eines Freundschafts- und Schiedsvertrages à trois besprochen wurde. Das war ein großartiger Gedanke, nicht unähnlich dem in Locarno zuerst vertraglich verwirklichten einer Détente zwischen Deutschland und Frankreich. Der Vertrag à trois ist nun freilich nicht zustandegekommen, wiewohl jedenfalls der Ministerpräsident der griechischen Republik, Veniselos, der Idee von Freundschafts- und Schiedsverträgen durchaus sympathisch gegenüberstand. Italiens großer Staatsmann und Führer, der wohl weitergehende Pläne hegte und beide Staaten in ein System bringen wollte, das eine Art Gegenblock gegen Frankreich und Jugoslawien dargestellt hätte, und in dem seit dem Tiranapakt von 1927 mit der in ihm festgelegten Allianz Albanien einen starken Pfeiler bedeutet, hat

[1]) Text Société des Nations Recueil des traités Bd. 68 S. 13—35.
[2]) Publications B Nr. 16, 28. VIII. 1928 (Gutachten).
[3]) League of Nations, Minutes of the 39 Session of the council, 511—16, 529/30.

es damals jedenfalls noch nicht zu einer Entente, noch nicht einmal zu einer Détente à 3 gebracht. Nur mit Italien haben am 30. Mai 1928[1]) die Türkei, am 23. September 1928 Griechenland Gerichts- und Vergleichsverträge abgeschlossen[2]). Gerade 1928 und 1929 sind im Zusammenhange mit dem Austausch- und Liquidationsproblem neue Streitigkeiten zwischen Griechenland und der Türkei entstanden. Vor allem aber waren es erhebliche Kriegsschiffbestellungen der Türkei in Italien (außer der Reparatur ihres großen Schlachtkreuzers Yawuz, der ehemaligen Breslau, vor allem 2 Zerstörer, 2 U-Boote und 4 andere Kriegsfahrzeuge) und darauf der Beschluß der griechischen Kammer, 2 Zerstörer zu erwerben und den Schlachtkreuzer Salamis vollenden zu lassen, die wieder einmal das Kriegsgespenst auftauchen ließen. Da kam im Frühjahr 1930 die öffentliche Erklärung Veniselos', er halte die türkische Politik für friedfertig, nahm im März der türkische Gesandte in Athen an der 100jährigen Unabhängigkeitsfeier teil. Neue Verhandlungen über die Flüchtlingsfrage führten dann am 10. Juni 1930 zu dem — man könnte ihn nennen — Entspannungsvertrag zwischen den beiden Staaten, der trotz heftigen Protestes der Ausgetauschten in Griechenland, bewußt und gewollt[3]) die lange erhoffte Détente darstellt. Der äußerst wichtige Vertrag bestimmt[4]):

I. Convention sur la liquidation définitive des questions découlant de l'application du Traité de Lausanne et de l'Accord d'Athènes au sujet de l'échange des populations.

La Grèce, d'une part, et la Turquie, d'autre part, également animées du désir de liquider définitivement toutes les questions nées de l'application des conventions, déclarations, accords et autres actes ainsi que de leurs annexes se rapportant à l'échange des populations turques et grecques prévu par le Traité de Lausanne, ont résolu de conclure une convention à cet effet, et ont nommé, pour leurs plénipotentiaires, à savoir:

Le président de la République hellénique, Son Excellence M. S. Polychroniadis, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire de Grèce;

Le président de la République turque, Son Excellence le docteur Tevfik Rustu Bey, député d'Izmir, ministre des affaires étrangères,

lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes:

CHAPITRE PREMIER

Biens des échangeables.

Article premier. — Les biens meubles et immeubles laissés en Grèce par es musulmans échangeables passent, en toute propriété, au gouvernement hellénique.

Art. 2. — Les biens meubles et immeubles laissés en Turquie par les Grecs échangeables passent, en toute propriété, au gouvernement turc.

Art. 3. — Toutes oppositions faites par les deux gouvernements sur les dépôts de toute nature, actuellement existant auprès des banques, seront levées dans

[1]) Europäische Gespräche 1928 S. 310.
[2]) Europäische Gespräche 1928 S. 542.
[3]) Vgl. die Präambel!
[4]) Europe Nouvelle 11. X. 30, S. 1478 ff.

les quinze jours suivant la date de la signature de la présente convention et lesdits dépôts seront restitués à leurs ayants-droit, la commission mixte pouvant, à cet effet, prêter, le cas échéant, ses bons offices aux intéressés.

Art. 4. — Les deux gouvernements confient aux membres neutres de la commission mixte d'échange le soin d'émettre immédiatement leur avis sur la solution de la question de la liquidation des biens des échangeables parmi lesquels sont comprises les réclamations sur la dîme des tabacs et les coffres-forts au sujet des échangeables.

Ils s'engagent à faire connaître leur adhésion dans le plus bref délai et avant de soumettre le présent accord à la ratification.

CHAPITRE II

Biens des bénéficiaires de la déclaration IX.

Art. 5. — Les biens meubles et immeubles appartenant aux musulmans bénéficiaires de la déclaration IX passent, en toute propriété, au gouvernement hellénique, exception faite des biens immeubles qui ont été restitués à leurs propriétaires et qui se trouvent effectivement en leur possession et jouissance.

Art. 6. — Les biens meubles et immeubles appartenant aux Grecs bénéficiaires de la déclaration IX passent, en toute propriété, au gouvernement turc.

CHAPITRE III

Art. 7. — Les biens immeubles appartenant aux musulmans ressortissants turcs, situés en Grèce, passent, en toute propriété, au gouvernement hellénique, exception faite des biens immeubles qui ont été restitués à leurs propriétaires et qui se trouvent effectivement en leurs possession et jouissance.

Passent également en la propriété du gouvernement hellénique les meubles des ressortissants turcs saisis et liquidés postérieurement à la mise en vigueur du Traité de Lausanne.

Il demeure entendu que les meubles existant dans les immeubles qui passent en la propriété du gouvernement hellénique, en vertu de l'alinéa I, seront laissés à la libre disposition de leurs propriétaires.

Tous autres biens, droits et intérêts, non visés spécialement dans les alinéas précédents du présent article, continueront à être régis par les dispositions y relatives du Traité de Lausanne et notamment celles contenues dans les articles 65 et 66 dudit traité.

CHAPITRE IV

Biens des ressortissants hellènes.

Art. 8. — Les biens immeubles appartenant aux ressortissants hellènes et situés hors de la zone d'Istanbul exceptée de l'échange passent, en toute propriété, au gouvernement turc.

Passent également en la propriété du gouvernement turc les meubles des ressortissants hellènes saisis et liquidés postérieurement à la mise en vigueur du Traité de Lausanne.

Il demeure entendu que les meubles existant dans les immeubles qui passent en la propriété du gouvernement turc, en vertu de l'alinéa I, seront laissés à la libre disposition de leurs propriétaires.

Tous autres biens, droits et intérêts, non visés spécialement dans les alinéas précédents du présent article, continueront à être régis par les dispositions y relatives du Traité de Lausanne et notamment celles contenues dans les articles 65 et 66 dudit Traité.

Art. 9. Le droit de propriété des ressortissants hellènes sur leurs biens immeubles situés dans la zone d'Istanbul exceptée de l'échange, n'est, en aucune façon, affecté par les dispositions de la présente convention.

Dans les deux mois au plus tard à partir de la mise en vigueur de la présente convention, les ressortissants hellènes dont les biens immeubles ont été frappés d'une mesure de saisie, séquestre ou occupation quelconque, seront rentrés, personnellement ou par l'intermédiaire de leurs représentants légaux, dans la

libre et pleine possession de leurs biens, et toute mesure de la susdite nature sera immédiatement levée.

Si les mesures ci-dessus énoncées ont été prises en raison de la nationalité hellénique du propriétaire et dans le cas où la nationalité hellénique figure dans le titre de propriété émanant du cadastre du pays, la levée de ces mesures ainsi que la réintégration du propriétaire dans la libre et pleine possession et jouissance de ses biens ne pourront être différées à aucun titre.

Toutes les contestations relatives aux conditions suivant lesquelles la nationalité hellénique ou turque aurait pu être acquise en conformité des traités, conventions et accords en vigueur entre les deux pays, seront définitivement tranchées par décision des membres neutres de la commission mixte.

Au surplus, les deux parties contractantes sont entièrement d'accord pour reconnaître que les dispositions de cette convention, notamment l'article 12, ne doivent recevoir aucune interprétation susceptible d'augmenter ou diminuer le nombre des ressortissants hellènes dont les biens se trouvent dans la région d'Istanbul exceptée de l'échange, tels qu'ils sont définis par les stipulations contractuelles autres que la présente convention.

Il demeure entendu que la nationalité hellénique reconnue aux échangeables n'est d'aucun effet pour ce qui concerne la restitution d'immeubles prévue dans la présente convention.

Les décisions qui pourraient être prises par les membres neutres de la commission mixte en exécution des dispositions contenues dans cet article, ne pourront être opposables à quiconque à propos de tout autre litige qui viendrait à surgir en dehors de la sphère d'application des dispositions de la présente convention.

CHAPITRE V.

Biens des „etablis" d'Istanbul.

Art. 10. — La Turquie reconnaît la qualité d' „établis" à tous les grecs orthodoxes ressortissants turcs, actuellement présents dans la zone d'Istanbul exceptée de l'échange quels que soient la date de leur arrivée à Istanbul et le lieu de leur naissance.

Cette même qualité d' „établis" est reconnue aux personnes non-échangeables ayant quitté Istanbul munies de passeports émanant des autorités de la République turque.

Les femmes, enfants mineurs des deux sexes, et filles non mariées même majeures, dont le chef de famille est reconnu établi aux termes des alinéas précédents de cet article, ont le droit de rejoindre leur chef de famille à Istanbul. Les mères veuves dont le fils majeur est reconnu établi dans les conditions ci-dessus sont également autorisées à le rejoindre à Istanbul.

Toutes facilités seront accordées par le gouvernement turc pour le retour dans la zone d'Istanbul exceptée de l'échange, des personnes visées dans les alinéas précédents.

Les femmes, enfants mineurs des deux sexes et filles non mariées mêmes majeures, reconnues établies aux termes de l'alinéa I du présent article et dont le chef de famille se trouve actuellement hors d'Istanbul, ne seront pas tenues de quitter l'endroit de leur séjour.

La distribution des certificats d'établis à toutes les catégories des personnes désignées ci-dessus est confiée aux membres neutres de la commission mixte, suivant telles forme et procédure qu'il leur appartient d'adopter.

Art. 11. — Toutes les mesures qui ont entravé l'exercice des droits garantis aux établis par les conventions et accords conclus, notamment celles concernant le droit de contracter mariage, le droit d'acquérir et de vendre des propriétés, le droit de libre circulation, ainsi que toutes autres restrictions ordonnées par les autorités turques à l'égard des personnes visées dans l'article précédent, seront levées dès la mise en vigueur de la présente convention sans attendre la distribution des certificats d'établis, prévus dans le dernier alinéa de l'article précédent.

Art. 12. — Les biens meubles et immeubles ci-dessous énoncés passent, en toute propriété, au gouvernement turc.

1) Les biens meubles et immeubles sis en Turquie, appartenant aux grecs orthodoxes ressortissants turcs non échangeables ayant quitté la zone d'Istanbul exceptée de l'échange et privés du droit de retour aux termes de l'article 28 de la présente convention.

2) Les biens meubles et immeubles sis hors de la zone d'Istanbul exceptée de l'échange, appartenant aux établis grecs présents dans la zone d'Istanbul ou aux personnes bénéficiant du droit de retour aux termes de l'article 10 de la présente convention.

Art. 13. Le droit de propriété des établis grecs présents dans la zone d'Istanbul exceptée de l'échange, ainsi que des personnes bénéficiant du droit de retour aux termes de l'article 10 de la présente convention sur leurs biens meubles et immeubles, sis dans la zone d'Istanbul exceptée de l'échange, n'est, en aucun sens, affecté par les dispositions de la présente convention.

Tous saisie ou séquestre opérés sur les biens mentionnés dans l'alinéa précédent de cet article seront levés sans aucun retard, la réintégration du propriétaire ou de son représentant légal dans la libre et pleine possession et jouissance de ces biens ne pouvant être différée à aucun titre.

CHAPITRE VI

Biens des établis musulmans de la Thrace occidentale.

Art. 14. — La Grèce reconnaît la qualité „d'établis" à tous les musulmans ressortissants hellènes actuellement présents dans la zone de la Thrace occidentale exceptée de l'échange, quels que soient la date de leur arrivée en Thrace occidentale et le lieu de leur naissance.

Cette même qualité d' „établis" est reconnue aux personnes non échangeables ayant quitté la Thrace occidentale munies de passeports émanant des autorités de la République hellénique.

Les femmes, enfants mineurs des deux sexes et filles non mariées même majeures, dont le chef de famille est reconnu établi aux termes des alinéas précédents de cet article, ont le droit de rejoindre leurs chefs de famille en Thrace occidentale. Les mères veuves dont le fils majeur est reconnu établi dans les conditions cidessus, sont également autorisées à le rejoindre en Thrace occidentale.

Toutes facilités seront accordées par le gouvernement hellénique pour le retour dans la zone de la Thrace occidentale exceptée de l'échange, des personnes visées dans les alinéas précédents.

Les femmes, enfants mineurs des deux sexes et filles non mariées même majeures, reconnues établies aux termes de l'alinéa I du présent article et dont le chef de famille se trouve actuellement hors de la Thrace occidentale, ne seront pas tenus de quitter l'endroit de leur séjour.

La distribution des certificats d'établis à toutes les catégories de personnes désignées ci-dessus est confiée aux membres neutres de la commission mixte, suivant telles formes et procédure qu'il leur appartient d'adopter.

Art. 15. — Toutes les mesures qui ont entravé l'exercice des droits garantis aux établis par les conventions et accords conclus, notamment celles concernant le droit de contracter mariage, le droit d'acquérir et de vendre des propriétés, le droit de libre circulation ainsi que toutes autres restrictions ordonnées par les autorités helléniques à l'égard des personnes visées dans l'article précédent, seront levées dès la mise en vigueur de la présente convention sans attendre la distribution des certificats d'établis prévue dans le dernier alinéa de l'article précédent.

Art. 16. — Les biens meubles et immeubles ci-dessus énoncés passent, en toute propriété, au gouvernement hellénique:

1) Les biens meubles et immeubles sis en Grèce, appartenant aux musulmans ressortissants hellènes non échangeables, ayant quitté la zone de la Thrace occidentale exceptée de l'échange et privés du droit de retour aux termes de l'article 28 de la présente convention.

2) Les biens meubles et immeubles sis hors de la zone de la Thrace occidentale exceptée de l'échange et appartenant aux établis musulmans présents dans cette même zone de la Thrace occidentale ou aux personnes bénéficiant du droit de retour aux termes de l'article 14 de la présente convention.

3) Les biens sis en Thrace occidentale et figurant sur la liste remise par la délégation hellénique à la commission mixte en date du 18 juin 1927.

4) Les propriétés d'une étendue totale de 7.000 stremmes qui figurent sur une autre liste complémentaire cijointe, pour autant que ces terres se trouvent déjà occupées.

Art. 17. — Sous réserve des dispositions contenues dans les alinéas 3 et 3 de l'article 16, le droit de propriété des établis musulmans présents dans la zone de la Thrace occidentale exceptée de l'échange, ainsi que des personnes bénéficiant du droit de retour, aux termes de l'article 14 de la présente convention, sur leurs biens meubles et immeubles sis dans la zone de la Thrace occidentale exceptée de l'échange, n'est, en aucun sens, affecté par les dispositions de la présente convention.

Tous saisie ou séquestre opérés sur les biens mentionnés dans l'alinéa précédent de cet article seront levés sans aucun retard, la réintégration du propriétaire ou de son représentant légal dans la libre et pleine possession et jouissance de ces biens ne pouvant être différée à aucun titre.

CHAPITRE VII

Revenus ou leurs équivalents, indemnités.

Art. 18. — Les deux gouvernements renoncent réciproquement à toutes réclamations du chef des revenus ou leur équivalents dus pour l'occupation des biens appartenant à l'une quelconque des catégories ci-dessus énoncées. (Chapitre 2, 3, 4, 5 et 6.)

Art. 19. — Il incombera aux deux gouvernements de regler directement avec leurs propres ressortissants la question de loyers et autres indemnités dus en vertu de l'article 3 de la décision de la commission mixte.

CHAPITRE VIII

Versement de sommes et indemnisations.

Art. 20. — Le gouvernement hellénique mettra à la disposition de la commission mixte, dans le mois qui suivra la mise en vigueur de la présente convention, une somme de quatre cent vingt cinq mille (425.000) livres sterling.

De cette somme la commission mixte affectera:

a) Cent cinquante mille (150.000) livres sterling en vue d'indemniser, par ses soins, les établis grecs ressortissants turcs présents à Istanbul ainsi que les personnes bénéficiant du droit de retour aux termes de l'article 10 de la présente convention, pour les biens qu'ils possèdent hors de la zone d'Istanbul exceptée de l'échange.

b) Cent cinquante mille (150.000 livres sterling) en vue d'indemniser, par ses soins, les établis musulmans ressortissants hellènes dont les biens passent en la propriété du gouvernement hellénique en vertu de l'article 16 de la présente convention.

La distribution des sommes destinées pour l'indemnisation des personnes visées ci-dessus dans les alinéas 1 et 2 du présent article sera opérée par les organes de la commission mixte, suivant une procédure sommaire et rapide qui sera fixée par elle.

Le solde s'élevant à cent vingt-cinq mille (125.000) livres sterling sera remis au gouvernement turc, par la commission mixte, en trois versements. Le premier versement s'élevant à soixante-deux mille cinq cents (62.500) livres sterling sera effectué dans le mois qui suivra la mise en vigueur de la présente convention; le deuxième versement s'élevant à quarante-sept mille cinq cents (47.500) livres sterling aura lieu dès que les membres neutres de la commission mixte estimeront que toutes les propriétés appartenant aux ressortissants hellènes

ont été restituées en conformité de l'article 9 de la présente convention; le troisième et le dernier versement s'élevant à quinze mille (15.000) livres sterling après constatation, par les membres neutres de la commission mixte, de l'exécution intégrale de toutes les charges et obligations incombant à la Turquie aux termes de la présente convention.

A la suite du paiement de sommes dues par la Grèce en exécution des dispositions contenues dans le présent article, la Grèce est libérée de toutes obligations résultant du fait de l'acquisition des propriétés consentie à son profit aux termes de la présente convention.

Art. 21. — La somme de quatre cent vingt cinq mille (425.000) livres sterling que le gouvernement hellénique s'engage à mettre à la disposition de la commission mixte en vertu de l'article précédent et la somme de quinze mille (15.000) livres sterling prévue dans le 4e alinéa de l'article 22 de la présente convention, seront prélevées sur le montant de la somme de cinq cent mille (500.000) livres sterling, cédée en garantie par la Grèce au gouvernement turc en conformité de l'article 6 de l'Accord d'Athènes du 1er décembre 1926, toutes formalités de rétrocession et remboursement à la Grèce du reliquat de soixante mille (60.000) livres sterling lui revenant devant être accomplies sans retard par les deux gouvernements.

CHAPITRE IX

Dispositions spéciales.

Art. 22. — En cas d'impossibilité de restitution d'un immeuble appartenant à l'une des catégories mentionnées dans les chapitres 4, 5 et 6 de la présente convention les gouvernements des pays de la situation des immeubles ne pourront respectivement s'en rendre acquéreurs que dans des cas purement exceptionnels et après constatation, par la commission mixte, des circonstances rendant la restitution impossible. Après approbation de chaque cas par elle, la commission mixte procédera à l'évaluation du bien en question et indemnisera son propriétaire comme suit:

S'il s'agit d'un immeuble appartenant à un ressortissant hellène, une somme égale au montant de l'estimation de l'immeuble sera prélevée, pour être payée à l'ayant droit, sur le fonds des quarante-sept mille cinq cents (47.500) livres sterling se trouvant en possession de la commission mixte et devant être versée au gouvernement turc dans les conditions prescrites à l'article 20 de la présente convention.

S'il s'agit d'un immeuble appartenant à un établi grec, le prélèvement aura lieu sur le fond des quinze mille (15.000) livres sterling se trouvant entre les mains de la commission mixte pour être versé au gouvernement turc selon les prescriptions de l'article 20 susmentionné.

Le gouvernement hellénique s'engage à verser entre les mains de la commission mixte une somme de quinze mille (15.000) livres sterling à prélever selon les conditions prévues à l'art. 21 de cette convention qui sera destinée à indemniser, le cas échéant, les propriétaires des biens appartenant aux établis musulmans de la Thrace occidentale et dont l'acquisition serait autorisée conformément aux conditions et modalités prévues dans l'alinéa 1er du présent article.

Art. 23. — Les fonds mentionnés dans les alinéas 3 et 4 de l'article précédent étant constitués en garantie de l'exécution intégrale des clauses et dispositions contenues dans la présente convention, lesdits fonds devront être reconstitués, sur demande des membres neutres de la commission mixte, après chaque prélèvement effectué conformément aux prescriptions contenues dans l'article précédent; au moyen d'un versement qui sera égal au montant prélevé.

Chaque gouvernement aura droit à se faire restituer le fonds de quinze mille (15.000) livres sterling lui appartenant, après constatation par les membres neutres de la commission mixte, de l'exécution intégrale de toutes les charges et obligations lui incombant en vertu de la présente convention.

Art. 24. — Sous réserve des dispositions de l'article 22 de la présente convention, le gouvernement turc est libéré de toutes obligations résultant du fait

voulant affirmer leur désir de contribuer à l'œuvre de la paix générale et de résoudre, selon les principes les plus élevés du droit international public, les différends qui viendraient à s'élever entre la Grèce et la Turquie, ont décidé de réaliser dans un traité leur intention commune et ont désigné pour leurs plénipotentiaires:

Le président de la République hellénique,

M. Eleuthère Venizelos, président du conseil des ministres;

Le président de la République turque,

Ismet pacha, président du conseil des ministres.

Article premier. — Les hautes parties contractantes s'engagent réciproquement à n'entrer dans aucune entente d'ordre politique ou économique et aucune combinaison dirigées contre l'une d'elles.

Art. 2. — Au cas où l'une des hautes parties contractantes malgré son attitude pacifique serait l'objet d'une agression de la part d'une ou de plusieurs puissances, l'autre partie s'engage à observer la neutralité pendant toute la durée du conflit.

Art. 3. — Les hautes parties contractantes s'engagent à soumettre à la procédure de conciliation prévue dans les articles 7—19 ci-après toutes les questions qui viendraient à les diviser et qui n'auraient pu être résolues par les precédés diplomatiques ordinaires. En cas de non réussite de la procédure de conciliation un règlement judiciaire sera recherché conformément aux articles 20—23 du présent traité, à moins que les parties ne tombent d'accord pour recourir à un tribunal arbitral, constitué conformément aux articles 55 et suivants de la Convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux du 18 octobre 1907 ou à tout autre accord existant entre elles.

Art. 4. — Les dispositions de l'article précédent ne s'appliquent pas aux questions qui, en vertu des traités en vigueur entre les hautes parties contractantes, rentrent dans la compétence de l'une d'elles, ni aux questions qui se rapportent au droit de souveraineté. Chacune des parties aura le droit de déterminer, par une déclaration écrite, si une question relève du droit de souveraineté, l'autre partie pouvant, en cas de contestation, recourir à l'arbitrage ou à la Cour permanente de Justice internationale pour faire décider de cette question préjudicielle. Les dispositions de l'article précédent ne s'appliquent également pas aux différends nés de faits qui sont antérieurs au présent traité et qui appartiennent au passé.

Art. 5. — Les différends pour la solution desquels une procédure spéciale serait prévue par d'autres conventions en vigueur entre les parties en litige seront réglés conformément aux dispositions de ces conventions.

Art. 6. — S'il s'agit d'un différend dont l'objet, d'après la législation intérieure de l'une des parties, relève de la compétence des autorités judiciaires ou administratives, cette partie pourra s'opposer à ce que ce différend soit soumis aux diverses procédures prévues par le présent Traité, avant qu'une décision définitive ait été rendue dans des délais raisonnables par l'autorité compétente.

La partie qui, dans ce cas, voudra recourir aux procédures prévues par le présent Traité, devra notifier à l'autre partie son intention dans un délai d'un an, à partir de la décision susvisée.

Art. 7. — Sur la demande adressée par l'une des parties contractantes à l'autre partie, une commission permanente de conciliation sera constituée dans les six mois qui suivront l'échange des ratifications du présent Traité.

Sauf accord contraire des parties, la commission de conciliation sera constituée de la façon suivante:

1. La commission comprendra cinq membres. Les parties en nommeront chacune un, choisi parmi leurs nationaux respectifs. Les trois autres commissaires seront choisis d'un commun accord parmi les ressortissants de tierces puissances. Ces derniers devront être de nationalités différentes, ne pas avoir leur résidence habituelle sur le territoire des parties, ni se trouver à leur ser-

vice. Parmi eux, les parties désigneront le président de la commission et, en cas de désaccord, le sort déterminera lequel des trois commissaires sera le président.

2. Les commissaires seront nommés pour trois ans et seront rééligibles. Les commissaires nommés en commun pourront être remplacés au cours de leur mandat, de l'accord des parties. Tant que la procédure n'est pas ouverte, chacune des parties aura le droit de procéder au remplacement du commissaire nommé par elle.

3. Il sera pourvu, dans le plus bref délai, aux vacances qui viendraient à se produire par suite de décès ou de démission ou de tout autre empêchement, suivant le mode fixé pour les nominations.

Art. 8. — Si, lorsqu'il s'élève un différend, il n'existe pas une commission permanente de conciliation nommée par les parties, une commission spéciale de conciliation sera constituée pour l'examen différend dans un délai de trois mois à compter de la demande adressée par l'une des parties à l'autre. Les nominations se feront conformément aux dispositions de l'article précédent, à moins que les parties n'en décident autrement.

Art. 9. — Si la nomination des commissaires à désigner en commun n'intervient pas dans les délais prévus aux articles 7 et 8, le soin de procéder aux nominations nécessaires sera confié à une tierce puissance choisie d'un commun accord par les parties et si l'accord ne s'établit pas, à ce sujet, chaque partie désignera une puissance différente et les nominations seront faites de concert par les puissances ainsi choisies. Enfin si, dans un délai de trois mois, ces deux puissances n'ont pu tomber d'accord, chacune d'elles présentera des candidats en nombre égal à celui des membres à désigner. Le sort déterminera lesquels des candidats ainsi présentés seront admis.

Art. 10. — La commission de conciliation sera saisie par voie de requête adressée au président par les deux parties agissant d'un commun accord, ou, à défaut, par l'une ou l'autre des parties.

La requête, après avoir exposé sommairement l'objet du litige, contiendra l'invitation à la commission de procéder à toutes mesures propres à conduire à une conciliation.

Si la requête émane d'une seule des parties, elle sera notifiée par celle-ci sans délai à l'autre partie.

Art. 11. — Dans un délai de quinze jours à partir de la date où l'une des parties aura porté un différend devant la commission de conciliation, chacune des parties pourra, pour l'examen de ce différend, remplacer son commissaire par une personne possédant une compétence spéciale dans la matière. La partie qui usera de ce droit en fera immédiatement la notification à l'autre partie, celle-ci aura, dans ce cas, la faculté d'agir de même dans un délai de quinze jours à compter de la date où la notification lui sera parvenue.

Art. 12. — La commission de conciliation se réunira, sauf accord contraire des parties, au lieu désigné par son président.

Art. 13. — La commission de conciliation aura pour tâche d'élucider les questions en litige, de recueillir à cette fin toutes les informations utiles et de s'efforcer de concilier les parties.

Après examen de l'affaire, elle formulera, dans un rapport, les propositions en vue du règlement du différend.

Art. 14. — La commission de conciliation réglera elle-même sa procédure — qui dans tous les cas devra être contradictoire — en tenant compte, si elle n'en décide autrement à l'unanimité, des dispositions du titre III de la Convention de La Haye du 18 octobre 1907 pour le règlement pacifique des conflits internationaux.

Art. 15. — Les travaux de la commission de conciliation ne seront publics qu'en vertu d'une décision prise par la commission avec l'assentiment des parties.

Art. 16. — Les parties seront représentées auprès de la commission de conciliation par des agents ayant mission de servir d'intermédiaires entre elles et la commission; elles pourront, en outre, se faire assister par des conseils et

experts nommés par elles à cet effet et demander audition de toutes personnes dont le témoignage leur paraîtrait utile.

La commission aura, de son côté, la faculté de demander des explications orales aux agents, conseils et experts des deux parties ainsi qu'à toutes personnes qu'elle jugerait utile de faire comparaître avec l'assentiment de leur gouvernement.

Art. 17. — Les parties s'engagent à faciliter les travaux de la commission de conciliation et, en particulier, à lui fournir, dans la plus large mesure possible, tous documents et informations utiles, ainsi qu'à user des moyens dont elles disposent pour lui permettre de procéder sur leur territoire et selon leur législation à la citation et à l'audition de témoins ou d'experts et à des transports sur les lieux.

Art. 18. — La commission de conciliation présentera son rapport dans les quatre mois à partir du jour où elle aura été saisie du différend, à moins que les parties ne conviennent de proroger ce délai.

Un exemplaire du rapport sera remis à chacune des parties. Le rapport n'aura, ni quant à l'exposé des faits, ni quant aux considérants juridiques et aux conclusions, le caractère d'une sentence arbitrale.

Art. 19. — La commission de conciliation fixera le délai dans lequel les parties auront à se prononcer au sujet des propositions de règlement contenus dans son rapport. Ce délai ne dépassera pas trois mois.

Art. 20. — Pendant la durée effective de la procédure, chacun des commissaires nommés de commun accord recevra une indemnité dont le montant sera arrêté par les parties et payé par elles dans une égale mesure. Chaque partie, par contre, fixera et payera l'indemnité du membre de la commission nommé par elle.

Les frais généraux occasionnés par le fonctionnement de la commission seront supportés également par les deux parties.

Art 21. — Si les recommandations de la commission ne sont pas acceptées par les deux parties, chacune d'elles aura la faculté de soumettre le différend à la Cour permanente de Justice internationale, dans le délai fixé par le rapport de la commission.

Dans le cas où, de l'avis de la Cour, ce litige ne serait pas d'ordre juridique, les parties conviennent qu'elle pourra le trancher *ex æquo et bono*, si une règle du droit international ne peut pas lui être appliquée.

Art. 22. — Les parties contractantes établiront, dans chaque cas particulier, un compromis spécial déterminant nettement l'objet du différend, les compétences particulières qui pourraient être dévolues à la Cour permanente de Justice internationale, ainsi que toutes autres conditions arrêtées entre elles.

Le compromis sera établi par échange de notes entre les gouvernements des parties contractantes et sera interprété en tous points par la Cour de Justic. Si le texte du compromis n'est pas arrêté dans les trois mois à compter du jour où l'une des parties aura été saisie d'une demande aux fins de règlement judiciaire, chaque partie pourra saisir la Cour de Justice par voie de simple requête.

Art. 23. — Si la Cour permanente de Justice internationale établissait qu'une décision d'une instance judiciaire ou de toute autre autorité relevant de l'une des parties contractantes se trouve entièrement ou partiellement en opposition avec le droit des gens et si le droit constitutionnel de cette partie ne permettait pas ou ne permettait qu'imparfaitement d'effacer les conséquences de la décision dont il s'agit, les parties conviennent qu'il devra être accordé par la sentence de la Cour à la partie lésée une satisfaction équitable.

Art. 24. — L'arrêt rendu par la Cour permanente de Justice internationale sera exécuté de bonne foi par les parties.

Les difficultés auxquelles son interprétation pourrait donner lieu seront tranchées par la Cour de Justice, que chacune des parties pourra saisir à cette fin par voie de simple requête.

Art. 25. — Durant le cours de la procédure judiciaire, les parties contractantes s'abstiendront de toute mesure pouvant avoir une répercussion préjudiciable sur l'acceptation des propositions de la commission de conciliation ou sur l'exécution de l'arrêt de la Cour permanente de Justice internationale.

Art. 26. — Si une procédure de conciliation ou une procédure judiciaire est pendante lors de l'expiration du présent Traité, elle suivra son cours conformément aux dispositions du présent traité ou de toute autre convention que les parties seraient convenues de lui substituer.

Art. 27. — Les contestations qui pourraient surgir soit dans l'interprêtation, soit dans l'exécution du présent traité, y compris celles relatives à la qualification des litiges, seront soumises directement, par une simple demande, à la Cour permanente de Justice internationale.

Art. 28. — Le présent traité sera ratifié dans le plus bref délai possible et entrera en vigueur immédiatement après l'échange des ratifications. Il est conclu pour la durée de cinq ans à compter de son entrée en vigueur. S'il n'est pas dénoncé six mois avant l'expiration de ce terme, il sera considéré comme renouvelé pour une seconde période de cinq ans et ainsi de suite.

Ankara, le 30 octobre 1930.

[Signé:] Ismet Pacha. [Signé:] Venizelos.
[Signé:] Dr. Tevfik Rouchdi. [Signé:] Michalacopoulos.

II. — Protocole relatif à la parité des armements navals, du 30 octobre 1930.

Les deux hautes parties contractantes, imbues des principes qui les ont conduites à la signature du pacte d'amitié et d'arbitrage signé en date de ce jour, et désireuses de prévenir de vaines augmentations de leurs dépenses pour des armements navals et de marcher de pair dans la voie de la limitation parallèle de leurs forces respectives en tenant compte des conditions particulières, à chacune d'elles, s'engagent à ne procéder à aucune commande, acquisition ou construction d'unités de guerre ou de leurs armements sans aviser au préalable l'autre partie contractante six mois à l'avance, afin que l'occasion soit ainsi fournie aux deux gouvernements de prévenir éventuellement la course aux armements navals, au moyen d'un échange amical de vues et d'explications de part et d'autre, dans un esprit de parfaite sincérité.

Ankara, la 30 octobre 1930.

[Signé:] Ismet Pacha. [Signé:] Venizelos.
[Signé:] Dr. Tevfik Rouchdi. [Signé:] Michalacopoulos.

Betrachtet man die Angoraverträge, so wird klar, daß durch die Akzeptierung des sog. Mussolini-Typs der Kriegsvorbeugungsrechte[1]), d. h. Unterwerfung aller Streitfälle mit Ausnahme des domaine réservé und der Souveränitätsfragen[2]) erst unter die — nichtzwingende — Vermittlung, subsidiär — und das ist das wichtigste — unter die — zwingende — Kognition des Weltgerichtshofes für juristische und nichtjuristische Streitigkeiten[3]), endlich auch die beiden Staaten sich grundsätzlich zu der Auffassung bekennen, daß der Krieg als Mittel zur Erledigung ihrer Streitigkeiten zu eliminieren und durch Friedensrecht zu ersetzen sei. Zwar liegt in den Vorbehalten des Artikels 4, zumal da die

[1]) Strupp, Eléments II 393.
[2]) Eine unschöne Einschränkung.
[3]) Art. 21 II ist vom juristischen Standpunkt aus unschön, der Friedensfreund wird aber die Absicht: zwingende Streiterledigung zu unterstreichen haben.

de l'acquisition des propriétés, consentie à son profit aux termes des dipositions de la présente convention.

Art. 25. — Au cas ou des immeubles visés aux articles 12, alinéa 1, et 16, alinéa 1, de la présente convention n'auraient pas été éventuellement occupés par les gouvernements respectifs à la date de la mise en vigueur de la présente convention, il ne pourra être procédé à leur saisie, séquestre ou occupation qu'après examen et approbation préalables de chaque cas par la commission mixte.

Aucune saisie, séquestre ou occupation ne pourra être faite après la clôture des travaux de la commission mixte.

Art. 26. — A la demande des intéressés et sous réserve des dispositions du droit commun et de celles relatives aux biens passant en la propriété du gouvernement hellénique et du gouvernement turc, les autorités cadastrales dans les deux pays sont tenues de procéder, sans retard, à toutes les formalités nécessaires, non accomplies jusqu'à ce jour, pour le transfert des biens sis respectivement à Istanbul et en Thrace occidentale et revenant, soit à des ressortissants hellènes, soit à des ressortissants turcs se trouvant en la possession effective de leurs biens, soit à des établis grecs, musulmans, à la suite d'un héritage laissé par un non échangeable.

CHAPITRE X

Dispositions générales.

Art. 27. — Le mot „Istanbul" figurant dans la présente convention désigne la ville de Constantinople telle qu'elle est indiquée à l'article 2 de la convention sur l'échange des populations grecques et turques, signée a Lausanne le 30 janvier 1923.

Les expressions „bénéficiaires de la déclaration IX, ressortissants turcs, ressortissants hellènes, établis grecs d'Istanbul, établis musulmans de la Thrace occidentale" sont applicables aux personnes physiques aussi bien qu'aux personnes morales.

Art. 28. — Sont privés du droit de retour dans le sens de la présente convention, les grecs orthodoxes ressortissants turcs non échangeables actuellement absents et ayant quitté Istanbul sans s'être munis de passeports émanant des autorités de la République turque, de même que les musulmans ressortissants hellènes non échangeables actuellement absents et ayant quitté la Thrace occidentale sans s'être munis de passeports émanant des autorités de la République hellénique.

Les deux gouvernements déclarent reconnaître respectivement la nationalité hellénique aux Grecs ressortissants turcs d'Istanbul privés du droit de retour conformément à l'alinéa précédent et aux Grecs bénéficiaires de la déclaration IX, et la nationalité turque aux musulmans ressortissant hellènes de la Thrace occidentale, privés du droit de retour conformément à l'alinéa précédent et aux musulmans bénéficiaires de la declaration IX.

Les personnes en question n'encourront, dans leurs pays d'origine aucune déchéance du fait de ce changement de nationalité, notamment en ce qui concerne leurs droits patrimoniaux quelconques, le droit de succession, le droit d'ester en justice, etc. Le changement de nationalité de ces personnes entraîne le changement de la nationalité de leurs femmes et enfants présents à Istanbul ou en Thrace occidentale, à moins que la loi nationale de chaque pays ne s'y oppose.

Art. 29 — Sous réserve des dispositions du droit commun et de celles de l'article 25 de la présente convention, il ne sera procédé à l'avenir à aucune saisie ou mesure restrictive quelconque à l'égard des biens dont la propriété n'aura pas été transférée à l'un des deux gouvernements, en vertu de la présente convention et leurs propriétaires seront libres de jouir et de disposer de leurs biens et de les administrer comme bon leur semble.

Art. 30. — Les termes „actuellement et définitivement" figurant dans la présente convention se rapportent à la situation de fait existant à la date du 1er août 1929.

CHAPITRE XI
Clauses arbitrales.

Art. 31. — L'application de la présente convention est confiée par les deux gouvernements à la commission mixte qui constituera à cet effet les organes nécessaires.

Art. 32. — Les deux gouvernements reconnaissent d'une manière générale la qualité d'arbitre à MM. les membres de la commission mixte, dans tout différend qui pourrait surgir à l'avenir au sein de cette commission relativement à l'interprétation et à l'application de la présente convention, s'engagent d'ores et déjà à reconnaître sans discussion leurs décisions.

Tout différend ou litige qui pourrait survenir entre les deux délégations turque et hellénique dans le domaine de l'application de la présente convention sera ainsi définitivement résolu par les membres neutres de la commission mixte.

CHAPITRE XII
Dispositions finales.

Art. 33. — Les lois, décrets, règlements, interprétations légales et officielles ou ordonnances et circulaires de toute sorte contraires aux dispositions contenues dans la présente convention ou empêchant d'une manière quelconque son exécution intégrale sont abolis de plein droit dans les deux pays.

Art. 34. — La présente convention sera ratifiée, prenant ainsi force de loi dans les deux pays.

Toutes publications ou notifications requises par la législation des pays respectifs seront faites pour sa mise en exécution immédiate.

L'échange des ratifications se fera à Athènes.

Ankara, le 10 juin 1930.

Signé: S. Polychroniadis. Signe: Dr. Tevfik Rouchdi.

Mit der Convention vom Juni war der Weg für eine Entente freigemacht: Im selben Monat Oktober, in dem in Athen die ersten, schwachen Ansätze eines echten, d. h. nicht agressiven ad-hoc-Balkanbundes von der Art derjenigen von 1912, geschaffen wurden, also eines Balkanbundes mit der gleichen Tendenz wie sie der Völkerbund besitzt und Paneuropa besitzen soll[1]), hat in Angora Venizelos mit seinem Außenminister Michalakopoulos Kemal Pascha einen Besuch abgestattet, in dessen Verlauf am 30. Oktober die von Mussolini 1928 angesagte Einigung[2]) zustandekam. Bedeutet der Freundschafts-[3]), Neutralitäts-, Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag die mehr theoretische Festlegung der Entente, so der partielle Flottenabrüstungsvertrag die praktische Probe aufs Exempel. Die Verträge selber bestimmen[4]):

I. — Traité de neutralité, de conciliation, d'arbitrage et d'amitié, conclu à Ankara, le 30 octobre 1930, entre la Grèce et la Turquie.

Le président de la République hellénique et le président de la République turque, soucieux de suivre, en toute circonstance une politique de concorde,

---

[1]) Siehe dazu Mirkine-Guetzévitch-Scelle, l'Union Européenne, 1931.

[2]) Mit Recht haben die beteiligten Minister dem großen italienischen Staatsmann telegraphisch ihren Dank für ein Werk abgestattet, dessen Fundamente in Mailand von ihm gelegt worden sind.

[3]) Zum ersten Male in der Geschichte beider Staaten diese symbolische Bezeichnung.

[4]) Europe Nouvelle 1930, S. 1837 ff.

Türkei nicht Völkerbundsmitglied ist, ein reservatum bellicum. Aber man vergesse weder, daß beide Staaten Signatare des Kelloggpaktes sind, noch daß der Junivertrag die einzigen ernsthaften Streitpunkte zwischen Griechenland und der Türkei beseitigt hat: Beide müssen und wollen im Innern aufbauen. Für die Türkei ist eine neue Expansionspolitik etwas Undenkbares, Griechenland — das sieht nach dem Scheitern seiner imperialistischen Politik von 1918 auch Venizelos ein — hat alle Ursache, zunächst mit den seit 1912 aufgetauchten Problemen fertig zu werden. Es war ja der ungeheuere Fehler seiner Politik, daß er, wie einst Napoléon I., sich nicht mit den großen Gewinnen aus den Balkankriegen zufriedengegeben und sie zu sichern versucht, sondern in einem ihm günstig erscheinenden Augenblick die „große Idee" praktisch zu verwirklichen unternommen hatte. Der Venizelos der Gegenwart will keinerlei Abenteuererpolitik mehr. Ausdruck dessen das bedeutsame Flottenabkommen, das die sich anbahnende Entente mit Angora unterstreicht, Ausdruck dessen aber nicht weniger, daß Griechenland auch nicht daran denkt, zu den Rivalitäten der Großen (Italien, Frankreich) im Sinne eines politischen Anschlusses an die eine Partei (Italien) Stellung zu nehmen. Wie denn Venizelos 1928 mit Italien, aber am 27. März 1929[1]) auch mit Yougoslavien einen Freundschafts-, Versöhnungs- und Gerichtsvertrag abgeschlossen und nach dem Abschluß der Angoraverträge auf einer Balkanrundreise die Ellenbogenfreiheit der griechischen Republik nachdrücklichst betont hat.

Von hochgestellten Privatpersonen, zum Teil aber ehemaligen Ministern und Politikern in und außer Dienst, ist im Oktober des Jahres 1931 die erste Balkankonferenz beschickt worden. Durch ihre absolute Zwanglosigkeit, durch die unverbindliche Besprechung wichtigster gemeinsamer Probleme und die Fassung entsprechender Beschlüsse hat sie einem Bund der (6) Balkanstaaten richtunggebend vorgearbeitet[2]). Noch stehen wichtigste aktuelle Fragen (man braucht nur an die mazedonische zu denken, die aber nicht die einzige ist) trennend zwischen den Staaten und ihren Völkern. Für unlösbar halte ich keines der Probleme. Jedenfalls aber war es äußerst geschickt, daß man sie 1930 nicht auf die Tagesordnung setzte, um erst die Völker und ihre Lenker längere Zeit und häufiger auf verschiedenste Art und Weise in Berührung zu bringen und damit gegenseitigem Verständnis zu erschließen. Von allen Balkanstaaten aber haben zur Zeit Bulgarien und die Türkei am wenigsten Reibungsflächen. Sie sind darum die geborenen Ver-

[1]) Europe Nouvelle 1929 S. 519 ff.

[2]) Europe Nouvelle 1930 S. 1705 ff., dazu Michen-Petkov, la fédération balkanique, 1930, Papanastasiou, la première Conférence balkanique, Esprit international 1931, S. 3—33 X, la première conférence balkanique, Revue de droit international IV (1930) 517 ff.

mittler zur Ausgleichung der Gegensätze zwischen den anderen. Nicht in jedem Falle alle beide: in der mazedonischen Frage, die es in gewissem Umfange auch gegenüber Griechenland gibt, ist dieser Staat gewiß nicht zur Vermittlerrolle geeignet.

Aber das ist nicht alles. Wir leben — mindestens theoretisch — im Zeitalter der Dezentralisation: Bedarf der Völkerbund einer solchen in dem Sinne, daß in ihm primär rein panamerikanische, rein paneuropäische Fragen, die nicht den Weltfrieden berühren, von einer engeren, eingegliederten Organisation staatenbündischer Natur erledigt werden sollten, so wären neben kontinentalen Bünden rein regionale dringend wünschenswert. Es ist durchaus zweifelhaft, ob nicht ein Paneuropa (nebenbei, primär ein wirtschaftliches, dem erfahrungsgemäß ein politisches folgen wird) besser und sicherer nicht uno actu, sondern nach Schaffung kleinerer, engerer Gemeinschaften in ihm, also etwa des Balkanbundes und anderer, ins Leben treten würde. Ich kann mir sehr gut zeitlich vorher eine griechisch-türkische engere Verbindung denken, die, wirtschaftlich, verkehrspolitisch, staatsvertraglich eng gefaßt, Modell für den größeren Balkanbund würde abgeben können. Das Kriegsvorbeugungsrecht ist bereits geschaffen; wäre es zu kühn, die Verwirklichung der großen Idee, die in ihrer ursprünglichen Form auf friedlichem Wege undenkbar ist und selbst, verwirklicht, nur den Keim neuer Kriege in sich trüge, in einer engen, engsten, völkerrechtlichen, staatenbündischen Verbindung der so lange sich befehdenden Staaten und Völker zu suchen?

2.

WYDZIAŁOWA BIBLIOTEKA PRAWN...

Hommage de l'auteur.

KARL STRUPP
docteur en droit

Professeur de Droit International à l'Université,
Membre de l'Académie Diplomatique Internationale, Associé de l'Institut de Droit International,
Membre correspondant de l'Institut Américain de Droit International.

Francfort s/M. 139 Kettenhofweg.